

Bert Hoppe  
Auf den Trümmern von Königsberg

Schriftenreihe  
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte  
Band 80

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte

Herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Horst Möller

Redaktion: Jürgen Zarusky

R. Oldenbourg Verlag München 2000

# Auf den Trümmern von Königsberg

Kaliningrad 1946–1970

von Bert Hoppe

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

**Hoppe, Bert:**

Auf den Trümmern von Königsberg : Kaliningrad 1946–1970 / von  
Bert Hoppe. – München : Oldenbourg, 2000.

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ; Bd. 80)

ISBN 3-486-64580-3

© 2000 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München  
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München  
Internet: <http://www.oldenbourg-verlag.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).  
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-64580-3

# Inhalt

<i>Danksagung</i>	7
<i>Einleitung</i>	9
Besuch in einer nicht existierenden Stadt	9
Forschungsstand und Quellenlage	13
<i>I. Kampf gegen die Vergangenheit</i>	19
1. Aus Königsberg wird Kaliningrad	19
Kriegsende und Annexion	19
Besiedlung und Vertreibung	28
2. Die böse Stadt	42
Der Vorposten des Militarismus	42
Vom Wert der deutschen Architektur	47
3. Dem neuen Menschen eine neue Stadt	50
Die Gefahr der Rekonstruktion	50
Konzeptionen für das Zentrum	54
4. Erste Schritte zu einer neuen Stadt	58
Das provisorische Zentrum	58
Ein ambivalentes Projekt	60
5. Vorbild Moskau	64
Wettstreit der Planer	64
Die Stadt als Siegesdenkmal	68
<i>II. Probleme des Wiederaufbaus</i>	75
1. Die tote Stadt	75
Neben den Ruinen blüht neues Leben	75
Ein blinder Fleck	77
2. Die besetzte Stadt	82
In der Fremde	82
Die Stadt als Steinbruch	86
3. Wohnungsnot und Planungsprobleme	89
„In alten Hütten und Lauben“	89
Bauarbeiter und Architekten	92
„Die wesentlichen Bauherren der Stadt“	96
Typenbauweise	100
4. Zukunftssehnsucht	103

<i>III. Symbole</i>	111
1. Definitionsmacht Denkmal	111
Der Gründungsmythos	111
Auf der Suche nach Geschichte	118
Die Triumphstraße	120
2. Tauwetter in Kaliningrad	123
Von der Ablehnung zur Akzeptanz	123
Diskussion um das Schloß	127
 <i>Zusammenfassung und Ausblick</i>	 149
 <i>Anhang</i>	 155
Personenglossar	155
Abkürzungsverzeichnis	156
Wohnraumversorgung in Städten der RSFSR	157
Wohnraumbestand in Städten der RSFSR	158
Einwohnerzahlen von Städten der RSFSR	159
Quellen- und Literaturverzeichnis	160
Register	165

## Danksagung

Danksagungen ermöglichen es, noch einmal die Stationen der eigenen Arbeit an sich vorüberziehen zu lassen: Die Idee zu dieser Untersuchung entstand bereits im Juli 1996 während einer von Prof. Karl Schlögel geleiteten Exkursion zu einem Seminar an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder nach Kaliningrad, an dem ich als Gasthörer der Humboldt-Universität Berlin teilnahm. Obwohl unsere kleine Gruppe nur wenige Tage im ehemaligen Ostpreußen verbrachte, hinterließ die intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart der „Doppelstadt Königsberg-Kaliningrad“ doch einen so tiefen Eindruck, daß von diesem Seminar gleich drei Magisterarbeiten angestoßen wurden. Die an Oder und Pregel geborene Idee wurde dann an der Spree bei Prof. Ludmila Thomas und Prof. Heinrich A. Winkler als Betreuer und Gutachter realisiert. Die Arbeit mit den für mein Thema noch überwiegend unaufgearbeiteten Quellen wäre ohne die zuvorkommende Unterstützung der Mitarbeiter des Zentrums für die Aufbewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte des Kaliningrader Gebietes (CChIDNIKO), der Zeitungsabteilung der Kaliningrader Gebietsbibliothek, des Gebietsmuseums und insbesondere des Staatlichen Archivs des Kaliningrader Gebietes (GAKO) nicht möglich gewesen. An erster Stelle ist hier Anatolij P. Bachtin vom GAKO zu nennen, in dessen Arbeitszimmer stets ein fruchtbares Diskussionsklima zu finden ist und der gewissermaßen die kommunikative Schaltstelle für die archivalischen Forschungen zur Geschichte des Kaliningrader Gebietes verkörpert. Ohne die finanzielle Unterstützung der Studienstiftung des deutschen Volkes hätte mein Forschungsaufenthalt in Kaliningrad nicht auf intensive sechs Wochen ausgedehnt werden können. Zurück in Berlin, ließen mich die Spielfilmabteilung des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg und das Bundesarchiv-Filmarchiv in ihre Bestände von sowjetischen Kriegsfilmen Einblick nehmen. Ein für das Gelingen dieser Arbeit wichtiger Austausch bestand während ihrer gesamten Entstehungszeit mit Andrew Day, PhD, Dr. Eckard Matthes, der mich darüber hinaus die Druckfahnen des von ihm auf deutsch herausgegebenen *oral-history*-Projektes einsehen ließ, und Per Brodersen, der mir für die Fertigstellung des Einleitungskapitels einige Dokumente aus seinen Forschungen zur Industriebesiedlung des Kaliningrader Gebietes in der Nachkriegszeit überließ. Dr. Jürgen Zarusky vom Institut für Zeitgeschichte übernahm schließlich die Redaktion und Durcharbeitung dieser Arbeit für ihre Aufnahme in die Schriftenreihe.

Danken möchte ich auch meinen Eltern, Silke und Hans-Ulrich Hoppe, für ihre Unterstützung. Vor allem aber danke ich Katrin und Lotta, die ich so lange in Berlin allein ließ, und nun auch Johan, die auf ihre Weise an der Entstehung dieses Buches mitgeholfen haben.

Berlin, November 1999

Bert Hoppe

# Einleitung

## Besuch in einer nicht existierenden Stadt

„Merian – das Monatsheft der Städte und Landschaften“ widmete sein Dezemberheft des Jahres 1955 der Stadt Königsberg. Die Stadt wurde in dieser Ausgabe präsentiert, als sei dieser Ort noch immer ein lohnendes Reiseziel. Einem unkundigen Leser wäre beim flüchtigen Durchblättern wahrscheinlich gar nicht aufgefallen, daß diese Stadt schon seit über zehn Jahren nicht mehr in der beschriebenen Form existierte. Die Autoren des Heftes behandelten in ihren Beiträgen die Lebensgewohnheiten und die Kultur, die Sehenswürdigkeiten und die kulinarischen Besonderheiten des alten Königsberg – nur die praktischen Reisetips, sonst Bestandteil eines jeden Merian-Heftes, fehlten. Die Geschichte seit 1945 wurde fast vollständig ausgeblendet: Nur ein einziger Beitrag beschäftigte sich mit der aktuellen Situation der Stadt.

Das Merian-Heft erschien zu einer Zeit, als man hierzulande die Parole „Deutschland dreigeteilt? – Niemals!“ noch häufig hören konnte und es längst nicht abzusehen war, ob sich die Deutschen mit den neuen Grenzen abfinden würden, die es erst seit wenigen Jahren gab. Doch im Jahre 1955 trug Königsberg schon seit neun Jahren den Namen „Kaliningrad“ und war als Gebietshauptstadt der *Kaliningradskaja Oblast* (des Kaliningrader Gebiets) Teil der Sowjetunion. 1948 waren die meisten, nach dem Krieg verbliebenen Deutschen aus der Stadt vertrieben worden – Königsberg existierte als deutsche Stadt nicht mehr. Trotzdem lebte sie als solche im Gedächtnis der Deutschen – und natürlich vor allem in dem der Vertriebenen – weiter. Wie auch im Falle der anderen ehemals deutschen Städte in den abgetrennten Ostgebieten, wurde Kaliningrad in den deutschen Karten fortan unter seinem deutschen Namen weitergeführt, dem die russische Bezeichnung bestenfalls noch in Klammern als Zusatz angefügt wurde. 1955 wurde in Duisburg, der Partnerstadt der ehemaligen Hauptstadt Ostpreußens, das 700-jährige Jubiläum der Gründung Königsbergs gefeiert.

Dieser schizophrene Umgang mit der Stadt und die Verweigerung, die Gegenwart anzuerkennen, waren jedoch nicht nur ideologisch bedingt und Zeichen eines starken Einflusses der Vertriebenenverbände auf die Politik der Bundesrepublik – sie lagen auch darin begründet, daß diese Gegenwart lange so unerreichbar fern war. Zwischen Berlin und Kaliningrad lagen nun zwei Grenzen, zwischen Bonn und Kaliningrad sogar drei. Die alten Verbindungen waren gekappt, die Züge verkehrten nicht mehr, und auf der

kurz vor dem Zweiten Weltkrieg fertiggestellten Autobahn Elbing-Königsberg wucherte inzwischen Gras. Vor allem aber war das nördliche Ostpreußen für Ausländer gesperrt. Während auf den Gedenktafeln Kaliningrads der Sieg über die deutsche Wehrmacht als die Befreiung des Gebietes vom Militarismus gefeiert wurde, zogen in die alten Kasernen der Wehrmacht Rotarmisten ein: Das Kaliningrader Gebiet wurde zu einer strategischen Basis der Roten Armee ausgebaut. Es ist angesichts der Abschottung dieser Region nicht verwunderlich, daß das neue Kaliningrad kaum zur Kenntnis genommen wurde. Bis zur teilweisen Öffnung des Gebietes im Jahre 1987 gab es im Westen nur wenige Bilder des gegenwärtigen Kaliningrad, hingegen mehrere Bildbände mit Aufnahmen des Königsberg der Vorkriegszeit<sup>1</sup>. Weil über die neue Gestalt der Stadt weitgehend Unklarheit herrschte, ließ sich über das deutsche Königsberg um so leichter phantasieren. Königsberg wurde zu einem deutschen Atlantis: eine sagenhafte, unerreichbare Stadt. Das Merian-Heft bietet ein typisches Beispiel dieser Verdrängungsleistung: Statt Trauerarbeit wurde hier eine Art Geisterbeschwörung betrieben.

Da die Entwicklung Kaliningrads hinter einem doppelten eisernen Vorhang ablief, wurde das versunkene Königsberg wirklicher als das real existierende Kaliningrad. Dies blieb nicht ohne Folgen auf die Perspektive, mit der die Deutschen bis heute auf diese Stadt schauen. Den meisten Besuchern aus Deutschland erschließt sich Kaliningrad in erster Linie aus dem Vergleich mit dem, was gewesen ist. Das erste Buch, das im Westen in einem größeren Umfang Bildmaterial aus dem sowjetischen Kaliningrad präsentierte, stellte diese Fotos neben Vergleichsaufnahmen aus dem alten Königsberg<sup>2</sup>. Dieser Vergleich von „damals und heute“ zeigte zuweilen erstaunliche Ergebnisse: Auf einigen der aktuellen Fotos ist „nichts“ zu sehen – jedenfalls nichts, was ein Besucher der heutigen Stadt für bemerkenswert hielte, wenn er nicht wüßte, daß an dieser oder jener Stelle dieses oder jenes Haus gestanden hat, wo heute manchmal nur noch Gebüsch oder eine löcherige Straße zu sehen sind<sup>3</sup>. Das Gegenwärtige dient insofern nur als Projektionsfläche für Erinnerungen und vergilbte Fotografien – es liegt wie ein Schleier über dem Ort, der zerrissen werden muß, um das alte Königsberg wieder zu finden.

An dieser Sichtweise hat sich bis heute wenig geändert, so daß einige Besucher aus Deutschland immer noch der Meinung sind, daß die eigentliche Stadt „unter dem Pflaster“ des heutigen Kaliningrad zu finden sei<sup>4</sup>. Das ist im Falle der ersten sogenannten „Heimwehtouristen“ verständlich, viel-

1 Vgl. Kakies, Königsberg in 144 Bildern.

2 Vgl. Scharloff, Königsberg – damals und heute.

3 Vgl. ebenda, S. 104 f., auf denen eine Gegenüberstellung von Fotos des Roßgärtner Marktes in den zwanziger Jahren und des gleichen Geländes im Jahre 1981 zu sehen ist – von der alten Bebauung ist nichts geblieben, zu sehen ist nur eine Straße, die durch ein Brachgelände führt.

4 Vgl. Landin, Unter dem Pflaster die Stadt. Spurensuche in einem dunklen Land, S. 5–8.

leicht sogar selbstverständlich: Sie suchen Anknüpfungspunkte an die Vergangenheit, sie wollen die Stadt wiederfinden, die sie vor 50 Jahren verlassen haben. Viele der heutigen Besucher fahren deshalb in eine „virtuelle“ Stadt, eine Stadt, die nur noch in ihren Erinnerungen existiert<sup>5</sup>. Doch es gilt, sich von dieser Sichtweise zu lösen und die heute bestehende Stadt in ihrer Eigenständigkeit zur Kenntnis zu nehmen. Der Vergleich des deutschen Königsberg mit dem sowjetischen Kaliningrad muß hier zwangsläufig einen wesentlichen Platz einnehmen, er darf aber nicht zum Selbstzweck geraten.

Die vorliegende Arbeit versucht daher, die Wechselwirkungen zwischen den Wiederaufbaubestrebungen in der Stadt und der Identitätsbildung ihrer Bewohner zu erhellen. Diese Identität entwickelte sich in einem doppelten Spannungsverhältnis. Zum einen bestand – gewissermaßen auf der „Makroebene“ – ein solches Spannungsverhältnis zwischen dem Moskauer Zentrum und Kaliningrad als Peripherie, die die Stadt als „sowjetische Faust an der Ostsee“<sup>6</sup> sowohl im übertragenen wie im tatsächlichen Sinne darstellte. Zum anderen gab es – auf der „Mikroebene“ – zwischen der Partei und den neuen Bewohnern des Gebietes seit dessen Gründung Konflikte: im ersten Nachkriegsjahrzehnt in erster Linie um die Frage der Einlösung der (materiellen) Versprechen des Sozialismus, in den sechziger Jahren sodann zudem um das Verhältnis zur Vergangenheit der Region.

Das Ziel, die Wechselwirkungen zwischen Wiederaufbauversuchen und Identitätsbildung zu untersuchen, soll auf drei Wegen erreicht werden: Zum ersten sollen die Wiederaufbauversuche in Königsberg bzw. Kaliningrad zwischen 1945 und 1970 nachverfolgt werden, wobei das Hauptaugenmerk auf den architektonischen Planungen liegt. Die kunstgeschichtliche Betrachtung der Projekte spielt in diesem Zusammenhang jedoch eine Nebenrolle und wird nur herangezogen, um die hinter den Planungen stehenden politisch-symbolischen Absichten herauszuarbeiten. Dieser Themenkomplex dominiert den ersten Abschnitt dieser Untersuchung, in dem nach einer allgemeinen Beschreibung der Übergangszeit von 1945 bis 1948 die Wiederaufbau- und Umbauplanungen zwischen der Annexion Königsbergs im Jahr 1946 und dem Ende der fünfziger Jahre behandelt werden – der Periode also, die zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Entstalinisierung im Bausektor in der Sowjetunion im Jahr 1957 liegt. Bis zu dieser Wende stand in der annektierten Stadt die Auseinandersetzung mit ihrer deutschen Vergangenheit und die Abgrenzung von ihr im Vordergrund – einer Vergangenheit, deren bauliche Zeugnisse trotz aller „Säuberungen“ bis heute sichtbar geblieben sind. Städtebau und Architektur waren in dieser Zeit somit im Kaliningrad der Nachkriegszeit spezifische Mittel der „Vergangenheitsbewältigung“.

<sup>5</sup> Vgl. Schlögel, Königsberg – Hannah Arendts Stadt, S. 70–73.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 69.

Zum zweiten sollen die Probleme beschrieben werden, die sich beim Wiederaufbau der zerstörten Stadt ergaben, und es wird der Versuch unternommen, die Ursachen für diese Probleme zu analysieren. Da sich diese Schwierigkeiten bis zum Ende der Sowjetunion hinziehen, werden für die Analyse Quellen aus dem gesamten Untersuchungszeitraum von 1946 bis 1970 herangezogen. Dieser Komplex bildet das Hauptthema des zweiten Abschnittes und wird dort verknüpft mit den Auswirkungen der Verzögerung des Wiederaufbaus auf die Einstellung der neuen Bewohner zu ihrer Stadt. Zu fragen ist in diesem Zusammenhang, welche Folgen das Scheitern des Anspruches, das sozialistische Kaliningrad „schöner und besser zu machen als das alte Königsberg“, auf die Bewertung der deutschen Stadt hatte und welche Maßnahmen ergriffen wurden, um dem deprimierenden Eindruck der Ruinen entgegenzuwirken, die noch lange nach Kriegsende das Stadtbild prägten.

Zum dritten stehen die Neubewertung der ehemaligen Hauptstadt Ostpreußens und die damit verbundenen Auseinandersetzungen um ihre Geschichte und die nationale und regionale Identität ihrer neuen Bewohner im Mittelpunkt. Diese Konflikte lassen sich insbesondere an symbolbeladenen Einzelprojekten wie Monumenten und Baudenkmalern verfolgen. Der erste Teil des dritten Abschnittes widmet sich daher den sowjetischen Denkmälern und den Absichten, die die politische Führung des Kaliningrader Gebietes mit ihrer Errichtung verband. An dieser Stelle soll auch versucht werden, das schwer zu ermittelnde Verhältnis zwischen den mit den Denkmälern verbundenen Intentionen und deren Wirkung auf die Bevölkerung zu untersuchen. Im zweiten Teil dieses Abschnittes wird der Wandel in der Einstellung zu den verbliebenen deutschen Baudenkmalern untersucht, der sich seit Mitte der fünfziger Jahre vollzog. Im Mittelpunkt steht dabei der Konflikt um die Ruine des Königsberger Stadtschlosses, eine Auseinandersetzung, die in der ersten Hälfte der sechziger Jahre ausgetragen wurde. An diesem Konflikt zeigten sich – und das macht seine besondere Bedeutung aus – die Folgen des Tauwetters im Kaliningrader Gebiet: Aufgrund der neuen, offeneren Sichtweise auf die Vergangenheit drang diese Vergangenheit in das „kollektive Gedächtnis“ der Kaliningrader ein, und die nachgewachsene Generation begann sich mit der ihr nun vertrauten Umgebung zu identifizieren<sup>7</sup>. Zudem entstand für eine kurze Zeit und zum ersten Mal in der Geschichte des Kaliningrader Gebietes eine „Öffentlichkeit“: Der Parteiführung des Gebietes stand nun nicht mehr nur eine Summe von Einzelmeinungen entgegen, die möglicherweise von der offiziellen Linie abwichen – nun mußte sie sich mit einer zum Teil offensiv vertretenen Gegenmeinung auseinandersetzen, die auf Versammlungen und in der Presse diskutiert wurde.

<sup>7</sup> Zum Konzept des „kollektiven Gedächtnisses“ vgl: Halbwachs, *La mémoire collective*.

Um die Ergebnisse angemessen zu bewerten, wäre ein eingehender Vergleich mit anderen sowjetischen Städten wünschenswert. Daß dieser Vergleich nur punktuell vorgenommen werden kann, erklärt sich zum einen daraus, daß dies den Rahmen schnell gesprengt hätte; zum anderen liegen Lokalstudien mit einem vergleichbaren Ansatz für sowjetische Städte noch kaum vor. Aus diesen Gründen beschränkt sich diese Arbeit mit einigen Seitenblicken auf Vyborg und Riga, die sich als annektierte Städte in einer vergleichbaren Situation zu Königsberg befanden, und auf Moskau und Stalingrad, die als Vorbilder für die Kaliningrader Stadtplanung dienten.

Die Begrenzung des Untersuchungszeitraumes mit dem Jahr 1970 ist durch keine eindeutige Zäsur wie sein Beginn mit der Erstürmung und anschließenden Annexion Königsbergs 1945/46 zu erklären – diese zeitliche Grenze wurde gewählt, weil Ende der sechziger Jahre zwei Entwicklungen ausklingen: Zum einen erfuhr Kaliningrad nach dem Erlaß des Ministerrates der UdSSR vom 6. November 1968 einen städtebaulichen Entwicklungsschub, der zumindest im Wohnungsbau einen deutlichen Aufwärtstrend auslöste und insofern die Nachkriegszeit auch auf diesem Gebiet beendete. Zum anderen wurde mit der letzten Sprengung an der Schloßruine die Auseinandersetzung um die Identität der Stadt bis zum Ende der Sowjetunion entschieden. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und ein Ausblick auf die siebziger Jahre und die Gegenwart in Kaliningrad schließen die Arbeit ab.

## Forschungsstand und Quellenlage

Der Sonderstatus des Kaliningrader Gebietes bis 1991 hat bewirkt, daß die historische Forschung über Kaliningrad bis heute nicht die blinden Flecken in deren Geschichte beseitigen konnte. Die deutschen Forscher mußten sich bis zur Wende in der Sowjetunion zwangsläufig mit der deutschen Geschichte der Stadt begnügen, da ihnen der Zugang zu unveröffentlichten Quellen, wie zu Kaliningrad insgesamt, verschlossen blieb<sup>8</sup>. Als einziger machte sich vor 1991 Peter Wörster die Mühe, die wenigen veröffentlichten und im Westen zugänglichen Quellen auf die Entwicklung der Stadt nach 1945 zu untersuchen. Aufgrund des fragmentarischen Charakters der verfügbaren Informationen mußten diese Untersuchungen jedoch recht vage bleiben und konnten die Entwicklung lediglich beschreiben, nicht aber Erklärungsversuche bieten<sup>9</sup>.

<sup>8</sup> An erster Stelle ist hier zu nennen: Gause, Geschichte der Stadt Königsberg. Er läßt seine Untersuchung mit der Ausweisung der letzten Deutschen aus Kaliningrad enden, die das endgültige Ende der deutschen Geschichte der Stadt bezeichnet.

<sup>9</sup> Wörster, Königsberg (Kaliningrad) nach 1945, und ders., Die Stadtentwicklung von Königsberg/Preußen nach 1945, S. 115–141. Über die deutsche Forschung nach 1945 zu Königs-

Für die sowjetische Geschichtsforschung (also vor 1991) gab es beinahe genauso starke Einschränkungen. Nicht nur die Ostpreußische Geschichte bis 1945 war lange Zeit ein verbotenes Thema, bei der lediglich die Berichte über die Erstürmung Königsbergs durch die Rote Armee im April 1945 und die kurzzeitige Annexion Ostpreußens durch Rußland während des Siebenjährigen Krieges eine Ausnahme bildeten. Auch die sowjetische Periode des Gebietes war lange Zeit größtenteils tabuisiert. In gesamtsovjatischen Publikationen wurden die Probleme des Gebietes immer ausgeklammert, da, so die Kaliningrader Historikerin Svetlana Galcova, „die Parteiführung in Moskau hinsichtlich Kaliningrads ihr Prinzip eines Informationsvakuum durchsetzte“. Es falle deshalb leicht, „alle zur Forschung freigegebenen Themen aufzuzählen: einige Aspekte zur Besiedlung 1945 – 1950, das Entstehen der sozialistischen Wirtschaft und Industrie mit den Schwerpunkten Fischfang und Industrie“<sup>10</sup>. Zudem hatten Arbeiten zur Parteigeschichte generell Priorität, so daß die meisten lokal- und regionalgeschichtlichen Studien am Lehrstuhl für Geschichte der KPdSU der Kaliningrader Universität entstanden und sich folglich mit sehr eingeschränkten Aspekten beschäftigten<sup>11</sup>. Als erstes regionalgeschichtliches Lehrbuch erschien 1984 der schmale Band „Geschichte des Gebietes (1945 – 1950)“, dessen Richtung aber durch die vorhergehenden Veröffentlichungen zur Vergangenheit Kaliningrads bereits vorbestimmt war. Der ursprünglich geplante Titel „Geschichte des Kaliningrader Gebietes“ wurde auf Anweisung der Zensurbehörde *Glavlit* ersetzt, um nicht zu viel Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu lenken<sup>12</sup>. Noch problematischer ist die Lage bei der hier interessierenden Frage nach der städtebaulichen und architektonischen Entwicklung, da dieses Problem in der Forschung kaum angesprochen wurde, sondern gänzlich den Parteikadern überlassen wurde<sup>13</sup>.

Nach 1991 gab es eine Flut von heimatkundlichen Publikationen, die jedoch selten wissenschaftlichen Ansprüchen genügen und zudem vorrangig die Vorkriegszeit Königsbergs behandeln, welche als langjähriges Tabuthema die Kaliningrader am meisten interessierte<sup>14</sup>. Die Nachkriegszeit wurde zuweilen reißerisch und mit Blick auf den deutschen Büchermarkt behandelt, ohne daß in diesen Fällen ein nennenswerter Erkenntnisgewinn

berg, die sich vor allem auf die Geschichte der Stadt vor 1933 konzentrierte, vgl.: Hackmann, Königsberg in der deutschen Geschichtswissenschaft, S. 469–493.

<sup>10</sup> Galcova, Die Geschichte des Kaliningrader Gebietes, S. 495–506, hier: S. 496.

<sup>11</sup> Vgl. als Beispiel: Stanovlenie i razvitie Kaliningradskoj oblastnoj organizacii KPSS, Kaliningrad 1977 (Bd. 1) und 1978 (Bd. 2).

<sup>12</sup> Vgl. Galcova, Geschichte des Kaliningrader Gebietes, S. 499. Zur Entwicklung der Geschichtswissenschaften im Kaliningrader Gebiet vgl. auch: Krivoruckaja, Ispolsovanie dokumentov, S. 23–27.

<sup>13</sup> Vgl. Romanin, Gordoe slovo – stroitel', S. 21–27. Romanin war Vorsitzender des Stadtextekutivkomitees.

<sup>14</sup> Als erster russischer Abriß der Geschichte Königsbergs erschien: Gubin, Očerki istorii Königsberga.

zu verzeichnen wäre<sup>15</sup>. Eine bemerkenswerte Ausnahme sind die Arbeiten von Anatolij P. Bachtin, der als Mitarbeiter des Staatlichen Archivs des Kaliningrader Gebietes auf Basis von unveröffentlichten Archivquellen einige Veröffentlichungen über das Schicksal der Baudenkmäler der Region nach 1945 verfaßt hat<sup>16</sup>.

Wie bereits erwähnt, wäre es wünschenswert, die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung mit der Situation anderer sowjetischer Städte zu vergleichen. Erstaunlicherweise gibt es aber nur sehr wenig sowjetische und westliche Literatur über den Wiederaufbau sowjetischer Städte nach dem Zweiten Weltkrieg<sup>17</sup>. Obwohl dieses Thema die Diskussion über die Architektur in der Nachkriegszeit beherrschte, finden sich im wesentlichen nur wenig brauchbare, weil zu erfolgsbetonte, Lokalstudien<sup>18</sup>. Zusammenfassende Untersuchungen scheinen Ausnahmen geblieben zu sein<sup>19</sup>. Neuere westliche Forschungen zum Städtebau in der Sowjetunion nach 1945 sind ebenfalls dünn gesät und finden sich meist in einem größeren Zusammenhang wieder<sup>20</sup>; das Hauptaugenmerk liegt nach wie vor auf der Entwicklung vor dem Zweiten Weltkrieg<sup>21</sup>. Wichtig für diese Arbeit war vor allem die Ende 1997 abgeschlossene Dissertation von Andrew Day über den politischen Gehalt der stalinistischen Stadtlandschaft, die sich in weiten Teilen auf zeitgenössische sowjetische Periodika und unveröffentlichte Quellen aus Moskauer Archiven stützt<sup>22</sup>.

In Anbetracht der schmalen Sekundärliteratur basiert diese Arbeit im wesentlichen auf Quellen. Hierfür wurden vor allem die im Staatlichen Archiv des Kaliningrader Gebietes (GAKO) aufbewahrten Akten des Exekutivkomitees des Sowjets des Kaliningrader Gebietes (*Oblispolkom* – Gebiets-exekutivkomitee), der verschiedenen Architektur- und Kulturverwaltungen des Gebietes und der Stadt Kaliningrad sowie der örtlichen Vereinigungen der Architekten und Denkmalschützer herangezogen<sup>23</sup>. Zu einem geringeren Teil konnten auch Bestände des ehemaligen Gebietsparteiarchivs (heute: Zentrum für die Aufbewahrung und das Studium von Dokumenten der

<sup>15</sup> Vgl. Beckherrn, Die Königsberg-Papiere.

<sup>16</sup> Ins Deutsche übersetzt: Bachtin, Zur Situation der Baudenkmäler, S. 103–130.

<sup>17</sup> Jeffrey M. Diefendorf sah darin schon 1990 eine Forschungslücke. Daran hat sich bis heute kaum etwas geändert. Vgl. Diefendorf, *New Perspectives on a Rebuilt Europe*, S. 1–15.

<sup>18</sup> Vgl. Ljušin, *Trudovoj podvig volgogradcev*; Minsk. *Poslevoennij opyt razvitija i rekonstrukcii*; Motorin, *Vozraždenyj Sevastopol*.

<sup>19</sup> Vgl. Belov, *Podnjatye iz ruin*, und: Astaf'eva-Dulgač, *O proektach vosstanovlenija gorodov*, S. 139–148.

<sup>20</sup> Zum Beispiel: Bater, *The Soviet City*; Noever, *Tyrannie des Schönen*; French, *Plans, pragmatism and people*. Wenig hilfreich sind: Rjabušin, *Landmarks of Soviet Architecture*; und Tarkhanov, *Stalinist architecture*.

<sup>21</sup> Zum Beispiel: Hudson, *Blueprints and blood*.

<sup>22</sup> Day, *Building Socialism*.

<sup>23</sup> Zu den einzelnen benutzten Aktenbeständen (und ebenso zu den verwendeten gedruckten Quellen) vgl. das Verzeichnis im Anhang.

neuesten Geschichte des Kaliningrader Gebietes – CCHIDNIKO) ausgewertet werden, dessen Benutzung allerdings noch einigen Einschränkungen unterliegt. So konnten dort bis zum Abschluß der Recherche für diese Arbeit nur die Akten des Gebietskomitees der KPdSU (*Obkom KPSS*) bis 1955 eingesehen werden. Die Unterlagen des Komitees für Baufragen beim Gebietspartei-Komitee und die des Gebietspartei-Komitees nach 1955 konnten bis auf einige wichtige Ausnahmen nicht verwendet werden. Anhand der bislang zugänglichen Akten lassen sich aber bereits jetzt nicht nur viele interne Entscheidungsprozesse in den Gremien von Staat und Partei nachzeichnen – auch über die Stimmung in der Bevölkerung angesichts des langsamen Wiederaufbaus und die Einstellung zur deutschen Vergangenheit von Gebiet und Stadt lassen sich dort wertvolle Hinweise finden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die von dem Kaliningrader Historiker Jurij V. Kostjašov geleitete Zeitzeugenbefragung von sowjetischen Umsiedlern der Nachkriegszeit. Dieses umfangreiche *oral-history*-Projekt, dessen deutsche Ausgabe Eckhard Matthes herausgegeben hat<sup>24</sup>, ermöglicht erstmals einen umfassenden Blick auf die Reaktion der Umsiedler auf die von ihnen vorgefundene Situation im ehemaligen Ostpreußen.

Eine zentrale Quelle für diese Untersuchung ist die unveröffentlichte Dissertation des ehemaligen Chefarchitekten der Stadt Kaliningrad und Leiters der Gebietsverwaltung für Architektur, Dimitrij K. Navalichin. Er schrieb die erste Fassung im Jahr 1955 noch während seiner Tätigkeit in Kaliningrad; die zweite Fassung von 1958 vollendete er hingegen in Moskau<sup>25</sup>. In dieser Dissertation legte Navalichin ausführlich seine Sichtweise der erhaltenen Vorkriegsarchitektur Kaliningrads dar und erläuterte seine Projekte für den Umbau der ehemaligen Hauptstadt Ostpreußens. Obwohl dieser Text kurz nach der Wende im Bausektor geschrieben wurde, die Nikita Chrusčev im Dezember 1954 auf der „Allunionskonferenz der Bauschaffenden“ einleitete<sup>26</sup>, ist er noch ganz der alten Linie verhaftet und gibt somit Aufschluß über die Motive der Planer in der ersten Phase des Wiederaufbaus.

Schließlich wurden auch zeitgenössische Veröffentlichungen benutzt; neben den Stadtführern durch Kaliningrad sind hier die publizierten Redebeiträge auf der Versammlung der Architekten Kaliningrads vom März 1964, auf der über das Schicksal der Schloßruine diskutiert wurde, und vor allem die *Kaliningradskaja Pravda* zu nennen: Ihre Artikel geben häufig

<sup>24</sup> Matthes, Als Russe in Ostpreußen.

<sup>25</sup> Navalichin, K voprosu rekonstrukcii goroda Kaliningrada; ders.: K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada. Je ein Exemplar dieser Arbeiten findet sich im Archiv der Architekturverwaltung der Stadt Kaliningrad (Specčast' otdela po delam stroitel'stva i architektury Merii Kaliningrada; Signatur: Inv. 20 ot 13.4.1972g).

<sup>26</sup> Zu dieser Konferenz und der „Entstalinisierung“ der Bauindustrie vgl: Martiny, Bauen und Wohnen in der Sowjetunion, S. 91–104.

interessante Hinweise auf den Perspektivwechsel der sowjetischen Einwohner, wenn man die Texte als „Negativabdruck“ liest, als Reaktion der lokalen Autoritäten auf die Stimmungslage der Bevölkerung.

# I. Kampf gegen die Vergangenheit

## 1. Aus Königsberg wird Kaliningrad

### *Kriegsende und Annexion*

„Die Vorboten der Katastrophe machten sich bereits in den letzten Junitagen 1944 bemerkbar – leichte, kaum ins Bewußtsein dringende Stöße, die das sonnendurchglühte Land wie von fernem Erdbeben erzittern ließen.“ Die Katastrophe, an die sich der Arzt Hans Graf von Lehndorff im Jahre 1947 wie an ein Natureignis erinnerte, das Ostpreußen buchstäblich aus heiterem Himmel ereilte, war die Endphase des Zweiten Weltkrieges<sup>1</sup>. Für die Menschen auf der anderen Seite der Front hatte diese „Katastrophe“ früher begonnen – dementsprechend unterschiedlich war ihre Perspektive auf die letzten Monate des von Stalin so bezeichneten „Großen Vaterländischen Krieges“. Etwas mehr als drei Jahre waren seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 vergangen; nun erreichte die Rote Armee im Herbst 1944 die deutsch-sowjetische Grenze von 1939 und näherte sich Königsberg, der östlichsten deutschen Großstadt. In einem Aufruf des Kriegsrates der 3. Weißrussischen Front, den die Militärzeitung *Krasnoarmejskaja Pravda* am 16. Oktober 1944, dem ersten Tag der sogenannten „Ostpreußischen Operation“ der Roten Armee, veröffentlichte, appellierte die Armeeführung an die Rache- und Vergeltungsgefühle vieler sowjetischer Soldaten: „Merke Dir, Soldat! Dort in Deutschland versteckt sich der Deutsche, der Dein Kind gemordet, Deine Frau, Braut, Schwester vergewaltigt, Deine Mutter, Deinen Vater erschossen, Deinen Herd niedergebrannt hat. Geh mit unauslöschlichem Haß gegen den Feind vor! Deine heilige Pflicht ist es [...], in die Höhle der Bestie zu gehen und die faschistischen Verbrecher zu bestrafen.“<sup>2</sup>

Binnen einer Woche gelang es der 11. Gardearmee, die deutschen Verteidigungslinien zu durchbrechen und einen bis zu 40 Kilometer tiefen Angriffskeil nach Ostpreußen hineinzutreiben. In Moskau ließ Stalin am 23. Oktober aus Freude über die sowjetischen Erfolge zu Ehren der 3. Weißrussischen Front einen Salut von 20 Artilleriesalven aus 224 Geschützen abfeuern. Die Offensive der Roten Armee in Ostpreußen blieb je-

<sup>1</sup> Lehndorff, Ostpreußisches Tagebuch, S. 9.

<sup>2</sup> Zitiert nach: Zeidler, Kriegsende im Osten, S. 70f.

doch nach den anfänglichen Erfolgen an ebendiesem Tag stecken, da es den Truppen der 1. Baltischen Front nicht gelang, die nördliche Flanke dieser Offensive zu decken. Angesichts eines drohenden Zangenangriffes deutscher Einheiten auf die ungeschützten Flanken der 11. Gardearmee entschloß sich der Frontoberbefehlshaber Ivan D. Černjachovskij am 23. Oktober, diese aus den bereits eroberten Gebieten westlich des Flusses Romite zurückzuziehen.

In den von der Roten Armee aufgegebenen Ortschaften fanden die nachrückenden deutschen Soldaten die Leichen von 65 ermordeten Zivilisten. Die Toten von Nemmersdorf und den anderen kleinen Gemeinden und Städten der zeitweilig zurückeroberten Gebiete waren nach amtlichen deutschen Untersuchungen zumeist aus nächster Nähe erschossen worden. Die Leichen wiesen Verwundungen auf, die – so der Bericht – eine „z.T. bestialische Ermordung erkennen ließen“<sup>3</sup>, viele Frauen waren zudem vor ihrem Tod vergewaltigt worden. Die NS-Propaganda versuchte, diese Kriegsverbrechen der Roten Armee in die Ideologie vom asiatischen „Untermenschen“ einzuordnen und sie zu instrumentalisieren, um den Durchhaltewillen der Bevölkerung im Osten zu stärken; die Meldungen hatte jedoch den gegenteiligen Effekt: Die Berichte über die Morde ließen der deutschen Bevölkerung nicht nur „das Blut erstarren“<sup>4</sup>, sondern trieben sie – entgegen den Anweisungen der deutschen Behörden – massenhaft zur Flucht<sup>5</sup>. Damit begann eine erste gewaltige Fluchtbewegung aus dem Osten Deutschlands. Der Flüchtlingsstrom ebte allerdings schnell ab, als die Front wieder zum Stehen kam und „eine fast unbegreifliche Ruhe“ einkehrte<sup>6</sup>.

Mit dieser Ruhe war es im Januar 1945 jedoch endgültig vorbei. Nach einer mehrmonatigen Pause begann am 13. Januar die 3. Weißrussische Front mit ihrer zweiten Offensive gegen Ostpreußen, die nach den Worten des Historikers Manfred Zeidler Bestandteil der „gewaltigsten Offensivoperation des Zweiten Weltkrieges“ war, bei der die Rote Armee von der Ostsee bis in die Ukraine gleichzeitig zum Angriff übergang und allein in Polen auf einer Breite von 250 Kilometern die deutsche Front durchbrach<sup>7</sup>. Innerhalb weniger Tage eroberten die sowjetischen Truppen weite Teile Ostpreußens und kesselten die deutschen Truppen im Samland, in Königs-

<sup>3</sup> Zitiert nach: Zeidler, Kriegsende im Osten, S. 74.

<sup>4</sup> Lehdorff, Ostpreußisches Tagebuch, S. 10.

<sup>5</sup> Zum Verlauf der sowjetischen Offensive in Ostpreußen im Oktober 1944 vgl.: Zeidler, Kriegsende im Osten, S. 67–75. In einer neueren russischen Veröffentlichung zur Geschichte Ostpreußens wird weiterhin abgestritten, daß die Toten von Nemmersdorf Opfer sowjetischer Kriegsverbrechen geworden seien. Es handele sich hier überwiegend um Zivilisten, die zwischen die Fronten geraten seien; die „Nemmersdorfer Fälschungen“ seien längst widerlegt. Vgl. Isupov (Hg.), Vostočnaja Prussija, S. 422–424. Die jüngste Darstellung eines deutschen Historikers zu diesem Thema: Fisch, Nemmersdorf, Oktober 1944.

<sup>6</sup> Lehdorff, Ostpreußisches Tagebuch, S. 10.

<sup>7</sup> Zeidler, Kriegsende im Osten, S. 83.

berg und Heiligenbeil ein. Nachdem der in den ersten Tagen der sowjetischen Offensive zähe Widerstand der Wehrmacht gebrochen war, setzte in der Bevölkerung Ostpreußens eine weitgehend ungeordnete und überstürzte Fluchtbewegung ein, die diejenige vom Herbst des vorhergehenden Jahres in ihrem Umfang bei weitem übertraf. In langen Trecks machten sich fast alle Einwohner Ostpreußens mitten im Winter auf den Weg nach Westen. Eine traurige Berühmtheit erlangten dabei die vielen Flüchtlinge, die beim Versuch, über das zugefrorene Frische Haff zum Hafen Pillau zu gelangen, um von dort mit Schiffen über die Ostsee zu flüchten, auf der weiten Eisfläche durch Angriffe sowjetischer Tiefflieger getötet wurden. Bei Temperaturen weit unter dem Gefrierpunkt endete die Flucht zudem für viele Flüchtlinge auch ohne die direkte Einwirkung der Roten Armee tödlich<sup>8</sup>.

Königsberg, dessen Zentrum in den letzten Augusttagen des Jahres 1944 in zwei Nachtangriffen der Royal Air Force bereits weitgehend zerstört worden war, wurde am 26. Januar 1945 zum ersten Mal von der sowjetischen Artillerie beschossen. Fünf Tage vorher war der letzte Zug mit Flüchtlingen aus der Stadt abgefahren, seitdem war auch Königsberg eingekesselt. In der Stadt befanden sich neben mehreren zehntausend Königsbergern und Flüchtlingen, die es nicht mehr geschafft hatten, bis in das rettende Pillau zu kommen, verschiedene Truppenteile der Wehrmacht und mehrere Bataillone des „Volkssturmes“. Der berüchtigte Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch, hatte sich hingegen auf den Fliegerhorst Neutief auf der Frischen Nehrung gegenüber von Pillau zurückgezogen, von wo aus er Hitler in Telegrammen suggeriert haben soll, daß er sich noch im eingeschlossenen Königsberg befinde<sup>9</sup>. Mitte Februar gelang es der Samlandgruppe der Wehrmacht, durch eine überraschende Gegenoffensive eine der vier angreifenden sowjetischen Armeen zurückzudrängen und auf diese Weise für kurze Zeit einen Korridor zwischen Königsberg und Pillau zu schaffen. Durch ihn gelangten noch einmal einige tausend Flüchtlinge nach Pillau, bis die Rote Armee dieses Gebiet wieder zurückeroberte. Der Kommandant der nun endgültig eingeschlossenen „Festung Königsberg“, General Otto Lasch, rief seine Soldaten wenige Tage später in einem Tagesbefehl angesichts der hoffnungslosen Lage auf, zu kämpfen, „wie es das Vaterland von uns verlangt; dann haben wir die Gewißheit, daß wir etwas erkämpfen, wenn nicht unser Leben, so doch unsere Ehre“<sup>10</sup>.

<sup>8</sup> Vgl. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen, Bd I., und die von Henke, Exodus aus Ostpreußen, S. 117–127 zitierten Erlebnisberichte. Diese stammen aus der Ost-Dokumentation des Bundesarchivs, die die Grundlage für die „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen“ bildet, sind in dieser aber nicht enthalten.

<sup>9</sup> Vgl. Gause, Geschichte der Stadt Königsberg, Bd. III, S. 162.

<sup>10</sup> Zitiert nach: Süßkind-Schwendi, Kurze Rückschau auf die militärischen Ereignisse, S. 222.

Der März verlief in Königsberg verhältnismäßig ruhig, da der neue Befehlshaber der 3. Weißrussischen Front, Marschall Aleksandr M. Vasilevskij, nach der empfindlichen Schlappe im Februar zunächst alle sowjetischen Truppen für die Bekämpfung des Heiligenbeiler Kessels einsetzte. Erst nach dessen „Liquidierung“ forcierte Vasilevskij die Vorbereitungen für die Erstürmung Königsbergs. Dort wurde derweil – wie bereits in einigen anderen eingeschlossenen deutschen Städten – der Durchhaltefilm „Kolberg“ gezeigt<sup>11</sup>. Am 6. April 1945 begann der entscheidende und schließlich erfolgreiche Angriff der sowjetischen Roten Armee auf Königsberg, für den insgesamt über 150 000 Soldaten zusammengezogen worden waren. Die von Hitler befohlene sinnlose Verteidigung der Stadt wurde bereits am zweiten Tage der sowjetischen Offensive vollends selbstmörderisch, da die deutschen Verteidiger zu diesem Zeitpunkt kaum noch Munition besaßen<sup>12</sup>. Trotzdem kapitulierte General Otto Lasch erst am Abend des 9. April 1945. Nur einen Monat vor der Gesamtkapitulation Deutschlands – und zu einem Zeitpunkt, als General Bersarin bereits den Angriff auf Berlin vorbereitete – übergab Lasch den Vertretern Vasilevskijs die Reste seiner „Festung Königsberg“. Diese war nach dem viertägigen Sturmangriff der Roten Armee und einem Häuserkampf, der viele bislang von Bomben und Granaten verschonte Stadtteile dem Erdboden gleichmachte, auf die unmittelbare Umgebung seines Befehlsbunkers zusammengeschmolzen<sup>13</sup>.

Stolz meldete die *Pravda* zwei Tage nach der Kapitulation von Lasch: „Die deutschen Räuber machten seit jeher aus Königsberg einen Vorposten ihrer Eroberungspolitik im Osten Europas. Die Deutschen haben das Territorium Ostpreußens in eine Aufmarschbasis für Eroberungsüberfälle auf slawisches Gebiet verwandelt. [...] Nun hat die Rote Armee dieses Räuber-  
nest des deutschen Imperialismus in Königsberg auf ewig liquidiert.“<sup>14</sup> Auch Otto Lasch zog – Jahre später – eine positive Bilanz der blutigen Kämpfe um die ostpreußische Hauptstadt, obwohl er aufgrund seiner Kapitulation von Hitler als Deserteur in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden und seine Familie in Sippenhaft genommen worden war. Von einem sowjetischen Tribunal wiederum wurde er wegen angeblicher von ihm bestrittener Greuelthaten zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt. Nachdem er 1955 als einer der letzten Wehrmachtsangehörigen aus sowjetischer Gefangenschaft zurückkehrte, schrieb er in seinen 1958 erschienenen Erinnerungen: „Aus den zahlreichen Gesamtschilderungen der Kämpfe um die Festung

<sup>11</sup> Vgl. Lehdorff, Ostpreußisches Tagebuch, S. 44.

<sup>12</sup> Vgl. Süßkind-Schwendi, Kurze Rückschau auf die militärischen Ereignisse, S. 221–227, bes. S. 225.

<sup>13</sup> Zum Kriegsende in Königsberg vgl. Lasch, So fiel Königsberg; Wieck, Zeugnis vom Untergang; Gause, Königsberg, Bd. III., S. 156–170; Zeidler, Kriegsende im Osten, S. 86–93. Aus sowjetischer Sicht: Bagramjam, Sturm Kenigsberga. Zum fünfzigsten Jahrestag der Eroberung Königsbergs erschien in Kaliningrad: Dar’jalov, Kenigsberg. Četyre dnja šturma.

<sup>14</sup> Aus: A. Ivanov, Kenigsberg, in: *Pravda*, 11. 4. 1945.

Königsberg ergibt sich im übrigen, daß jeder Einzelne in beispielhafter Weise bis zum Ende seine Pflicht getan hat, so daß der Endkampf um die ostpreußische Heimat Erde immerdar ein Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Soldatentums und der ostpreußischen Menschen bleiben wird.<sup>15</sup>

Der Frieden, der auf den „heroischen Endkampf“ folgte, war schrecklich. Die Zivilisten, die in den Kellern in den Vororthäusern während der Kämpfe ausgeharrt hatten, wurden am 8. April, noch während im Stadtzentrum gekämpft wurde, von Soldaten der Roten Armee aufgefordert, sich an Sammelpunkten einzufinden. Von dort aus wurden sie in langen Kolonnen aus der Stadt heraus und kilometerweit über das Land geführt. Diese „Propagandamärsche“, wie sie in den Erinnerungsberichten der Deutschen genannt werden, führten zu keinem für die Betroffenen erkennbaren Ziel und endeten nicht selten wieder in der Nähe von Königsberg. In der Stadt selbst wurden derweil viele Gebäude in Brand gesteckt, auch in Vierteln, die die Rote Armee bereits fest in ihrer Hand hatte. Sowjetische Soldaten zogen plündernd durch die Stadt, und es kam zu zahlreichen Vergewaltigungen<sup>16</sup>.

Den deutschen Erinnerungsberichten und Tagebüchern ist zuweilen anzumerken, daß die Königsberger in den Gewalttaten der sowjetischen Soldaten während und nach der Erstürmung Königsbergs die Erfüllung der NS-Propaganda sahen. So schrieb z. B. der Arzt Hans Deichelmann in seinem Tagebuch am 20. April 1945 im Zusammenhang mit den Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten von der „viehischen Brutalität der Asiaten“<sup>17</sup>. Es dauerte Tage, bis die gewaltsamen Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung eingedämmt wurden, so lange war sie laut zahlreichen Augenzeugenberichten der Willkür der Rotarmisten schutzlos ausgeliefert. In der Kaserne Rothenstein am nördlichen Stadtrand von Königsberg wurde zudem kurze Zeit nach der Besetzung der Stadt durch die sowjetischen Truppen vom NKVD (*Narodnyj Kommissariat Vnutrennich Del* – Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) ein Internierungslager für politisch verdächtige Deutsche eingerichtet, aus denen die NSDAP-Mitglieder herausgefiltert werden sollten, in dem aber auch eine große Anzahl ohne Anschuldigung Verhafteter über Wochen hin festgehalten wurde<sup>18</sup>. Wie ernst die sowjetischen Militärs nach der Besetzung Königsbergs die tatsäch-

<sup>15</sup> Lasch, So fiel Königsberg, zitiert nach: Wieck, Zeugnis vom Untergang, S. 220.

<sup>16</sup> Vgl. Wieck, Zeugnis vom Untergang, S. 224–232, und Gause, Königsberg, S. 170–172.

<sup>17</sup> Deichelmann, Ich sah Königsberg sterben, S. 25. Dieser Ausdruck wurde von vielen Deutschen durchaus wörtlich im Sinne einer besonders hohen Beteiligung von „asiatischen“ Rotarmisten bei den Ausschreitungen aufgefaßt, was aber selbst die deutsche militärische Aufklärung nach den Nemmersdorfern Vorfällen in Zweifel zog. Vgl. dazu und zu dem gesamten Komplex des Verhaltens der sowjetischen Soldaten gegenüber der deutschen Bevölkerung: Zeidler, Kriegsende im Osten, S. 143–154.

<sup>18</sup> Vgl. Wieck, Zeugnis vom Untergang, S. 244–255, und Lehndorff, Ostpreußisches Tagebuch, S. 104–137. Zu den Ausschreitungen nach der Eroberung Königsbergs durch die Rote Armee vgl. insbesondere: Dokumentation der Vertreibung, Bd I,1.

lich nicht existente Bedrohung durch Werwölfe und untergetauchte SS-Männer nahmen, wird aus einer Anordnung des Militärkommandanten von Königsberg vom 1. Mai 1945 deutlich. Darin warnte er seine Untergebenen – noch ganz im Tonfall der hochstalinistischen Spionagephobie der Vorkriegsjahre – vor der Heimtücke des niedergerungenen Feindes: „Die das Land verwüstenden Schlachten der Schergen Hitlers spielen sich jetzt im Untergrund ab, und es halten sich Spione, Diversanten und terroristische Gruppen für Sprengarbeiten bereit. Die Gruppen rechtzeitig zu entlarven und unschädlich zu machen, gelingt nur dann, wenn jeder Soldat und Offizier wach und diszipliniert die ihm übertragenen Aufgaben erfüllt.“<sup>19</sup> Auch die ersten Maßnahmen, mit denen die neuen Machthaber das Stadtbild veränderten, dienten der Absicherung gegen die trotz ihrer totalen Niederlage im totalen Krieg als permanente Bedrohung empfundenen Deutschen. Binnen kurzer Zeit wuchsen in der Stadt „eigenartige Holzzäune“ empor<sup>20</sup>, die zuweilen ganze Straßenzüge für den allgemeinen Durchgang absperreten, und an den Kreuzungen erhoben sich Wachtürme, so als sei die ganze Stadt ein einziges Lager<sup>21</sup>.

Mit der Eroberung Königsbergs durch die Rote Armee begann das letzte Kapitel der deutschen Geschichte der Stadt, deren Ende freilich bereits seit einiger Zeit feststand. Schon Ende 1943 hatte Stalin auf der Konferenz der Anti-Hitler-Koalition in Teheran den Anspruch der Sowjetunion auf die eisfreien Häfen Königsberg und Memel „sowie einen entsprechenden Teil des ostpreußischen Territoriums“ angemeldet und dies mit dem Hinweis untermauert, daß Ostpreußen „historisch gesehen slawischer Boden ist“<sup>22</sup>. Ohne diesen Anspruch mit den westlichen Alliierten endgültig geklärt zu haben, arbeitete die sowjetische Diplomatie im Sommer 1944 auf eine Aufteilung Ostpreußens zwischen Polen und der Sowjetunion hin: In einem Vertrag zwischen der UdSSR und dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung vom 27. Juli 1944 heißt es in Artikel 2, beide Parteien seien der Ansicht, daß die UdSSR den nördlichen Teil des ostpreußischen Territoriums mit der Stadt Königsberg, und Polen den südlichen Teil nebst dem ehemaligen Danziger Gebiet erhalten solle<sup>23</sup>. Nachdem das U.S. State Department in einem Memorandum vom 12. Januar 1945, das für die Konferenz von Jalta erarbeitet worden war, die Übertragung des nördlichen Ostpreußen an die Sowjetunion nicht mehr ausschloß<sup>24</sup>, konnte sich Stalin mit seinem Annexionswunsch auf der Potsdamer Konferenz im Juli und August

<sup>19</sup> Zitiert nach: Matthes, *Als Russe in Ostpreußen*, S. 312f.

<sup>20</sup> Wieck, *Zeugnis vom Untergang*, S. 273.

<sup>21</sup> Falk, *Ich blieb in Königsberg*, S. 118.

<sup>22</sup> Protokoll der vierten Sitzung der Regierungschefs in Teheran am 1. Dezember 1943. II. Sitzung am Runden Tisch, in: *Teheran. Jalta. Potsdam*, S. 138.

<sup>23</sup> Vgl. Wörster, *Ostpreußen nach 1945*, S. 9. Zu den Verhandlungen zwischen Stalin und der Kommission der PKWN vgl. Zeidler, *Kriegsende im Osten*, S. 56–59.

<sup>24</sup> State Department, *The Conferences of Malta and Jalta*, S. 188–190, 232–234.

1945 endgültig durchsetzen. Im Potsdamer Abkommen wurde schließlich festgestellt: „Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich einer Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion [...] zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung bedarf.“<sup>25</sup>

In Königsberg waren derweil Fakten geschaffen worden. Bereits am 7. April 1945, als der Belagerungsring um Königsberg zwar schon geschlossen war, im Stadtzentrum jedoch noch verlustreiche Häuserkämpfe stattfanden, wurde die sowjetische „Militärkommandantur der Stadt und Festung Königsberg“ gegründet, an deren Aufbau seit Ende März gearbeitet worden war<sup>26</sup> und die zunächst von Generalmajor Michail V. Smirnov und ab dem 5. Juli 1945 von Gardegeneralmajor Michail A. Pronin geführt wurde<sup>27</sup>. Dem Militärkommandanten unterstanden neun Offiziere, die u. a. für die Bereiche Kontrolle und Registrierung der deutschen Bevölkerung und Wirtschaft zuständig waren<sup>28</sup>. Die zentrale Militärkommandantur gab Weisungen an die einzelnen Bezirkskommandanturen heraus, von denen in Königsberg zunächst acht (später sechs) eingerichtet wurden. Dort unterstanden dem Bezirkskommandanten drei wachhabende Offiziere und ein Offizier für Wirtschaftsfragen, dem in der ersten Zeit hauptsächlich die Nahrungsmittelbeschaffung für die „örtliche Bevölkerung“ oblag. In jeder Bezirkskommandantur wurde zudem noch eine Paßstelle eingerichtet, die neben der Erfassung von Personen auch die Einteilung von Arbeitskräften übernahm<sup>29</sup>.

Innerhalb der zentralen Kommandantur wurde am 10. Mai 1945 eine „Provisorische Verwaltung für Zivilangelegenheiten“ (*Vremenoe upravlenie po graždanskim delam*) eingerichtet, der der Stellvertreter des Militärkommandanten vorstand<sup>30</sup>. Da sich zu dieser Zeit überwiegend deutsche Zivilpersonen in Königsberg aufhielten, war die provisorische Verwaltung für Zivilangelegenheiten in den ersten Monaten nach der Eroberung Königsbergs faktisch eine Verwaltung für die deutsche Bevölkerung<sup>31</sup>. Selbstverwaltungsorgane der deutschen Bevölkerung entstanden nicht, da die sowjetischen Behörden bereits davon ausgingen, daß Ostpreußen an die Sowjetunion fallen werde. Stalin machte den sowjetischen Standpunkt in dieser

<sup>25</sup> Aus Artikel VI der Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz von Berlin vom 2. August 1945 [*Potsdamer Abkommen*], zitiert nach: Bittel, *Das Potsdamer Abkommen*; vgl. dazu: Hillgruber, *Der Zweite Weltkrieg. 1939–1945*, S. 270–342, bes. S. 337 f. Zur sowjetischen Deutschlandplanung im Zweiten Weltkrieg vgl. Filitov, *Die sowjetische Deutschlandplanung*, S. 117–139.

<sup>26</sup> Isupov, *Vostočnaja Prussija* S. 440.

<sup>27</sup> Fisch, *Schicksal der Deutschen*, S. 392.

<sup>28</sup> Isupov, *Vostočnaja Prussija*, S. 441.

<sup>29</sup> Vgl. Luschnat, *Lage der Deutschen*, S. 60, und Zeidler, *Kriegsende im Osten*, S. 168–177.

<sup>30</sup> Vgl. Isupov, *Vostočnaja Prussija*, S. 449.

<sup>31</sup> Hinweise auf die „Displaced Persons“ fehlen in den sowjetischen Akten weitgehend.

Angelegenheit wenige Monate später auf der Potsdamer Konferenz noch einmal deutlich, als er gegenüber den Regierungschefs der Westalliierten versicherte: „Falls in Königsberg eine deutsche Verwaltung entstehen wird, werden wir sie vertreiben, unbedingt vertreiben.“<sup>32</sup> Aus den Reihen der Deutschen wurden daher lediglich sogenannte „*Burgomejstera*“ ernannt, die als Bindeglied zwischen den Deutschen und den sowjetischen Stellen fungierten. Sie trugen eine Armbinde mit der Aufschrift „*Starosta*“ (Älteste) und sollten die Ausführung der sowjetischen Weisungen sicherstellen. Bis zum September 1945 wurden in Königsberg 43 „Bürgermeister“ ernannt. Sie waren jeweils für einige Straßenzüge verantwortlich und mußten Listen von den dort wohnenden Deutschen und deren Arbeitsfähigkeit führen<sup>33</sup>. Auf diese Weise sollte in erster Linie die Überwachung der deutschen Bevölkerung garantiert werden, die als ein hohes Sicherheitsrisiko betrachtet wurde. Um so beunruhigender mußte es für die Militärverwaltung sein, daß trotz mehrmaliger Registrierungskampagnen und obwohl ohne Registrierung keine Lebensmittel ausgegeben wurden, es einige Zeit dauerte, bis alle Deutschen durch die sowjetischen Behörden erfaßt worden waren<sup>34</sup>.

Mit der Gründung des Sondermilitärkreises Königsberg (*Kenigsbergskij Osobjj Voennyj Okrug*) am 9. Juli 1945 wurden die Militärkommandanturen von ihren zivilen Aufgaben in der Verwaltung und Wirtschaft des Gebietes befreit. Die provisorische Verwaltung für Zivilangelegenheiten unterstand von nun an direkt dem Militärerrat des neugebildeten Sondermilitärkreises, der für die nächsten Monate die oberste Entscheidungsinstanz im Gebiet darstellte<sup>35</sup>. Die Chefs der jetzt formal selbständigen provisorischen Zentral- und Bezirksverwaltungen blieben zwar immer noch Militärangehörige, doch hießen sie nun „Vorgesetzte der Verwaltung für Zivilangelegenheiten“ (*Načal'niki upravljenija po graždanskim delam*). Diese Militärs bildeten auch nach der Gründung des Königsberger/Kalinigrader Gebietes den Kern der zivilen Verwaltung und der Parteiorganisation des Gebietes<sup>36</sup>. Die Aufgabe der umgebildeten Verwaltung bestand darin, mit dem wirtschaftlichen Aufbau des Gebietes und der regulären Verwaltungsarbeit zu beginnen. Neuer Chef der provisorischen Verwaltung für Zivilangelegenheiten wurde der Generalmajor und Mitglied des Militärates des Sondermilitärkreises, V. G. Guzii, dem 134 Mitarbeiter in 15 Abteilungen unterstanden<sup>37</sup>.

<sup>32</sup> Vgl. Protokoll der zweiten Sitzung der Regierungschefs vom 18. Juli 1945, in: *Sovetskij Sojuz na meždunarodnich konferencijach*, Bd. 6, S. 61.

<sup>33</sup> GAKO, f. 298, op. 1, d. 21, l. 181.

<sup>34</sup> Vgl. Fisch, *Schicksal der Deutschen*, S. 394.

<sup>35</sup> Vgl. Isupov, *Vostočnaja Prussija*, S. 449 f.

<sup>36</sup> Vgl. Luschnat, *Lage der Deutschen*, S. 62, und *Istorija Kraja*, S. 51.

<sup>37</sup> Vgl. Isupov, *Vostočnaja Prussija*, S. 450.

Nachdem am 17. Oktober 1945 das nördliche Ostpreußen von der Sowjetunion offiziell annektiert worden war, wurde es per Erlaß des Ministerrates der UdSSR vom 7. April 1946 als „Königsberger Gebiet“ in die RSFSR eingegliedert<sup>38</sup>. Die provisorische Verwaltung für Zivilangelegenheiten wurde im Zuge dieser Eingliederung durch eine ständige Zivilverwaltung ersetzt, die dem in der Sowjetunion üblichen Aufbau in Gebiets-, Stadt- und Rayonsverwaltung entsprach<sup>39</sup>. Nur wenige Monate später, am 4. Juli 1946, wurde Königsberg in Kaliningrad umbenannt, zu Ehren von Michail I. Kalinin, dem kurz zuvor verstorbenen Präsidenten der UdSSR. Die Umbenennungskampagne für die übrigen Städte und Ortschaften des Gebietes und die Straßen und Plätze fand dagegen erst im Herbst 1947 statt. Vorher waren lediglich diejenigen Straßen und Plätze umbenannt worden, die – wie es in dem entsprechenden Befehl des Militärrates des Sondermilitärkreises vom 23. November 1945 hieß – noch die „Namen faschistischer Banditen, ihrer Anführer und volksfeindlichen Taten“ trugen<sup>40</sup>. Selbst in diesen Fällen wurden jedoch zunächst bemerkenswerterweise keine neuen russischen Bezeichnungen gewählt, sondern die Namen aus der Zeit vor 1933 verwendet – so wurde die General-Litzmann-Straße zunächst wieder in Stresemann-Straße umbenannt<sup>41</sup>.

Der Übergang zum regulären sowjetischen Staatsaufbau wurde im Frühjahr 1947 vollzogen: Per Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. Mai 1947 entstanden das Kaliningrader Gebietsexekutivkomitee und die untergeordneten Stadt- und Rayonsexekutivkomitees, die die Wahlen zu den örtlichen Räten vorbereiten sollten. Mit ihrer Einsetzung wurde die Verwaltung für Zivilangelegenheiten abgeschafft<sup>42</sup>. Bei der Aufstellung der ersten Exekutivkomitees standen die Behörden allerdings vor dem großen Problem, daß nicht genug Kandidaten aufzutreiben waren. Das ZK der VKP(b) sah sich deshalb gezwungen, zur Unterstützung des Verwaltungsaufbaus „128 erfahrene sowjetische Arbeiter“ in das Gebiet zu delegieren und auch weiterhin auf die leitenden Mitarbeiter der gerade auf-

<sup>38</sup> Isupov, *Samaja zapadnaja*, Dokument No. 1, S. 17.

<sup>39</sup> Vgl. *Istorija Kraja*, S. 51. Michael Wieck, ein in Königsberg gebliebener Deutscher, berichtet in seinen Erinnerungen an die Nachkriegsjahre in der Stadt, daß es bei dieser Verwaltungsumstellung zu ernsthaften Problemen gekommen sei: So habe zwischen der Auflösung der vom Militär gestellten provisorischen Verwaltung und dem Beginn der Arbeit der neuen Zivilverwaltung eine Art Interregnum geherrscht. Infolgedessen habe die Rote Armee mehrere Wochen lang ihre Lebensmittellieferungen für das Gebiet eingestellt. Vgl. Wieck, *Zeugnis vom Untergang*, S. 302.

<sup>40</sup> Verordnung des Militärrates des Besonderen Militärkreises Königsberg vom 23. November 1945, zitiert nach: Pavlovskij, *Semlja moja*, S. 36.

<sup>41</sup> Vgl. Kalusche, *Sowjetstern*, S. 75. Der Arzt Hans Deichelmann schrieb zudem am 16. August 1946 in sein Tagebuch, daß in Kaliningrad die russischen Wegweiser wieder durch deutschsprachige ersetzt worden seien. Vgl. Deichelmann, *Ich sah Königsberg sterben*, S. 118. Zur Umbenennungskampagne in den Städten und Dörfern des Gebietes vgl. Krivorucka, *Kampanija pereimenovanij*, S. 90–106.

<sup>42</sup> Isupov, *Samaja zapadnaja*, No. 10, S. 21.

gelösten Verwaltung für Zivilangelegenheiten zurückzugreifen<sup>43</sup>. Erst Ende Oktober 1947 war der Aufbau des Gebietsexekutivkomitees abgeschlossen, so daß am 21. Dezember 1947 zum ersten Mal die örtlichen Deputierten gewählt werden konnten<sup>44</sup>. Diese Wahlen wurden von vielen als ein „eine Rückkehr zu einem friedlichen Leben“ gesehen, mit ihnen waren „Hoffnungen auf eine bessere Zeit verbunden“, wie sich eine sowjetische Umsiedlerin später erinnerte: „Bis dahin gab es nur eine Zivilverwaltung, und die Leute waren mit vielem dort nicht einverstanden.“<sup>45</sup>

Auch die Bildung der örtlichen und regionalen Parteigliederungen verzögerte sich. Erst am 7. März 1947 – also fast zwei Jahre nach der Eroberung Königsbergs – wurde das Gebietskomitee der VKP(b) gegründet. Wieder mußte das Moskauer ZK den Kaliningrädern unter die Arme greifen, um den schwachen Personalbestand aufzustocken und somit eine effektive Arbeit überhaupt erst zu ermöglichen. Im Laufe des Jahres 1947 wurden insgesamt 575 Parteifunktionäre in das Kaliningrader Gebiet entsandt; Anfang Dezember 1947 konnte schließlich die erste Gebietspartei Konferenz stattfinden. Zu diesem Zeitpunkt hatte der erste Gebietspartei vorsitzende, Jurij P. Ivanov, bereits vor den Problemen des Wiederaufbaus kapituliert<sup>46</sup>, und sein Nachfolger Vladimir Ščerbakov bemühte sich, die Funktionäre für ihre Arbeit zu begeistern<sup>47</sup>.

### *Besiedlung und Vertreibung*

Abgesehen von der formellen Sowjetisierung des nördlichen Ostpreußen durch dessen staatliche und verwaltungstechnische Eingliederung in die UdSSR stellten sich den sowjetischen Behörden seit dem 9. April 1945 zwei wesentliche Aufgaben: Zum einen war die verbliebene deutsche Bevölkerung zu kontrollieren und zu versorgen, zum anderen sollte das wirtschaftliche Potential des Gebietes genutzt und die Region mit sowjetischen Bürgern besiedelt werden<sup>48</sup>. Wie eng diese beiden Aufgaben miteinander verbunden waren, zeigt die Schwierigkeit, die Ursachen für das bis 1947 geltende Ausreiseverbot für die deutsche Bevölkerung und deren seit Oktober 1947 erfolgte schrittweise Aussiedlung<sup>49</sup> herauszuarbeiten. Obwohl der Aufbau einer eigenständigen deutschen Verwaltung aus den oben genannten

<sup>43</sup> Istorija Kraja, S. 53.

<sup>44</sup> Ebenda, S. 59f.

<sup>45</sup> Matthes, Russe in Ostpreußen, S. 226.

<sup>46</sup> Nach Aussagen mehrerer Zeitzeugen hat er sich erschossen, angeblich nach einem Telefonat mit Stalin. Vgl. Matthes, Als Russe in Ostpreußen, S. 227.

<sup>47</sup> Vgl. dessen Rede vor der ersten Gebietspartei Konferenz im Jahre 1947: Ščerbakov, Stalinskaja Programma.

<sup>48</sup> Die offenkundige militärische Bedeutung des Kaliningrader Gebietes für die Sowjetunion bleibt in diesem Zusammenhang unberücksichtigt.

<sup>49</sup> Vgl. Kostjašov, Vyselenie nemcev iz Kaliningradskoj oblasti, S. 187.

Gründen nie in Erwägung gezogen wurde, stand die spätere Aussiedlung der Deutschen offensichtlich keineswegs schon 1945 fest<sup>50</sup>. So zeigte sich beispielsweise noch wenige Monate vor dem Aussiedlungsbeschluß vom Oktober 1947 ein Offizier des Geheimdienstes nach Angaben des in Kaliningrad gebliebenen Pfarrers Hugo Linck ihm gegenüber betroffen, als der Geistliche ihm mitteilte, daß alle Deutschen aufgrund der schlechten Lebensbedingungen aus dem nördlichen Ostpreußen nach Deutschland ausreisen wollten. Diese Reaktion des Geheimdienstmannes ist nur verständlich, wenn der Offizier davon ausging, daß die deutsche Bevölkerung weiter in Kaliningrad bleiben sollte. Als Linck seine Gemeindeglieder zudem ermunterte, Ausreiseanträge zu stellen, waren die sowjetischen Behörden von der daraufhin einsetzenden Flut der Anträge völlig überrascht<sup>51</sup>. Auch in anderen Städten des Kaliningrader Gebietes kam die Antragswelle der Ausreisewilligen unerwartet, wie eine Heimatvertriebene aus Tapiau berichtete: „Die Russen mögen gedacht haben, vielleicht wollen nur fünf Leute aus Tapiau fort, aber wie staunten sie, als restlos alle Deutschen das Paradies verlassen wollten, sogar unsere Kommunisten konnten dem Land ihrer Sehnsucht nicht schnell genug den Rücken kehren.“<sup>52</sup> Somit herrschte nicht nur unter den Deutschen selbst bis zu ihrer endgültigen Ausweisung eine große Unsicherheit über die sie betreffenden Pläne der sowjetischen Führung. Auch die örtlichen sowjetischen Behörden wußten nicht, ob die Deutschen schließlich in die Sowjetunion eingebürgert oder ausgesiedelt werden sollten, sobald ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt würde. Der raschen Annexion folgte in dieser Hinsicht eine Phase der Stagnation, und die ehemalige Hauptstadt Ostpreußens erlebte eine Zeit der Zwitterexistenz: Kaliningrad war keine deutsche Stadt mehr, aber noch längst keine sowjetische.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit stellte sich die Alternative Einbürgerung oder Ausweisung jedoch zunächst gar nicht, da die Deutschen als Arbeitskräfte für den Wiederaufbau dringend benötigt wurden, solange kaum sowjetische Bürger zur Verfügung standen. In den ersten Tagen nach der

<sup>50</sup> Möglicherweise waren die sowjetischen Behörden auch von der Tatsache überrascht, überhaupt noch in nennenswertem Umfang deutsche Zivilisten in dem Gebiet vorzufinden. Stalin sprach auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam mehrmals davon, daß es in den von der Roten Armee besetzten Gebieten kaum noch deutsche Zivilisten gebe, da diese mit den Verbänden der Wehrmacht nach Westen geflohen seien. Vgl. Zeidler, *Kriegsende im Osten*, S. 65.

<sup>51</sup> Linck, *Königsberg 1945–1948*, S. 129. Vgl. dazu auch: Kostjašov, *Vyselenie nemcev iz Kaliningradskoj oblasti*, S. 187, der ebenfalls betont, daß er den Eindruck gewonnen habe, daß die Aussiedlung der Deutschen aus dem Kaliningrader Gebiet „anfangs gar nicht von der sowjetischen Führung beabsichtigt war“. Seinen Angaben zufolge wurde bis zum Beginn der Aussiedlung im Jahre 1947 nur etwa 3400 Deutschen die Ausreise nach Deutschland gestattet. Die meisten seien Mitglieder antifaschistischer Organisationen gewesen oder konnten Angehörige in Deutschland nachweisen.

<sup>52</sup> BMfV, *Dokumentation*, Bd. II, S. 857.

Kapitulation von Otto Lasch wurden die deutschen Zivilisten vor allem für die Bergung der Leichen und die Freiräumung der Straßen unter der Aufsicht von sowjetischen Soldaten eingesetzt. Um die Arbeitskraft der verbliebenen Deutschen besser nutzen zu können, wurde von der Militärkommandantur am 26. April 1945 eine Paßstelle in Königsberg eingerichtet<sup>53</sup>, die im Mai 1945 von der Verwaltung für Zivilangelegenheiten übernommen wurde<sup>54</sup>. Die Aufgabe dieser Behörde bestand in der Registrierung der Deutschen und der „Nutzung der deutschen Bevölkerung“ (*ispol'zovanie nemeckogo naselenija*)<sup>55</sup>. Sie übte also gleichzeitig die Funktion einer Meldebehörde wie auch einer Arbeitsverwaltung aus. Viele Deutsche befürchteten daher zu Recht, gleich im Anschluß an ihre Registrierung zur Arbeit abgeführt zu werden. Dies dürfte eine wesentliche Ursache für die zahlreich belegte Widerwilligkeit der Deutschen, sich registrieren zu lassen, gewesen sein<sup>56</sup> – zudem gibt es Berichte, daß die Registrierung häufig mit Verhören und teilweise auch Mißhandlungen verbunden war<sup>57</sup>.

Nach der Erfassung der deutschen Bevölkerung konnten Militäreinheiten, Betriebe und Dienststellen der Verwaltung ihren Arbeitskräftebedarf an die Zentralkommandantur übermitteln, die dies an die Bezirkskommandanten weitergab und die Vergabe von Arbeitskräften veranlaßte. Für den Königsberger siebten Bezirk sind beispielsweise für den Monat Juli 1945 75 einzelne Militäreinheiten, Betriebe und Dienststellen aufgeführt, die offiziell Deutsche beschäftigten. Ende Mai 1946 waren in ganz Königsberg knapp 19000 zur Arbeit eingeteilte Deutsche bei der Verwaltung für Zivilangelegenheiten gemeldet<sup>58</sup>. Den Arbeitslohn erhielten die Deutschen anfangs jedoch nicht direkt ausgezahlt; dieser mußte von den Arbeitgebern auf das Konto des Militärkommandanten bei der Staatsbank überwiesen werden<sup>59</sup>.

Der Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Arbeitskräftebedarf und der Politik gegenüber den Deutschen läßt sich nicht zuletzt daran erkennen, daß der allgemeine Arbeitszwang für die Deutschen erst im Sommer 1946 aufgehoben wurde<sup>60</sup>: Nach Angaben der Verwaltung für Zivilangelegenhei-

<sup>53</sup> Luschnat, Lage der Deutschen, S. 64.

<sup>54</sup> Fisch/Klemeševa, Schicksal, S. 392.

<sup>55</sup> Isupov, Vostočnaja Prussija, S. 492 f.

<sup>56</sup> Eine erste Registrierung der Königsberger „örtlichen Bevölkerung“ erfaßte am 26. April 1946 nur etwa 23 000 Personen. Diese Zahl erschien den Behörden viel zu niedrig: Sie schätzten, daß sich allein in Königsberg noch mindestens weitere 40 000 Deutsche aufhalten müßten. Vgl. Kostjašov, Vyselenie nemcev iz Kaliningradskoj oblasti, S. 186.

<sup>57</sup> Vgl. Luschnat, Lage der Deutschen, S. 63, und Falk, S. 13 f.

<sup>58</sup> Vgl. Isupov, Vostočnaja Prussija, S. 493.

<sup>59</sup> Vgl. Luschnat, Lage der Deutschen, S. 93. Eine nach Sparten aufgeliederte Tabelle über die Anzahl der am 24. Mai 1946 in Königsberg beschäftigten Deutschen ist abgedruckt in: Isupov, Vostočnaja Prussija, S. 493. Danach waren zu diesem Zeitpunkt etwa 19 000 Deutsche zur Arbeit verpflichtet.

<sup>60</sup> BMfV, Dokumentation, Bd. II, S. 141 f.

ten näherte sich zu diesem Zeitpunkt die Anzahl der sowjetischen Bürger im Kaliningrader Gebiet der Anzahl der verbliebenen Deutschen an<sup>61</sup>, wodurch sich die Arbeitskräftenachfrage geringfügig entspannte. Die Aufhebung des Arbeitszwanges galt jedoch nicht für Facharbeiter, die ihr Wissen an die sowjetischen Neusiedler weitergeben sollten und die deswegen auch als letzte aus dem Kaliningrader Gebiet ausgesiedelt wurden<sup>62</sup>. Um ihre Arbeitskraft gezielt einzusetzen, wurden sie zudem gesondert registriert: Die Abteilung für Abrechnung und Verteilung von Arbeitskräften bei der Zentralkommandantur hatte eine Personalkartei angelegt, in der die deutschen Fachleute mit Namen und Qualifikation vermerkt waren<sup>63</sup>. Die starke Nachfrage nach Facharbeitern hatte für die deutschen Spezialisten allerdings auch positive Folgen für ihre Lebensumstände. Diese waren ungleich günstiger als diejenigen von Deutschen, die keine oder eine nicht benötigte berufliche Qualifikation hatten: Deutsche Facharbeiter wurden in der sowjetischen Gesellschaft respektiert<sup>64</sup>, zuweilen wurden ihnen leitende Positionen in anderen Gebieten der Sowjetunion angeboten<sup>65</sup>, und einige Arbeitgeber versuchten, die deutschen Facharbeiter zum Bleiben in Königsberg zu bewegen, als die Deutschen Ausreiseanträge stellen durften<sup>66</sup>. Der Arzt Hans Deichelmann vermerkte in seinem Tagebuch, daß die deutschen „Spezialisten“ den einfachen russischen Arbeitern reich erschienen, da diese Fachleute überdurchschnittlich verdienten und somit zu einer den einfachen Russen „ewig unerreichbaren Schicht“ gehörten<sup>67</sup>.

Die Lage der Deutschen stellte sich jedoch durchaus widersprüchlich dar: Während einerseits Facharbeiter umworben oder jahrelang festgehalten wurden, weil ihr Wissen unentbehrlich war, haben andererseits deutsche Zeitzeugen berichtet, daß ein halbes Jahr vor der im Herbst 1947 beginnenden Ausweisung der deutschen Bevölkerung eine schrittweise Verdrängung von Deutschen aus dem Arbeitsleben zu beobachten war<sup>68</sup>. In erster Linie betraf dies die unqualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter, doch auch eine gute Berufsausbildung stellte nun keine Garantie mehr für einen Arbeitsplatz dar. Von deutscher Seite her ist dies am besten für den medizinischen Be-

<sup>61</sup> Eine Aufstellung vom 1. August 1946 gibt 84 500 sowjetische Bürger (ohne Wehrdienstleistende und Lagerinsassen) und 108 500 Deutsche an. Vgl. Kostjašov, *Zaselenie Kaliningradskoj oblasti*, S. 82f.

<sup>62</sup> Vgl. Linck, *Königsberg 1945–1948*, S. 75, und Fisch, *Schicksal der Deutschen*, S. 399. Danach gab es im September/Oktober 1948 eine letzte große Aussiedlungswelle, mit der etwa 41 000 Deutsche ausgesiedelt wurden. Im November 1949 – also über ein Jahr später – wurden dann 1400 und im Mai 1951 weitere 190 „Spezialisten“ ausgesiedelt, die bis zu diesem Zeitpunkt offensichtlich unabkömmlich gewesen waren.

<sup>63</sup> Vgl. Luschnat, *Lage der Deutschen*, S. 96.

<sup>64</sup> Vgl. Wieck, *Zeugnis vom Untergang*, S. 307.

<sup>65</sup> Vgl. Linck, *Königsberg 1945–1948*, S. 80.

<sup>66</sup> BMfV, *Dokumentation*, Bd. II, S. 144f.

<sup>67</sup> Deichelmann, *Ich sah Königsberg sterben*, S. 209.

<sup>68</sup> Ebenda, S. 148.

reich dokumentiert, da es allein drei Erinnerungs- bzw. Tagebücher gibt, die von leitenden deutschen Ärzten über die Nachkriegszeit in Kaliningrad geschrieben wurden. Sie berichten, daß das Personal der Krankenhäuser zunächst nur aus Deutschen bestand, denen lediglich ein sowjetischer Kommandant vorangestellt wurde<sup>69</sup>. Nach und nach seien auch die unteren Ebenen sowjetisiert worden, indem deutsche Ärzte und Krankenschwestern schrittweise durch sowjetisches Personal ersetzt wurden – beginnend mit den leitenden Positionen, wo die Ärzte zunächst zu Stellvertretern und dann zu Arbeitslosen wurden<sup>70</sup>.

Diese Verdrängung aus dem Arbeitsleben ist jedoch keineswegs ein Zeichen dafür, daß im Frühjahr 1947 der Zuzug von Sowjetbürgern so stark war, daß diese mit Deutschen durchgängig in Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze traten. Im Gegenteil: Als zu dieser Zeit die ersten Projekte der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus dem Kaliningrader Gebiet diskutiert wurden, warnten die Behörden des Gebietes vor einem zu hohen Tempo der Aussiedlung. So schrieb der Chef der Gebietsverwaltung für Zivilangelegenheiten, Vasilij A. Borisov, in einem Brief vom 7. März 1947 an Molotov, den Vertrauten Stalins und zu dieser Zeit Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, daß die Deutschen im Kaliningrader Gebiet insgesamt 48 Prozent der Arbeitskräfte stellten und ihr Anteil in einzelnen Branchen sogar bis zu 90 Prozent betrage<sup>71</sup>. Dennoch wurde am 11. Oktober 1947 von Stalin ein Erlaß des Ministerrates der UdSSR unterzeichnet, der die „Übersiedlung der Deutschen aus dem Kaliningrader Gebiet der RSFSR in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands“ – also ihre Deportation – anordnete<sup>72</sup>.

Noch im gleichen Monat begann der Abtransport der Deutschen – binnen zwei Monaten wurden mit 14 Zügen etwa 10000 Deutsche abgeschoben. In diesen ersten Transporten saßen neben den Bewohnern der Militärbasis Baltijsk (Pillau) und der strategisch bedeutenden Bezirke an der Ostsee vor allem Familien, „die nicht mit gesellschaftlich nützlicher Arbeit beschäftigt sind“, deutsche Kinder aus der Gebietswaisenhäusern und deutsche Rentner aus den Gebietsinvalidenhäusern<sup>73</sup>. Alle Aussiedler wurden vor ihrer Ausreise einer Überprüfung durch das MVD (*Ministerstvo Vnutrenich Del* – Innenministerium) und das MGB (*Ministersvo Gosudarstvennoj Bezopasnosti* – Ministerium für Staatssicherheit) unterzogen, deren Vertreter gemeinsam mit den Vertretern der Rayonsexekutivkomitees die Aussiedlung organisierten. Die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden ist unter anderem an den erhaltenen Ausreiselisten abzulesen, auf denen alle

<sup>69</sup> Ebenda, S. 6.

<sup>70</sup> Ebenda, S. 9, 22.

<sup>71</sup> Kostjašov, *Vyselenie nemcev iz Kaliningradskoj oblasti*, S. 187.

<sup>72</sup> Ebenda.

<sup>73</sup> Ebenda.

nach Deutschland ausgesiedelten Personen mit Namen, Wohnort und Geburtsdatum verzeichnet wurden: Bei einigen Namen finden sich Vermerke wie „gestorben“, „[aus der Liste] herausgenommen“ (*snjat*) oder „[dem] MGB [übergeben]“<sup>74</sup>.

Nachdem 1947 somit vorrangig diejenigen Deutschen in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands transportiert worden waren, die arbeitsunfähig waren, wurde per Erlaß des Ministerrates der UdSSR vom 15. Februar 1948 die Aussiedlung aller übrigen Deutschen aus dem Kaliningrader Gebiet angeordnet. In zwei Wellen wurden etwa 67 000 Deutsche in Züge in Richtung Berlin gesetzt. Lediglich einige hundert Facharbeiter wurden, wie bereits erwähnt, teilweise noch bis 1951 festgehalten<sup>75</sup>. Diese letzte Facharbeiterreserve konnte jedoch nicht verhindern, daß sich die Befürchtungen der örtlichen Behörden über die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der von Moskau angeordneten Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus dem Kaliningrader Gebiet bereits 1948 im vollen Umfang bestätigten: Am Ende dieses Jahres beschwerte sich der Kaliningrader Gebietspartei-*čef* Ščerbakov bei Malenkov, dem Sekretär des ZK der KPdSU, daß sich in den Sovchosen und Industriebetrieben ein großer Mangel an Arbeitskräften bemerkbar mache, der sich im laufenden Jahr „durch die vollständige Ausweisung der deutschen Bevölkerung dramatisch verschärft hat“<sup>76</sup>. Es sollte nicht das letzte Mal sein, daß sich die Interessen der Staatsführung in Moskau und der Autoritäten im Kaliningrader Gebiet diametral gegenüberstanden.

Die Behandlung der deutschen Bevölkerung zeigt, daß ihre Aussiedlung anfangs anscheinend nicht vorgesehen war. Die Maßnahmen der sowjetischen Behörden in der unmittelbaren Nachkriegszeit weisen zumindest darauf hin, daß versucht wurde, die Deutschen in die neu entstehende Gesellschaft aus demobilisierten sowjetischen Soldaten und Neusiedlern aus dem Innern der Sowjetunion zu integrieren, bzw. durch politische Umerziehung durch die Veranstaltungen eines „Deutschen Klubs“ zu Sowjetbürgern zu machen<sup>77</sup>. Trotz Arbeitszwang waren die Deutschen somit keine Zwangsarbeiter. Im Gegensatz zur Zeit vor dem April 1945 gab es im Alltagsleben von Deutschen und Sowjets zahlreiche Berührungspunkte: Nachdem die neuen Machthaber in den ersten Monaten nach der Eroberung Königsbergs noch geplant hatten, die Deutschen in „speziell abgetrennten

<sup>74</sup> Ebenda.

<sup>75</sup> Kostjašov, *Vyselenie nemcev iz Kaliningradskoj oblasti*, S. 188.

<sup>76</sup> CCHIDNIKO, f. 1, op. 2, d. 55, Bl. 86 f., hier: Bl. 86. Auf dieses Dokument machte mich Per Brodersen aufmerksam.

<sup>77</sup> Der Deutsche Klub hieß ursprünglich „Antifaschistischer Klub“, wurde aber in der (wie sich später herausstellte: trügerischen) Hoffnung umbenannt, auf diese Weise größere Anziehungskraft auf die deutsche Bevölkerung auszuüben. Vgl. dazu: Luschnat, *Die Lage der Deutschen*, S. 167–170, und Deichelmann, *Ich sah Königsberg sterben*, S. 91–93.

Stadtbezirken“ – also Gettos – zusammenzuführen<sup>78</sup>, lebten Deutsche und Sowjets später häufig unter einem Dach, arbeiteten für den gleichen Lohn und halfen gemeinsam bei den Aufräumarbeiten in der Stadt. Obwohl die sowjetischen Behörden versuchten, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für deutsche Geistliche zu erschweren, um die Gemeindearbeit schrittweise zurückzudrängen, bestand zudem die Möglichkeit der Religionsausübung bis zur Aussiedlung der Deutschen im Jahre 1948 fort<sup>79</sup>. Es läßt sich ferner zwar eine schrittweise Verdrängung der Deutschen aus allen leitenden Positionen feststellen, in denen sie nach der Eroberung Ostpreußens durch die Rote Armee aufgrund ihrer Fachkenntnisse noch verblieben waren – diese Verdrängung war jedoch bis zum Moskauer Deportationsbeschluß offensichtlich nicht mit dem Ziel verbunden, die Deutschen auch aus dem ehemaligen Ostpreußen insgesamt zu verdrängen.

So wie die sowjetische Politik gegenüber den im nördlichen Ostpreußen verbliebenen Deutschen zunächst in erster Linie dadurch bestimmt wurde, daß ihre Arbeitskraft noch benötigt wurde, so richtete sich auch die Besiedlung des Kaliningrader Gebietes mit sowjetischen Bürgern im ersten Nachkriegsjahr vorrangig nach den Bedürfnissen der örtlichen Industrie. Schon wenige Wochen nach der Eroberung Königsbergs inspizierten Spezialisten der Moskauer Volkskommissariate die Industrieanlagen, um abzuschätzen, welche von ihnen wenig beschädigt waren und deshalb bald wieder in Betrieb genommen werden konnten. Von besonderem Interesse waren hier die Werft (die frühere „Schichau-Werft“ erhielt nach 1945 die Tarnbezeichnung „Werk No. 820“) und die Papierfabriken. Neben deutschen Zivilisten setzte die Militärverwaltung für die Wiederinbetriebnahme dieser Industrieanlagen zunächst demobilisierte sowjetische Soldaten, sogenannte „Repatrierte“, also aus Deutschland zurückgekehrte ehemalige sowjetische Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter, und deutsche Kriegsgefangene ein<sup>80</sup>. Außerdem ließ das Staatliche Verteidigungskomitee im Juli 1945 aus den Wehrdienstleistenden der Roten Armee Bauarbeiter aussuchen und in sieben Einheiten (etwa 2860 Mann) zur Aufbauarbeit nach Königsberg verlegen<sup>81</sup>. Der Einsatz von sowjetischen Soldaten für den provisorischen Wiederaufbau blieb in der Nachkriegszeit üblich: So wurde das ehemalige Waggonbauwerk „Steinfurt“ mit Hilfe von Einheiten der Baltischen Flotte seit März 1946 rekonstruiert<sup>82</sup>.

Auch die zuständigen Volkskommissariate in Moskau delegierten in der Anfangsphase Arbeiter in die von ihren Spezialisten ausgesuchten Industriebetriebe; so wurden dem kaum zerstörten Zellstoffwerk in Königsberg

<sup>78</sup> Vgl. Fisch/Klemeševa, Schicksal der Deutschen, S. 393.

<sup>79</sup> Luschnat, Lage der Deutschen, S. 145–165.

<sup>80</sup> Isupov, Vostočnaja Prussija, S. 454.

<sup>81</sup> Ebenda, S. 454.

<sup>82</sup> Ebenda, S. 455.

bereits im September 1945 mehrere hundert Arbeiter zugeteilt, die eine zügige Produktionsaufnahme sichern sollten. Ihnen folgten ein halbes Jahr 250 weitere Arbeiter, die das Waggonbauwerk wiederherrichten sollten. Im Laufe des Jahres 1946 kamen in diesem Betrieb weitere 500 Arbeiter und 200 demobilisierte Soldaten zum Einsatz<sup>83</sup>. Schließlich schickten noch die Betriebe selbst Anwerber in die Industriezentren der Sowjetunion, um Arbeitskräfte zu rekrutieren. Da zu dieser Zeit in ganz Rußland für verschiedene Gebiete Werbekampagnen liefen, traten die Anwerber häufig in Konkurrenz zueinander und versuchten, sich mit verschiedenen Versprechungen gegenseitig die Arbeiter abzuwerben. Die Umsiedlungswilligen kamen dadurch in die ungewohnte Situation, sich das beste Angebot aussuchen zu können. So berichtete eine Frau über ihre Anwerbung in dem Verwaltungsgebäude ihres Heimatortes: „Als wir dort ankamen, waren dort gleich drei Anwerber auf einmal. Sie überredeten uns um die Wette, in die neuen Gebiete zu fahren. [...] Es interessierte sie nicht einmal, welche Berufe die potentiellen Umsiedler hatten. Sie sagten: Wenn du keinen Beruf hast, kannst du ihn im dortigen Betrieb erlernen. Jeder Anwerber versuchte, die Leute zu überreden, in seine Gegend zu fahren. Einer von ihnen sagte zu uns: ‚Mädchen! Wozu wollt ihr nach Kaliningrad fahren? Dort müßt ihr doch Schiffe unter freiem Himmel zusammenbauen.‘ Aber wir beschlossen trotzdem, nach Kaliningrad zu fahren. Uns hat ein Anwerber aus dem Betrieb 820 überredet [...]. Seine Argumente schienen uns am überzeugendsten. Obwohl seine Konkurrenten betonten, daß wir bei ihnen Reisegelder und eine Wohnung bekämen.“<sup>84</sup>

Noch bevor im Sommer 1946 die offizielle Umsiedlungskampagne begonnen hatte, übersiedelten auf diese Weise im ersten Jahr nach der Besetzung Königsbergs monatlich bis zu 4000 sowjetische Bürger in das spätere Kaliningrader Gebiet. Zum 7. April 1946, dem Tag der Gründung des Gebietes, waren bereits 41 000 Sowjetbürger im Gebiet registriert, und die Dynamik der Zuwanderung nahm noch weiter zu: Zum 1. Juni 1946 stieg die Zahl der sowjetischen Neubürger auf 53 000 und zum 1. August 1946 auf 84 000. Von ihnen waren etwa ein Fünftel sogenannte Repatriierte. Trotz dieser relativen Zuwanderungsdynamik blieben die Sowjetbürger im Gebiet

<sup>83</sup> Kaliningradskaja oblast', S. 23. Die dort genannte und von Wörster, Besiedlung, S. 128, übernommene Zahl von angeblich 9500 in die Papierindustrie delegierten Facharbeitern kann nicht stimmen, da dies bereits ein Viertel der gesamten im April 1946 im Königsberger Gebiet registrierten Sowjetbürger ausmachen würde, zu denen auch die Familien der Arbeiter gehören. Wahrscheinlich muß man eine Null streichen. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß die meisten sowjetischen Statistiken dieser Jahre Rechenfehler aufweisen. Für sie gilt deshalb, daß sie lediglich als Annäherungswerte zu begreifen sind, die Tendenzen aber keine absoluten Werte vermitteln.

<sup>84</sup> Matthes, Als Russe in Ostpreußen, S. 37.

allerdings deutlich in der Minderheit, da die Zahl der Deutschen noch bei zirka 108 000 lag<sup>85</sup>.

Im Sommer wurde die Besiedlung des Kaliningrader Gebietes, die bis dahin im wesentlichen entweder von den einzelnen Militärbehörden, Volkskommissariaten und Betrieben dezentral organisiert worden war oder von der persönlichen Initiative der sowjetischen Umsiedler getragen wurde, durch eine zentral gesteuerte Umsiedlungskampagne ergänzt. Dieser Schritt hatte sehr unterschiedliche Ursachen. Zum einen stellte die unkontrollierte, auf Eigeninitiative der Umsiedler beruhende Besiedlung des Gebietes für die sowjetischen Behörden ein hohes Maß an Unsicherheit dar. Ein geheimer Erlaß der sowjetischen Regierung erklärte deshalb am 29. Juni 1946 das gesamte Kaliningrader Gebiet zum Grenzsperrgebiet, in dem sich sowjetische Zivilisten nur noch mit Genehmigung der Miliz aufhalten durften<sup>86</sup>. Jeder Umsiedlungswillige wurde von nun an einer heimlichen Überprüfung unterzogen, um „Heimatverräter, Schwerverbrecher und unzuverlässige Elemente“ herauszufiltern. Auf Grund dieser Überprüfungen wurden in den verschiedenen Bezirken des Gebietes zwischen drei und zwölf Prozent der sowjetischen Umsiedlungsbewerber abgelehnt<sup>87</sup>. In den Listen, die die Statistikabteilung des Kaliningrader Gebietes anlegte, wurde sorgfältig vermerkt, aus welchen Gründen eine Person verdächtig erschien. Besonders argwöhnisch wurden in diesem Zusammenhang die Repatriierten beobachtet, da sie während des Krieges als Kriegsgefangene oder sogenannte „Ostarbeiter“ in Deutschland gewesen waren – und somit lange Zeit der kommunistischen Kontrolle entzogen waren. Vor ihrer „Repatriierung“ mußten sie deshalb ein „Überprüfungs- und Filtrierlager“ durchlaufen<sup>88</sup>.

Auch die Tatsache, daß trotz des schon beträchtlichen Zustroms von sowjetischen Bürgern die Deutschen im Sommer 1946 immer noch die Bevölkerungsmehrheit bildeten, dürfte ein Argument für eine rasche, zentralisierte Umsiedlungskampagne gewesen sein, da die deutsche Zivilbevölkerung auch über ein Jahr nach Kriegsende als Sicherheitsrisiko eingeschätzt wurde. Die Entscheidung für die Umsiedlungskampagne dürfte jedoch wesentlich durch den immer noch beträchtlichen Mangel an (qualifizierten) Arbeitskräften im Gebiet beeinflußt worden sein. Zusammen-

<sup>85</sup> Vgl. Aufstellung der Statistikverwaltung des Kaliningrader Gebietes, in: GAKO, f. 181, op. 1, d. 10, l. 22, und Kostjašov, Zaselienie Kaliningradskoj oblasti, S. 82.

<sup>86</sup> Der Passus, wonach nur Arbeiter mit gültigen Pässen zur Arbeit in Betrieben angenommen werden durften, wurde in der Anordnung der Verwaltung für Zivilangelegenheiten über die Registrierung der Bevölkerung Kaliningrads vom 12. Juli 1946 allerdings durchgestrichen. Vgl. GAKO, f. 298, op. 1, d. 4, l. 10. Kostjašov, Zaselienie Kaliningradskoj oblasti, S. 84, weist darauf hin, daß Behörden und Betrieben aufgrund des Arbeitskräftemangels „häufig gezwungen waren, Formalitäten nicht zu beachten“.

<sup>87</sup> Kostjašov, Zaselienie Kaliningradskoj oblasti, S. 83, und Matthes, Als Russe in Ostpreußen, S. 44–48.

<sup>88</sup> Vgl. Zubkova, Sowjetische Gesellschaft, S. 372f., und dies., Russia after the war, S. 105f.

gerechnet betrug die Anzahl der Deutschen und Sowjetbürger im August 1946 zwar bereits etwa 193 000 Personen (ohne Militär)<sup>89</sup>, doch war dies erst ein Bruchteil der Vorkriegsbevölkerung, die 1939 allein in Königsberg etwa 370 000 betragen hatte. Zudem machte sich auch im Kaliningrader Gebiet die Landflucht bemerkbar, die in der ganzen Sowjetunion zu beobachten war. Im Kaliningrader Gebiet äußerte sich dies allerdings vor allem darin, daß der entvölkerte ländliche Raum überhaupt gar nicht erst besiedelt wurde.

Um diesen Umstand abzuwenden, wurde am 3. Juli 1946 bei der Gebietsverwaltung eine Kommission für Umsiedlerfragen eingerichtet<sup>90</sup>. Ihm standen der Chef der Gebietsverwaltung für Zivilangelegenheiten und der Chef der Politabteilung der Gebietsverwaltung vor, bzw. nach der Umstellung der Verwaltung der Vorsitzende des Gebietsexekutivkomitees und der Gebietsparteichef. Die Einbeziehung der Politabteilung bzw. der Partei sollte sicherstellen, daß die Wahrnehmung des Gebietes durch die Neusiedler sofort nach deren Ankunft entsprechend der offiziellen Parteilinie beeinflußt wurde und eventuell „entstehende Fragen“ beantwortet werden konnten<sup>91</sup>. Wenige Tage nach der Gründung der Umsiedlungsbehörde gab Stalin mit seiner Unterschrift unter den Erlaß des Ministerrates der UdSSR „Über die ersten Maßnahmen zur Besiedlung der Rayons und der Entwicklung der Landwirtschaft im Kaliningrader Gebiet“ vom 9. Juli 1946 den offiziellen Startschuß für die Besiedlung des ländlichen Raumes. In diesem Erlaß wurde bestimmt, daß von August bis Oktober 1946 12 000 Kolchosfamilien umgesiedelt werden sollten, und festgelegt, woher diese kommen sollten<sup>92</sup>. Um die freiwillige Übersiedlung in das neue Gebiet zu erleichtern, wurden den Familien zahlreiche Vergünstigungen eingeräumt: Neben der kostenlosen Reise wurden die Übersiedler für einige Zeit von der Steuer befreit, erhielten Startkapital, und jeder Familie wurden jeweils ein eigenes Grundstück von einem halben Hektar und ein Haus, die auf dem Land zahlreich leerstanden, als persönlicher Besitz zugeteilt<sup>93</sup>. Am 23. August 1946 kam der erste Umsiedlerzug in Gumbinnen an, mit dem 160 Familien von Kolchosbauern aus dem Brjansker Gebiet eintrafen. Bis Ende 1946 gelangten so 12 024 Familien in das Kaliningrader Gebiet und wurden auf 295 neugegründete Kolchosen verteilt<sup>94</sup>. In jedem Rayon des Gebietes wurde zunächst ein Sammellager errichtet, das die Neuankömmlinge aufnehmen sollte und von wo aus diese auf die Dörfer und Städte verteilt wurden. Um

<sup>89</sup> Vgl. Kostjašov, *Zaselenie Kaliningradskoj oblasti*, S. 83.

<sup>90</sup> Isupov, *Samaja zapadnaja*, No. 5, S. 19.

<sup>91</sup> *Istorija Kraja*, S. 56.

<sup>92</sup> Isupov, *Samaja zapadnaja*, Bd. I, No. 19, S. 30–35.

<sup>93</sup> Vgl. Kostjašov, *Zaselenie Kaliningradskoj oblasti*, S. 83, und Matthes, *Als Russe in Ostpreußen*, S. 39–44.

<sup>94</sup> Vgl. Kostjašov, *Zaselenie Kaliningradskoj oblasti*, S. 83, und *Istorija Kraja*, S. 56.

die Besiedlung des Gebietes weiter zu forcieren, sollten die Umsiedler möglichst bald nach ihrer Ankunft Briefe an ihre Verwandten schreiben bzw. unterschreiben, in denen das neue Gebiet in den schönsten Farben geschildert wurde. Viele dieser Briefe wurden sodann in den Zeitungen ihrer Heimatgebiete veröffentlicht, um weitere Personen zur Ansiedlung zu veranlassen<sup>95</sup>.

Insgesamt steigerte sich die Bevölkerungszahl in den ländlichen Regionen des Gebietes in der zweiten Jahreshälfte 1946 um mehr als 58 000 Menschen. Das Ziel, den Bevölkerungszuwachs stärker auf das Land umzuleiten, wurde jedoch weit verfehlt. Die ländlichen Neusiedler bildeten nur einen vergleichsweise geringen Teil der Gesamtzahl der Neusiedler. Wurden zum 1. August 1946 noch 84 500 sowjetische Bürger im Gebiet gezählt, waren es am 1. Januar 1947 schon 278 000 – die 58 000 Bauern machten von den insgesamt knapp 200 000 Neubürgern des Gebietes also nur etwas über ein Viertel aus<sup>96</sup>. Auch in einer anderen Hinsicht läßt sich beobachten, daß die zentralisierte Anwerbung von Übersiedlern für die Besiedlung des Kaliningrader Gebietes keine von vorrangiger Bedeutung war: In zweien der drei Gebiete der RSFSR, aus denen die meisten Übersiedler gekommen waren, hatten überhaupt keine staatlich koordinierten Werbungskampagnen stattgefunden<sup>97</sup>.

Die Umsiedlungswelle in die Städte des Kaliningrader Gebietes ebte allerdings ebenso schnell ab wie die in die ländlichen Regionen: Zum 1. Januar 1950 lebten im Gebiet insgesamt erst 407 000 (nach anderen Angaben immerhin 479 000) sowjetische Bürger. Die etwa 200 000 Neusiedler, die im zweiten Halbjahr 1946 kamen, stellen somit fast die Hälfte aller Übersiedler der gesamten Phase der Massenbesiedlung der Jahre 1945 bis 1950 dar<sup>98</sup>. Mit der ersten Welle war der Höhepunkt der Besiedlung daher auch schon überschritten<sup>99</sup>.

Der Einbruch im Bevölkerungszufluß mag auch mit den enormen Problemen zusammenhängen, die die plötzliche Ankunft von Zehntausenden von Neusiedlern im Kaliningrader Gebiet auslösten: In den Städten wurde der

<sup>95</sup> Isupov, *Samaja zapadnaja*, Bd. I, No. 29–32, S. 45–48.

<sup>96</sup> Kostjašov, *Zaselenie Kaliningradskoj oblasti*, S. 85.

<sup>97</sup> Ebenda, S. 84.

<sup>98</sup> Ebenda, S. 85.

<sup>99</sup> Auch die Ansiedlung von ehemaligen Insassen des Arbeitslagers in Palmniken/Jantarnyj dürfte das Bevölkerungswachstum nur unwesentlich gesteigert haben, da sich im Lager, das von Juli 1949 bis zum April 1953 bestand, nie mehr als zirka 2700 (1948), seit 1950 aber nur noch zirka 1500 Insassen befanden. Vgl. Smirnov, *Sistema ispravitel'no-trudovych lagerej v SSSR*, S. 166 f.

Die Herkunft der Neusiedler läßt sich anhand der Listen, die die Statistikabteilung der Kaliningrader Gebietsabteilung bis in die 50er Jahre hinein führte, recht genau nachvollziehen (GAKO, f. 181). Demnach kamen über 70 Prozent der Neusiedler aus Rußland, jeweils etwa 10 Prozent aus Weißrußland und der Ukraine. Vgl. Brodersen, *Das Werk 820*, und Matthes, *Als Russe in Ostpreußen*, S. 496–501.

Wohnraum immer knapper, was sich für die Deutschen dahingehend auswirkte, daß sie zunehmend aus ihren Wohnungen verdrängt und in Kellern oder Dachböden einquartiert wurden<sup>100</sup>. Vor allem aber reichten die Nahrungsmittelvorräte im Gebiet für die vielen Neusiedler nicht mehr aus. Die neuangeworbenen Kolchosbauern konnten jedoch noch keine neuen Lebensmittel produzieren, da sie größtenteils im Herbst ankamen, also am Ende der Saison. Die Folge dieser Überlastung war die schwere Hungersnot im Winter 1946 und Frühling 1947<sup>101</sup>. Außerdem kam es nun zu den bereits erwähnten ersten Engpässen auf dem Arbeitsmarkt für ungelernete Arbeitskräfte: Es stellte sich heraus, daß viele Neusiedler überhaupt nicht die Berufsbildung besaßen, die sie bei der Anwerbung angegeben hatten. Selbst nach offiziellen Angaben waren ein Sechstel der Neusiedler, die sich als Bauern beworben hatten, in Wirklichkeit Stadtbewohner; Zeitzeugen berichten, daß dieser Anteil wahrscheinlich bei über 50 Prozent lag. Wie die oben beschriebenen Anwerbungsmethoden der Betriebe des Kaliningrader Gebietes zeigen, war die Situation in der Industrie nicht wesentlich besser<sup>102</sup>.

Auch die soziale Zusammensetzung der Neusiedler entsprach häufig nicht den Vorstellungen der Regierung. In den entsprechenden Erlassen, die die Besiedlung des Gebietes regelten, war vorgesehen, daß nur solche Familien in den Genuß der vom Staat versprochenen Vergünstigungen kamen, zu denen mindestens zwei arbeitsfähige Personen gehörten. Im Gebiet kamen nun aber eine große Anzahl „unvollständiger Familien“ an – in der Regel waren dies alleinerziehende Mütter –, oder es wurden auf den Fragebögen minderjährige oder invalide Familienmitglieder als arbeitsfähig angegeben<sup>103</sup>. Auf diese Weise spiegelte sich im sozialen Profil der Ankömmlinge die vom Krieg zerrüttete sowjetische Gesellschaft wider, insbesondere das aus den Fugen geratene Gleichgewicht der Geschlechter: Die sowjetische Nachkriegsgesellschaft war, wie die russische Historikerin Elena Zubkova unlängst feststellte, eine „vorwiegend weibliche Gesellschaft“. Während 1940 in der Altersgruppe von 20 bis 44 Jahren in der Sowjetunion noch 37,6 Millionen Frauen 34,8 Millionen Männer gegenüberstanden, hatte sich dieses Verhältnis 1946 dramatisch verschoben. In diesem Jahr wurden in der gleichen Altersgruppe 37,7 Millionen Frauen, aber nur noch 25 Millionen Männer gezählt<sup>104</sup>.

Es ist aufgrund der sozialen Situation in der Sowjetunion der Nachkriegsjahre wenig überraschend, daß gerade diejenigen von den Werbekampagnen der Regierung und der Betriebe besonders angezogen wurden, die eigentlich

<sup>100</sup> Vgl. Matthes, *Als Russe in Ostpreußen*, S. 317–319.

<sup>101</sup> Vgl. Kostjašov, *Zaselenie Kaliningradskoj oblasti*, S. 85.

<sup>102</sup> Ebenda.

<sup>103</sup> Vgl. ebenda, S. 87.

<sup>104</sup> Vgl. Zubkova, *Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg*, S. 365.

gar nicht gewollt waren: die Schwachen und Armen. Die Aussicht auf das von den Anwerbern versprochene Haus oder eine Wohnung und Lebensmittelunterstützung erschien vor allem den Bewohnern der Gebiete Weißrußlands, der Ukraine und Rußlands verlockend, über die während des Krieges mehrmals die Front hinweggezogen war<sup>105</sup>. Tatsächlich war die Aussicht auf eine Verbesserung der persönlichen Lebensbedingungen die wesentliche Motivation für die meisten Neusiedler, in das unbekannte Land an der Ostsee zu ziehen. Politischer Enthusiasmus, der den Neusiedlern in der sowjetischen Literatur als hauptsächlicher Beweggrund für ihre Teilnahme am Wiederaufbau Kaliningrads unterstellt wurde, spielte bei nur einem geringen Anteil von ihnen tatsächlich eine Rolle<sup>106</sup>.

Die Realität, mit der die Neuankömmlinge konfrontiert wurden, entsprach jedoch selten den zuvor gehegten oder erweckten Erwartungen: Häufig beschwerten sich die Arbeiter über gebrochene Versprechen der Anwerber und beklagten sich über dreckige Wohnheime und schlechte Verpflegung<sup>107</sup>. Mitunter wurden besonders abschreckende Beispiele ausführlich in der Lokalpresse verurteilt. Die *Kaliningradskaja Pravda* berichtete am 18. Mai 1948 über die Ankunft von 40 Arbeitern, die dem Elektrizitätswerk zugeteilt wurden, dessen Leitung auf deren Unterbringung jedoch völlig unvorbereitet gewesen sei: Auf Anweisung des Direktors des Werkes habe man „in aller Eile die Fenster eines der halbzerstörten Häuser vernagelt und es als Wohnheim bezeichnet. Die vorhandene Bettwäsche verteilte man unter den Ankömmlingen. Der eine bekam ein Kissen, die zweite die Matratze, der dritte ein Laken“<sup>108</sup>. Die Wohn- und Lebensbedingungen führten zu ernsthaften Gesundheitsschäden unter den Neusiedlern. 1947 wurde bei einer medizinischen Reihenuntersuchung der etwa 500 Arbeiter des Waggonbauwerkes festgestellt, daß von diesen 63 an Mangelernährung und 60 an Unterernährung litten und 3 Personen an Tuberkulose erkrankt waren. Unter den Arbeitern der Werft Nr. 820 traten in den Jahren 1947/48 zahlreiche Fälle von Typhus und Malaria auf, so daß die Werksleitung in einem Bericht an die Gebietsparteileitung bereits von einer Epidemie sprach<sup>109</sup>.

Die Enttäuschung über die Zustände im Kaliningrader Gebiet war insbesondere unter den Repatriierten zu spüren. Obwohl sie in der nationalsozialistischen „Rassentheorie“ als „Untermenschen“ auf der untersten

<sup>105</sup> Vgl. Kostjašov, *Zaselenie Kaliningradskoj oblasti*, S. 87.

<sup>106</sup> Die von Kolganova, *Obrazovanie i stanovlenie Kaliningradskoj oblasti*, S. 37–64, angegebenen kumulierten Aussagen von Motiven von Neusiedlern für ihren Umzug nach Kaliningrad (Wille, am Aufbau des Sozialismus mitzuwirken, usw.) entsprechen, wie Per Brodersen festgestellt hat, nicht den ihrer Arbeit zugrundeliegenden Fragebögen. Vgl. GAKO, f. 20, op. 1, d. 5.

<sup>107</sup> Vgl: CChIDNIKO, f. 1, op. 9, d. 86, l. 33 f.

<sup>108</sup> Zitiert nach: Matthes, *Als Russe in Ostpreußen*, S. 77.

<sup>109</sup> Vgl. Prošina, *Problemy zaselenija Kaliningradskoj oblasti*, S. 18.

Stufe der Werteskala standen und deshalb in deutscher Gefangenschaft in der Regel äußerst schlecht behandelt worden waren, hatten sie doch den Wohlstand im kapitalistischen Deutschland vor seiner Zerstörung aus nächster Nähe betrachten können: Ihre Berichte von den sauberen Straßen und reichen Bauernhöfen bildeten einen starken Kontrast zu der erfahrenen Realität im Kaliningrader Gebiet<sup>110</sup>. Ihre Unzufriedenheit äußerte sich u. a. dadurch, daß sich viele Repatriierte weigerten, an den ersten Wahlen zu den Gebietskörperschaften im Jahre 1947 teilzunehmen, und dies gegenüber Wahlhelfern offen mit der Feststellung begründeten, daß „sie hier unter schlechten Bedingungen lebten“<sup>111</sup>. Insofern war das Mißtrauen, das den Repatriierten von den Machtorganen entgegengebracht wurde, durchaus verständlich. Sie stellten für ihre Landsleute „eine Quelle ungefilterter Information über das Leben jenseits der Grenzen der UdSSR dar“<sup>112</sup>. Die Unzufriedenheit der Sowjetbürger, die aus deutscher Gefangenschaft zurückkamen, war somit eine potentielle Gefahr für den sozialen Frieden.

Bedrohlicher aber als die vergleichsweise gut informierten und deshalb unzufriedenen Repatriierten wurden jedoch die schlecht informierten und trotzdem unzufriedenen Sowjetbürger aus dem Landesinneren. Sie legten sich angesichts des schleppenden Fortganges des Wiederaufbaus eigene Erklärungen zurecht für die vermeintliche Unlust des Staates, in das Kaliningrader Gebiet zu investieren. Dabei entstanden immer wieder wilde Gerüchte über die Zukunft des ehemaligen Ostpreußen. In einem Bericht über die politische Stimmung im Gebiet, den das Gebietspartei Komitee Anfang Mai 1947 für das ZK der VKP(b) verfaßte, wurde z. B. die Bemerkung eines Ingenieurs der städtischen Druckerei über die Ergebnisse des Besuches des sowjetischen Ministerpräsidenten mit den Worten zitiert: „Kosygin hat sich [*bei seinem Besuch in Kaliningrad*] selbst überzeugt, daß Kaliningrad Hilfe braucht, aber offensichtlich fürchtet er sich, dies zu tun, weil mit der Zeit Kaliningrad wieder an die Deutschen fällt.“<sup>113</sup> Paradoxerweise sind gerade Gerüchte dieser Art ein Zeichen für die bereits weitgehende Sowjetisierung des Kaliningrader Gebietes. Angesichts des Informationsvakuums und der im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges stehenden sowjetischen Propaganda-Losung der „feindlichen Einkreisung“ waren im Rußland der Nachkriegszeit Mutmaßungen insbesondere über einen bevorstehenden Krieg mit dem Westen weit verbreitet<sup>114</sup>. Die Kaliningrader Besonderheit lag

<sup>110</sup> Vgl. Zubkova, Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg, S. 372–375, die in ihrem Aufsatz die Lage in der gesamten Sowjetunion betrachtet.

<sup>111</sup> Matthes, Als Russe in Ostpreußen, S. 224. Allgemein zur Situation der Repatriierten in der Sowjetion in der Nachkriegszeit: Zubkova, Sowjetische Gesellschaft, S. 372 f.

<sup>112</sup> Zubkova, Sowjetische Gesellschaft, S. 373.

<sup>113</sup> CChIDNIKO, f. 1, op. 1, d. 58, l. 3. Auf dieses Dokument machte mich Per Brodersen aufmerksam.

<sup>114</sup> Vgl. Zubkova, Russia After the War, S. 83–85.

lediglich darin, daß sich die Neusiedler in dem „westlichen Vorposten“ der Sowjetunion<sup>115</sup> als wahrscheinliche erste Opfer eines solchen Krieges sahen<sup>116</sup>.

Viele Neusiedler kehrten auf Grund ihrer Enttäuschungen wieder in ihre alte Heimat zurück. „Nicht alle hatten die Tapferkeit, fern von der alten Heimat unter ungewohnten klimatischen und geografischen Bedingungen das vom Krieg gezeichnete Land wieder zum Leben zu erwecken“, wurde in einem Lehrbuch der Kaliningrader Universität Mitte der 80er Jahre diese Entwicklung in der Nachkriegszeit kommentiert<sup>117</sup>. Für die Jahre 1948–1950 gibt es genaue Zahlen über den Wegzug der Neusiedler: Laut den Statistiken der Kaliningrader Gebietsverwaltung kehrten insgesamt 36,7 Prozent der Neusiedler in dieser Zeit dem Kaliningrader Gebiet wieder den Rücken<sup>118</sup>. Die ländlichen Regionen des Kaliningrader Gebietes waren von der Abwanderung der Neusiedler wiederum sehr viel stärker betroffen als die Städte, da viele bäuerliche Arbeiter zwar nicht das Gebiet verließen, jedoch in die Städte zogen. Trotz dieses Zustromes vom Land standen die Industriebetriebe dort allerdings prinzipiell vor dem gleichen Problem wie die Sovchosen und Kolchosen: Auch sie hatten mit einer enormen Fluktuation zu kämpfen.

## 2. Die böse Stadt

### *Der Vorposten des Militarismus*

Es scheint fast so, als hätten die sowjetischen Machthaber zunächst keine Konzepte für ihre neue Stadt gehabt, als seien sie sich unsicher gewesen, was für eine Rolle diese Erwerbung in der Zukunft spielen sollte. Ein deutliches Zeichen dafür sind auch die tastenden Konzeptionen für den Wiederaufbau Kaliningrads in der unmittelbaren Nachkriegszeit: Während Moskauer Architekten für viele sowjetische Städte schon Planungen für den Wiederaufbau vorbereiteten, als diese noch von den Deutschen besetzt waren<sup>119</sup>, mußten sich die Planer im späteren Kaliningrad erst noch über die Prämissen eines Wiederaufbaus einigen.

<sup>115</sup> Vgl. „Der westliche Vorposten unserer Heimat“, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 2. November 1948.

<sup>116</sup> Näheres dazu im Teil II dieser Arbeit.

<sup>117</sup> *Istorija Kraja. 1945–1950*, Kaliningrad 1984, S. 75.

<sup>118</sup> Kostjašov, *Zaselenie Kaliningradskoj oblasti*, S. 86.

<sup>119</sup> Die Luftwaffe der Roten Armee soll ihre Aufklärungsaufnahmen der noch von den Deutschen besetzten Stadt Smolensk dem mit der Wiederaufbauplanung beauftragten Architekten G. P. Gol'c zur Verfügung gestellt haben, damit er feststellen konnte, welche Gebäude beim Wiederaufbau verwendungsfähig und welche zu stark zerstört waren. Vgl. Below, *Podnjatye iz ruin*, S. 44–49 und 199f.

Um diese Prämissen festzulegen, kam es zunächst zu einer heftigen Abrechnung mit der deutschen Geschichte Königsbergs. Diese gleichsam ideologische Katharsis der Stadt wurde zur Grundlage für die weitere Planung. Schon wenige Tage nach der Einnahme der Stadt erschien am 13. April 1945 in der *Pravda* eine Deutung der Geschichte Königsbergs, die für die folgenden Jahre maßgeblich bleiben sollte: „Königsberg – das ist die Geschichte der Verbrechen Deutschlands. Während ihrer vielhundertjährigen Geschichte lebte die Stadt mit Kämpfen und Überfällen, ein anderes Leben war ihr nicht vergönnt. Schweigsam und düster sind hier die Paläste. In ihren stillen Kabinetten, Kriegsarchiven und Bibliotheken, hinter den dicken Mauern von Kriegsschulen und Auditorien wurden von Jahrzehnt zu Jahrzehnt Kriege und Raubzüge vorbereitet. Um die Stadt herum entstanden die massiven Bauten des Befestigungsringes. Im Zentrum der Hauptstadt steht eine Zitadelle aus spitz zulaufendem Stein und von ungeheurem Ausmaß, in sie sind Gänge, Kasematten und Galerien eingelassen, gemeißelt und geschlagen. Sie reichen bis tief unter die Erde.“<sup>120</sup>

Diese Beschreibung des alten Königsberg klingt, als sei sie aus einem Sagenbuch entnommen, so negativ idealisiert erscheint die Stadt in diesem Text, so schemenhaft wird sie beschrieben. Insofern begann hier ein Prozeß, der analog zu dem verlief, der etwas später auch in West-Deutschland einsetzte, nachdem 1948/49 die meisten Deutschen das Kaliningrader Gebiet verlassen hatten: Die deutsche Geschichte Königsbergs erstarb zu einem Bild, das mit der realen Vergangenheit der Stadt nur noch bedingt in Verbindung stand. Während von den deutschen Heimatvertriebenen ein geschöntes Bild der ehemaligen Hauptstadt Ostpreußens gezeichnet wurde, bemühte sich die sowjetische Seite, einen nicht zu hinterfragenden Mythos von der „bösen Stadt“ zu schaffen. Die deutsche Vergangenheit sollte stigmatisiert werden, um die Inbesitznahme Königsbergs und seine Umformung in das sowjetische Kaliningrad zu rechtfertigen.

Allerdings war der Blick auf die Ruinen deutscher Städte auch bei den westlichen Alliierten noch im wesentlichen vom gerade beendeten Krieg geprägt, den die Deutschen vom Zaune gebrochen hatten. Die gründlich zerbombten Städte wurden für die Verbrechen der Deutschen haftbar gemacht, als seien sie selbst handelnde Personen in diesem Krieg gewesen. Die Verdammung Königsbergs in der sowjetischen Propaganda der Nachkriegszeit nimmt sich vor diesem Hintergrund nicht besonders extrem aus. Eine ähnliche Fokussierung auf den vermeintlich schlechten Charakter einer Stadt wie bei Königsberg läßt sich vor allem im Falle Berlins beobachten. Wenige Tage nach der Kapitulation der Wehrmacht sah die *New York Times* in der

<sup>120</sup> Aus: V. Veličko, Padenie Kenigsberga, in: *Pravda*, 13. April 1945. [Teil 3 der Artikelserie zur Erstürmung Königsbergs durch die Rote Armee am 10. April 1945. Die anderen Artikel dieser Serie erschienen am 11., 12., 15. und 16. April 1945.]

Auslöschung der deutschen Hauptstadt eine Vorbedingung für den Beginn einer erneuten Zivilisierung des Landes: Nur „sehr wenige Menschen würden das Verschwinden dieses unliebsamen Parvenüs unter den europäischen Hauptstädten bedauern“<sup>121</sup>.

Die Rolle der Stadt als Militärbasis des Deutschen Reiches nahm bei ihrer Dämonisierung einen zentralen Platz ein, wie die Betonung der Kriegsvorbereitungen in den „schweigsamen und düsteren Palästen“ von Königsberg deutlich macht. Man konnte dabei auf Interpretationen zurückgreifen, die während der gespannten Lage zwischen Deutschland und der Sowjetunion in den 30er Jahren vor Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes entwickelt worden waren: Bereits in dem Artikel „Königsberg“ der ersten Auflage der Großen Sowjet-Enzyklopädie (*Bolšaja Sovetskaja Ėnciklopedija*, Band 31 von 1936) wurde auf die starken Befestigungsanlagen der Stadt hingewiesen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts rund um Königsberg entstanden waren. In der Verstärkung dieser Befestigungsanlagen nach dem Ersten Weltkrieg sahen die Autoren damals einen Hinweis für eine von der Stadt ausgehende Bedrohung und ihren offensiven Charakter: „Königsberg kann der deutschen Armee als Stützpunkt bei ihrem Angriff auf den Osten dienen.“ Eine Projektion dieses Gedankens auf die Vergangenheit kam 1938 mit dem Film „*Aleksandr Nevskij*“ von Sergej Eisenstein auf die Leinwände der sowjetischen Kinos. Mit diesem Film zog Eisenstein eine geistige Verbindungslinie von der Eroberungspolitik des Deutschen Ordens im 13. und 14. Jahrhundert zur aggressiven Annexionspolitik von Hitlerdeutschland. Kurz vor dem Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes wurde der Streifen aus dem Programm genommen, und Eisenstein inszenierte statt dessen am Moskauer Bolschoj-Theater Wagners „Walküre“. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 erschien Eisensteins Film hingegen geradezu prophetisch<sup>122</sup>.

Nach 1945 reduzierte die sowjetische Propaganda die Geschichte Ostpreußens und Königsbergs vollends auf seine militärische Rolle. Sie konnte dabei auf die Vorlagen und Interpretationen zurückgreifen, die deutsche Historiker während der Zeit des Nationalsozialismus hervorgebracht hatten. So hatte z. B. Götz von Selle noch 1944 in seiner „Geschichte der Albertus-Universität zu Königsberg in Preußen“ über die historische Mission Ostpreußens phantasiert: „Ewig jungfräulicher Boden ist dieser Osten. Generationen um Generationen sind aus dem Reich hierher gekommen und haben auf diesem Boden köstliches deutsches Gut erzeugt. Generationen um Generationen werden ferner aus diesem Reich kommen, und immer

<sup>121</sup> Zitiert nach: Rürup, Berlin 1945, S. 59 f.

<sup>122</sup> Zu den sowjetischen Filmen der Vorkriegs- und Kriegszeit vgl. Stites, *Russian Popular Culture*, S. 112–115. Zu Eisensteins Wagnerinszenierung vom Dezember 1939 vgl. Schlögel, *Moskau*, S. 303. Zu Hitlers Konzeption des Angriffes auf die Sowjetunion vgl. Ueberschär, *Hitlers Entschluß zum „Lebensraum“-Krieg im Osten*, S. 13–44.

weiter wird sich das Land dehnen, bereichert um das, was in diesem neuen Osten entsteht.“<sup>123</sup> Vor dem Hintergrund solcher Texte und den durchlittenen Erfahrungen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion mag es in russischen Ohren gar nicht so abstrus geklungen haben, wenn die sowjetische Propaganda die Gründung Ostpreußens durch den Deutschen Orden als einen geschichtlichen Konstruktionsfehler darstellte, der das Schicksal dieser Region für Jahrhunderte vorherbestimmte. Die „stumpfsinnigen“ preußischen Junker, so formulierte es 1947 die *Kaliningradskaja Pravda*, hätten „alle dunklen Seiten der deutschen Geschichte“ verkörpert: die „Gewalt, den Betrug und die unmäßige Eitelkeit“. Ihr Politik sei „eine Politik von Räubern ohne Traditionen“ gewesen, sie hätten an „sämtlichen damaligen Kriegen“ teilgenommen. Königsberg war dieser Deutung zufolge der symbolträchtige Brennpunkt dieser permanenten Aggression: Die „preußischen Kurfürsten“ seien nicht „in ihrer Hauptstadt Berlin, sondern ausgerechnet in Königsberg“ gekrönt worden<sup>124</sup>. Andere Aspekte der Stadtgeschichte, die noch in der Großen Sowjet-Enzyklopädie von 1936 erwähnt wurden, wie insbesondere die Lehrtätigkeit Immanuel Kants an der Königsberger Universität, blendete man im ersten Nachkriegsjahrzehnt völlig aus<sup>125</sup>. Die Vorkriegsgeschichte Königsbergs wurde tabuisiert, und es durfte nur über die Abschnitte geredet werden, die zur Legitimation der Annexion der Stadt brauchbar waren. In diesem Zusammenhang bemühten sich sowjetische Veröffentlichungen um eine Anknüpfung an Stalins Diktum des „historisch gesehen slawischen Bodens“, den Ostpreußen darstelle. „Das Territorium Ostpreußens – urslawische Erde, die sich jahrhundertlang in Gefangenschaft befand – ist zu seinen wahren Herren zurückgekehrt. Die neuen Seiten der Geschichte dieses Gebietes werden von nun an und für immer nicht mehr leidvoll wie früher, sondern hell und freudebringend sein“, begeisterte sich der Leiter der Gebietsverwaltung für Architektur, Dimitrij Tjan, im November 1947 in einem Artikel der *Kaliningradskaja Pravda* über das Ende ostpreußischen Sonderweges<sup>126</sup>. Im gleichen Jahr stellte der damalige Gebietspartei- und Parteichef Vladimir Ščerbakov in seiner Broschüre über das „Stalin-Programm des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus des Kaliningrader Gebietes“ fest: „Die sowjetische Armee hat für ewig die gefährlichste Heimstätte des Krieges und der Reaktion vernichtet und ausgelöscht [und] gab den Slawen ihren ureigenen Boden zurück. ‚Der jahrhundertlange Kampf der slawischen Völker um ihre Existenz und ihre Unabhängigkeit ist mit dem Sieg über die deutschen Besatzer und deutschen Tyrannen zu Ende gebracht worden.‘ (J. Stalin, Über den Großen Vaterlän-

<sup>123</sup> Zitiert nach: Hackmann, Königsberg in der deutschen Geschichtsschreibung, S. 472.

<sup>124</sup> Kaliningradskaja Oblast, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 17. November 1947. In Königsberg wurden seit 1701 die preußischen Könige gekrönt.

<sup>125</sup> Vgl. Rier, Königsberg XII – načala XVI. Vekov.

<sup>126</sup> Tjan, Sovetskij gorod Kaliningrad, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 7. November 1947.

dischen Krieg der Sowjetunion [...]“<sup>127</sup> Ščerbakov ließ bewußt im unklaren, wer hier mit den „deutschen Besatzern“ gemeint war. Während Stalin in seinem Text wohl ursprünglich in erster Linie die deutsche Wehrmacht im Blick hatte, die 1941 die *Sowjetunion* überfallen hatte, wird durch die Interpretation Ščerbakovs die gesamte deutsche Geschichte *Ostpreußens* als Besatzungszeit definiert.

Der recht unkonkrete Begriff des „urslawischen Bodens“ Ostpreußens war ein indirektes Eingeständnis der Tatsache, daß zumindest die Russen keinen historisch herleitbaren Anspruch auf das Gebiet vorbringen konnten. Doch auch die Pruzzen, die im 13. Jahrhundert vom Deutschen Orden unterworfen worden waren und von denen die „deutschen Ritter-Besitzer“ sich „sogar den eigenen Namen der Pruzzen“<sup>128</sup> aneigneten, mußten zuerst zu Slawen umdefiniert werden, um den historischen Spagat vom hohen Mittelalter in das zwanzigste Jahrhundert zu vollbringen<sup>129</sup>. Anfang der fünfziger Jahre führten Mitarbeiter des Institutes für Geschichte der Akademie der Wissenschaften im Kaliningrader Gebiet Ausgrabungen durch, um Belege für die sowjetische Sicht der Geschichte zu finden. Triumphierend berichtete die *Kaliningradskaja Pravda* im Juli 1950 über die Untersuchungen: „Die während der Ausgrabungen gefundenen Gegenstände sind von hohem wissenschaftlichen Wert. Viele dieser Altertümer überführen die deutschen Geschichtswissenschaftler als Geschichtsfälscher. Völlig zerschlagen konnte man ihre pseudowissenschaftlichen Behauptungen darüber, daß angeblich die ersten Siedler auf dem Territorium Ostpreußens nicht Slawen, sondern Goten waren.“<sup>130</sup> Auf Propagandaveranstaltungen wurde diese Interpretation der Geschichte den sowjetischen Übersiedlern nahegebracht, wie sich ein in Kaliningrad demobilisierter sowjetischer Soldat erinnerte: „Bis 1948, scheint mir, war bei allen ein Bestreben, sich von allem Fremden, Verhaßten, von allem Deutschen zu befreien. Auf den politischen Versammlungen wurde uns von Anfang an gesagt, daß hier das Land des preußischen Militarismus sei. Danach lehrten sie uns, daß vor langer Zeit hier slawisches Land war, das dann von den Deutschen okkupiert worden ist.“<sup>131</sup> Mit der Eroberung Königsbergs durch die Rote Armee, so betonten die neuen Machthaber deshalb immer wieder, sei „die historische Gerechtigkeit“ wiederhergestellt worden<sup>132</sup>.

<sup>127</sup> Ščerbakov, *Stalinskaja Programma*, S. 3f.

<sup>128</sup> *Butovskaja*, Kaliningrad. *Illjustrirovannyj očerk*, S. 8. Die Broschüre war der erste Stadtführer, der nach dem Krieg veröffentlicht wurde.

<sup>129</sup> Beispiele der sowjetischen Geschichtsinterpretation der frühmittelalterlichen Vergangenheit des Gebietes sind: *Percev*, *Prussija do eë zavoevanija nemcam*, S. 47–51, und *Grackij*, *Fašistskaja fal'sifikacija istorii*, S. 134–145.

<sup>130</sup> *Kaliningradskaja Pravda*, 26. Juli 1950, zitiert nach: *Matthes*, *Als Russe in Ostpreußen*, S. 255f.

<sup>131</sup> Erinnerung von *Aleksandr Ignatevič Furmanov*, in: *Matthes*, *Als Russe in Ostpreußen*, S. 255.

<sup>132</sup> *Zapadnyj forpost našej Rodiny*, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 2. November 1948.

Die instrumentalisierende Umwertung der Geschichte war eine Methode, die sich auch hinsichtlich anderer annektierter Städten feststellen läßt, wie zum Beispiel im vergleichbaren Fall der finnischen Stadt Viipuri/Vyborg. Die 1293 von Torgil Knutsson zunächst als schwedische Grenzfestung gegründete Stadt, die 1403 die Stadtrechte erhielt, wurde während des Nordischen Krieges zwischen Schweden und Rußland (1700–1721) von den russischen Truppen im Jahr 1710 erobert und blieb bis zur Unabhängigkeit Finnlands nach der Oktoberrevolution Teil des Russischen Reiches. Nachdem die in der Zwischenkriegszeit zweitgrößte Stadt Finnlands bereits nach dem Ende des sowjetisch-finnischen Winterkrieges im März 1940 von der Sowjetunion annektiert worden war, wurde Vyborg – nach der durch Finnen und Deutsche im Zuge des Überfalles vom Juni 1941 durchgeführten zeitweiligen Rückeroberung – 1944 endgültig Teil der RSFSR<sup>133</sup>. Auch in diesem Fall wurden die Abschnitte der Stadtgeschichte, in denen der Ort Teil des schwedischen Königreiches oder der Republik Finnland war, als Besatzungszeit gewertet, nur daß diesmal die Karelier als frühgeschichtliches Stellvertretervolk fungierten<sup>134</sup>. Die schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eintretende Entspannung der Beziehungen Finnlands zur Sowjetunion wirkte sich jedoch auch auf die Bewertung der schwedischen bzw. finnischen Geschichte Vyborgs aus: Im Unterschied zur Vorgehensweise in Kaliningrad wurden diese Abschnitte der Geschichte Vyborgs nicht gänzlich auf den Aspekt der Besatzung reduziert – so ging zum Beispiel Ende der fünfziger Jahre eine Veröffentlichung zur Stadtgeschichte Vyborgs auch auf die wirtschaftliche Rolle des Hafens in schwedischer und finnischer Zeit und auf Details wie die mittelalterliche Gildenverfassung der Stadt ein<sup>135</sup>.

### *Vom Wert der deutschen Architektur*

Die instrumentalisierte Interpretation der Geschichte Königsbergs hatte im ersten Nachkriegsjahrzehnt einen entscheidenden Einfluß auf die Konzeption der Wiederaufbauplanung, denn nach Ansicht der sowjetischen Propaganda manifestierte sich in der Vorkriegsarchitektur Kaliningrads die feind-

<sup>133</sup> Erstmals wurde Viipuri gemäß dem Moskauer Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und Finnland vom März 1940 an die Sowjetunion übergeben. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, an dem sich auch Finnland als Verbündeter Deutschlands beteiligte, kam die Stadt zwischen 1941 und 1944 wieder unter finnische Hoheit. Vgl. Tilli, Takaisin Viipurin Kohtalonruodet, und Neuvonen, Viipurin Historiallinen Keskusta, S. 18–25 und 98f.

<sup>134</sup> Vgl. M.V. Vasil'ev, Vyborg, Leningrad 1958, S. 3–62.

<sup>135</sup> Ebenda. Allerdings muß angemerkt werden, daß sowjetische Forscher aufgrund der Evakuierung des Königsberger Staatsarchivs und der Vernichtung der Universitätsbibliothek kaum Material für Forschungen gefunden hätten, während zu Vyborgs Geschichte im Mittelalter bereits von russischen Historikern geforscht worden war, als diese Stadt noch zum russischen Zarenreich gehörte.

liche deutsche Geschichte der Stadt. Schon aus der Definition der deutschen Vergangenheit als Besatzungszeit mußte sich eine direkte Schlußfolgerung für die Bewertung der Architektur und des Städtebaus der deutschen Zeit ergeben: Da ein Besatzungsregime zwangsläufig nur etwas Vorübergehendes – und in diesem Falle zudem etwas Unrechtmäßiges – darstellt, so sind auch die Eingriffe eines solchen Regimes nur als vorübergehend – und unrechtmäßig – zu betrachten. Demzufolge war die Architektur aus deutscher Zeit ein nur temporäres Phänomen, eine Hinterlassenschaft von Besitzern ohne eigenständigen Wert. Ende 1947 sprach daher Dimitrij Tjan, der bis zur Schaffung des Amtes des Chefarchitekten der Stadt Kaliningrad die Hauptverantwortung für den Wiederaufbau trug, in einer Analyse der deutschen Architektur in Ostpreußen den Städten des Kaliningrader Gebietes jegliche städtebauliche Qualität ab. Diese hätten sich „planlos, abhängig von der historischen Etappe, stark diesen oder jenen herrschenden Gesellschaftsaufbau widerspiegelnd“ entwickelt. Es sei „unmöglich [...], im Verlauf der Straßen bestimmte, geometrische Prinzipien zu finden. Viele Planungsgebiete sind untereinander nicht verbunden. [...] In architektonischer Hinsicht ist es schwierig, in den Städten des Gebietes abgeschlossene Ensembles, Plätze oder Baugruppen zu finden, mit Ausnahme einiger Viertel, die Ende des 19. Jahrhunderts oder in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts entstanden sind. Die Architektur der Gebäude befindet sich auf einem niedrigen Niveau. Die vorherrschenden Stile sind die Gotik, die modernisierte Gotik [*Neugotik*] und die Gotik im Konstruktivismus [*Expressionismus*]<sup>136</sup>. Charakteristisches Merkmal aller Städte ist, daß sie nicht architektonisch geplant, sondern [*nach*] technisch[*en Prinzipien*] geschaffen wurden. Organische, architektonische Mängel sind durch Ordnung und die [*technische*] Qualität der Bauwerke und des Bauwesens verdeckt“<sup>137</sup>. In seinem bereits zitierten Artikel vom November des gleichen Jahres ergänzte er: „Der vorherrschende Stil [*Königsbergs*] war eine simplifizierte Gotik, oder richtiger – eine gotische Verkleidung. Das reichliche Grün hat in den Sommermonaten die Häßlichkeit dieser Bauten verdeckt.“<sup>138</sup>

Ausschlaggebend für die negative Bewertung der deutschen Architektur war aber weniger ihre vermeintliche, generelle Minderwertigkeit – wichtiger war, daß die bestehenden deutschen Gebäude, wie der anfangs zitierte *Pravda*-Artikel vom 13. April 1945 belegt, als Monumente der Aggression gegen die östlichen Nachbarn Ostpreußens betrachtet wurden. Die ideologische Frontstellung der Bauten des ehemaligen Königsberg hob Dimitrij Navalichin, von 1948 bis 1955 erster Chefarchitekt von Kaliningrad und danach bis 1957 Chef der Gebietsverwaltung für Architektur, noch Mitte der fünf-

<sup>136</sup> Hier hatte Tjan wahrscheinlich das von Hans Hopp errichtete „Haus der Technik“ auf dem Gelände der Ostmesse und das Stadthaus gegenüber dem Nordbahnhof im Auge.

<sup>137</sup> GAKO, f. 520, op. 1, d. 12, l. 1 f.

<sup>138</sup> Tjan, Sovetskij gorod Kaliningrad, in: *Kaliningradsckaja Pravda*, 7. November 1947.

ziger Jahre hervor. Er betonte insbesondere die Dominanz der Militärbauten im Zentrum, die „sich aus ihrer vorteilhaften Schlüssellage im Ort und ihrer charakteristischen Verteilung erklärt, die ein bestimmtes [*opredelennuju*] System darstellt, das scharf zur allgemeinen Systemlosigkeit der Wohnviertel kontrastiert. [...] Die Sättigung des Stadtzentrums und auch der übrigen Viertel der Stadt mit Kriegsbauten prägte die Architektur einer Reihe anderer Gebäude stark und drückte der ganzen Stadt einen spezifischen Kasernenanblick auf.“ Den militaristischen Charakter der Stadt machte er besonders in den Arbeitervierteln des ehemaligen Königsbergs fest. Diese waren seiner Meinung nach „durch eine äußerste Primitivität der planerischen und architektonischen Lösungen“ geprägt, so daß Arbeiterhäuser optisch „in trostlose, freudlose Kasernen“ umgewandelt worden seien. Zivile Gebäude hätten unter den Bedingungen einer militarisierten Stadt nur eine „untergeordnete Bedeutung“ besessen. Aus dieser Analyse zog Navalichin ein ebenso vernichtendes wie ideologisch überhöhtes Urteil: Der so entstandene architektonische Anblick des ehemaligen Königsbergs beinhalte „neben den für privatkapitalistische Städte typischen eigentümlichen, historisch entwickelten Merkmalen die eigenartigen Züge der deutschen kriegs-militaristischen Stadt, die Ideen und Vorstellungen propagiert und bekräftigt, die der Menschheit verhaßt sind“<sup>139</sup>.

Die Verwendung Königsbergs als Kulisse für sowjetische Spielfilme setzte diese Interpretation der Stadt als Verkörperung des preußischen Militarismus in Bilder um: Königsberg wird in diesen Filmen zu einer idealtypischen deutschen, also feindlichen Stadt abstrahiert. Als einer der ersten Filme wurde 1948 „Begegnung an der Elbe“ in Kaliningrad gedreht, in dem die Stadt für das von Amerikanern und Sowjets besetzte Torgau steht. Durch den im Film „Altenburg“ genannten Ort schleichen zahlreiche untergetauchte Nazis und Spione, die vor den bedrohlichen Ruinen Königsbergs, vor spitzen Türmen und ausgestorbenen Straßen, wirkungsvoll in Szene gesetzt wurden und so den Geist, der von diesen Ruinen ausging, visualisierten. Was diesen Film besonders bemerkenswert macht, ist die Tatsache, daß die Filmstadt Altenburg aus den Orten Königsberg und Riga zusammengesetzt wurde. Tatsächlich hatte man auch im baltischen Nachbarland nach 1945 ernste Probleme mit dem architektonischen Erbe: Noch im April 1954 erklärte die lettische Akademie der Wissenschaften, daß die Bebauung der Altstadt Rigas von deutschen Besatzern stamme und deshalb dem nationalen Erbe widerspreche<sup>140</sup>. Dieses Ineinanderschmelzen der beiden Städte verdeutlicht in besonderer Weise, daß Königsberg nicht als realer Ort, sondern als eine feindliche Idee gesehen wurde. Die Verwendung der Stadt als namenlose Kulisse wurde noch gesteigert, als 1959 die neugotischen Bastio-

<sup>139</sup> Navalichin, *K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada*, Bd. I, S. 26–33 und 167.

<sup>140</sup> Vgl. Bogdanov, *Voprosy rekonstrukcii centrov gorodov pribaltiki*, S. 61–80, hier: S. 61.

nen der Königsberger Stadtbefestigung in dem Film „Ein Menschenschicksal“ („*Sudba človeka*“) unter anderem als Gebäude des Vernichtungslagers Auschwitz auftauchen.

### 3. Dem neuen Menschen eine neue Stadt

#### *Die Gefahr der Rekonstruktion*

Aus den Bewertungen der baulichen Hinterlassenschaften der Deutschen ergab sich für die sowjetischen Planer eine klare Handlungsanweisung: Die neue Gesellschaft, der neue Staat brauchte eine neue Architektur. „Völlig abgeworfen“ werden sollte „der deutsche [*architektonische*] Standard, der beim russischen Menschen Verzagtheit verursacht“<sup>141</sup>. Dimitrij Tjan, der laut *Kaliningradskaja Pravda* „klar den tief sozialen Sinn“<sup>142</sup> seines planerischen Schaffens erkannte, sah deshalb im November 1947 eine der vorrangigen Aufgaben des Wiederaufbaus in der Schaffung neuer Generalpläne für die Städte des Kaliningrader Gebietes. Dies bewertete er jedoch als „keine leichte Aufgabe, denn die Architektur der deutschen Städte ist der sowjetischen Baukunst von der Form her fremd und im Inhalt unannehmbar“. Der „deutsch-teutonische Stil“ des Städtebaus, so betonte er, sei „ein Überbleibsel der Zeit, in der die deutschen Feudalherren Schlösser und Bastionen errichtet haben. In diesem Stil haben sich bis in unsere Tage die architektonischen Prinzipien des Mittelalters erhalten. Unsere Architektur jedoch basiert auf den Prinzipien der neuen, sozialistischen Ära der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft.“ Wichtigste Aufgabe der neuen Generalpläne sei es daher, „die neue sozio-ökonomische Struktur“ der Städte zum Ausdruck zu bringen<sup>143</sup>. Den Kontrast zwischen deutschen und sowjetischen Städten hob auch Navalichin im Mai 1948 in seiner ersten Veröffentlichung als Chefarchitekt Kaliningrads hervor: „In die durch Luftangriffe und Artilleriefeuer zerstörte, kapitalistische Stadt ist unser sowjetischer Mensch gekommen – der Sieger und Schöpfer, der Mensch einer neuen progressiven und führenden Kultur. [...] Die Anforderungen, die unser sowjetischer Mensch an seine sozialistische Stadt stellt, sind bedeutend höher als die Prinzipien der Planung und Normen, die in kapitalistischen Ländern gelten.“<sup>144</sup> Ein Jahr später sprach er den Kaliningrädern für den Wiederaufbau Mut zu: „Der Wiederaufbau jeder Stadt, die während des Krieges zerstört wurde, ist schwierig. Für die Kaliningrader, die eine sowjetische Stadt

<sup>141</sup> Stroiteli, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 1. Mai 1948.

<sup>142</sup> Ebenda.

<sup>143</sup> Tjan, *Sovetskij gorod Kaliningrad*.

<sup>144</sup> Navalichin, *Na razvalinach Kenigsberga postroim socialističeskij Kaliningrad*, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 15. Mai 1948.

auf den Ruinen der Zitadelle des preußischen Militarismus bauen, verdoppeln sich diese Schwierigkeiten noch. Denn eine sozialistische Stadt unterscheidet sich wie Tag und Nacht von den finsternen und mißgestalteten deutschen Städten. Doch welche dankbare, große Aufgabe steht dafür vor uns!“<sup>145</sup> In den Augen der Zeitgenossen wurde die Architektur somit zum Sinnbild des gesellschaftlichen Wandels: Den „schiefen, engen“ Gassen der mittelalterlichen Altstadt Königsbergs wurden in der *Kaliningradskaja Pravda* die geplanten „wunderbaren hellen“ Gebäude der neuen Zeit entgegengestellt, die an breiten und geraden Prospekten errichtet werden sollten<sup>146</sup>.

Gewunden und klein gegen gewaltig und gradlinig: In diesem Gegensatzpaar sollte sich die kulturelle Frontstellung als Gegensatz zwischen dem veralteten, weil irrationalen Deutschtum und der wissenschaftlichen Weltanschauung des sowjetischen Sozialismus zeigen<sup>147</sup>. Die Auslöschung der überkommenen Bebauung wurde somit auch als ein Akt der politischen Hygiene angesehen. In Kaliningrad war also wenig von der Interpretationswende zu bemerken, die die offizielle sowjetische Geschichtswissenschaft nach 1945 vollzog: Dieser neuen Auslegung zufolge war der Zweite Weltkrieg nicht ein Kampf zweier Völker, wie dies bislang behauptet worden war, sondern ein Kampf zweier vorrangig politischer Regime, den der Sozialismus dank der Führung der bolschewistischen Partei gewonnen habe<sup>148</sup>.

Da in Kaliningrad die kulturelle Frontstellung beibehalten wurde, sah man in der Wiederherstellung deutscher Gebäude eine Gefahr: Die sich in eine „russisch-sowjetische Stadt verwandelnde ehemals deutsche Stadt Königsberg kann und darf nicht im ursprünglichen Zustand wiederaufgebaut werden“, mahnte Navalichin noch in den fünfziger Jahren als Folgerung aus seiner Analyse der Vorkriegsbebauung<sup>149</sup>. Schon im Juli 1947 hatte eine Bauingenieurin in der *Kaliningradskaja Pravda* gefordert, Kaliningrad müsse „im Geiste der sowjetischen Ideologie“ wiederaufgebaut werden, um

<sup>145</sup> Navalichin, Každoe novoe zdanie dol'žno ukrašat naš gorod, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 3. September 1949.

<sup>146</sup> Ju. Čygan'kov, Iz prošlogo. Kenigsbergs'kij zamok, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 31. Mai 1953.

<sup>147</sup> Die radikale Abkehr der sowjetischen Planer von der alten Stadt hatte neben der Frontstellung gegen die deutsche Kultur aber auch innersowjetische Gründe. Churchills Diktum „A desaster, but an opportunity“ galt in der Nachkriegszeit auch in der Sowjetunion: Zerstörungen der sowjetischen Städte wurden als Möglichkeit gesehen, „die früheren Planungs- und Baumängel radikal zu beseitigen“, wie der Architekt Karo. S. Alabjan 1943 in einem Artikel über den Wiederaufbau Stalingrads schrieb (Alabjan, Kontury budeščego Stalingrada, S. 78). Vgl. dazu: Day, Building Socialism, Kapitel 4: Stalingrad, rebuilt and unbuilt. 1943–1949, bes. S. 70–73.

<sup>148</sup> Vgl. dazu: Gallagher, Soviet History of World War II.

<sup>149</sup> Navalichin, K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada, Bd. 1, S. 33.

auf diese Weise den „preußischen Geist der Stadt auszumerzen“<sup>150</sup>. Drei Monate später ergänzte sie im gleichen Blatt, es sei gar keine Frage, „daß wir die Gebäude nicht sklavisch so kopieren können, wie sie vor ihrer Zerstörung gewesen sind. Wir sind verpflichtet, auf eine neue, sowjetische Art zu bauen, in Übereinstimmung mit den gewachsenen kulturellen Bedürfnissen unseres Volkes“<sup>151</sup>.

Hintergrund für dieses vehemente Eintreten für eine Umarbeitung auch einzelner Gebäude war die Befürchtung, daß die deutsche Architektur einen schlechten Einfluß auf die sowjetischen Menschen haben könnte – wurde doch die Architektur in der Sowjetunion als Erziehungsmittel der Bevölkerung betrachtet<sup>152</sup>. So meinte nach dem Ende des Krieges der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für architektonische Angelegenheiten, Arkadij Mordvinov, die neu zu errichtenden Gebäude müßten die „Prinzipien der Schönheit in das Alltagsleben der Menschen einführen“, andernfalls wären sie bar jedes „symbolischen Inhaltes“, also ohne politische Aussage<sup>153</sup>. Der Kritiker A. Michajlov formulierte die Forderung nach der propagandistischen Instrumentalisierung der Baukunst noch deutlicher, als er im April 1945 darauf hinwies, daß die Nachkriegsarchitektur den „Geist der Epoche widerspiegeln“ müsse<sup>154</sup>.

Aufgrund der Bedeutung, die offizielle Stellen in der Sowjetunion dem politisch-symbolischen Gehalt von Gebäuden beimaßen, kann somit die Forderung, Kaliningrad „im Geiste der sowjetischen Ideologie“ wiederaufzubauen, auch als präventive Maßnahme gesehen werden, um keinen politisch mißliebigen Weltanschauungen Vorschub zu leisten oder sie überhaupt entstehen zu lassen. Noch in den fünfziger Jahren stieß daher der Wiederaufbau von Gebäuden „in ihrem ursprünglichen, unter den Deutschen bestehenden Zustand“ auf die scharfe Kritik Navalichins, da er in diesen Häusern „dem sowjetischen Menschen fremde Elemente der deutschen kapitalistischen Stadt“<sup>155</sup> sah. Die in seinen Augen hier lauernde Gefähr-

<sup>150</sup> N. Dychovičnaja, Neotložnie voprosy vosstanovlenii i planirovki Kaliningrada, in: *Kaliningradsckaja Pravda*, 30. Juli 1947.

<sup>151</sup> N. Dychovičnaja, Stroiti' po-novomu, po-sovetski, in: *Kaliningradsckaja Pravda*, 9. Oktober 1947.

<sup>152</sup> Vgl. Navalichin, K voprosu rekonstrukcii goroda Kaliningrada, Bd. 1, S. 164.

<sup>153</sup> Arkadij Mordvinov, Chudožestvennyje problemy sovetskoj architektury, in: ders., Architektura. Sbornik statej po tvorčeskim voprosam, Moskau 1945, S. 3-23, zitiert nach: Day, Building Socialism, S. 76.

<sup>154</sup> Michajlov äußerte sich zu diesem Punkt auf einem Forum der Union der Sowjetischen Architekten (SSA), auf der über „Neue Entwicklungen in der Architektur“ gesprochen wurde. Seine Äußerungen waren eigentlich gegen die Vertreter des Konstruktivismus gerichtet, die seiner Meinung nach nicht verstanden, daß der Sieg gegen die Deutschen eine repräsentative Architektur erfordere. Seine Aussage über die politische Funktion von Architektur läßt sich jedoch auch auf den Fall Kaliningrad anwenden. Zitiert nach: Day, Building Socialism, S. 74f.

<sup>155</sup> Navalichin, K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada, Bd. 1, S. 110. Schon am 3. September 1949 schrieb Navalichin in dem Artikel „Každoe novoe zdanie dol'žno ukra-

„architektonischen Einheit der Stadt“<sup>156</sup> war daher weit mehr als nur ein ästhetisches Problem – sie symbolisierte die Gefährdung der Homogenität der Gesellschaft durch fremde Ideologien.

Mit seiner Auffassung war Navalichin jedoch nicht gänzlich unumstritten. Schon auf der ersten „Allgemeinen Versammlung der Architekten der Stadt Kaliningrad“ am 8. September 1948 wandte einer der Anwesenden ein: „Die vollständige Änderung des ‚preußischen Gesichtes der Stadt‘, von der hier die Rede ist, ist eine kaum bemerkbare, unwirksame und zudem unmögliche Methode.“<sup>157</sup> Die hier zutage tretende Auseinandersetzung um die Umgestaltung der Fassaden beim Wiederaufbau wurde zwischen Pragmatikern, denen es in erster Linie auf die rasche Schaffung von Wohnraum ankam, und Planern, die sich mehr von ideologischen Überlegungen leiten ließen, ausgetragen. Obwohl durch diesen Konflikt schon früh die engen wirtschaftlichen Grenzen der Umgestaltung Königsbergs herausgearbeitet wurden, zog sich der Streit noch bis in die sechziger Jahre hin, ohne daß eine Seite sich völlig durchsetzen konnte. Der Hinweis des Kaliningrader Chefarchitekten von 1949, daß laut eines Erlasses der sowjetischen Regierung keine Häuser ohne (klassizistische) Stukkatierung neu errichtet oder wiederaufgebaut werden dürften, wurde regelmäßig mißachtet<sup>158</sup>. Noch Mitte der fünfziger Jahre forderte Navalichin, in „einzelnen Fällen, wenn der Wiederaufbau eines Gebäudes unumgänglich ist, es aber wegen ästhetischer Erwägungen“ nicht im früheren Zustand gelassen werden könne, „den fremden architektonischen Einfluß solcher Bauten“ durch eine Überarbeitung der Fassade abzuschwächen<sup>159</sup>. Einige Jahre lang mußten dem Chefarchitekten deshalb alle Wiederaufbauprojekte zur Genehmigung vorgelegt werden, damit er die Fassadengestaltung kontrollieren konnte<sup>160</sup>. Trotzdem wurden insbesondere viele sachlich gestaltete Bauten der zwanziger Jahre ohne wesentliche Veränderungen im ursprünglichen Zustand wiederhergestellt, wie zum Beispiel das ehemalige Parkhotel am Schloß-/Unterteich, für das bereits ein Fassadenentwurf mit Pilastern und ausladenden Kranzgesimsen vorlag<sup>161</sup>.

šat' naš gorod“ in der *Kaliningradskaja Pravda*: „Der uns verhaßte preußische Geist, der noch in den äußeren Konturen einiger Viertel erhalten ist, wird endgültig ausgelöscht. Danach streben wir, daran arbeiten die Kaliningrader beharrlich.“

<sup>156</sup> Navalichin, K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada, S. 77. Als Beispiele führt er unter anderem den ehemaligen Hauptbahnhof (heute Südbahnhof) und das Parkhotel am Schloß-/Unterteich an.

<sup>157</sup> GAKO, f. 522, op. 1, d. 3, l. 2.

<sup>158</sup> Dimitrij Navalichin, Každye zdanie dol'žno ukrašat' naš gorod, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 3. September 1949.

<sup>159</sup> Navalichin, K voprosu rekonstrukcija centra goroda Kaliningrada, Bd. 1, S. 69.

<sup>160</sup> Vgl. zum Beispiel: GAKO, f. 522, op. 1, d. 8. Die Akte enthält etwa 80 Einzelprojekte aus der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, die alle von Navalichin gegengezeichnet worden sind.

<sup>161</sup> Auch in Vyborg sollte die berühmte Stadtbibliothek von Alvar Aalto, die 1933–1935 errichtet worden war, in den 50er Jahren mit einer neoklassizistischen Stuckfassade versehen wer-

Wie erfolglos das Bemühen um die Neugestaltung von Altbauten war, weil dieses Problem unterhalb der Ebene der Planer und der hohen Funktionäre offensichtlich häufig als drittrangig angesehen wurde, zeigt schon allein der laxer Umgang mit den alten deutschen Inschriften. Deren Entfernung wurde an der Basis offensichtlich nicht mit dem Nachdruck verfolgt, den sich das Gebietskomitee der Partei wünschte, das sich im Mai 1952 in einem Erlaß beklagte: „In den Städten und Rayons des Gebietes haben sich an einzelnen Wohngebäuden, an Gebäuden von sozial-kommunalen Unternehmen, Industriebetrieben und Werkstätten, an Eisenbahnstationen und besonders an zerstörten Gebäuden alte Inschriften, Firmenschilder, Reklame deutscher Unternehmen und Hinweisschilder in deutscher Sprache erhalten. An manchen Orten sind bis heute nicht einmal die Inschriften antisowjetischen Charakters ausgelöscht worden. [...] Ungeachtet dessen, daß das Kaliningrader Gebiet schon sechs Jahre besteht, haben die Rayonskomitees und die Stadtkomitees der VKP, die Rayonsexekutivkomitees und die Leiter der Unternehmen und Verwaltungen bis heute keine Maßnahmen ergriffen, um die der Bevölkerung fremden alten deutschen Inschriften zu beseitigen, und messen dieser Maßnahme in vielen Fällen auch keine Bedeutung bei.“<sup>162</sup>

### *Konzeptionen für das Zentrum*

Ähnliche Auseinandersetzungen wie die um die deutsche Architektur wurden in Kaliningrad auf dem Gebiet der Stadtplanung ausgefochten: Angesichts der allgemeinen Geringschätzung von Architektur und Städtebau des alten Königsberger Stadtzentrums und vor allem aufgrund der enormen Zerstörungen in diesem Gebiet erschien es vielen Neuankömmlingen fraglich, ob der Wiederaufbau des Zentrums überhaupt sinnvoll sei. In seinem ersten Bericht vom Juni 1946 „Über die Frage des Wiederaufbaus und der Rekonstruktion der Stadt Königsberg“ für den Chef der Zivilverwaltung des Königsberger Gebietes, Vasilij A. Borisov, vertrat der Chefarchitekt der Gebietskommunalwirtschaft, P. V. Timochin, die Ansicht, das Zentrum sei

den, was jedoch – wie bei den meisten Bauten der Klassischen Moderne in Kaliningrad, unterblieb. (Zur Bibliothek und seiner Geschichte nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges bis 1992 vgl. Spens, Viipuri Library.) Das Bestreben, konstruktivistische Gebäude mit einer Stuckfassade umzugestalten, hatte seine Ursache jedoch nicht nur in der kulturellen Auseinandersetzung mit den besetzten Städten, sondern läßt sich auch auf innersowjetische Kämpfe um die Richtung der Architektur seit Anfang der 30er Jahre zurückführen. Nachdem der Neoklassizismus als verbindlicher Stil festgeschrieben worden war, sind in vielen Städten der Sowjetunion konstruktivistische Bauten mit Stuckfassaden versehen worden. Vgl. dazu: Day, *Building Socialism*, S. 41 f.

<sup>162</sup> CChIDNIKO, f. 1, op. 11, d. 17, l. 109f., Protokoll des Kaliningrader Gebietspartei-Komitees No. 129, vom 30. Mai 1952, Punkt 25: „Über die Entfernung alter Inschriften und Hinweisschilder in deutscher Sprache an Gebäuden, Zäunen und anderen Bauwerken und an Wegen.“

so stark zerstört, „daß es kaum für den Wiederaufbau vorgesehen sein wird, und wenn doch die Notwendigkeit seines Wiederaufbaues entsteht, dieser mehr als zehn Jahre dauern wird“. Seiner Ansicht nach sollte „das ehemalige Stadtzentrum so gelassen werden [...], wie es jetzt ist, um es als Denkmal des *Sieges im Großen Vaterländischen Krieg* 1941–1945 über den deutschen Faschismus zu erhalten“<sup>163</sup>. In seiner Radikalität fand dieser Vorschlag, die Altstadt zu einem Freilichtmuseum zu machen, zwar nicht allzu viele Befürworter, doch wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgrund der Zerstörung der Innenstadt ernsthaft erwogen, den alten Stadtkern innerhalb der Befestigungsanlagen des 19. Jahrhunderts zumindest vorerst bewußt brachliegen zu lassen. Das Zentrum des neuen Kaliningrad sollte provisorisch in der Gegend des Nordbahnhofes oder, wie Timochin vorschlug, auf dem Gelände der abgebrannten Ostmesse neu entstehen<sup>164</sup>. Ein anderer Vorschlag bestand darin, das Zentrum anstelle der Befestigungsanlagen kreisförmig entlang einer Ringstraße um den alten Stadtkern herumzulegen. Die „tote Zone“ der Altstadt sollte hierbei von der neuen Stadt durch einen Grünstreifen – gewissermaßen einen *cordon sanitaire* – getrennt werden. Das ehemalige Zentrum zwischen Nord- und Südbahnhof war nach diesen beiden Vorschlägen als städtebauliche Reserve vorgesehen, falls in ferner Zukunft neue Wohngebiete gebraucht würden<sup>165</sup>. Die Idee, den alten Stadtkern als Freilichtmuseum des Sieges über Deutschland im Zustand von 1945 zu belassen, war trotzdem noch nicht endgültig vom Tisch: Da der alte Stadtkern vorläufig nicht verwendbar erschien, tauchte dieser Vorschlag Anfang der fünfziger Jahre noch einmal auf<sup>166</sup>.

Die meisten sowjetischen Planer wollten das alte Zentrum hingegen nicht aufgeben. Zu einer Entscheidung dieser Frage kam es aber erst Ende der vierziger Jahre, als der erste Generalplan für Kaliningrad ausgearbeitet wurde. In diesem Dokument sollten für die folgenden 20 Jahre die städtebauliche Entwicklung, Art, Ausmaß und Lage der Bebauung, Flächen für Verwaltung, Handel, Industrie, Wohnen und Erholung und die Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur festgelegt werden. Am 13. Mai 1948 beauftragte der Chef der Verwaltung für Architektur beim Ministerrat der RSFSR, V. Škvarikov, den Direktor des Moskauer Staatlichen Institutes für die Projektierung von Städten (*Giprogor*), N. Ja. Burlakov, mit der Ausar-

<sup>163</sup> GAKO, f. 520, op. 1, d. 2, l. 1f. Hervorhebung im Original. Als nach der Befreiung Warschaus die Planung des Wiederaufbaus der polnischen Hauptstadt begann, gab es auch dort Stimmen, die die Rekonstruktion der Altstadt ablehnten – allerdings aus völlig anderen Motiven: K. Vyka machte den Vorschlag, die Altstadt als Freilichtmuseum zu belassen, um die nationalsozialistische Barbarei zu dokumentieren, und eine moderne Straße um das alte Zentrum herumzubauen, von der aus Touristen die Ruinen betrachten könnten. Vgl. Predtečenskij, *Vosstanovlenie starich gorodskich centrov*, S. 226–271, hier: S. 227–229.

<sup>164</sup> Zu Timochin: GAKO, f. 520, op. 1, d. 2, l. 1f.

<sup>165</sup> Vgl. Navalichin, *K voprosu rekonstrukcija centra goroda Kaliningrada*, Bd. 1, S. 94–96.

<sup>166</sup> Vgl. *Na zapade – net bolše vostočnoj prussii*, S. 3–14, hier: S. 14.

beutung eines Generalplanes für Kaliningrad<sup>167</sup>. Auf diese Beauftragung hatte man in Kaliningrad schon ungeduldig gewartet: Nachdem über ein Jahr seit der formalen Annexion Kaliningrads vergangen war, ohne daß die Wiederaufbauplanungen in Gang gekommen waren, hatte sich im Mai 1947 der Parteichef von Kaliningrad, P. Koločov, in dieser Sache an den Kaliningrader Gebietsparteichef gewandt. Dieser sollte sich beim Ministerrat der UdSSR für die Ausarbeitung eines Generalplanes für Kaliningrad einsetzen<sup>168</sup>. Bis der entsprechende Auftrag ein Jahr später endlich an *Giprogor* erging, blühten die Gerüchte. So meldete die *Kaliningradskaja Pravda* am 1. Mai 1948 voreilig, daß sich der berühmte Architekt des Leninmausoleums, Aleksej V. Šcusev, bereits mit dem Kaliningrader Generalplan beschäftigte<sup>169</sup>. Tatsächlich arbeitete Šcusev aber bereits seit längerem am Wiederaufbau von Novgorod und Stalingrad<sup>170</sup>.

Infolge der Zentralisierung der Wiederaufbauplanung konnten die lokalen bzw. regionalen Autoritäten nicht eigenmächtig über den zukünftigen Generalplan entscheiden: Um die Wiederaufbauverwaltung zu straffen, eine stärkere Kontrolle über den Städtebau in der Sowjetunion zu erlangen und besonders die Priorität der politisch-symbolischen Zielsetzung der Architektur sicherzustellen, war am 30. September 1943 das Staatliche Komitee für Architektonische Angelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR gegründet worden. Auf Ebene der Republiken wurde das Komitee von den Verwaltungen für Architektur vertreten; die Verwaltung für Architektur beim Ministerrat der RSFSR unter V. Škvarikov wurde am 21. Dezember 1943 gegründet<sup>171</sup>. Sie trat in den folgenden Jahren beim Wiederaufbau als Auftraggeber stellvertretend für den Ministerrat auf und hatte somit maßgeblichen Einfluß auf die Planung.

Der erste Entwurf des Generalplanes, den die Mitarbeiter von *Giprogor* im Frühjahr 1949 vorlegten, folgte denn auch weitgehend den Vorstellungen der Verwaltung für Architektur. Die Behörde legte besonderen Wert auf die Ausarbeitung von Projekten für Stadtzentren, weil deren symbolischer Wert als Schlüssel für den sozialistischen Um- und Wiederaufbau der sowjetischen Städte gesehen wurde<sup>172</sup>. Folglich beschäftigten sich die Architekten von *Giprogor* zu einem wesentlichen Teil mit der Frage der Unterbringung des Zentrums, über die in Kaliningrad bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Entscheidung getroffen worden war. In einem Artikel für die *Kaliningrads-*

<sup>167</sup> GAKO, f. 520, op. 1, d. 8, l. 1, Befehl No. 195 des Chefs der Verwaltung für Architektur beim Ministerrat der RSFSR, Škvarikov.

<sup>168</sup> CChIDNIKO, f. 2, op. 1, d. 22, l. 20–25, hier: l. 25, Kopie des Briefs des Ersten Sekretärs des Kaliningrader Stadtparteikomitees, P. Koločov, an den Ersten Sekretär des Kaliningrader Gebietsparteikomitees, Jurij P. Ivanov, vom Mai 1947 [ohne genaues Datum].

<sup>169</sup> Stroitel', in: *Kaliningradskaja Pravda*, 1. Mai 1948.

<sup>170</sup> Vgl. Šcusev, Generalnyj plan Novgoroda, S. 3–10.

<sup>171</sup> Vgl. Belov, Podnjatie iz ruin, S. 47f.

<sup>172</sup> Vgl. Day, Building Socialism, S. 76.

*kaja Pravda* sprach sich der Leiter des *Giprogor*-Projektes, M. R. Naumov, am 30. April 1949 eindeutig gegen die Verlagerung des Zentrums an die Peripherie aus. Allerdings führte er an erster Stelle pragmatische Gründe für seine Entscheidung an: Im Zentrum träfen die Verkehrsverbindungen zwischen den Außenbezirken aufeinander, in diesem Bereich gäbe es wieder-aufbaufähige Gebäude, und schließlich seien die unterirdischen Versorgungsleitungen noch zu verwenden. Auf dieser Entscheidung aufbauend, entwickelten die Mitarbeiter von *Giprogor* einen Wiederaufbauplan für das Zentrum, der der Forderung nach Repräsentativität der Architektur Rechnung trug. Den Kern ihrer Konzeption bildeten die Verbreiterung und Begradigung von Straßen und die Errichtung eines großen Palastes der Sowjets anstelle des Schlosses: „Das große Gebäude des Sowjetpalastes soll ein Denkmal für Michail Ivanovič Kalinin sein, den großen Aktivisten der Kommunistischen Partei und des sowjetischen Staates. Der Palast soll gekrönt sein von einem hohen, schon von fern sichtbaren Leuchtturm, der den Charakter der Stadt Kaliningrad als Hafenstadt unterstreichen soll. Die Schaffung des künftigen Palastes ist die Aufgabe unserer sowjetischen Architekten, die ein Projekt ausarbeiten sollen, das des neuen Kaliningrad würdig ist.“<sup>173</sup>

Bei anderen Planern stand der Gedanke der Repräsentativität bei der Frage nach Lage und Gestaltung des neuen Stadtzentrums stärker im Vordergrund. Der Kaliningrader Chefarchitekt Navalichin traf seine Entscheidung über die Plazierung des Zentrums bei einem Blick auf den Stadtplan: Er entschied sich in erster Linie gegen dessen Verlagerung in einen der Vororte, da dies die Realisierung eines „genügend ausdrucksstarken allgemeinen kompositorischen Stadtentwurfes“ blockiert hätte<sup>174</sup> – ein schwarzes Loch im geographischen Mittelpunkt des sozialistischen Kaliningrad wollte er verhindern. Der Leiter der Gebietsverwaltung für Architektur, Dimitrij Tjan, machte sich in erster Linie Gedanken über die Außenwirkung der neuen Stadt: Für ihn stand bereits Ende 1947 fest, daß Kaliningrad „in der Deutung unserer Architekten als westlicher Vorposten, als Vorhof der Rußländischen Föderation [*erscheint*]. Die architektonische Planung der Stadt soll die Macht unseres großen Staates und die russische Gastfreundlichkeit ausdrücken.“ In Nord-Süd-Richtung plante Tjan den Durchbruch eines gigantischen Prospektes längs durch das alte Zentrum: „Für den Bau der Magistrale werden die zerstörten Stadtviertel abgetragen. Sie wird so breit werden, daß gleichzeitig Dutzende Autos nebeneinander herfahren können.“<sup>175</sup> Michail I. Kalinin hatte 1943 geschrieben, es ergebe sich durch die Kriegszerstörungen in den sowjetischen Städten für die Architekten der

<sup>173</sup> Naumov, Kakim budet Kaliningrad, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 30. April 1949.

<sup>174</sup> Navalichin, K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada, S. 96 f.

<sup>175</sup> Tjan, Sovetskij gorod Kaliningrad, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 7. November 1947.

„historisch seltene Fall, daß architektonische Vorhaben in unvergeßlich großem Maßstab verwirklicht werden“ könnten<sup>176</sup> – diese Chance wollte Tjan nun also in Kaliningrad nutzen. Als Vorbild für den vorgesehenen übertrieben breiten Prospekt diente ihm die Vorzeigestraße der Sowjetunion, die Gorkij-Straße in Moskau, deren Umgestaltung eines der Kernprojekte des „Generalplanes für die Rekonstruktion Moskaus“ war<sup>177</sup>. Während der Errichtung der Gorkij-Straße Ende der 30er Jahre führte die Begeisterung für Straßenerweiterungen dazu, daß die ehemalige Tverskaja Straße breiter wurde, als es nach dem Generalplan von 1935 vorgesehen war: Von ursprünglich 18 Metern wurde sie auf 59 Meter anstatt nur auf 40 Meter verbreitert<sup>178</sup>. Die Nord-Süd-Achse Kaliningrads sollte die Gorkij-Straße in ihrer Breite sogar noch übertreffen: Zeitweise wurde eine Breite von 65 Metern ins Auge gefaßt<sup>179</sup>.

#### 4. Erste Schritte zu einer neuen Stadt

##### *Das provisorische Zentrum*

Trotz der relativ großen Einmütigkeit in der Frage, wo das neue Zentrum Kaliningrads plaziert werden sollte, hatte die Entscheidung, es an der Stelle des alten Stadtkernes zu bauen, für die reale Stadtplanung zunächst keine Bedeutung: Die Diskussion war insofern akademisch, da längst ein vorläufiges Zentrum am Stalingrader Prospekt, der früheren Hufenallee, bestand und nicht abzusehen war, wann Mittel für die Realisierung der hochfliegenden Pläne im alten Stadtzentrum bereitstehen würden. Der Aufbau beschränkte sich in Kaliningrad in den ersten Jahren deshalb auf relativ eng gefaßte Zonen, in denen auf noch vorhandene Gebäude und die Infrastruktur aus der Vorkriegszeit zurückgegriffen werden konnte. Wie der Schadensplan zeigt, der von der Verwaltung des Chefarchitekten in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre erstellt wurde, war der Zerstörungsgrad in den westlichen Vororten und am alten Zentrum der Verwaltung am Nordbahnhof, wo sich u. a. das Rathaus und das Landgericht befunden hatten, weit geringer als im alten Stadtkern. In diesem westlichen Bereich des alten Königsberg waren die meisten bewohnbaren Häuser zu finden, und viele

<sup>176</sup> Kalinin äußerte sich entsprechend in einem offenen Brief vom Oktober 1943 an den Chef des kurz zuvor gegründeten Staatlichen Komitees für architektonische Angelegenheiten beim Rat der Volkskommissare der UdSSR, Arkadij G. Mordvinov. Zitiert nach: Belov, *Podnjatie iz ruin*, S. 47.

<sup>177</sup> Zum Moskauer Generalplan von 1935 vgl. Day, *Building Socialism*, S. 44–48 und 64–70; Kasus, *Die Große Illusion*, und Čenyšev, *General'nyj plan*.

<sup>178</sup> Vgl. Day, *Building Socialism*, S. 65, Anm. 272.

<sup>179</sup> Vgl. die Abbildung No. 11,3 in: Navalichin, *K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada*.

Bürogebäude der Vorkriegszeit rund um den Nordbahnhof waren entweder unbeschädigt oder leicht wiederherzustellen. Die Macht von Provisorien läßt sich am Fall Kaliningrad besonders eindrucksvoll nachzeichnen: Noch heute befinden sich die meisten Behörden Kaliningrads in den Gebäuden, die sie in der Nachkriegszeit bezogen<sup>180</sup>.

Wegen der Bedeutung, die sowjetische Planer den Stadtzentren beimaßen, und aufgrund der Ablehnung der deutschen Architektur erschien es jedoch unabdingbar, im Zuge der vorrangigen Bebauung Kaliningrads das provisorische Zentrum gemäß den Regeln des sowjetischen Städtebaus umzugestalten – noch bevor der Generalplan, den *Giprogor* erarbeitet hatte, vom Ministerrat der RSFSR bestätigt und somit rechtsgültig geworden war<sup>181</sup>. Den Auftrag für die Umgestaltung des Stalingrader Prospektes erteilte wieder die Verwaltung für Architektur beim Ministerrat der RSFSR. Die Oberaufsicht durch das Staatliche Komitee für architektonische Angelegenheiten und die Auftragsvergabe durch die Verwaltung für Architektur führten dazu, daß eine relativ kleine Gruppe von Architekten den Entwürfen ihren Stempel aufdrücken konnten<sup>182</sup>. Dazu kam, daß die Mitglieder des Komitees und seiner Unterabteilungen auf Ebene der Republiken die Wettbewerbe für den Wiederaufbau dominierten und die meisten Expertisen zu den eingereichten Entwürfen aus ihren Reihen kamen. Die Aufgabe des Chefarchitekten einer Stadt war in der Regel darauf beschränkt, die Umsetzung der Planungen sicherzustellen. Um die zentralisierten Entscheidungen nicht zu gefährden, waren die Chefarchitekten jedoch nicht den Stadt- oder Gebietssovjets rechenschaftspflichtig, sondern nur dem Komitee und den entsprechenden Verwaltungen für Architektur<sup>183</sup>. Auch im Kaliningrader Fall hatte die Zustimmung des Exekutivkomitees des Gebietssovjets zu den Plänen nur formalen Charakter: Wesentlich war die positive Begutachtung der Projekte durch die Verwaltung für Architektur und die abschließende Genehmigung durch den Ministerrat der RSFSR.

Der Kaliningrader Chefarchitekt Navalichin erhielt nun die Chance, seine Vorstellungen zu verwirklichen, da er und nicht *Giprogor* am 14. September 1948 mit der Umgestaltung des Stalingrader Prospektes beauftragt worden war<sup>184</sup>. Diese auf den ersten Blick ungewöhnliche Entscheidung erklärt sich

<sup>180</sup> Vgl. die entsprechenden Angaben in: Butovskaja, Kaliningrad. Illjustrirovannyj očerk, und Michailova, Kaliningrad. Spravočnik. Putevoditel'.

<sup>181</sup> Die Praxis, Pläne für Stadtzentren auszuarbeiten, bevor die eigentlich grundlegenden Generalpläne ausgearbeitet und verabschiedet worden sind, ist nach Day, *Building Socialism*, S. 77, in der Sowjetunion der Nachkriegszeit häufiger vorgekommen.

<sup>182</sup> Über den gegenseitigen Einfluß der Mitglieder des Komitees: Astaf'eva-Dulgač, *O proektach vosstanovlenija gorodov*, S. 139–148, bes. S. 139f.

<sup>183</sup> Um die politische Kontrolle über Architektur und Städtebau zu gewährleisten, wurde die gesamte Spitze des Komitees, die Chefs der Verwaltungen für Architektur der Republiken und 28 Chefarchitekten in das ZK aufgenommen. Vgl. Day, *Building Socialism*, S. 76f.

<sup>184</sup> GAKO, f. 520, op. 1, d. 8, l. 2f., Befehl No. 418 des Chefs der Verwaltung für Architektur

daraus, daß der Straße von den zentralen Entscheidungsstellen in Moskau für die Gesamtkonzeption des späteren Kaliningrad nur eine untergeordnete Bedeutung zugemessen wurde – handelte es hier doch vermeintlich nur um ein „provisorisches Zentrum“, wie alle Beteiligten immer wieder betonten<sup>185</sup>.

### *Ein ambivalentes Projekt*

Ein Jahr nach der Auftragsvergabe und acht Monate, nachdem *Giprogor* den ersten Entwurf für den Generalplan vorgestellt hatte, legte Navalichin seine Pläne für den Stalingrader Prospekt, die am 28. Oktober 1949 vom Gebiets-exekutivkomitee gebilligt worden waren, bei der Verwaltung für Architektur in Moskau vor. Am 3. Dezember 1949 trat das Kollegium der Verwaltung unter Leitung seines Chefs, V. Škvarikov, zusammen, um mit Navalichin, Timochin und den Mitarbeitern von *Giprogor*, die mit dem Kaliningrader Generalplan beschäftigt waren, das Projekt zu besprechen. Navalichin sah in seinen Plänen vor, den Platz des Sieges am Nordbahnhof (ehemaliger Hansaring) als provisorischen, zentralen Demonstrationsplatz der Stadt zu gestalten, um den herum sich hauptsächlich Verwaltungsgebäude gruppieren sollten. Der westlich an den Platz anschließende Teil des Stalingrader Prospektes sollte kaum umgestaltet werden, entsprach er doch mit seiner breiten, geraden Anlage und seiner zum Teil neoklassizistischen wilhelminischen Bebauung weitgehend den sowjetischen Vorstellungen eines Prospektes. Zentrales Element in diesem Bereich sollte das Theater werden, dessen Wiederaufbau in klassizistischen Formen schon 1947 vom Ministerrat der RSFSR beschlossen worden war<sup>186</sup>. Für die weitere Straßenführung des Stalingrader Prospektes hatte Navalichin zwei Varianten erarbeitet: Die erste Variante basierte auf der damals und noch heute bestehenden Struktur, bei der die Straße in einem Bogen südlich um das Theater herumgeführt wird und erst nach einigen Kurven mehrere hundert Meter weiter wieder gerade in westlicher-Richtung verläuft. Die zweite Variante sah eine Begradigung des Stalingrader Prospektes vor, indem sein östlicher Teil zwischen Platz des Sieges und Theater auf der Nordseite des Theaters gradeaus nach Westen weitergeführt würde. Um diese Variante zu realisieren, hätten jedoch etwa ein halbes Dutzend bewohnbare bzw. wiederaufbaufähige Gebäude abgerissen werden müssen.

Die Entwürfe Navalichins verdeutlichen, daß sein Hauptaugenmerk bei diesem Projekt weniger auf der Lösung der Bedürfnisse der Bevölkerung

beim Ministerrat der RSFSR, V. Škvarikov, an den Chefarchitekten der Stadt Kaliningrad, Dimitrij Navalichin.

<sup>185</sup> So zum Beispiel noch 1955: Navalichin, *K voprosu arhitekturnoj rekonstrukcii goroda Kaliningrada*, Bd. 1, S. 168, Anm. 1.

<sup>186</sup> Vgl. CChIDNIKO, f. 1, op. 11, d. 85, l. 34.

lag, sondern hauptsächlich auf der ästhetisch-propagandistischen Wirkung der Architektur. So betonen die von ihm verfaßten und 1950 vom Gebiets-exekutivkomitee gebilligten „Regeln für die Bebauung des Stalingrader Prospektes“ deren politisch-symbolischen Gehalt: Die Architektur der Straße und ihrer Gebäude solle „den Heroismus und das Pathos unserer Epoche, die Freude der freien und glücklichen Arbeit ausdrücken“, damit die rekonstruierte Magistrale „ihres ruhmvollen Namens würdig“ sei<sup>187</sup>.

Die Besprechung der Pläne im Kollegium der Verwaltung für Architektur muß am 3. Dezember sehr kurz gewesen sein: Das Protokoll hält nur fest, daß die zwei eingeholten Gutachten zum Projekt Navalichins negativ ausgefallen waren und der Chefarchitekt aufgefordert wurde, seine Entwürfe binnen zwei Wochen zu überarbeiten<sup>188</sup>. Bei der zweiten Besprechung im Kollegium am 23. Dezember 1949, an der seitens der Verwaltung für Architektur unter anderem V. D. Golli als Vorsitzender und die Autoren des Kaliningrader Generalplanes, M. R. Naumov und A. N. Donecko vom *Giprogor*, als Gäste teilnahmen, erhielt der Kaliningrader Chefarchitekt die Gelegenheit, sein Projekt in einem Vortrag noch einmal vorzustellen. Obwohl seine Pläne von der Verwaltung im Prinzip gebilligt wurden, wies das Kollegium Navalichin an, das Projekt enger mit dem Generalplan abzustimmen und stärker die Kritik der Experten zu berücksichtigen<sup>189</sup>.

So hatte nach Meinung des Experten A. N. Kornouchov der strukturelle Aufbau des Stalingrader Prospektes „im ganzen in dem vorgestellten Projekt einen richtigen Ausdruck gefunden, indem die einzelnen städtebaulichen und architektonischen Voraussetzungen weiterentwickelt und indem die Defekte in der ursprünglichen Bebauung der Straße umgeändert und verbessert wurden“. Dabei seien vernünftige Versuche gemacht worden, den „vormals für uns fremden Anblick dieser Straße zu ändern, sowohl in Hinsicht auf die geplante Bebauung als auch in Hinsicht auf die Gestaltung der Gebäudefassaden. Diese Aufgabe entstand aus der Notwendigkeit, dem gegebenen Bezirk den Charakter einer sowjetischen Stadt zu verleihen, wo die Sorge um den Menschen eine Bebauung in vernünftiger Dichte, die Regelmäßigkeit des Grundrisses, gerade Straßen, gemütliche, schöne, ordentliche Häuser usw. erfordert.“ Insgesamt schien ihm die Lösung der Aufgabe jedoch zu wenig durchgreifend. Zwar billigte er dem Kaliningrader Chefarchitekten zu, daß „angesichts der architektonischen Widersprüchlichkeit und Buntscheckigkeit [...] die Schaffung eines einheitlichen architektonischen Ensembles überaus schwierig“ sei, doch regte er an, „zwecks eines allergrößten Prunkes [*paradmost'*] und verkehrsmäßiger Bequemlich-

<sup>187</sup> Zitiert nach Lapin, Glavnaja Magistral, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 21. April 1953.

<sup>188</sup> GAKO, f. 520, op. 1, d. 8, l. 5 f., Protokoll No. 58 des Kollegiums der Verwaltung für Architektur beim Ministerrat der RSFSR vom 3. Dezember 1949.

<sup>189</sup> GAKO, f. 520, op. 1, d. 8, l. 20, Protokoll No. 62 des Kollegiums der Verwaltung für Architektur beim Ministerrat der RSFSR vom 23. Dezember 1949.

keit bei der Verbindung mit dem Platz des Sieges eine kühnere Begrädigung“ des östlichen Abschnittes des Stalingrader Prospektes durchzuführen.

Das Wort *paradnost*, das sich nur ungenau mit *Prunk* übersetzen läßt, da es vom deutschen Wort *Parade* abgeleitet ist, weist auf die in Kornouchovs Augen wichtigste Aufgabe der Umgestaltung hin: Eingehend beschäftigte sich der Experte mit der räumlichen Gestaltung des Platzes des Sieges, auf dem seit 1945 die zentralen Demonstrationen und Paraden abgehalten wurden. Kornouchov bemängelte insbesondere die geplante Nord-Süd-Ausrichtung des Platzes, die das Einbiegen der Demonstrationszüge von dem in ost-westlicher Richtung verlaufenden Stalingrader Prospekt erschwert hätte. Letztlich orientierte sich seine Bewertung somit vorrangig an der Eignung der geplanten Bebauung, als Kulisse für Massenaufmärsche zu dienen<sup>190</sup>.

Der zweite Experte Ja. A. Kornfel'd, korrespondierendes Mitglied der Akademie für Architektur der UdSSR, äußerte sich zu den Entwürfen sehr viel negativer. Auch er sah das Ausgangsproblem, daß sich die „architektonische Umgestaltung der Bebauung [...] durch ihren chaotischen Charakter, die dünnwandige Bauweise und die unmöglichen Aufbauten“ erschwere. Doch bleibe die architektonische Bearbeitung der meisten wiederaufzubauenden Häuser im Projekt „sehr karg“. Im Prinzip könne man alle Ausgangspositionen des Projektes „als von der allgemeinen Richtung her richtig, aber ungenügend“ einschätzen. Bei der Mehrzahl der Gebäude des Stalingrader Prospektes sei es vorgesehen, so bemängelte Kornfel'd, „sie in den ursprünglichen Ausmaßen wiederaufzubauen, die unter den Bedingungen des kapitalistischen Eigentums entstanden sind“. Anzustreben sei statt dessen „bei jedem Punkt eine Vereinheitlichung, eine Verdichtung der Bebauung, deren Aufstockung, die Zusammenfassung einzelner Häuschen und die Schaffung eines neuen Maßstabes in der Bebauung, die vom sozialistischen Staat verwirklicht wird“. Eindrücklich legte Kornfel'd auf die ideologische Frontstellung Wert, die in der Architektur zum Tragen kommen sollte: Die wiederaufzubauende Magistrale solle ihres „ruhmvollen Namens würdig sein, und das nicht nur für sowjetische Menschen und ihre Freunde, sondern auch für die Gegner. Sie soll die Verkörperung des organisierenden und verändernden Willens des Sozialismus sein. Dafür ist neben der Sachlichkeit und der wirtschaftlichen Sparsamkeit, die im Projekt zu finden ist,

<sup>190</sup> Alle Zitate aus: GAKO, f. 520, op. 1, d. 8, l. 7–12, Expertise von A. N. Kornouchov zum Schema der vorrangigen Bebauung und zum Projekt der Bebauung des Stalingrader Prospektes vom 10. Dezember 1949. Auch bei der Planung von Stalinstadt (Eisenhüttenstadt) spielten Demonstrationsabläufe eine große Rolle. Die Architekten präsentierten Stadtschemata, auf denen die vorgesehenen Demonstrationzüge, ihre Routen und die für den Weg veranschlagte Zeit eingetragen waren. Zu Eisenhüttenstadt vgl. Beier, Aufbau Ost, Aufbau West, bes. S. 35–50.

ein schöpferischer Ausdruck notwendig, der nicht eine Minute das allgemeine Ziel und die Richtung der Rekonstruktion aus den Augen verliert.“ Darum müsse man bei aller Bescheidenheit der Mittel bestrebt sein, den Charakter der gesamten Bebauung entschieden zu ändern und somit „aus ihr den Geist des Preußentums auszumerzen und unsere sowjetische Kultur in der architektonischen Landschaft der Magistrale zu festigen. Insbesondere muß man den finsternen [...] <sup>191</sup> Geist der preußischen Architektur überwinden und ausrotten – samt deren übermäßig schweren Formen von blickverstellenden Mauern und sperrigen, spitzen Dächern. An seiner Stelle soll die leichte Lebensfreude von Formen treten, die Freundlichkeit des Äußeren und die moderne Architektur, die für unsere sowjetischen Städte charakteristisch ist.“ In diesem Zusammenhang kritisierte er die geplanten Umbauentwürfe für einige Gebäude, in denen er im Vergleich zum akzeptablen Grundkonzept einen Rückschritt sah. So werde zum Beispiel der Nordbahnhof mit seinen „schweren Portikus-Pfeilern, mit seiner trockenen Kasernen-Geometrie“ nur unentschlossen umgestaltet. Anstelle einer möglichen Auflockerung werde der Bahnhof durch einen „schwerförmigen, zu großen und unmaßstäblichen Turm ergänzt, der architektonisch zusammen mit den Pfeilern und anderen Elementen das auch so schon finstere Bauwerk des Bahnhofes nur noch weiter beschwert. Man kann die Idee, die in diesem Turm liegt, gutheißen, die Idee, daß dieser Turm geistig verwandt sein soll mit den russischen Türmen. Aber es soll kein Festungsturm werden, sondern ein leichter, ziviler, kein kriegerischer Turm. Der Turm soll stufenförmig und durch seine Bearbeitung nach oben hin leichter werden und eine reiche Silhouette erhalten. In diesem Sinne besitzen wir in genügender Anzahl großartige Beispiele. Die in der gegebenen Komposition verwendeten Formen in der Art von grandiosen Akroterien [*Erhöhungen auf den Giebeln zum Aufstellen von Statuen, Vasen etc., d. Verf.*] und schweren Absätzen von fensterlosen Mauern sind nur vereinzelt an der Assoziation des *Spasskaja*-Turmes [*des Moskauer Kremls, d. Verf.*] orientiert, durch einige Striche der Silhouette, doch von ihrem Geist her sind sie eklektizistisch und besitzen nicht die wesentlichen Qualitäten – Leichtigkeit und Optimismus der Formen.“

Aus all dem folgte der Moskauer Experte, daß Navalichin und seine Mitarbeiter dem zum Opfer gefallen waren, wogegen der Chefarchitekt doch selbst ankämpfte – dem schädlichen Einfluß der deutschen Architektur. Es entstehe der Eindruck, so schloß Kornfel'd seine Expertise, „daß die Autoren ein wenig Gefangene der alten architektonischen Landschaft der Stadt mit ihrem freudlosen Kolorit“ geworden seien. Dieser Einfluß komme „in der Traurigkeit und der Finsternis der Formen zum Ausdruck“, und dies nicht nur beim Nordbahnhof, sondern auch bei den Eingängen zum ge-

<sup>191</sup> Zwei Wörter nicht lesbar.

planten Stadion, dem Monument der Kämpfer und dem Umbau der ehemaligen Luisen-Kirche<sup>192</sup>.

Trotz dieses geradezu vernichtenden Urteiles wurde das Projekt in seinen Grundzügen auf der Sitzung vom 3. Dezember mit den erwähnten Auflagen gebilligt. Im fernen Moskau schloß man sich der Auffassung der Experten an, die für eine möglichst durchgreifende Umgestaltung Kaliningrads plädiert hatten, und beauftragte deshalb Navalichin, für den Stalingrader Prospekt den Straßendurchbruch nördlich des Theaters als Grundlage für seine Arbeit zu wählen. Die überarbeitete Variante sollte zum 15. Januar 1950 noch einmal vorgelegt werden<sup>193</sup>. Für diese im Laufe des Jahres 1950 abschließend angenommene Ausarbeitung berücksichtigte der Chefarchitekt Kaliningrads vor allem die Empfehlungen für die Ausrichtung des Platzes des Sieges – ansonsten blieb es weitgehend bei den bereits vorliegenden Entwürfen, die in den folgenden Jahren die Grundlage für den Um- und Wiederaufbau des Stalingrader Prospektes bildeten.

## 5. Vorbild Moskau

### *Wettstreit der Planer*

In einem Punkt hatten sich die Experten aus Moskau sicherlich geirrt: Navalichins Bereitschaft, das alte Königsberg umzugestalten, ging sehr viel weiter, als sie es in ihren Expertisen vermuteten. Daß der Kaliningrader Chefarchitekt dabei zudem eine bemerkenswerte Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den Moskauer Behörden und Zentralinstituten an den Tag legte, zeigt die Auseinandersetzung um die Planung für das alte Stadtzentrum.

Wenige Monate nachdem das Projekt für den Stalingrader Prospekt verabschiedet war und bereits seine Realisierung begann, erging im August 1950 der Auftrag für die Ausarbeitung der „detaillierten Bebauung“ des alten Stadtzentrums<sup>194</sup>. Der Generalplan, der eigentlich das Fundament dieses neuen Projektes bilden sollte, war jedoch noch immer nicht verabschiedet – es sollte noch bis zum 16. Mai 1953 dauern, bis der Ministerrat der RSFSR den Generalplan billigte. Für Navalichin war dies offensichtlich kein Manko. Auf einer Versammlung der Kaliningrader Architekten im November 1950 konnte er der Situation sogar positive Züge abgewinnen. „Die

<sup>192</sup> Alle Zitate aus: GAKO, f. 520, op. 1, d. 8, l. 13–16, Expertise von Ja. A. Kornfel'd zum Schema der vorrangigen Bebauung und zum Projekt der Bebauung des Stalingrader Prospektes vom 2. Dezember 1949.

<sup>193</sup> GAKO, f. 520, op. 1, d. 8, l. 20, Protokoll No. 62 des Kollegiums der Verwaltung für Architektur beim Ministerrat der RSFSR vom 23. Dezember 1949.

<sup>194</sup> So die Information laut: GAKO, f. 522, op. 1, d. 25, l. 6–11, Protokoll der Versammlung der Architekten Kaliningrads vom 14. November 1950 über die Frage des detaillierten Projektes für die vorrangige Bebauung des Stadtzentrums.

Frage des Fehlens eines bestätigten Generalplanes und des daraus folgenden Stadiums des Projektes der Baufluchtlinien erlaubt es, wahrhaftige Arbeit im Stadium der Projektierungsaufgabe durchzuführen“, erklärte er. Entschlossen, seine Chance zu nutzen, schlug Navalichin vor, schon in den kommenden Monaten mit den Planungen für den „zentralen Bezirk“ der Žitomirskaja und Majakovskaja Straße (ehemals Steindamm und Vorstädtische Langgasse, heute beides Lenin-Prospekt) zu beginnen, da dieser Bereich den „Charakter der beiden Straßen und insbesondere den Rayon des zukünftigen Zentrums“ bestimme<sup>195</sup>. Bei der Planung des Hauses der Sowjets und dessen unmittelbarer Umgebung wollte er jedoch zunächst noch abwarten, da „zuerst über die allgemeine Komposition entschieden und die Höhe und der Charakter der Bebauung und die Ausmaße des Platzes festgelegt“ werden müßten<sup>196</sup>.

Im folgenden Jahrzehnt standen die Entwürfe aus dem Büro des Chefarchitekten der Stadt Kaliningrad fortwährend in Konkurrenz zu den Plänen des Moskauer *Giprogor*, dessen Einfluß als Zentralinstitut anscheinend rapide abgenommen hatte, seitdem das Staatliche Komitee für architektonische Angelegenheiten Ende 1949 aufgelöst und durch ein Ministerium für Städtebau ersetzt worden war. Da die Aufgaben dieses neuen Ministeriums mehr darin bestanden, sich um quantitative Erfolge beim Wiederaufbau der sowjetischen Städte zu kümmern als um die städtebauliche Gestaltung<sup>197</sup>, vergrößerte sich der Spielraum der lokalen Chefarchitekten auf dem Gebiet der Gestaltung. Bemerkenswerterweise präsentierte Navalichin sowohl sein später von den Experten der Verwaltung für Architektur verrissenes Projekt für den Umbau des Nordbahnhofes als auch sein Projekt des Neuaufbaus des Stadtzentrums in der Öffentlichkeit, bevor diese von den zuständigen Stellen genehmigt worden waren<sup>198</sup>. Die Ausarbeitung der Alternativplanungen für das alte Zentrum zog sich aber trotz seiner Entschlossenheit, die eigenen Ideen durchzusetzen, noch einige Jahre hin. Erst kurz vor der Ver-

<sup>195</sup> Tatsächlich legte Navalichin Anfang 1954 erste Entwürfe für die Majakovskaja Straße (heute südlicher Abschnitt des Lenin-Prospektes, ehemals Vorstädtische Langgasse) vor. Vgl. *Razrabotka detal'nych proektov central'nych magistralej*, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 3. Februar 1954.

<sup>196</sup> Alle Zitate aus: GAKO, f. 522, op. 1, d. 25, l. 6–11, Protokoll der Versammlung der Architekten Kaliningrads vom 14. November 1950 über die Frage des detaillierten Projektes für die vorrangige Bebauung des Stadtzentrums.

<sup>197</sup> Tatsächlich wurden im Gründungsdekret des Ministeriums die bisherigen Leitbegriffe der sowjetischen Architektur „Kunst“ und „Schönheit“ gar nicht erwähnt. Vgl: Ukaz Verchovnogo Soveta SSSR. Ob obrazovanij obščesojuznogo Ministerstva gorodskogo stroitel'stva, in: *Arhitektura i stroitel'stva* 7 (1949), S. 1, und Day, *Building Socialism*, S. 86 f.

<sup>198</sup> Zum Nordbahnhof siehe: *Kaliningradskaja Pravda*, 23. Oktober 1949; zum Zentrumsentwurf siehe: ebenda, 11. Februar 1953 (das war drei Monate, bevor der Generalplan von *Giprogor* vom Ministerrat der RSFSR gebilligt wurde, auf den sich Navalichin offiziell als seine Planungsgrundlage beziehen mußte). In beiden Fällen wurde jeweils ein Bildkasten mit Navalichin vor einer Abbildung des entsprechenden Entwurfes abgedruckt.

abschiedung des von *Giprogor* ausgearbeiteten offiziellen Generalplanes im Mai 1953 veröffentlichte der Chefarchitekt seine eigenen Arbeiten.

Dieser Generalplan sah wie schon seine erste Fassung von 1949<sup>199</sup> vor, das alte Zentrum zwar durchgreifend umzugestalten, doch schon wegen der im Boden erhaltenen Versorgungsleitungen das alte Straßennetz weitgehend beizubehalten. So war nur der Durchbruch von zwei neuen Prospekten vorgesehen, vier andere Hauptverkehrsstraßen sollten lediglich verbreitert werden. Weiterhin war die Errichtung eines Hauses der Sowjets anstelle des Schlosses geplant, an welches sich südlich der zukünftige zentrale Platz der Stadt anschließen sollte. Die Uferzonen und die Pregelinsel (ehemals Kneiphof) sollten komplett geräumt und zu einem städtischen Park umgestaltet werden. Östlich der Insel war in einem weiteren Park ein großes Stadion vorgesehen<sup>200</sup>.

Navalichin nahm die Grundkomponenten dieser Planung (Lage des Hauses der Sowjets, neue Straßendurchbrüche, städtischer Park auf der Pregelinsel, Stadion am Zusammenfluß von altem und neuem Pregel, Auflockerung der Bebauung) zwar auf, radikalisierte seinen Entwurf jedoch wesentlich. Offensichtlich hatte er sich die Kritik der Experten an seinen Plänen für den Stalingrader Prospekt zu Herzen genommen: Den Vorwurf, dem er damals ausgesetzt wurde, er gestalte Kaliningrad nicht entschieden genug zu einer russisch-sowjetischen Stadt um, richtete nunmehr er gegen die Planer aus Moskau. In der Gegenüberstellung seines Projektes mit der Planung von *Giprogor* warf er den Moskauer Architekten noch 1958 vor, zu zaghaft mit den bestehenden Strukturen umgegangen zu sein. Schon den Ansatz der Planung, die deutsche Bebauung und die alten Versorgungsleitungen so weit wie möglich zu erhalten, um so Geld zu sparen, erklärte er für falsch, da deren praktischer Wert vernachlässigbar sei. Statt dessen führe die „klare Überbewertung der teilweise nach dem Krieg im Zentrumsbereich erhaltenen Wohnbebauung und Versorgungsleitungen“ zu einer „überflüssigen Abhängigkeit des [neuen] Projektes von der ehemaligen Planung“. Mit ihren Entwürfen würden die Architekten von *Giprogor* deshalb „unfreiwillig einige negative Merkmale der ehemaligen Stadt Königsberg in der sowjetischen Stadt Kaliningrad verstärken“ – bei der Neubebauung der Stadt sei es jedoch „besonders wünschenswert“, eben diesen Zuständen zu entfliehen<sup>201</sup>. Diese Mängel trügen die „Merkmale des Konservatismus in sich, die die weitere Entwicklung Kaliningrads als moderne sowjetisch-russische Stadt“ störten<sup>202</sup>. Indirekt forderte er, die Innenstadt als *tabula rasa* zu be-

<sup>199</sup> Vgl. Naumov, Kakim budet Kaliningrad, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 30. April 1949.

<sup>200</sup> Da zu diesem Generalplan, abgesehen von dem Artikel vom 30. April 1949 über seine erste Fassung, keine Primärquellen aufzufinden waren, beziehe ich mich hier auf die Darstellung von Navalichin in: ders., K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada, S. 98 f.

<sup>201</sup> Ebenda, S. 104.

<sup>202</sup> Ebenda, S. 101.

trachten: Insgesamt seien die „Möglichkeiten, die in Zusammenhang mit den bestehenden Zerstörungen der Stadt für die Schaffung eines maximalen Komforts [*udobstv*] für die Bevölkerung entstanden sind“, viel zu wenig genutzt worden<sup>203</sup>.

Ein besonderes Anliegen war dem Chefarchitekten Kaliningrads schließlich das Haus der Sowjets, dessen Bearbeitung im Generalplan von *Giprogor* in seinen Augen zu kurz gekommen war. Negativ beurteilte Navalichin vor allem die im Generalplan vorgesehene „mittlere Höhe“ des Hauses der Sowjets: Die Behandlung des „führenden Ensembles“ als „gewöhnliches Gebäude“ ließ es für ihn als Fluchtpunkt von Magistralen völlig ungeeignet erscheinen. Der Generalplan habe weder die Frage nach der „plastischen Verbindung“ des Hauses der Sowjets mit anderen städtischen Ensembles noch die „symbolisch-künstlerische Gestalt und die Silhouette“ dieses Gebäudes gelöst. All diese Fragen seien beim Wiederaufbau „einer gewöhnlichen sowjetischen Stadt möglicherweise nicht Aufgabe des Generalplanes, doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen von Kaliningrad, wo nicht nur Fragen der Organisation gründlich revidiert werden, sondern auch der symbolische Gehalt und die früher bestehende Form, ist es unabdingbar, darauf eine ausführlichere und inhaltsvollere Antwort gerade in diesem Dokument zu finden“<sup>204</sup>.

Die Antwort auf die besondere Situation der annektierten Stadt sah Navalichin also in der konsequenten Veränderung der Stadtlandschaft im Vergleich zu ihrem Vorkriegszustand. Eine paradoxe Lage: Die Planer von *Giprogor*, die aufgrund der Tatsache, daß sie ihre Projekte am grünen Tisch in der fernen Hauptstadt anfertigten, anfälliger schienen für stark ideologisch orientierte Entwürfe, hatten einen eher technokratischen Plan vorgelegt, während der Kaliningrader Chefarchitekt, bei dem aufgrund seiner Nähe zum Planungsgegenstand ein differenziertes Vorgehen erwartet werden könnte, sich durch ein radikaleres Vorgehen profilierte: Sein Ansatz, den er den vergleichsweise moderaten Planungen von *Giprogor* gegenüberstellte, basierte auf der Idee, Kaliningrad soweit wie möglich zu einem Abbild Moskaus umzuformen.

Eine ähnlich paradoxe Situation war zur gleichen Zeit in Riga zu beobachten: Auch die lettische Akademie der Wissenschaften sah, wie bereits erwähnt, in der Architektur ihrer Hauptstadt das Erbe deutscher Besatzer. Sie plädierte deshalb dafür, deren Altstadt durch Straßendurchbrüche und -erweiterungen, durch neue Plätze und die Errichtung repräsentativer Verwaltungsgebäude grundlegend umzugestalten. Dieses Projekt fand unter den örtlichen Planern anscheinend größeren Rückhalt als in Moskau: Dort kritisierten sogar Mitglieder der Akademie der Architektur der UdSSR und des

<sup>203</sup> Ebenda, S. 102.

<sup>204</sup> Ebenda, S. 105–108.

Staatlichen Komitees für Architektur die Pläne als „unwissenschaftlich“ und forderten Modifikationen<sup>205</sup>.

### *Die Stadt als Siegesdenkmal*

Was in Navalichins Kritik am Generalplan bereits anklang, entwickelte er in dem Entwurf weiter, den er 1954 parallel zur Arbeit von *Giprogor* gemeinsam mit Architekten des Gebietsplanungsinstitutes (*Kaliningradskaja oblastnaja proektnaja kontora – Olproekt*) ausgearbeitet hatte<sup>206</sup>. Kernpunkt seines Planes war das Bemühen, für Kaliningrads Zentrum eine „funktionale, symbolische und kompositorische Einheit“ herzustellen, wobei Navalichin als Beispiel für eine solche Einheit denkwürdigerweise vor allem Moskauer Siegesmonumente anführte: So zum Beispiel die Grablegungskirche [*cerkov rizpoloženija*], gebaut 1485 bis 1486 zum Gedächtnis des Sieges von Vasilij dem Dunklen über die Tataren im Jahr 1451, und die Kirche des Seligen Vasili [*cerkov Vasili Blažennogo*], gebaut 1555 bis 1560 zum Gedächtnis des Sieges von Ivan dem Schrecklichen über die Khanate Kazan und Astrachan. Auch in sowjetischen Städten wie Stalingrad seien „eine Reihe von Plätzen und die sie bildenden Gebäude [...] bestimmten Ereignissen gewidmet: Der Platz der Kämpfer, der Platz der Helden, der Park des Sieges sind dazu berufen, das Heldentum und das Pathos des Großen Vaterländischen Krieges auszudrücken.“<sup>207</sup> In diese Reihe gestellt, gewinnt die vom Chefarchitekten für Kaliningrad geplante Schaffung eines „ganzen Systems von Ensembles, die reich an symbolischem Gehalt sind“, eine sehr konkrete Aussage. Die möglichst umfassende Umgestaltung der Stadt, die Navalichin „unter den Verhältnissen des Zentrums von Kaliningrad“ als „besonders prinzipiell und aktuell“ ansah, da das ehemalige Königsberg keine „tiefen russischen Traditionen“ besäße<sup>208</sup>, zielte darauf ab, die ganze Stadt zu einem bewohnten Siegesdenkmal umzuwandeln.

Schon die Namen, die die Kaliningrader Plätze und Straßen nach 1945 erhalten hatten, waren für Navalichin Programm: „Platz des Sieges“, „Lenin-Prospekt“, „Kalinin-Platz“, „Majakovskij-Prospekt“ – all dies waren für ihn „große Themen für eine breite, schöpferische Entwicklung einer neuen symbolischen Existenz der Stadt“<sup>209</sup>. Diese neue symbolische Existenz der Stadt sollte sich auf zwei Ebenen äußern. Zum einen nahm Navalichin mit dem Hinweis auf die neuen Straßennamen, denen er noch eine „Allee der Helden“ und eine „Allee der Tapferen“ hinzufügen wollte, Bezug auf

<sup>205</sup> Vgl. Bogdanov, *Voprosy rekonstrukcii*, hier: S. 61 und 77.

<sup>206</sup> Vgl. *Razrabotka detal' nich proektov central' nich magistralej*, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 3. Februar 1954.

<sup>207</sup> Navalichin, *K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada*, S. 162 f.

<sup>208</sup> Ebenda, S. 164.

<sup>209</sup> Ebenda, S. 186.

Stalingrad. War die Heldenstadt an der Wolga Zeichen der sowjetischen Abwehr und der beginnenden Niederlage der deutschen Invasoren, so war Kaliningrad – schon durch seine bloße Existenz – Symbol des vollendeten Sieges über die Deutschen. Dieser Bezug war bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgestellt worden: Nicht zufälligerweise hieß die Hauptstraße im Westen Kaliningrads „Stalingrader Prospekt“.

Zum anderen plante Navalichin, diesen Sieg durch die Umgestaltung Kaliningrads nach Moskauer Vorbild zu visualisieren – die Hauptstadt der Sieger wurde auf dem annektiertem Territorium in kleinerem Maßstab verdoppelt, um den Anspruch auf dieses Gebiet zu bekräftigen. Die Transformation der Kaliningrader Stadtlandschaft zu einer verkleinerten Kopie der russischen Hauptstadt war schon ein Thema der Planung für den Stalingrader Prospekt von 1948/49 gewesen. Damals hatte Navalichin einzelne Gebäude durch Kremltürme ergänzen und eine Straßenverbreiterung nach Moskauer Muster vornehmen wollen. Die eigentliche Intention des Chefarchitekten Kaliningrads hatte der Experte Kornfel'd damals jedoch nicht verstanden, wie seine Kritik insbesondere an den Türmen zeigte. Kornfel'd hatte sich in seiner Expertise leichte, „zivile“ Türme gewünscht – genau diese hätten aber der neuen Rolle der Stadt widersprochen. Das ehemalige Königsberg hatte sich von der Aufmarschbasis des deutschen Militarismus zu einem „Vorposten Rußlands“ gewandelt, wie Dimitrij Tjan schon 1947 festgestellt hatte<sup>210</sup>. Die Türme hatten daher eine doppelte Funktion zu erfüllen: Sie versetzten Kaliningrad nicht nur gedanklich von der Küste weit in das Landesinnere, indem sie mit ihrer Architektur die Zugehörigkeit der Stadt zum *alten, vorpetrinischen Kern* Rußlands propagierten<sup>211</sup>, sondern verwiesen zudem auf die Rolle der Stadt als Abwehrbastion gegen Gefahren aus dem Westen.

In seinem Zentrumsentwurf von 1954 ging Navalichin im Vergleich zu seinen Plänen vom Ende der vierziger Jahren aber noch wesentlich weiter. Nicht nur das Erscheinungsbild einzelner Gebäude und Straßenzüge sollte den Betrachter an die russische Hauptstadt erinnern, sondern der gesamte Stadtgrundriß Kaliningrads sollte dem von Moskau angepaßt werden. Als Grundstruktur beabsichtigte der Chefarchitekt den bestehenden ehemali-

<sup>210</sup> Tjan, Sovetskij gorod Kaliningrad, 7. November 1947.

<sup>211</sup> Die in Rußland nach dem Zweiten Weltkrieg weitverbreitete Abkehr von westlichen Architekten der Renaissance und des (Neo-)Klassizismus (von Palladio bis Peter Behrens) und der Rückgriff auf vorpetrinische Architektur beim Wiederaufbau russischer Städte wird allgemein als Zeichen für die verordnete Selbstisolierung der Sowjetunion nach Beginn des Kalten Krieges gesehen. Vgl. Ikonnikov, Architektur und Utopie, S. 28–36. Eine vergleichbare Instrumentalisierung von historistischen Baustilen, um eine „wiedergewonnenes Gebiet“ geistig an das neue Vaterland zu binden, läßt sich auch in Straßburg nach 1871 feststellen: Um den Anspruch des Deutschen Reiches auf die Stadt zu bekräftigen, wurde gegenüber der Altstadtinsel unweit des Palais Rohan eine Kopie der Marburger St. Elisabethkirche als Neubau der Garnisonskirche gebaut. Vgl. Architekten- und Ingenieurverein für Elsaß-Lothringen, Strassburg und seine Bauten, und Cornelissen, Grenzstadt Straßburg.

gen Befestigungsring um die Innenstadt zu einer äußeren Ringstraße auszubauen, die durch eine neuzuschaffende innere Ringstraße („Dzeržinskij-Straße“) ergänzt werden sollte. Die bisherigen, durch das Zentrum laufenden Hauptstraßen wollte er radikal begradigen und durch weitere Radialstraßen ergänzen, die auf das Haus der Sowjets zulaufen sollten, das anstelle des Schlosses vorgesehen war. An den Kreuzungen der äußeren Ringstraße mit den Radialstraßen plante Navalichin eine Reihe von Ensembles, die sich an den gerade vollendeten Moskauer Hochhäusern orientierten<sup>212</sup>.

Besondere Aufmerksamkeit schenkte der Chefarchitekt dem Haus der Sowjets, wie seine Kritik an den entsprechenden Vorschlägen *Giprogor*s bereits verdeutlichte. Alle anderen Ensembles der Stadt hatten sich diesem Palast unterzuordnen: „Sie müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Architektur, der Farbe usw. sein symbolisches, plastisches und künstlerisches Wesen unterstreichen, verdeutlichen und kompositorisch vorbereiten [...]“<sup>213</sup> Im ehemaligen Königsberg habe diese Bedeutungshierarchie der Gebäude nicht bestanden: Der Glockenturm des Schlosses sei trotz seiner Höhe von 95 Metern oft nicht gut sichtbar gewesen, da er „in vielen Fällen von Bauwerken wie Warenhäusern oder der Universitätskirche verdeckt wurde“. Die Abstufung der Ensembles und der Durchbruch neuer Magistralen aber schaffe „die Möglichkeit, das Gebäude in seiner Gänze schon aus einer Entfernung von 800 bis 1000 Metern wahrzunehmen“<sup>214</sup>. Mit architektonischen Mitteln sollte das Haus der Sowjets somit nicht nur, wie Navalichin schrieb, „die dem sowjetischen Menschen nahe und verständliche Idee des Friedens und der friedlichen, heldenhaften Arbeit“<sup>215</sup> versinnbildlichen – das „beherrschende Element der ganzen Komposition der Stadt“<sup>216</sup> sollte auch die beherrschende Rolle der Partei im allgemeinen und im ehemaligen Königsberg im besonderen vor Augen führen<sup>217</sup>.

Das prinzipielle Vorbild Navalichins für ein solches zentrales Hochhaus war der Palast der Sowjets in Moskau; als konkretes Vorbild schwebte ihm hingegen das neue Gebäude der Moskauer Lomonosov-Universität vor, die nach den Plänen von Lev Rudnev in den Jahren 1947–1949 südwestlich

<sup>212</sup> Vgl. Navalichin, *K voprosu rekonstrukcii centra Kaliningrada*, S. 175 f. und 183–185; Kasus, *Die große Illusion. Zu der Moskauer Hochhausplanung* vgl. Oltarševskij, *Stroitel'stvo vysochnich zdaniï*; Schlögel, *Moskau – offene Stadt*, S. 44–59; und Noever, *Tyrannie des Schönen*, S. 92–108.

<sup>213</sup> Navalichin, *K voprosu rekonstrukcii centra Kaliningrada*, S. 186.

<sup>214</sup> Ebenda, S. 179.

<sup>215</sup> Ebenda, S. 182.

<sup>216</sup> Ebenda, S. 183.

<sup>217</sup> Schon 1938 hatte sich G. Nedošijvin in dem Artikel „Monumental'noe isskustvo v strane socializma“ über das Verhältnis der Bauten einer Stadt zueinander geäußert und gefordert, daß „jedes Brückengeländer ein Glied in der Kette des organischen Ganzen sein“ solle. Er spielte damit auf das gesellschaftliche Leitbild der Epoche an, nach der jeder sowjetische Mensch als organischer Teil des Staates angesehen wurde. (*Tvorčestvo* 11 (1938), S. 22, zitiert nach: Bown, *Kunst unter Stalin*, S. 86 f.)

vom alten Moskauer Zentrum gebaut worden war. Eine Skizze und ein Modell der Zentrumsplanungen zeigen das Haus der Sowjets als eine verkleinerte Kopie dieses Universitätsgebäudes. Die optische Übereinstimmung ist jedoch lediglich der Ausdruck für die weitergehende intellektuelle Vorbildfunktion des Architekten der Moskauer Staatlichen Lomonosov-Universität, der bis Mitte der fünfziger Jahre einer der führenden Baumeister der Sowjetunion war. Schon 1944 hatte dieser in einer Expertise für den Wiederaufbau von Voronež empfohlen, das Zentrum der Stadt auf ein „optisch vereinigendes“ Hochhaus auszurichten. Er empfahl, alle Innenstädte nach den Prinzipien des Generalplanes für Moskau von 1935 umzugestalten, das heißt streng hierarchisch und symmetrisch auf ein zentrales Verwaltungsgebäude bezogen. 1947 hatte Rudnev sich erfolgreich in die Diskussion über den Wiederaufbau der Stalingrader Innenstadt eingemischt: Mit seinem Entwurf, den er beim Wettbewerb für das Stalingrader Haus der Sowjets einreichte, kritisierte er die im damals anerkannten Wiederaufbauprojekt von Karo Alabjan vorgesehene Grundform des Hauses der Sowjets als politisch nicht korrekt. Alabjan habe das Symbol der Sowjetmacht gleich zweifach in seiner Bedeutung herabgesetzt – zum einen durch seine nur mittlere Höhe und zum anderen durch seine Platzierung an einer Längsseite des Hauptplatzes, statt an der prominenteren Querseite<sup>218</sup>. Der durchschlagende Erfolg dieser Kritik – Rudnevs Hochhausentwurf für das Haus der Sowjets in Stalingrad gewann den ersten Preis, und Rudnev selbst wurde an der Überarbeitung des Zentrumsprojektes beteiligt – mag Navalichin einige Jahre später zur Nachahmung dieser Vorgehensweise animiert haben, indem er *Giprogor* mit ähnlichen Argumenten attackierte.

Kaliningrad war, wie die Beispiele Voronež oder Stalingrad zeigen, sicherlich nicht die einzige Stadt, die nach Moskauer Vorbild umgestaltet werden sollte<sup>219</sup>, doch es wird wohl kaum eine sowjetische Stadt geben, in der dieses Konzept trotz aller Einschränkungen durch die wirtschaftliche Lage so dogmatisch verfolgt und teilweise auch umgesetzt wurde. Im Stadtbild sind die Bemühungen des Kaliningrader Chefarchitekten, seine Stadt zum zweiten Moskau umzugestalten, heute kaum nachzuvollziehen; erst ein Vergleich des aktuellen Stadtplanes mit den Projekten von *Giprogor* und Navalichin bringt Erstaunliches zutage: Die wenigen Gebäude, die im Zentrum Kaliningrads bis Anfang der sechziger Jahre errichtet wurden, folgen den Baufluchtlinien der nie offiziell abgesegneten Pläne Navalichins, nicht aber denen des vom Ministerrat der RSFSR gebilligten Generalplans von *Giprogor*. Am deutlichsten ist dies am oberen Abschnitt des Lenin-Prospektes (ehemals Steindamm, dann bis 1961 Žitomirskajastraße) zu erken-

<sup>218</sup> Vgl. Rudnev, *Dom Sovetov v Stalingrade*, S. 9–14, dazu: Day, *Building Socialism*, S. 81 f.

<sup>219</sup> Über die Ausstrahlung der Moskauer Planung nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Kasus, *Der Wiederaufbau Moskaus*; und Oltarševskij, *Stroitel'stvo vysochnich zdanií*.

nen, der von Navalichin als einer der Prospekte gedacht war, die auf das Haus der Sowjets zulaufen<sup>220</sup>. Offensichtlich setzte sich Navalichin als Chefarchitekt von Kaliningrad einfach über geltende Verordnungen zum Generalplan hinweg bzw. nutzte den Schwebezustand vor deren endgültiger Verabschiedung zu seinen Gunsten aus, wie er es bereits auf der Versammlung der Kaliningrader Architekten im November 1950 angedeutet hatte<sup>221</sup>.

Andererseits mußte auch Navalichin mit seinen Vorstellungen stark zurückstecken. Als er im Sommer 1954 nach der Formulierung seiner Zentrumskonzeption die ersten Häuser für den späteren Lenin-Prospekt plante, hatte er prachtvolle Wohnpaläste vor Augen. In einer Projektbeschreibung des Eckhauses Lenin-Prospekt/Innere Ringstraße (Dzeržinskij-Straße) war für diese zukünftig städtebaulich herausragende Stelle ein fünfstöckiges Haus vorgesehen – die „qualitätvolle Fassade“ sollte möglichst mit Keramikplatten verkleidet und der Laden im Erdgeschoß mit verspiegelten Vitrinen, Mosaiken und edlen Hölzern ausgestattet werden<sup>222</sup>. Das tatsächlich gebaute vierstöckige Haus wurde erst fünf Jahre später als schlichtes Typenprojekt in Großblockbauweise errichtet. Die auf dem Leninprospekt realisierten Läden entbehren jeglichen Schmuckes. Als einziges repräsentatives Gebäude wurde das ehemalige, von Oskar Kaufmann errichtete „Neue Schauspielhaus“ in Anlehnung an das Moskauer Bolschoj-Theater wieder aufgebaut. Als der Bau nach vierzehnjähriger Planungs- und Bauzeit 1960 endlich eingeweiht wurde, war es mit seinem monumentalen Portikus jedoch bereits Zeugnis einer seit Jahren abgeschlossenen Ära<sup>223</sup>.

Ein weiteres ehrgeiziges Projekt nach Moskauer Vorbild wurde in einer Minimalversion ausgeführt: Neben dem ehemaligen „Park Luisenwahl“, dessen Umgestaltung in den „Kalinin-Kultur- und Erholungspark“ sich in der ersten Hälfte der 50er Jahre schließlich auf das Aufstellen einiger Betonskulpturen spielender Kinder beschränkte, entstand 1954–1955 eine kleine „Ausstellung der Errungenschaften der Landwirtschaft des Kaliningrader

<sup>220</sup> Weil das Haus der Sowjets später weiter östlich gebaut wurde, als von ihm vorgesehen war, läuft der Lenin-Prospekt an dieser Stelle ins Leere. Von der inneren Ringstraße ist nur eine große Kreuzung übriggeblieben, die sich nach Süden in eine schmale Gasse fortsetzt und in ihrem nördlichen Teil zu einer Fußgängerpromenade umgestaltet wurde.

<sup>221</sup> Daß geltende (General-)Pläne häufig das Papier nicht wert waren, auf dem sie gezeichnet waren, mußte Navalichin jedoch selbst erfahren, wie im nächsten Abschnitt zu zeigen ist.

<sup>222</sup> GAKO, f. 522, op. 1, d. 92, l. 18 f., Projekt für einen Neubau an der Žitomirskaja Straße vom 16. 8. 1954.

Als Vorbild dürften hier die Bauten der Stalinallee in Ost-Berlin gedient haben, von deren Neubauten auch die *Kaliningradsckaja Pravda* in dieser Zeit mehrmals Fotos abdruckte.

<sup>223</sup> Vgl. GAKO, f. 135, op. 1, d. 5, l. 7–9, Protokoll vom 4. Juli 1951 der Versammlung der Mitglieder der Kaliningrader Abteilung der Union der Architekten der Sowjetunion, der Kaliningrader Abteilung der Union der Künstler der Sowjetunion und des Direktors des Kaliningrader Dramatischen Theaters über das Projekt des Wiederaufbaus der Kaliningrader Theaters.

Gebietes“ mit fünf Ausstellungspavillons. Sie orientierte sich an der im Norden der sowjetischen Hauptstadt gelegenen monumentalen „Ausstellung der Errungenschaften der Landwirtschaft der UdSSR“ (später: „Ausstellung der Errungenschaften der Volkswirtschaft der UdSSR“). Das Moskauer Konzept einer weitläufigen Parklandschaft mit breiten Achsen, auf der die Werktätigen von einem Pavillon zum andern schlendern konnten, um sich über die Fortschritte bei der Schafzucht und der Getreideernte oder die neueste Melktechnik zu informieren, ging freilich bei den beengten Kaliningrader Verhältnissen und den beschränkten Mitteln, die hier für den Bau zur Verfügung standen, nicht auf: Zwar sind selbst Details wie die Gestaltung des Einganges als Triumphbogen und des zentralen Ausstellungsgebäudes mit seiner altrussischen Spitze getreu kopiert worden, doch verkümmerte das hauptstädtische Pathos, das vor allem den „neuen Menschen“ feiern wollte, in der Kaliningrader Provinz zu einer unfreiwillig komischen Karikatur<sup>224</sup>.

<sup>224</sup> Vgl. GAKO, f. 522, op. 1, d. 92, l. 74–81, Projekt für die Umgestaltung des Zentralen Kalinin-Kultur- und Erholungsparks und der Ausstellung der Errungenschaften der Landwirtschaft des Kaliningrader Gebietes. Zur Eröffnung erschienen am 28. und 29. Oktober 1955 in der *Kaliningradsckaja Pravda* ausführliche Artikel, in denen die Anlage beschrieben wurde. Zur Moskauer Ausstellung vgl. Schlögel, Moskau – offene Stadt, S. 132–137.

## II. Probleme des Wiederaufbaus

### 1. Die tote Stadt

#### *Neben den Ruinen blüht neues Leben*

„Auf den Ruinen Königsbergs bauen wir das sozialistische Kaliningrad“<sup>1</sup> lautete Ende der vierziger Jahre die selbstgestellte Aufgabe der sowjetischen Planer für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Stadt. Der Blick auf die Ruinen der ehemaligen Hauptstadt Ostpreußens war folglich ein Thema, das sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Wiederaufbaus von Kaliningrad zieht: Zuerst war dieser Blick noch sehr distanziert, es war der Blick von Eroberern auf eine ihnen „vom Anblick her fremde Stadt“<sup>2</sup>, der deshalb immer schon die Abgrenzung von der alten Architektur als Relikt der deutschen Kultur beinhaltete. Später verlor sich diese Distanz – die Ruinen mutierten zu einem Barometer, an dem der Erfolg des sowjetischen Aufbaus in Kaliningrad überprüft wurde.

In der Nachkriegszeit stellte sich bei vielen sowjetischen Betrachtern der Stadt angesichts der Zerstörungen zumindest ein Gefühl der Befriedigung ein, war doch das zerbombte Königsberg als Zeichen der deutschen Niederlage gleichzeitig auch Ausdruck des gerechten sowjetischen Sieges. Entsprechend positiv war das Bild, das sie von der Stadt und ihrem Wandel zeichnen, wie beispielsweise im folgenden Bericht eines auswärtigen Besuchers von 1951 über seine Ankunft in Kaliningrad. In diesem Text wird auch der bereits erwähnte Vorschlag behandelt, das alte Zentrum als Siegesdenkmal in seinem zerstörten Zustand zu belassen:

„Der Zug nähert sich Kaliningrad. ‚Kaliningrad!‘ kündigt der Waggonschaffner laut an. Vor uns eröffnet sich ein unvergeßliches Panorama des niedergeworfenen Königsberg und im Aufbau befindlichen sozialistischen Kaliningrad. Es breitet sich in einer weiten Niederung aus. Was für eine Stadt! Die Straßenbahn führt uns durch buckelige und enge Straßen des ehemaligen Königsberg. Ehemalig deshalb, weil Königsberg tatsächlich eine ehemalige Stadt ist. Sie existiert nicht. Kilometerweit öffnet sich ein unvergeßliches Ruinengemälde. Dort stehen, eng aneinandergedrückt, zerstörte leere Häuser, ohne Dächer und Abdeckungen. Sie sind mit Unkraut und Efeu überwuchert. In jeder Ruine sprießt

<sup>1</sup> So der Titel des ersten Artikels des Kaliningrader Chefarchitekten Navalichin, der am 15. Mai 1948 in der *Kaliningradskaja Pravda* abgedruckt wurde.

<sup>2</sup> So Navalichin in: ders., *Každye novoe zdanie dolžno urkrašat’ naš gorod*, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 3. September 1949.

ein kleiner Wald. Seitlich, inmitten der Ruinen, liegt das Schloß der drei Könige – eine Zitadelle, deren massive Mauern von der Zeit und vom Wetter geschwärzt sind.

Das alte Königsberg ist eine tote Stadt. Es wiederaufzubauen wäre sinnlos. Einfacher, praktischer ist es, eine neue Stadt zu bauen. Was aber mit der alten Stadt machen! Die Kaliningrader schlagen im Ernst vor, um das zerstörte Königsberg eine Mauer zu ziehen und von Zeit zu Zeit dorthin Anwärter auf die Weltherrschaft zu führen.

Die Straßenbahn fährt zum neuen Zentrum der neuen Stadt: Zum Platz des Sieges oder, wie er vom Volk genannt wird, zum Platz der drei Marschälle<sup>3</sup>. [...] Hier konzentrieren sich die Geschäfte, Bibliotheken, Kinos, der Zoologische Garten, das Stadion ‚Dynamo‘, der Kultur- und Erholungspark – in einem Bezirk, wo vor sechs Jahren das historische Treffen zweier sowjetischer Armeen stattfand. Nun befindet sich hier das Zentrum Kaliningrads, schlägt der Lebenspuls der neuen Stadt.“<sup>4</sup>

Dieser Blick auf die Stadt war der Versuch, das deutsche Königsberg und das sowjetische Kaliningrad als Antithese zu begreifen, als zwei Städte, die augenscheinlich nichts miteinander zu tun hatten. Diese Perspektive findet sich auch in den Ende der vierziger Jahre für die sowjetische Kinochronik (Wochenschau) gedrehten Beiträgen über Kaliningrad wieder. In diesen kurzen Berichten wurden den Kinozuschauern zwei völlig gegensätzliche Städte vorgestellt: auf der einen Seite das verfallene Stadtzentrum von Königsberg und auf der anderen Seite das wohlgeordnete sozialistische Kaliningrad.

Diese künstlich hergestellte Entgegensetzung von zwei vermeintlich voneinander unabhängigen Städten hatte jedoch nicht lange Bestand, und viele sowjetische Übersiedler konnten sie von Anfang an nicht nachvollziehen. Als einer dieser Übersiedler bei seiner Ankunft 1947 wie der eben zitierte Besucher einen Blick vom Bahnhof auf die tote Stadt warf, war ihm bereits bewußt, daß es keine zwei Städte gab – Kaliningrad war das lediglich umbenannte, aber immer noch weitgehend zerstörte, ehemalige Königsberg:

„Wir kamen an einem trüben, schmutzigen, düsteren und regnerischen Tag, dem 17. Januar 1947, in Königsberg an. Man entlud den Zug [*mit den sowjetischen Übersiedlern*] an zwei Holzbaracken, dort war auch der Wartesaal. [...] Nach einiger Zeit ging ich auf die Straße. Rechts und links war Sumpf und vor mir Trümmer. Ich ging auf eine unversehrt gebliebene Brücke in der heutigen Kievskaja-Straße. Ringsherum Stille und Ruinen. Links vom Bahndamm standen Hunderte deutscher Dampflok. Ich schaute von der Brücke in Richtung Stadt: kein einziges Rauchwölkchen, kein Auto, kein Mensch – nur Ruinen. Eine solche Einöde! Und mir wurde so wehmütig ums Herz. Ich kehrte zurück und sagte zu Mama: ‚Laß uns zurückfahren, bevor es zu spät ist.‘ Sie antwortete: ‚Wir haben doch Geld bekommen‘, und beruhigte mich mit Müh und Not.“<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Gemeint ist der Platz des Sieges, der 1946 für kurze Zeit den Namen „Platz der drei Marschälle“ trug.

<sup>4</sup> Na zapade – net bol’she vostočnoj Prussii, S. 14.

<sup>5</sup> Erinnerung von Aleksandr Avgustovič Melngalv in: Matthes, Als Russe in Ostpreußen, S. 64.

Dieser Eindruck läßt sich leicht nachvollziehen, wenn man die Ergebnisse der 1948 von der Verwaltung des Chefarchitekten durchgeführten Inventarisierung der Gebäude Kaliningrads betrachtet. Von den vor 1940 in Königsberg bestehenden 13 368 Häusern waren zum 1. Oktober 1948 8355 zerstört; das entsprach 62,4 Prozent der gesamten Bebauung. Von den ehemals 4896 Häusern der Innenstadt waren sogar nur 161 Gebäude, also drei Prozent der Vorkriegsbestandes, unbeschädigt. Von den vorwiegend in den Vororten gelegenen Einfamilienhäusern hatten immerhin 59 Prozent den Krieg überstanden. Von den geschätzten sechs Millionen Quadratmetern Wohnraum, die die Stadt vor dem Krieg besessen hatte, waren gerade 1,03 Millionen Quadratmeter mehr oder weniger bewohnbar geblieben<sup>6</sup>.

### *Ein blinder Fleck*

Mit der Zeit paßten sich die offiziellen Beschreibungen der Stadt der Realität an, und somit fielen auch in ihnen Königsberg und Kaliningrad in eins. Eine der wesentlichen Ursachen für diesen Umschwung dürfte im äußerst langsamen Tempo des Wiederaufbaus der Stadt gelegen haben, wie der Ausschnitt des folgenden Kommentares verdeutlicht, der im Februar 1954 in der *Kaliningradskaja Pravda* veröffentlicht wurde. Der Autor wählte wieder die gleiche Route durch die Stadt wie der anfangs zitierte Besucher aus dem Jahr 1951, doch bewertete er das, was er sah, nun völlig anders:

„Wir haben im wesentlichen nur einen Zugang nach Kaliningrad: über die Haupteisenbahnlinien. Der Bahnhof stellt in seiner Art ein natürliches Stadttor dar, aber seht, was mit diesem Stadttor geschieht! Ein Mensch, der in Kaliningrad ankommt, fährt mit der Straßenbahn oder mit dem Auto zunächst einige Kilometer bis zum eigentlichen Zentrum durch die ungeheure Zone der ‚toten Stadt‘, an ununterbrochenen Ruinen und Brachgelände vorbei.

Jede sowjetische Stadt hat schöne, wohl hergerichtete und hell erleuchtete Hauptstraßen. In Moskau ist das der Gorkij-Prospekt, in Leningrad der Nevskij, in Kiev der Kreščratik. Die Arbeitenden lieben sie, sie sind stolz auf sie, sie sind die beliebten Orte für die Erholung und zum Schlendern. Wir haben solche Magistralen bislang nicht. Viele bestehende und bebaute Straßen sind schlecht beleuchtet und schlecht ausgestattet. Wir haben einzelne schöne Gebäude, doch wir haben keine oder fast keine Straßen, die ein architektonisch abgeschlossenes Ensemble, eine architektonisch-künstlerische Einheit darstellen würden.“<sup>7</sup>

Im gleichen Monat veröffentlichte die *Kaliningradskaja Pravda* einen Erlaß des Gebietspartei Komitees, in dem kritisiert wurde, daß nicht nur das ehemalige Zentrum in Ruinen läge, sondern selbst am Stalingrader Pro-

<sup>6</sup> Alle Angaben zitiert nach: Navalichin, K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada, S. 35–37.

<sup>7</sup> Zastroit' i blagoustroit' glavnye magistrali Kaliningrada, Leitartikel der *Kaliningradskaja Pravda*, 6. Februar 1954.

spekt, der damaligen Hauptstraße der Stadt, noch etwa ein Drittel der Gebäude zerstört seien<sup>8</sup>. Die Ruinen wurden zunehmend auch deshalb als Belastung empfunden, da die sowjetische Architektur nicht ihrer Aufgabe nachkommen konnte, die „Erfolge des jungen Kaliningrader Gebietes bei der Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft und der Kultur“<sup>9</sup> auszudrücken – nicht zuletzt deshalb, weil sich diese Erfolge in engen Grenzen hielten. Die Ruinen Königsbergs wurden somit von einem Zeichen des Sieges über die Deutschen zum Symbol für die wirtschaftliche Niederlage der Sowjetunion im Kaliningrader Gebiet.

Wenig erbaulich empfanden es die Kaliningrader deshalb, daß ihre Stadt aufgrund ihres ruinösen Zustandes unter sowjetischen Regisseuren ein beliebter Drehort für Kriegsfilme war – heroische Gefühle stellten sich bei den Einwohnern des ehemaligen Königsberg beim Anblick von zerschossenen Fassaden schon lange nicht mehr ein. Ende 1958 seufzte daher ein Deputierter des Kaliningrader Stadtsowjets in einem Sylvesterartikel in der *Kaliningradskaja Pravda*: „Wie soll Kaliningrad in den nächsten sieben Jahren werden? In erster Linie sollen die Schutthaufen und Ruinen verschwinden, die infolge der schweren Kämpfe zurückgeblieben sind. Mögen die Moskauer und Minsker zu uns zu Filmaufnahmen kommen, meinen die Arbeitenden, aber nicht, um in Kaliningrad ‚Frontlandschaften‘ zu suchen, sondern um die Schönheit unserer Gartenstadt zu rühmen.“<sup>10</sup> Bis dieser Wunsch in Erfüllung ging, sollte jedoch noch ein ganzes Jahrzehnt vergehen, in dem mindestens ein Dutzend weiterer Kriegsfilme vor der Kulisse Kaliningrads gedreht wurden<sup>11</sup>.

In der Zwischenzeit trugen die lokalen Autoritäten die Klagen über den kriegsähnlichen Zustand der Innenstadt bis nach Moskau: Im August 1962 berichtete der Vorsitzende des Gebietsexekutivkomitees, Ja. Prušinskij, dem Ministerrat der RSFSR, daß der Wiederaufbau des Kaliningrader Gebietes sehr langsam vor sich gehe und „nicht die gewachsenen Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt. Infolgedessen ist das Zentrum der Stadt Kaliningrad bis heute nicht wiederaufgebaut, die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, mit den Diensten des öffentlichen Nahverkehrs und anderen Alltagsbedürfnissen befindet sich auf einem niedrigen Niveau. Der halbzerstörte

<sup>8</sup> O zastrojke i blagoustrojstve central'nich ulic i ploščadej goroda Kaliningrada, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 3. Februar 1954.

<sup>9</sup> Diese Aufgabe formulierte Navalichin noch 1955 in: ders., K voprosu arhitekturnoj rekonstrukcii Kaliningrada, S. 171 f.

<sup>10</sup> P. Ryženko, Poželanija rodnomu Kaliningradu, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 30. Dezember 1958.

<sup>11</sup> Zu den bekanntesten zählen: „Sudba čeloveka“ (Ein Menschenschicksal) von S. Bondarčuk aus dem Jahr 1959, „Otec soldata“ (Der Vater des Soldaten) von R. Čcheidse aus dem Jahr 1964 und „Vesna na Odere“ (Frühling an der Oder) von L. Saakov aus dem Jahre 1967. Diese Filme waren auch in der DDR zu sehen und werden zum Teil im Bundesarchiv-Filmarchiv in Berlin aufbewahrt.

Zustand des Zentrums der Stadt ruft bei den Arbeitern des Gebietes einen bedrückenden Eindruck hervor, er erinnert an die Jahre des Krieges; der Verfall zieht auch die Aufmerksamkeit westlicher Führer auf sich.“<sup>12</sup> Bereits zwei Jahre zuvor hatte der Parteichef des Kaliningrader Gebietes, F. Markov, in einem Brief an das Zentralkomitee der KPdSU ähnliche Formulierungen benutzt, um auf die schlechte Stimmungslage im Gebiet aufmerksam zu machen. Auf dieses Schreiben erhielt Markov offensichtlich keine Antwort.<sup>13</sup> Es ist deshalb wenig verwunderlich, daß auch diese Klagen gegenüber dem Ministerrat und dem ZK zunächst wenig am Zustand der Kaliningrader Innenstadt änderten: Die vergleichsweise zaghafte Aufbauenerfolge der ersten Hälfte der sechziger Jahre hatten es schwer, sich im Schatten der Ruinen zu behaupten. Diesen Eindruck versuchte 1964 der Architekt C. Grin'kov in einem Artikel über das Zentrum Kaliningrads abzuschwächen, für den auch er wieder den Blickwinkel eines am Bahnhof Ankommenden wählte:

„Wenn Sie vom Südbahnhof durch die Eisenbahnstraße gehen und an der Bahnüberführung rechts abbiegen, sehen Sie vor sich ein breites Panorama. Auf der Linken, so weit das Auge reicht, erblicken Sie Häuser. Dutzende heller Gebäudeblocks erheben sich an der Žitomirskaja Straße, am Lenin-Prospekt, an der Ševčenko Straße und an der Proletarskaja Straße. Zur Rechten, vom Bahnhof bis zur Pregelbrücke, spannt sich eine Reihe neuer fünfstöckiger Gebäude entlang des Lenin-Prospektes. Und nur geradeaus, rechts vom ehemaligen Schloß, ist noch ein offener Raum geblieben. Wie sehr wünschen wir Kaliningrader uns, daß dieser Teil der Stadt bebaut wird, damit die Ruinen und Brachflächen vollständig verschwinden!“<sup>14</sup>

Offensichtlich hielt Grin'kov die Tatsache, daß es in einigen Bereichen des Kaliningrader Stadtzentrums viele Häuser gab, für besonders hervorhebenswert – war sich der Autor doch bewußt, daß diese für Innenstädte eigentlich normale Situation im Kaliningrader Fall noch die Ausnahme bildete, wie dies seine anschließenden Bemerkungen über die noch verbliebenen Ruinen andeuten. Tatsächlich war nämlich die von Grin'kov beschriebene Nord-Süd-Verbindung durch das alte Zentrum, der Lenin-Prospekt, Mitte der sechziger Jahre wenig mehr als eine Schneise durch das Brachgelände des ehemaligen Königsberg. So beklagte sich im März 1964 der damalige Chefarchitekt Vladimir Chodakovskij, Kaliningrad sei die „einzige immer noch stark zerstörte Großstadt“ der Sowjetunion<sup>15</sup>. Der

<sup>12</sup> GAKO, f. 297, op. 8, d. 593, l. 158, Kopie des Briefes des Vorsitzenden des Kaliningrader Gebietsexekutivkomitees, Ja. Prušinskij, an den Ministerrat der RSFSR, vom 10. August 1962.

<sup>13</sup> CChIDNIKO, f. 1, op. 32, d. 86, l. 6–8, Brief des Ersten Sekretärs des Kaliningrader Gebietskomitees der KPdSU, F. Markov, an das ZK der KPdSU vom 8. April 1960. Gleichlautende Fassungen dieses Briefes sind am 3. Mai und 11. Juli des gleichen Jahres an das ZK der KPdSU geschickt worden.

<sup>14</sup> Grin'kov, Molodet' rodnomu gorodu!, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 4. April 1964.

<sup>15</sup> Doklad glavnogo architekta goroda Kaliningrada tov. Chodakovskij, V. V., in: *Materialy*

Vorsitzende des Stadtexekutivkomitees (*Gorispolkom*), N. Loškarev, hatte der Staatlichen Kommission für Bauangelegenheiten der RSFSR (*Gosstroj*) einen Monat zuvor mitgeteilt, daß bis dato nur fünf Prozent der früher im „zentralen Bereich der Stadt Kaliningrad“ bestehenden Gebäude wiederaufgebaut oder neuerrichtet worden seien<sup>16</sup>. Auch wenn also die Ruinen selbst langsam aus dem Stadtbild verschwanden, so traten doch an ihre Stelle selten neue Bauten. Die Beseitigung der Ruinen diente deshalb häufig nicht der tatsächlichen Bauvorbereitung, sondern in erster Linie der kosmetischen Herrichtung der Stadtlandschaft: Noch 1967 forderte der Chef der Gebietsverwaltung für Architektur, V. Charlamov, in einer Stellungnahme für das Gebietsexekutivkomitee, „spezielle Mittel für die Beseitigung der Ruinen zur Verfügung zu stellen, um diese Territorien in Grünanlagen und Blumenrabatten umzuwandeln“ – die später einmal mit zeitgemäßen Gebäuden bebaut werden könnten<sup>17</sup>. Fast zwei Jahre später wurde jedoch in einem Artikel, den die *Kaliningradskaja Pravda* am 6. September 1968 veröffentlichte, beklagt, daß im Zentrum immer noch Reste zerstörter Gebäude zu finden seien, was die Bauarbeiten verzögere<sup>18</sup>.

In den Stadtführern der sechziger Jahre blieb die Gegenwart des Stadtzentrums angesichts dieses Zustandes weiterhin ein blinder Fleck: Die Beschreibung des sowjetischen Kaliningrad machte vom Südbahnhof gleich einen Sprung zum Platz des Sieges. Was dazwischen lag, hatte eine Vergangenheit, unter anderem als Schauplatz der Kapitulation von General Lasch nach der Erstürmung Königsbergs, aber nur eine vage Zukunft<sup>19</sup>. Obwohl in den vergangenen Jahren viel geschafft worden sei, so hatte C. Grin'kov denn auch im April 1964 in der *Kaliningradskaja Pravda* geschrieben, wüßten die Kaliningrader doch, „daß der Anblick der Stadt noch sehr weit von ihrer Vollkommenheit entfernt ist“<sup>20</sup>.

Der nur zögerlich voranschreitende Wiederaufbau Kaliningrads führte bald auch zu einer Neubewertung des alten Königsberg. So versicherte zum Beispiel im Juli 1955 der damalige Chefarchitekt von Kaliningrad,

soveščanja po proektirovaniju centra goroda Kaliningrada. Soveščanie sostojaloš' 26.–27. Marta 1964 v g. Kaliningrade, Kaliningrad 1964, S. 3-9, hier: S. 3.

<sup>16</sup> GAKO, f. 522, op. 1, d. 133, l. 1 f., Brief des Vorsitzenden des Kaliningrader Stadtexekutivkomitees, Loškarev, an Gosstroj RSFSR vom 1. Februar 1964.

<sup>17</sup> GAKO, f. 297, op. 8, d. 2030, l. 12–14, Stellungnahme des Leiters der Verwaltung für Architektur des Kaliningrader Gebietes, V. Charlamov, „Über einige nichtentschiedene Fragen der Verbesserung der Planung des Aufbaus von Städten und Dörfern im Kaliningrader Gebiet“ vom 19. Januar 1967. Charlamov bezog sich bei seiner Aussage neben Kaliningrad auch auf die Städte Bagrationovsk, Pravdinsk und Mamonova.

<sup>18</sup> Vgl. „Podgotovka k stroitel'stvu centra Kaliningrada“, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 6. September 1968.

<sup>19</sup> Vgl. Kolganova, Putešestvujte po Kaliningradskoj oblasti, S. 17–19 (über die alte Innenstadt in Gegenwart und Zukunft) und S. 91–119 (über die Vergangenheit der alten Innenstadt); dies., Putešestvujte po Kaliningrad, S. 26–31 (über die Kämpfe in der Innenstadt und die Kapitulation von Lasch) und S. 36–43 (über die Baudenkmäler in der Innenstadt).

<sup>20</sup> Grin'kov, Molodet' rodnomu gorodu!, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 4. April 1964.

K. Ja. Chrustalev, auf einer Versammlung der Kaliningrader Abteilung der Union der Architekten der Sowjetunion (KOSA) zwar, das gegenwärtige Kaliningrad mache einen guten Eindruck, doch gestand er zu, daß auf die Kaliningrader Architekten „noch viel Arbeit zukommt, um aus Kaliningrad eine schönere und bessere Stadt zu machen, als sie unter den Deutschen gewesen ist“<sup>21</sup>. Der Eindruck der Wiederaufbauprobleme hatte somit zumindest bei einem Teil der Kaliningrader eine bemerkenswerte Wandlung ihres Bildes von der ehemaligen Hauptstadt Ostpreußens bewirkt: Von der bösen Stadt entwickelte sich Königsberg zur Meßlatte des gegenwärtigen Kaliningrad. Hatte Navalichin noch Ende der vierziger Jahre betont, die Anforderungen, die der sowjetische Mensch an seine sozialistische Stadt stelle, seien „bedeutend höher als die Prinzipien der Planung und Normen, die in kapitalistischen Ländern gelten“<sup>22</sup>, so wurde ab 1956 selbst in Briefen des Gebietsexekutivkomitees und der Parteispitze des Kaliningrader Gebietes an die Moskauer Zentralen regelmäßig explizit auf den Wohnraumbestand des ehemaligen Königsberg Bezug genommen<sup>23</sup>. Während sich die durchschnittliche Versorgung der Kaliningrader Bevölkerung mit Wohnraum im sowjetischen Vergleich durchaus sehen lassen konnte<sup>24</sup>, war der absolute Wohnraumbestand im Vergleich zum Vorkriegsniveau erschreckend niedrig<sup>25</sup>: Der Königsberger Vorkriegsbestand an Wohnraum (1939) wurde auf

<sup>21</sup> GAKO, f. 135, op. 1, d. 60, Protokoll der allgemeinen Versammlung der Mitglieder der Kaliningrader Abteilung der Union der Architekten der Sowjetunion am 30. Juli 1955.

<sup>22</sup> Navalichin, Na razvalinach Kenigsberga postroim socialističeskij Kaliningrad, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 15. Mai 1948.

<sup>23</sup> GAKO, f. 297, op. 8, d. 593, l. 17, Brief des Sekretärs des Gebietsexekutivkomitees an den Ministerrat der RSFSR vom 13. April 1956; CChIDNIKO, f. 1, op. 32, d. 86, l. 6–8, Brief des Parteichefs der Kaliningrader Gebietes, F. Markov, und des Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees, Z. Slajkovskij, an das ZK der KPdSU vom 8. April 1960; GAKO, f. 522, op. 1, d. 133, l. 1f., Brief des Vorsitzenden des Stadtexekutivkomitees, Loškarev, an Gosstroj RSFSR vom 1. Dezember 1964.

<sup>24</sup> Mit statistischen Vergleichen bewegt man sich auf sehr dünnem Eis. Für die Vergleiche Kaliningrads mit anderen sowjetischen Städten wurde im wesentlichen auf die Angaben des statistischen Jahrbuches der RSFSR (Narodnoe Chozajstvo RSFSR v 1956 godu, Moskau 1957, bis Narodnoe Chozajstvo RSFSR v 1970 godu, Moskau 1970) zurückgegriffen, da die Angaben der statistischen Sammelbände, die von den einzelnen Gebietskörperschaften herausgegeben wurden, und die herangezogenen Angaben in Archivquellen zum Teil abweichende Zahlen beinhalten. Die absoluten Werte sind daher mit Vorsicht zu betrachten. Die aus den Statistikwerken gewonnenen Zahlen dienen deshalb nur dem Vergleich von Entwicklungstendenzen.

Die Unsicherheit von Vergleichen zeigt folgende Quelle: Die Versammlung für technische Fragen des Städtebaus beim Stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtexekutivkomitees, V. Denisov, prognostizierte am 13. Oktober 1962 für 1965 eine durchschnittliche Wohnraumversorgung in Kaliningrad von 6,5m<sup>2</sup>/Einwohner. (GAKO, f. 522, op. 1, d. 114, l. 11f.) Laut offizieller Statistik sollte 1960 die Wohnraumversorgung in Kaliningrad schon auf 10m<sup>2</sup>/Einwohner angestiegen sein.

<sup>25</sup> Für den Vergleich wurden die durchweg höheren Angaben, die die statistischen Jahrbücher „Narodnoe Chozajstvo RSFSR“ verzeichnen, benutzt, um die Vergleichbarkeit mit den anderen sowjetischen Städten zu ermöglichen, während die im folgenden Abschnitt angeführten Werte, die lediglich einen Vergleich zum Vorkriegszustand herstellen, aus den vorher

etwa 6 Millionen m<sup>2</sup> geschätzt, der Bestand Kaliningrads betrug demgegenüber 1956 lediglich 1,1 Millionen m<sup>2</sup>, 1960 1,3 Millionen m<sup>2</sup> und 1964 1,6 Millionen m<sup>2</sup>, von denen zuletzt noch etwa eine halbe Million m<sup>2</sup> aus der Vorkriegszeit stammte<sup>26</sup>. Auch die Einwohnerzahlen blieben weit hinter dem Vorkriegsniveau zurück: Erst 1979 erreichte Kaliningrad die Vorkriegsmarke von 380 000 Einwohnern<sup>27</sup>. Selbst wenn man annimmt, daß die Kaliningrader Behörden ihre Schätzung des Vorkriegsbestandes übertrieben, um aus Moskau mehr Mittel für den Wiederaufbau der Stadt zu erhalten, so verdeutlicht dieser Vergleich doch den enormen Nachholbedarf Kaliningrads gegenüber Königsberg bis weit über die sechziger Jahre hinaus. Die Statistik zeigt, was die Beschreibungen der Ruinen bereits vermuten lassen, nämlich weshalb Kaliningrad als eine tote Stadt wahrgenommen wurde: Das noch viel kleinere russische Kaliningrad steckte unübersehbar im Ruinenmantel des deutschen Königsberg – es versteckte sich beinahe darin.

## 2. Die besetzte Stadt

### *In der Fremde*

Das Bewußtsein der Behörden und Parteiorganisationen für die Probleme des Wiederaufbaus war schon sehr viel früher geschärft, als es die zunächst begeisterten Beschreibungen der Ruinen der zu Staub zerfallenen „Zitadelle des preußischen Militarismus“ vermuten lassen. Während diese Berichte ebenso wie die Analyse der deutschen Architektur dazu dienten, durch die Stigmatisierung der vorgefundenen Gebäude den sowjetischen Umsiedlern die Aneignung der neuen Umgebung zu erleichtern, stellten die Behörden schon bald fest, daß die Distanzierung von der bestehenden Stadt eine bedenkliche Kehrseite hatte – den Vandalismus.

Weil der dringend benötigte Wohnungsbestand des alten Königsberg auf diese Weise stark dezimiert wurde, befaßte sich der Chef der neugeschaffene-

erwähnten Briefen entnommen wurden. Es bleibt zu überprüfen, ob die unterschiedlichen Angaben im Statistischen Jahrbuch und den Archivquellen auf unterschiedliche Zählweisen zurückzuführen sind: In den Quellen der Kaliningrader Archive sind keine Angaben dazu gemacht, ob Küchen und Bäder zur Wohnfläche hinzugezählt worden sind oder nicht. Üblicherweise werden diese Flächen von der Wohnfläche (*poleznaja žilaja ploščad'* – Nutzwohnfläche) abgezogen. Die Beobachtung, daß in Kaliningrad Mitte der sechziger Jahre erst ein geringer Teil des Vorkriegsbestandes an Wohnfläche wieder- oder neuaufgebaut worden war, bleibt von diesem Problem allerdings unberührt.

<sup>26</sup> So der Kaliningrader Chefarchitekt Vladimir Chodakovskij im Jahr 1963 in: *Materialy soveščanija po proektirovanniju centra goroda Kaliningrada*, S. 3. 1946 wurden noch 640 000 m<sup>2</sup> erhaltene und weiterhin nutzbare Wohnfläche in Kaliningrad gemeldet (GARF, f. 374, op. 2, d. 173, l. 2, zitiert nach: Matthes, *Als Russe in Ostpreußen*, S. 74).

<sup>27</sup> *Pravda*, 29. April 1989.

nen städtischen Zivilverwaltung, Vasilij A. Borisov, schon in seinem zweiten Befehl vom Mai 1946 mit diesem Problem. Er stellte fest, „daß Häuser, die noch zum Wiederaufbau taugen, von verschiedenen Organisationen und Personen zerstört werden, indem Dielen, Fenster, Türen und sanitäre Einrichtung herausgerissen werden“, und verordnete deshalb den Rayons-[*Bezirks-*]Vorstehern der Zivilverwaltungen, „schnell den Schutz der Häuser [*zu*] organisieren und deren weitere Zerstörung [*zu*] stoppen, wofür alle Arbeiter Ihres Rayons zum Kampf gegen die Zerstörung erhaltener Gebäude zu mobilisieren sind. Festgenommene Personen werden als Räuber staatlichen Eigentums vor Gericht gestellt.“<sup>28</sup>

Der Chefarchitekt der Gebietskommunalverwaltung, Timochin, machte einen Monat später in seinem bereits teilweise zitierten Bericht an Vasilij A. Borisov die „chaotische und ungeplante Besiedlung“ des Gebietes und ungeordnete Besetzung von Gebäuden durch die Ankommenden für diese Situation verantwortlich, die zu „einem großen Verlust an Mitteln“ führe<sup>29</sup>. Außerdem, so beschwerte er sich, würden die Armee-Einheiten bei ihrem Abzug die von ihnen verlassenen Gebäude inklusive der Heizungsanlagen ausplündern, „und die Rayon-Vorsteher treten dem nicht entgegen und nehmen die Position unbeteiligter Zuschauer ein oder unterzeichnen formell die Genehmigungen für die Herausgabe“.

Es war zweifelsohne eine psychologisch schwierige Aufgabe für die neuen Einwohner der Stadt, pfleglich mit den von den Feinden übernommenen Bauten umzugehen: Vielen Übersiedlern mag es absurd erschienen sein, eine „deutsche“ Stadt wiederaufzubauen, die von der Propaganda als wertlos gebrandmarkt wurde, während andere sowjetische Städte noch in Trümmern lagen<sup>30</sup>. Auch ein Jahr später hatte sich nichts Grundlegendes an dieser mißlichen Lage geändert, als der Parteichef des Kaliningrader Gebietes, Ivanov, im Mai 1947 einen Brief an Stalin schrieb, um ihm die „eigenartige wirtschaftliche und politische Situation“ im Kaliningrader Gebiet zu schildern. Neben der Kritik an der Zivilverwaltung, die sich „nicht um die Produktionsstätten gekümmert“ und es nicht geschafft habe, „revolutionäre Ordnung in das Gebiet zu bringen und wirkungsvoll auf die ökonomische Wiederherstellung des Gebietes Einfluß zu nehmen“, so daß die Industrie nicht einmal den bescheidenen Plan für 1946 erfüllen konnte, fand er harsche Worte für die Moskauer Zentrale: „Die Erfassung und Bewachung der

<sup>28</sup> GAKO, f. 237, op. 1, d. 1, l. 2, Befehl No. 2 des Chefs der städtischen Zivilverwaltung der Stadt Königsberg, Kolov, vom Mai 1946 [ohne Tagesangabe].

<sup>29</sup> GAKO, f. 237, op. 1, d. 2, l. 1, Bericht über die Frage des Wiederaufbaus und der Rekonstruktion der Stadt Königsberg, vom Chefarchitekten der Gebietskommunalwirtschaft, Timochin, für den Chef der Zivilverwaltung des Königsberger Gebietes, Vasilij A. Borisov, vom 26. Juni 1946.

<sup>30</sup> Eine ähnliche Beobachtung läßt sich für die Stadt Wroclaw/Breslau machen, aus der in den fünfziger und sechziger Jahren Ziegel für den Wiederaufbau Warschaws abtransportiert wurden. Vgl. Koch, Gestärktes „Breslauertum“.

Räumlichkeiten und des Beutegutes wurde nicht gebührend organisiert. Sachwerte wurden veruntreut, der Wohnungsbestand und Produktionsflächen zerstört. Vertreter verschiedener Ministerien und Ämter betrachteten Ostpreußen als besetztes Gebiet, demontieren die Ausrüstungen, schaffen wertvolle Materialien aus den Betrieben weg, was durch die Regierungsbeschlüsse nicht vorgesehen war. [...] In den drei Monaten seiner Arbeit entstand im Büro des Obkom der VKP die feste Meinung, daß die Ministerien und Behörden die ökonomische und politische Bedeutung des Gebietes unterschätzen, da sie nichts über seine Reichtümer und potentiellen Möglichkeiten wissen und diese auch nicht untersuchen.“ Die Ministerien hätten nur zweitrangige Mitarbeiter „mit begrenztem Horizont“ nach Kaliningrad geschickt, die sich und die Ministerien diskreditierten, indem sie sich an Kaliningrad bereichern wollten.

Ivanov ließ keinen Zweifel daran, daß er in der Bewertung Kaliningrads als besetzte Stadt und nicht als Teil Rußlands eine ernste Bedrohung sah. Die gegenwärtigen Zustände hätten „einerseits bei einem Teil der russischen Bevölkerung Ungewißheiten über ihre Lage auf dem neuem Territorium“ entstehen lassen und „andererseits günstige Bedingungen für die Arbeit der ausländischen Spionagedienste“ geschaffen. Die Bemerkung über die „günstigen Bedingungen“ für Spionagedienste war ein deutlicher Hinweis auf die schlechte Stimmung unter den sowjetischen Übersiedlern und eine indirekte Aufforderung an Moskau, dem Gebiet mehr Aufmerksamkeit zu schenken<sup>31</sup>.

Kaliningrad blieb jedoch ein in weiten Teilen unwirtliches Trümmerfeld, und so ist es nicht verwunderlich, daß die Stadt ihren neuen Einwohnern nur eine ungeliebte, zweite Heimat wurde. Viele wären, so wie der im vorigen Kapitel zitierte Übersiedler, am liebsten sofort nach ihrer Ankunft wieder umgekehrt. Selbst die Kader der Kommunistischen Partei scheinen von ihrer Aufgabe nicht immer überzeugt gewesen zu sein: Auf der III. Kaliningrader Parteikonferenz Ende Januar 1950 beschwerte sich der Sekretär des KP-Komitees des Leningrader Rayons, N. Korovkin, über das Verhalten einiger Genossen in den Stadt- und Gebietskomitees. So sei zum Beispiel Genosse P. Ch. Muraško, der Vorsitzende des Stadtextekutivkomitees, nicht zur letzten Sitzung des Stadtsowjet erschienen. Statt dessen sei er in Leningrad gewesen, wo er kürzlich eine Wohnung angemietet habe. „Und noch jetzt“, empörte sich Korovkin, „wohnen einige Arbeiter zwar in Kaliningrad, aber im Geiste befinden sie sich in anderen Städten, wo sie rechtmäßig oder unrechtmäßig ihre Wohnungen weiter behalten. Es ist notwendig, entschieden mit diesen ‚Kofferlaunen‘ [*čemondannye nastroenija*] aufzuräumen, die der Sache Schaden zufügen. Wir sind in Kaliningrad keine Gäste.

<sup>31</sup> Alle Zitate aus: CChIDNIKO, f. 1, op. 1, d. 62, l. 4–9, Brief des Ersten Sekretärs des Gebietskomitees der VKP(b), Jurij P. Ivanov, an Stalin vom 28. Mai 1947.

Wir sind hierhergekommen, um hier zu arbeiten und zu leben. Kaliningrad ist unsere Heimatstadt.“<sup>32</sup>

Die von Korovkin so bezeichneten „Kofferlaunen“ machen einen Verweis zum vorigen Abschnitt notwendig: Die dort zitierten Beschreibungen der Stadt hatten ihren Ausgangspunkt stets am Bahnhof. Dies scheint kein Zufall zu sein, war doch der Blick vom Bahnhof auf die Stadt immer noch der Blick eines Fremden, der gerade in der Stadt angekommen war, nicht aber der Blick eines Einheimischen. Insofern spiegelt sich das Gefühl der Fremdheit in der eigenen Stadt und der mangelnden Verbundenheit der neuen Einwohner mit ihr in diesem Blickwinkel wider. Der Versuch der sowjetischen Geschichtsschreibung, die deutsche Geschichte Ostpreußens als Besatzungszeit slawischer Heimat Erde zu werten, schlug fehl, die geistige Identifikation mit dem „rückgewonnenen“ Gebiet mißlang. Der Bahnhof symbolisierte in dieser Lage die Hoffnung auf eine Rückkehr in die alte Heimat.

Eng mit diesem Gefühl der Fremdheit verbunden war die von Ivanov zitierte Unsicherheit eines Teils der russischen Bevölkerung über ihre Lage auf dem neuen Territorium. Durch die faktische Behandlung des ehemaligen Ostpreußens als besetztes Feindesland entstanden unter den sowjetischen Übersiedlern Gerüchte, daß eine Rückgabe der Stadt Kaliningrad an die Deutschen nicht ausgeschlossen sei<sup>33</sup>. In gewisser Weise wurde somit das ganze Gebiet als Stalins persönliche Beute angesehen, was nach dem Tod des Generalissimus teilweise zu Panikreaktionen der Umsiedler führte, an die sich Zeitzeugen erinnern: „[...] 1953, da war ein großes Durcheinander. Ja, als Stalin starb, da ging es los. Da hieß es, es gibt Krieg, Krieg, Krieg. Das befürchteten sie damals. Damals sind wir [*für fünf Monate*] in die Heimat zurückgefahren.“<sup>34</sup> Die Heimat – das blieb weiterhin nicht das offensichtlich unsicher erscheinende Kaliningrad, sondern die Region, aus der man gekommen war. Mit einem Besuch am 30. April 1956 versuchte der neue Staats- und Parteichef, Nikita Chruščev, die Bedenken der Kaliningrader zu zerstreuen, ihre Stadt könnte zur Disposition stehen. Welche zentrale Bedeutung diesem in Kaliningrad beigemessen wurde, wird dadurch verdeutlicht, daß nur ein einziger Satz von Chruščevs Rede am Kaliningrader

<sup>32</sup> Zitiert aus: III. Kaliningradskaja gorodskaja partijnaja konferencija, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 31. Januar 1950.

<sup>33</sup> Siehe Teil I dieser Arbeit. Nach dem Ende der Sowjetunion im Jahre 1991 tauchten in regelmäßigen Abständen wieder Gerüchte auf, die Sowjetunion wolle das Kaliningrader Gebiet an Deutschland verkaufen. Vgl. zuletzt: Ihlau, „Bald ist uns Berlin näher“, S. 209. Im Gegensatz zu den Gerüchten, die im Kaliningrad der Nachkriegszeit aufgrund eines Informationsvakuums innerhalb der Bevölkerung entstanden, scheinen die Spekulationen der Nachwendzeit jedoch als Mittel der innenpolitischen Auseinandersetzungen gezielt lanciert worden zu sein.

<sup>34</sup> Erinnerung von Aleksandra Ivanovna Mitrofanova, in: Matthes, *Als Russe in Ostpreußen*, S. 377.

Flughafen noch fünf Jahre später im neuen Stadtführer zitiert wurde. An die Kaliningrader gewandt, rief er: „Ein Hoch auf die sozialistischen Menschen, die dieses Land erschlossen haben, *das unser sowjetischer Boden ist und für ewig bleiben wird!*“ (Hervorhebung B.H.) Die Zuhörer hatten auf diese aus heutiger Sicht selbstverständlich erscheinende Aussage anscheinend sehnüchelig gewartet und quittierten Chrusčevs Zusicherung mit „stürmischem Applaus“<sup>35</sup>. Die Dringlichkeit dieses Besuches und vor allem dieses zentralen Satzes der Rede Chrusčevs unterstrich im April 1960 der damalige Parteichef des Kaliningrader Gebietes, F. Markov, in einem Brief an das Zentralkomitee: Chrusčevs Worte, Kaliningrad werde immer sowjetisch bleiben, hätten „den Kaliningrader eine größere Sicherheit in der Arbeit“ eingeflößt und „bei ihnen eine große politische und schaffende Aktivität“ ausgelöst<sup>36</sup>.

### *Die Stadt als Steinbruch*

Wie aus dem Brief Ivanovs an Stalin vom Mai 1947 außerdem ersichtlich wird, hatte sich jedoch nicht nur in der einfachen Bevölkerung, sondern auch in der Spitze von Partei und Verwaltung des Kaliningrader Gebietes bald nach dessen Gründung der Eindruck festgesetzt, daß Moskau die Region sich selbst überließ. In seinem Brief an Stalin beschwerte sich Ivanov nicht nur über die Selbstbedienungsmentalität einiger Moskauer Beamter, sondern auch über das Ausbleiben von Investitionen. Da das ganze Stadtzentrum, sein Geschäfts- und Handelsviertel „in Schutt und Asche gefallen“ sei, müsse Kaliningrad „unbedingt in die Gruppe der 15 Städte aufgenommen werden, die durch eine besondere Entscheidung der Regierung zum Wiederaufbau bestimmt worden sind“<sup>37</sup>. Der Aufbau der Stadt sei bisher jedoch „ohne die ernsthafte Hilfe der Ministerien von Republik und Union“ geschehen und nicht in den Nachkriegs-Fünfjahresplan eingegangen: „Wir leben und arbeiten ohne einen einzigen Plan und ohne eine klare Perspektive. Das Kaliningrader Obkom der VKP hat den Ministerien eine ganze Reihe von Fragen über die Ausbeutung von Bernsteinfundstätten, zum

<sup>35</sup> Kolganova, Putešesvujte po Kaliningradskoj oblasti, S. 13.

<sup>36</sup> CChIDNIKO, f. 1, op. 32, d. 86, l. 6–8, Brief des Kaliningrader Gebietsparteičiefs, F. Markov, an das ZK der KPdSU vom 8. April 1960. 1969 durfte der westdeutsche Journalist Dieter Steiner als erster Königsberger Kaliningrad besuchen. Vgl. Steiner, Königsberg ist nicht Kaliningrad, S. 26–36, 138 f. Eine gekürzte Fassung dieser für den *Stern* geschriebenen Reportage wurde aufgrund Steiners eindeutiger Absage an die Forderung einer Rückgabe der Stadt an die Deutschen in gekürzter Version auch in der Sowjetunion veröffentlicht. Vgl. Steiner, Poezdka v Kaliningrad.

<sup>37</sup> Am 1. November 1945 erließ der Rat der Volkskommissare der UdSSR den Erlaß „Über die Maßnahmen für den Wiederaufbau der von den deutschen Besatzern zerstörten Städte der RSFSR: [...]“. Der Rat der Volkskommissare der RSFSR und die nachgeordneten Ministerien wurden darin verpflichtet, in den genannten 15 Städten unter anderem insgesamt 676 000 m<sup>2</sup> Wohnraum zu errichten. Vgl. Belov, Podnjatye iz ruin, S. 116 – 118.

Schiffsbau, den Wiederaufbau der Stadt usw. gestellt, aber alle diese Fragen werden nur langsam gelöst, ohne den gebührenden Schwung. Statt dessen werden Entscheidungen nur für einzelne Fragen gefällt, die nicht die Probleme im ganzen lösen.“<sup>38</sup> Diese Lagebeschreibung läßt vermuten, daß es in Moskau anscheinend keine fundierten Konzeptionen dafür gab, was mit dem neuerworbenen Gebiet in Zukunft anzufangen sei. Zwar wurde vom Ministerrat der RSFSR bereits einen Monat, nachdem Ivanov seinen Brief geschrieben hatte, ein Erlaß „Über die Maßnahmen für den Wiederaufbau der Wirtschaft der Stadt Kaliningrad und des Kaliningrader Gebietes“<sup>39</sup> verabschiedet, doch eine Aufnahme Kaliningrads in das 15-Städte-Wiederaufbauprogramm stand in Moskau offenbar nie zur Debatte. Dieses Programm war ausdrücklich für russische Städte bestimmt, die durch die deutschen Besatzer zerstört worden waren. Die Nichtberücksichtigung Kaliningrads zeigt, daß seine Interpretation als eine von deutscher Besatzung befreite Stadt in der Sowjetunion noch nicht besonders tief verinnerlicht worden war. Der Erlaß des Ministerrates der RSFSR von 1947 hatte zudem, ebenso wie ein Folgeerlaß des Ministerrates der UdSSR von 1948 „Über die Hilfsmaßnahmen für den Wohnungsbau und die kommunale Wirtschaft der Städte des Kaliningrader Gebietes“<sup>40</sup>, kaum Auswirkungen auf den Wiederaufbau – und schon 1950 reduzierte die Staatliche Planungskommission (*Gosplan*) die Hilfsmittel für die Stadt zum Teil um die Hälfte<sup>41</sup>.

Anstatt in Kaliningrad zu investieren, wurde das ehemalige Königsberg als Materialquelle angesehen. So berichtete zum Beispiel ein Leserbriefschreiber der *Kaliningradskaja Pravda* im Oktober 1952 fassungslos, daß im Moskauer Rayon der Stadt neben Ruinen auch „einige gut erhaltene Häuser abgerissen wurden, um Ziegelsteine zu gewinnen“<sup>42</sup>. Viele dieser so

<sup>38</sup> CChIDNIKO, f. 1, op. 1, d. 62, l. 4–9, Brief des Parteichefs des Kaliningrader Gebietes, Jurij P. Ivanov, an Stalin vom 28. Mai 1947.

<sup>39</sup> Erlaß des SM RSFSR vom 27. Juni 1947. Vgl. Butovskaja, Kaliningrad, S. 25.

<sup>40</sup> Vgl. CChIDNIKO, f. 1, op. 4, d. 151, l. 25–32, Bericht des Parteichefs des Kaliningrader Gebietes, Chor'kov, „Über die Erfüllung des Erlasses des Ministerrates der UdSSR ‚Über die Hilfsmaßnahmen für den Wohnungsbau [...] der Städte des Kaliningrader Gebietes‘ vom 11. März 1949“.

<sup>41</sup> Die Reduzierung um 50 Prozent betraf die Herrichtung von Straßen und Bürgersteigen. Ferner konnten aufgrund der Kürzungen 1951 anstatt geplanter 4000 m<sup>2</sup> nur 2400 m<sup>2</sup> Wohnraum wiederhergestellt werden. Vgl. CChIDNIKO, f. 1, op. 6, d. 83, l. 25–27, Brief des Parteichefs des Kaliningrader Gebietes, Vladimir Ščerbakov, und des Vorsitzenden des Gebiets-exekutivkomitees, A. Egorov, an den Sekretär des ZK VKP(b) vom 23. November 1950.

Die Reduzierung der Zuweisungen aus Moskau hängt vermutlich auch mit der pauschalen Reduzierung der Mittelzuweisungen im Bausektor um 25 Prozent zusammen, die der Ministerrat am 1. Juli 1950 verordnete, um die Bauorganisationen zum Bau von Typenprojekten zu zwingen. Die Kürzungen für Kaliningrad sind aber trotzdem überdurchschnittlich. Zum Dekret des Ministerrates der UdSSR vgl. Day, *Building Socialism*, S. 93 f.

<sup>42</sup> O blagoustrojstve Kaliningrada, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 24. Oktober 1952. Den Abbruch von Häusern, um Ziegelsteine zu erhalten (*razboroka na kirpič*), betrachtete Navalichin hingegen als einzig sinnvollen Umgang mit den zerstörten und beschädigten Häusern des alten Königsberg. In seiner Dissertation dokumentierte er in einer Statistik, wieviel Kubik-

gewonnenen Ziegelsteine wurden aber nicht für den Wiederaufbau von Kaliningrad, sondern für die Rekonstruktion anderer sowjetischer Städte verwendet. Im September 1954 beklagte sich deshalb der damalige Gebietspartei- chef, Vasilij E. Černyšev, beim Ministerrat der UdSSR über einen Mangel an Baumaterialien in Kaliningrad: Vom Moment der Gründung des Kalinin- grader Gebietes an sei „ein bedeutender Teil der Ziegel aus dem Abbruch der Gebäude“ in Kaliningrad in die angrenzenden Republiken und Gebiete ausgeführt worden, so daß nun, da „die Anzahl der für den Abbruch vorge- sehenen Gebäude, bedeutend abgenommen“ habe, im laufenden Jahr 1954 „die Bauorganisationen mit Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Zie- geln“ konfrontiert worden seien. Da die beiden Ziegeleien des Kaliningra- der Gebietes ihre gesamte Produktion exportierten, bliebe nunmehr nichts für den Wiederaufbau des Gebietes übrig<sup>43</sup>. Seiner Bitte, mehrere Ziegeleien im Kaliningrader Gebiet wiederaufzubauen bzw. neu zuerrichten, wie dies von einer Spezialistenkommission empfohlen worden sei, wurde jedoch nicht entsprochen. Das Unionsministerium für Baumaterialien stellte in sei- ner Antwort vom Oktober 1954 lediglich den Bau einer Ziegelei in Aussicht – für mehr sei kein Geld vorhanden<sup>44</sup>. Ein Jahr später schickte das Kalinin- grader Gebietspartei-Komitee den für Wirtschaftsfragen zuständigen Genos- sen Puzanov nach Moskau, um bei den Moskauer Ministerien zusätzliche Mittel für den Wiederaufbau Kaliningrads einzufordern. Auch Puzanov hatte keinen durchschlagenden Erfolg: Der Bericht über die Ergebnisse sei- ner Reise führt nur wenige konkrete Hilfszusagen der Moskauer Behörden auf<sup>45</sup>.

Auch in den sechziger Jahren änderte sich vorerst nichts an der spärlichen Unterstützung für das Kaliningrader Gebiet; 1961 schickte der Ministerrat der RSFSR zwar eine Kommission, die aus Mitgliedern von Gosplan und Gosstroj zusammengesetzt war, nach Kaliningrad, um die von der Gebiets- verwaltung erarbeiteten „Maßnahmen zur Beschleunigung des Wiederauf- baus der Stadt Kaliningrad“ zu begutachten, doch trotz der positiven Stel- lungnahme der Kommission zu diesen Plänen fanden diese Maßnahmen keinen Ausdruck im Staatsplan für das Jahr 1962. Statt dessen, so be- schwerte sich der Vorsitzende des Gebietsexekutivkomitees, Ja. Prušinskij, im August 1962 in einem Brief an den Ministerrat der RSFSR, seien die

meter Ziegelsteine aus dem Abbruch der verschiedenen Blöcke der alten Innenstadt gewon- nen wurden. Vgl. Navalichin, K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada, Bd. 1, Anlage 3.

<sup>43</sup> CChIDNIKO, f. 1, op. 1, d. 71, l. 46 f., Brief des Kaliningrader Parteichefs, Vasilij E. Černyšev, an den Ministerrat der UdSSR vom 29. September 1954.

<sup>44</sup> CChIDNIKO, f. 1, op. 1, d. 71, l. 48, Brief des Ministeriums für Baumaterialien an das Ge- bietspartei-Komitee VKP(b) vom 18. Oktober 1954.

<sup>45</sup> CChIDNIKO, f. 1, op. 18, d. 63, l. 47–49, Bericht von Puzanov über seine Reise nach Mos- kau vom 21. November 1955. Als Erfolge konnte er u. a. die zusätzliche Lieferung von 200 Tonnen Zement und 3000 m<sup>2</sup> Glas verbuchen.

Kapitalzuwendungen für die Baubranche des Kaliningrader Gebietes sogar vermindert worden<sup>46</sup>. Aus diesem Grunde sah sich noch 1965 der damalige zweite Sekretär des Parteikomitees des Kaliningrader Gebietes, M. Kudinkin, gezwungen, in Briefen an die Planungsbehörden der benachbarten Sowjetrepubliken um die Zuteilung von jeweils 14 Millionen Ziegelsteinen zu bitten, da aufgrund akuten Baustoffmangels einige Baustellen im Kaliningrader Gebiet bereits eingestellt worden seien<sup>47</sup>. Die Bitten wurden abgelehnt. Fünf Jahre später wiederholte sich dieser Vorgang mit dem gleichen Ergebnis<sup>48</sup>.

Die Einsicht in das langsame Entwicklungstempo der Stadt ließ in den Jahren 1959 bis 1961 sogar die Diskussion um die Lage des Zentrums wieder aufflammen. In offenen Briefen, die die *Kaliningradskaja Pravda* publizierte, wurde die Meinung vertreten, das vorhandene Zentrum am Platz des Sieges reiche für die Bedürfnisse der Stadt aus – es sei „vollkommen klar“, daß der gesellschaftliche Mittelpunkt Kaliningrads auch weiterhin dort bleiben werde<sup>49</sup>. Einige Kaliningrader konnten der Leere der ehemaligen Altstadt sogar romantische Züge abgewinnen: Wie schön wäre es doch, wenn ein Besucher der Stadt „auf einen freien, völlig un bebauten Platz vor dem Bahnhof gelangt, der in eine schattenspendende Allee entlang der Majakovskaja Straße übergeht“, schrieb ein Ingenieur<sup>50</sup>; und ein anderer meinte, die „ungewöhnliche Struktur“ der Stadt, in der die Bezirke voneinander „durch schöne Haine getrennt“ seien, müsse „unbedingt erhalten bleiben“<sup>51</sup>.

### 3. Wohnungsnot und Planungsprobleme

#### „In alten Hütten und Lauben“

Eine der Folgen der im vorigen Abschnitt beschriebenen Politik war eine große Wohnungsnot in Kaliningrad, die bis in die sechziger Jahre anhielt. Durch den Mangel an Baumaterialien konnten die wenigsten erhaltenen Häuser repariert werden, und viele Ruinen wurden nur notdürftig bewohnbar gemacht. Die Leserbriefspalten der *Kaliningradskaja Pravda* füllten sich

<sup>46</sup> GAKO, f. 297, op. 8, d. 593, l. 158, Brief des Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees, Ja. Prušinskij, an den Ministerrat der RSFSR vom 10. August 1962.

<sup>47</sup> Vgl. CChIDNIKO, f. 1, op. 43, d. 46, l. 37, Brief des Sekretärs des Kaliningrader Gebietspartei-komitees, M. Kudinkin, an Gosplan der Litauischen SSR vom 14. Juli 1965. Ebenda, l. 38, Antwortschreiben von Gosplan mit Negativbescheid.

<sup>48</sup> Vgl. CChIDNIKO, f. 1, op. 54, d. 40, l. 24–28, Briefe des Parteichefs des Kaliningrader Gebietes, Nikolaj Konovalov, an die Parteichefs der baltischen Sowjetrepubliken vom 26. Juni 1970.

<sup>49</sup> Gnatenko, Kakim my chotim videt' Kaliningrad, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 5. April 1959.

<sup>50</sup> Leserbrief von A. Tjufekčiev, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 8. Mai 1959.

<sup>51</sup> G. Krikun, Znakomjaš s planami zodčich, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 4. August 1961.

mit Beschwerden, wie denen der Bewohner des Hauses der Doktorskaja Straße 31, die sich im August 1950 beklagten, daß ihr Haus „seit einigen Jahren der Zerstörung ausgesetzt ist. Die Dächer sind undicht, Regenwasser rinnt die Wände hinab, die von Schimmel überzogen sind, und die Keller sind mit Müll vollgestopft.“<sup>52</sup> Infolge der Wohnungsnot war es in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre an der Tagesordnung, daß erst im Rohbau fertiggestellte Häuser bezogen wurden, bevor der Putz getrocknet war, so daß der Innenausbau dieser Häuser kaum vollendet werden konnte<sup>53</sup>.

Im Juni 1955 berichteten Vasilij Černyšev und der Vorsitzende des Kaliningrader Gebietsexekutivkomitees, Z. Slajkovskij, in einem Brief an das ZK der KPdSU und den Ministerrat der UdSSR, das Tempo der Bautätigkeit, des Wiederaufbaus und der Reparatur der Wohnhäuser sei bedeutend niedriger als das Tempo des Wachstums der Bevölkerung der Region, was zu einer „äußerst angespannten Lage bei der Versorgung der Bevölkerung Kaliningrads und anderer Städte mit Wohnraum“ geführt habe. In den Städten des Gebietes gebe es eine große Anzahl von Wohnhäusern, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit von den Bewohnern selbst provisorisch wohnungsfähig gemacht worden seien, aber bislang „keine Dächer haben, bei denen einzelne Konstruktionselemente, die Wasserversorgung und die Kanalisation zerstört sind. [...] Eine besonders schwierige Lage entstand in der Stadt Kaliningrad, wo ein großer Teil der zerstörten Gebäude, die bewohnt werden, sich in Einsturzgefahr befindet. Zum 1. Mai 1955 gab es in Kaliningrad 111 Havarie-*[beschädigte]* Häuser, von denen viele nicht einmal für eine Grundinstandsetzung vorgesehen sind. Die übrigen *[bewohnten Ruinen]* müssen sofort wiederaufgebaut werden, um Unglücksfälle zu vermeiden. In den Havarie-Häusern leben 1330 Familien mit insgesamt 4079 Menschen.“<sup>54</sup> Auch in dieser Beziehung brachten die sechziger Jahre keinen Wandel: 1960 lebten nach Angaben des damaligen Parteichefs des Kaliningrader Gebietes, F. Markov, zirka 1500 Familien in Havariehäusern und Ruinen<sup>55</sup>. Etwa 1000 Häuser benötigten in diesem Jahr eine Generalinstandsetzung, für die aber die Mittel bei weitem nicht ausreichten<sup>56</sup>, so daß

<sup>52</sup> Podgatovit'každij žiloi dom k zime, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 2. August 1950.

<sup>53</sup> Vgl. XIX. Plenum gorodskogo soveta deputatov trudjaščischa, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 28. Juni 1952.

<sup>54</sup> GAKO, f. 297, op. 8, d. 593, l. 5f., Brief des Parteichefs des Kaliningrader Gebietes, Vasilij Černyšev, und des Vorsitzenden des Kaliningrader Gebietsexekutivkomitees, Z. Slajkovskij, an das ZK KPdSU und den Ministerrat der UdSSR vom 30. Juni 1955.

<sup>55</sup> Vgl. CChIDNIKO, f. 1, op. 32, d. 86, l. 6–8, Brief des Parteichefs des Kaliningrader Gebietes, F. Markov, und des Vorsitzenden des Kaliningrader Gebietsexekutivkomitees, Z. Slajkovskij, an das ZK KPdSU vom 8. April 1960.

<sup>56</sup> Vgl. CChIDNIKO, f. 1, op. 32, d. 86, l. 84, Brief des Parteichefs des Kaliningrader Gebietes, F. Markov, an den Leiter Glavsnab RSFSR, S. Kretov, vom 7. Juli 1960.

noch 1964 ein Architekt feststellte, daß immer noch „eine riesige Menge der Bevölkerung in alten Hütten und Lauben“ wohnte<sup>57</sup>.

Die Probleme mit dem Altbaubestand in Kaliningrad sind jedoch nicht nur auf die spezielle Situation im ehemaligen Königsberg – also auf die Ablehnung der deutschen Architektur und die spärlichen Mittelzuweisungen aus Moskau – zurückzuführen, sondern bezeichnen auch einen allgemeinen Systemfehler der sowjetischen Bauwirtschaft. Seit der Gründung des Ministeriums für Städtebau im Jahr 1949 war der *quantitative* Zuwachs an Wohnraum zu einem zentralen Indikator für den Fortschritt und die Modernisierung der Sowjetunion geworden<sup>58</sup>. Die *Qualität* der neuerrichteten Wohnungen blieb dabei jedoch oft auf der Strecke. Um die häufig hochgesteckten Planziele zu erreichen<sup>59</sup>, wurden zudem Mittel, die eigentlich für den Erhalt des Wohnungsbestandes vorgesehen waren, für Neubauten zweckentfremdet. Allein zwischen 1959 und 1961 gingen in der gesamten Sowjetunion schätzungsweise 18 Millionen m<sup>2</sup> Wohnraum verloren, weil sie nicht rechtzeitig renoviert wurden<sup>60</sup>. Um diesen Zustand zu verschleiern, wurde in vielen sowjetischen Veröffentlichungen zur Statistik nicht der Bestand an Wohnraum, sondern nur dessen Steigerung in Prozent in bezug auf ein Basisjahr der Nachkriegszeit angegeben, in dem der Wohnungsbestand besonders niedrig war, oder es wurde nur der Zuwachs an neu errichtetem Wohnraum verzeichnet, ohne die Abgänge zu erwähnen.

In der Lokalpresse wurde dieser Zusammenhang allerdings offen angesprochen: Neben der Verstärkung des Wohnungsbautempos sei es unumgänglich, so befand 1958 ein Kommentator in der *Kaliningradskaja Pravda*, „die allerentschiedensten Maßnahmen zu ergreifen, um den bestehenden Wohnungsbestand zu erhalten, ohne den es schwierig sein wird, erfolgreich das Wohnungsproblem zu lösen“<sup>61</sup>. Mangels Mitteln für die Reparatur, aber auch, um die Eigenverantwortung der Bewohner für ihre Häuser zu stär-

<sup>57</sup> So der Architekt Gerašmov laut Protokoll der Versammlung der KOSA am 10. Oktober 1964 (GAKO, f. 135, op. 1, d. 62, l. 14–21).

<sup>58</sup> Vgl. Day, *Building Socialism*, S. 92.

<sup>59</sup> Für Kaliningrad vgl. GAKO, f. 520, op. 1, d. 8, l. 7–12, Expertise von A. N. Kornouchov vom 10. Dezember 1949 zum Schema der vorrangigen Bebauung in der Stadt Kaliningrad und zum Projekt der Bebauung des Stalingrader Prospektes.

Der Experte A. Kornouchov hatte in seinem Bericht den „übertriebenen“ Umfang des geplanten Neubauvolumens kritisiert, der davon ausgehe, daß die Stadt bis 1956 auf 350 000 Einwohner (also auf das Vorkriegsniveau) anwachsen würde. Der daraus resultierende Plan, in den nächsten fünf bis sieben Jahren eine Million Quadratmeter Wohnraum zu errichten, sei deshalb unrealistisch. Möglich sei bestenfalls die Errichtung von 220 000 Quadratmetern.

<sup>60</sup> Vgl. DiMaio Jr., *Soviet Urban Housing*, S. 21 und 106f., und Ruble, *From khrushcheby to korobki*, S. 232–270, bes. S. 237f., der darauf hinweist, daß viele der Ende der 50er Jahre errichteten Häuser aufgrund schlechter Bauausführung und mangelnder Reparaturen bereits zwanzig Jahre später unbewohnbar waren. Nach Kruse, *Der sowjetische Wohnungsbau*, S. 21, gab es zwischen 1950 und 1960 einen jährlichen Abgang von 17 Prozent der Bruttozugänge an Wohnfläche.

<sup>61</sup> Bereč, *sochranit' žilij fond*, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 12. Februar 1958.

ken, wurden in der *Kaliningradskaja Pravda* außerdem in regelmäßigen Abständen Artikel veröffentlicht, die die Kaliningrader dazu aufriefen, die Reparatur ihrer Häuser selbst in die Hand zu nehmen. Aus Moskau wurde bereits 1950 die Initiative übernommen, den Bewohnern ihre Häuser feierlich in „sozialistische Aufbewahrung“ zu übergeben<sup>62</sup>, ohne daß dies allerdings bemerkenswerte Auswirkungen gezeigt hätte.

### *Bauarbeiter und Architekten*

Der Neubau von Wohnhäusern stand in Kaliningrad auf ebenso schwachen Füßen wie die Wiederherstellung von beschädigten Gebäuden. Obwohl die Errichtung von Wohnhäusern vom Parteikomitee des Kaliningrader Gebietes als „die wichtigste Voraussetzung für die Stärkung und Herausbildung konstanter Kader für die Industrie Kaliningrads“ angesehen wurde<sup>63</sup>, wiederholten sich die Klagen über den schleppenden Fortschritt auf den Baustellen der Stadt ebenso periodisch wie schon die über den nachlässigen Umgang mit den bestehenden Gebäuden. Im Oktober 1949 berichtete der Vorsitzende des Stadtexekutivkomitees, P. Ch. Muraško, in seinem Rechenschaftsbericht auf einer Sitzung des Stadtsovjets, daß die Bautätigkeit in Kaliningrad „immer noch auf dem allerniedrigsten Niveau“ verharre: Der Plan für den Wohnungsbau in Kaliningrad für das laufende Jahr sei erst zu 38 Prozent erfüllt<sup>64</sup>. Ähnlich sah es zwei Jahre später aus: Laut Plan sollten 1951 in Kaliningrad 81 Häuser errichtet bzw. wiederaufgebaut werden, doch war dieser Plan bis Anfang November erst zu 31 Prozent erfüllt<sup>65</sup>. Die Baustelle des Hotels „Moskva“ zum Beispiel wurde 1952 „Dolgostroim“ („Wir bauen lange“) genannt, weil sich die Arbeiten bereits seit Jahren hinzogen<sup>66</sup>. Beinahe monatlich geißelte die *Kaliningradskaja Pravda* in der Folgezeit die niedrige Planerfüllung<sup>67</sup>.

<sup>62</sup> Žilie doma – na socialističeskuju sochrannost'!, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 7. Dezember 1950.

<sup>63</sup> Programma vosstanovlenic i blagoustroistva Kaliningrada, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 24. Februar 1952.

<sup>64</sup> XII. Plenum gorodskogo soveta deputatov trudjaščichsja, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 29. Oktober 1949.

<sup>65</sup> Vgl. Bystree vvodit' v stroj novye žilie doma, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 12. Dezember 1951. Auch wenn der Plan im Wohnungsbausektor der Sowjetunion noch Ende der 50er Jahre häufig bis zu 50 % erst im letzten Quartal eines Planjahres erfüllt wurde (wie z. B. in Weißrußland 1958, vgl. dazu: DiMaio, Soviet Urban Housing, S. 21), ist die Planerfüllung in Kaliningrad weit unterdurchschnittlich. Für 1952 sah das Ergebnis in Kaliningrad etwas besser aus: Laut Rechenschaftsbericht des Kaliningrader Gebietspartei Komitees, der am 21. September 1952 veröffentlicht wurde, wurde der Wohnungsbauplan in den ersten sieben Monaten zu 44,2 % erfüllt.

<sup>66</sup> Stroiteli i zakazčiki, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 4. Januar 1952. Bis zur Fertigstellung des Hotels im Herbst 1952 veröffentlichte die *Kaliningradskaja Pravda* noch zwei weitere Artikel über den langsamen Fortschritt bei den Bauarbeiten.

<sup>67</sup> So zum Beispiel am 11. und 26. April, 19. Oktober 1954, 14. August 1955.

Als eine der wesentlichen Ursachen für den langsamen Baufortschritt wurden neben der bereits erwähnten spärlichen Mittelzuweisung aus Moskau gemäß dem Prinzip der Kritik und Selbstkritik in erster Linie die schlechte Organisation auf den Baustellen und die mangelhafte Arbeitskult der Bauarbeiter genannt<sup>68</sup>. Die auftraggebenden Stellen zeigten kein Interesse daran, ob auf den Baustellen überhaupt etwas geschehe, und es fehlten Absprachen und Verträge mit den ausführenden Baubetrieben, beschwerte sich zudem ein Bauingenieur<sup>69</sup>. Tatsächlich führten die Zustände auf den Baustellen dazu, daß zuweilen nicht einmal die wenigen für den Wohnungsbau bereitgestellten Mittel komplett aufgebraucht wurden<sup>70</sup>.

Der Vorwurf, zu wenig auf den Baustellen präsent zu sein, traf aber auch die Architekten und Stadtplaner<sup>71</sup>. Das eigentliche Problem der Planung lag hingegen nicht im Verhalten der Architekten, sondern darin, daß es viel zu wenig ausgebildete Architekten gab: „Die Tragödie der Stadt ist das Chaos ihres Wiederaufbaus“, hatte ein Architekt bereits 1948 auf der ersten Versammlung der Architekten der Stadt Kaliningrad unter Zustimmung seiner Kollegen festgestellt, und der Chefarchitekt der Gebietskommunalverwaltung, P. V. Timochin, ergänzte, die Ursache für dieses Chaos läge darin, daß in den ersten Jahren seit der Gründung Kaliningrads „die gesamte architektonische Öffentlichkeit im ganzen aus zwei Menschen bestand“<sup>72</sup>. Die Hoffnung des Leiters der Gebietsabteilung für Architektur, Dimitrij Tjan, der Ende 1947 prophezeit hatte, daß „eine ganze Kohorte von Spezialisten“ das sozialistische Kaliningrad erbauen werde<sup>73</sup>, erfüllte sich jedoch auch nicht, nachdem 1948 mit Dimitrij Navalichin endlich der erste Chefarchitekt für Kaliningrad berufen worden war. Das Gebietsplanungsinstitut (*Oblproekt*) zeigte sich noch 1953 mit dem vergleichsweise überschaubaren Projekt des Wiederaufbaus und der Umgestaltung des Stalingrader Pro-

<sup>68</sup> Vgl. als Beispiel: Programma vosstanovlenija i blagoustrojstva Kaliningrada, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 24. Februar 1952.

<sup>69</sup> Stroiteli i zakazčiki, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 4. Januar 1952.

<sup>70</sup> Der Kaliningrader Parteichef Vasilij Černyšev beschwerte sich 1954 in seinem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1953, daß von den für den Wohnungsbau im Jahr 1953 freigegebenen Mitteln nur 78% aufgebraucht worden seien. Siehe: Otčet o rabote Obkoma KPSS, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 13. Februar 1954. Eine ähnliche Beschwerde beinhaltete bereits der am 9. Februar 1952 von der *Kaliningradskaja Pravda* veröffentlichte Erlaß „O vosstanovlenii i razvitii gorodskogo chozjastva i blagoustrojstva goroda Kaliningrada“. Albrecht Martiny beobachtete ähnliche Verhältnisse in der zentralrussischen Stadt Jaroslavl' und führte dies ebenfalls auf die mangelhafte Ausbildung der Bauarbeiter zurück, deren Beruf schlecht angesehen war. Zudem habe es unter der Bauarbeiterschaft durch Saisonkräfte, wie zwangsverpflichtete Studenten usw., eine hohe Fluktuation gegeben. Vgl. Martiny, Bauen und Wohnen in der Sowjetunion, S. 66–73.

<sup>71</sup> Vgl. III. Plenum Kaliningradskogo Obkoma KPSS, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 1. März 1953.

<sup>72</sup> GAKO, f. 522, op. 1, d. 3, Protokoll der ersten Allgemeinen Versammlung der Architekten der Stadt Kaliningrad.

<sup>73</sup> Tjan, Sovetskij gorod Kaliningrad, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 7. November 1947.

spektes überfordert, da nicht genug qualifizierte Kräfte für die Bearbeitung der Bauzeichnungen verfügbar waren<sup>74</sup>. Auch als Vladimir Chodakovskij 1961 sein Amt als neuer Chefarchitekt Kaliningrads antrat, hatte sich die Lage nicht gebessert: Im gesamten Kaliningrader Gebiet zählte er zu diesem Zeitpunkt lediglich zehn Diplomarchitekten. In seinem Bericht über die Lage des Städtebaus im Kaliningrader Gebiet, den er für den Parteichef der Stadt, G. Družinskij, und den Vorsitzenden des Stadtsowjets, N. Korovkin, verfaßt hatte, forderte er deshalb, mehr Architekten in die Stadt zu schicken – Vilnius beispielsweise habe bei gleicher Einwohnerzahl 200 Diplomarchitekten, obwohl dort nicht so viel zu tun sei<sup>75</sup>. Drei Jahre später errang Chodakovskij lediglich einen ziemlich bescheidenen Erfolg, als er in einer Reihe von Briefen die Direktoren der Polytechnischen Institute und Architekturhochschulen bat, Diplomanden nach Kaliningrad zu schicken, um vor Ort Projekte für das hiesige Stadtzentrum ausarbeiten zu lassen, da es in der Stadt selbst zu wenig Architekten gebe, um diese Aufgaben zu bewältigen: Nur zwei Diplomanden aus Litauen erklärten sich bereit, in Kaliningrad zu arbeiten<sup>76</sup>.

Weil es zu wenig Architekten in Kaliningrad gab, wurde ein großer Teil der Planungsarbeit immer wieder an auswärtige Planungsinstitute vergeben, für deren Bezahlung das Gebietsexekutivkomitee Jahr für Jahr Geld beim Staatlichen Komitee für ziviles Bauen und Architektur beantragen mußte<sup>77</sup>. Die Auslagerung der Planungsarbeit war in der Sowjetunion durchaus üblich und vom Ministerium für Städtebau auch erwünscht, da man sich von

<sup>74</sup> Vgl. Lapin, Glavnaja Magistral', in: *Kaliningradskaja Pravda*, 21. April 1953. Bis Chruščev 1957 ein Wohnungsbauprogramm auflegte, um die in der ganzen Sowjetunion verbreitete Wohnungsnot zu beseitigen, besaß der Wohnungsbau allgemein eine niedrige Priorität, und viele sowjetische Städte hatten einen Mangel an Architekten. Großstädte beschäftigten in der Regel 100–200 Architekten in ihrem zentralen Planungsbüro, in Moskau waren es 500. Genauere Vergleichsangaben über die Entwicklung der Beschäftigungszahlen in diesem Bereich gibt es jedoch noch nicht. Vgl. Bater, *The Soviet City*, S. 36–44.

<sup>75</sup> GAKO, f. 522, op. 1, d. 106, l. 24–26, Brief des Chefarchitekten Kaliningrads, Chodakovskij, an den Parteichef Kaliningrads, G. Družinskij, und den Vorsitzenden des Stadtsowjets, N. Korovkin, vom 13. November 1961. Laut DiMaio war der Mangel an Architekten allerdings ein Problem, mit dem viele sowjetische Städte zu kämpfen hatten. Inwiefern Kaliningrad also tatsächlich im Vergleich zu anderen sowjetischen Städten in dieser Beziehung benachteiligt war, läßt sich noch nicht klären. Vgl. DiMaio, *Soviet Urban Housing*, S. 16f.

<sup>76</sup> Über die Anwerbungsversuche vgl. GAKO, f. 522, op. 1, d. 133, l. 5, Brief des Chefarchitekten Kaliningrads, Vladimir Chodakovskij, an den Rektor des Polytechnischen Institutes von Kaunas vom 29. Mai 1964. Zu den Diplomanden aus Litauen vgl. GAKO, f. 135, op. 1, d. 70, l. 28, Rechenschaftsbericht der Leitung der Kaliningrader Abteilung der Union der Architekten der Sowjetunion (KOSA) für die Jahre 1964 und 1965 vom 10. Dezember 1965. Darin ist ferner erwähnt, daß die KOSA 1965 immerhin schon 17 Mitglieder hatte, wengleich dies im Vergleich mit der litauischen Stadt Kaunas, deren Abteilung der SSA 170 Mitglieder zählte, immer noch sehr wenig war.

<sup>77</sup> GAKO, f. 297, op. 8, d. 1775, l. 20, Brief des Stellvertretenden Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees, G. Chor'kov, an die Staatliche Kommission für ziviles Bauen und Architektur beim Gosstroj SSSR vom 20. August 1965.

der Zentralisierung eine höhere Effektivität versprach<sup>78</sup>. Nach dem Krieg waren eine ganze Reihe von spezialisierten Planungsinstituten entstanden; von ihnen arbeiteten neben dem bereits erwähnten *Giprogor*, das den Generalplan für Kaliningrad entwickelt hatte, unter anderem das „Staatliche Institut für die Planung von Theatern“ (*Giproteatr*), das den Entwurf des Kaliningrader Theaters übernommen hatte, das Leningrader „Zonal-wissenschaftliche Forschungs- und Planungsinstitut“ und das „Zentrale wissenschaftliche Forschungsinstitut für Bühnen- und Sportgebäude“ in Kaliningrad. Vor Ort wurde diese Auslagerung der Planung hingegen nicht gern gesehen und führte schon früh zu Unzufriedenheit sowohl unter den Kaliningrader Architekten als auch unter den lokalen Autoritäten. Bereits während der Planung des Neubaus eines Gewerkschaftshauses am zukünftigen Lenin-Prospekt im Sommer 1954 wandte sich Vasilij Černyšev als Parteichef des Kaliningrader Gebietes persönlich an das Präsidium des Gewerkschaftsverbandes (VCSPS) und forderte es auf, den Architekten des gewerkschaftseigenen Planungsinstitutes nach Kaliningrad zu schicken, damit dieser sich das Grundstück, auf dem das Haus entstehen sollte, einmal mit eigenen Augen ansehen könnte<sup>79</sup>. Besonders negativ bewerteten die Kaliningrader Architekten die Arbeit des Moskauer *Giprogor*: Auf einer Versammlung der KOSA im Dezember 1954 sprach sich der Chefarchitekt von Oblproekt, F. Didenko, dafür aus, „daß die Ausarbeitung der detaillierten Planung der Stadt Kaliningrad vor Ort und von örtlichen Planungsorganisationen durchgeführt werden sollte und nicht durch das Moskauer ‚*Giprogor*‘, dem der Auftrag in diesem Jahr übertragen wurde“. Dies würde die Kosten senken und „ohne Streit die Arbeit der Gebietsverwaltung für Architektur bei der Zuteilung von Baugrundstücken erleichtern“<sup>80</sup>. Diese Forderung wurde zu einem Allgemeinplatz unter den Kaliningrader Architekten, die sicher nicht uneigennützig der Überzeugung waren, „ein gutes und richtiges Projekt“ für das Stadtzentrum sei nur vor Ort zu planen<sup>81</sup>. Diese breite Ablehnung der Zentralisierung dürfte eine weitere Ursache dafür gewesen sein, daß die Planung von *Giprogor* für Kaliningrad bis in die sechziger Jahre hinein nicht befolgt wurde. Noch im Jahr 1964, als vom *Giprogor* eine neue Zentrumsplanung auf den Weg gebracht wurde, sahen die Kaliningrader Architekten in dessen Arbeit im fernen Moskau eine der wesentlichen Ursachen für den schleppenden Fortgang des Wiederaufbaus: „Zu vielen Fehlern [der Stadtplanung] haben die ‚*Giprogor*‘-Leute beigetra-

<sup>78</sup> Vgl. DiMaio, *Soviet Urban Housing*, S. 72–74.

<sup>79</sup> CCHIDNIKO, f. 1, op. 1, d. 71, l. 43, Brief des Parteichefs des Kaliningrader Gebietes, Černyšev, an das Präsidium der VCSPS vom 13. August 1954.

<sup>80</sup> GAKO, f. 135, op. 1, d. 19, l. 6–14, Protokoll No. 2 der Kaliningrader Gebietsversammlung der Architekten vom 25. Mai 1955, hier: l. 12.

<sup>81</sup> GAKO, f. 135, op. 1, d. 19, l. 52–63, Protokoll der Allgemeinen Versammlung, der KOSA mit Architekten und Ingenieuren aus Kaliningrad vom 30. Juli 1955, hier: l. 60.

gen. Die weite Entfernung fördert den engen Kontakt nicht“, wurde auf einer Versammlung der KOSA beklagt<sup>82</sup>. Der damalige Chef der Gebietsabteilung für Architektur, V. Charlamov, stellte deshalb das ganze System der Auftragsvergabe an externe Planungsinstitute in Frage, da auch diese Praxis nicht geholfen habe, genügend Baupläne für Neubauten fertigzustellen. Zudem führe die „Planung der Objekte von außerhalb zu städtebaulichen Fehlern, was die Realisierung der Projekte verzögert“. Charlamov plädierte deshalb dafür, das Gebietsplanungsinstitut zu stärken: „Das Institut ist auf der niedrigsten Lohnstufe angesiedelt und hat deshalb keine Möglichkeit, seine Abteilungen mit qualifizierten Kadern zu vervollständigen. Die Staatliche Planungskommission der RSFSR hat dem Institut in den letzten drei Jahren keinen einzigen Architekten oder Ingenieur zugewiesen.“ Um die Planungsarbeit vor Ort zu verbessern, sei es deshalb insbesondere notwendig, daß Gosplan fünf Architekten und acht Ingenieure nach Kaliningrad schicke<sup>83</sup>.

Erschwert wurde die Arbeit der Architekten in Kaliningrad jedoch nicht nur durch die knappe Personaldecke. Auch das Fehlen der Unterlagen der deutschen Stadtplanungsbehörde war ein gravierendes Planungshindernis: Bis in die sechziger Jahre hinein hatten die Architekten in Kaliningrad keinen detaillierten Stadtplan zur Hand. Für die Ausarbeitung einzelner Detailprojekte mußten daher zum Teil gefundene Fragmente deutscher Pläne verwendet werden<sup>84</sup>. Während dieses Hindernis mit der Zeit durch eigene Vermessungsarbeiten behoben werden konnte, blieb eine andere Schwierigkeit bestehen – es gab keine Dokumentation über die unterirdischen Versorgungsleitungen, insbesondere der Kanalisation. Das Kaliningrader Gebietspartei Komitee schickte Mitte der fünfziger Jahre zwei Vertreter nach Berlin, die in den Archiven der DDR jedoch vergeblich nach entsprechenden Unterlagen suchten. Was erst nach 1991 bekannt wurde: Ein großer Teil der benötigten Unterlagen befand sich seit 1945 zusammen mit weiteren Akten, Plänen und Karten der Königsberger Bauverwaltung im Moskauer Sonderarchiv als Geheimsachen unter Verschuß<sup>85</sup>.

### „Die wesentlichen Bauherren der Stadt“

Eine andere wesentliche Ursache für den langsamen Wiederaufbau Kaliningrads war die Abhängigkeit der Stadt von den Industriebetrieben. Da der kommunale Wohnungsbau wie auch die Konsumgüterindustrie in der So-

<sup>82</sup> GAKO, f. 135, op. 1, d. 70, l. 24 f., Protokoll der Versammlung der KOSA vom 10. Dezember 1965, hier: l. 25.

<sup>83</sup> GAKO, f. 297, op. 8, d. 2030, l. 12–14.

<sup>84</sup> Vgl. Navalichin, *K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada*, Bd. 2, Abb 11,3.

<sup>85</sup> Vgl. Ovsjanov, *Kenigsberg-Kaliningrad v dokumentach*, S. 36. Das Archiv heißt heute „Zentrum für historisch-dokumentarische Sammlungen“.

wjetunion bis in die fünfziger Jahre hinter dem (Wieder-)Aufbau der Schwerindustrie zurückstand, mußten die Betriebe bis 1957 in der Regel selbst für die Unterbringung ihrer Arbeiter sorgen: Das Budget der städtischen Wohnungsverwaltung war, wie in anderen sowjetischen Städten, auch in Kaliningrad für ambitionierte Bauprogramme zu klein, so daß das Wachstum des Wohnungsbestandes, wie der erste Chef der Gebietsverwaltung für Architektur, Dimitrij Tjan, im Sommer 1950 auf einer Sitzung des Stadtsowjets erläuterte, nur von den Industriebetrieben erbracht wurde<sup>86</sup>. Da nun aber der Wohnungsbau keine originäre Aufgabe der Betriebe war und diese sich vorrangig um den Wiederaufbau der eigenen Produktionsanlagen und die Erfüllung ihres Planes kümmern mußten, betrachteten die Betriebsdirektoren ihn als eine lästige Pflicht. Schon 1949 wurde zudem deutlich, daß ein Teil der Investitionsträger, die eigentlich einen Bauantrag für Wohnhäuser gestellt hatten, gar nicht am Wohnungsbau teilnehmen konnten, weil ihnen die Mittel fehlten<sup>87</sup>. Trotzdem wurden die Betriebe regelmäßig öffentlich dafür kritisiert, daß sie ihrer Aufgabe nicht nachkamen, den eigenen Arbeitern Wohnungen zur Verfügung zu stellen<sup>88</sup>, und es wurde vorgerechnet, mit wieviel Quadratmetern Wohnraum sich ein Werk im Rückstand befand<sup>89</sup>. Selbst die Fischereibetriebe und die drei größten Industrierwerke Kaliningrads, bei denen 1955 die meisten Kaliningrader Arbeiter beschäftigt waren, konnten nur einem kleinen Teil ihrer Beschäftigten Wohnungen zuteilen, obwohl sie direkt der Union unterstellt waren und somit besonders gefördert wurden<sup>90</sup>.

Ein weiterer Konflikt zwischen Behörden und Betrieben in Kaliningrad entstand, weil die Betriebe nicht nur zu wenig Wohnungen bauten, sondern zudem die Häuser nicht an den von den Stadtplanern vorgesehenen Stellen, nämlich im Stadtzentrum entlang der Hauptstraßen, errichteten. Das Bauen im Zentrum war vor allem aus ästhetisch-politischen Motiven erwünscht; zur Lösung des Wohnungsproblems trug es hingegen nichts bei oder war dem sogar abträglich. Wie bei der Auseinandersetzung über den Umgang mit der erhaltenen deutschen Bebauung – also dem Streit darum, ob und wie

<sup>86</sup> XIX sessija Kaliningradskogo gorodskogo Soveta Deputatov Trudjaščichsja, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 29. Juli 1950.

<sup>87</sup> Vgl. GAKO, f. 520, op. 1, d. 8, l. 7–12, Expertise von A. N. Kornoučov vom 10. Dezember 1949.

Zum Problem der industriellen Baukörper in der Sowjetunion allgemein vgl. DiMaio, *Soviet Urban Housing*, S. 17f., und über die zentralrussische Stadt Jaroslavl: Martiny, *Bauen und Wohnen in der Sowjetunion*, S. 62–66.

<sup>88</sup> Vgl. Bol'she zaboty o žiliščnom stroitel'stve, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 30. Oktober 1951, über die Kaliningrader Waggonbaufabrik.

<sup>89</sup> Vgl. Vyše tempy i kačestvo žiliščnogo stroitel'stva, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 11. April 1954, über das Kaliningrader Zellstoffkombinat.

<sup>90</sup> Vgl. GAKO, f. 297, op. 8, d. 593, l. 5f., Brief des Parteichefs des Kaliningrader Gebietes, Vasilij Černyšev, und des Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees, Z. Slajkovskij, an das ZK der KPdSU und den Ministerrat der UdSSR vom 30. Juni 1955.

diese zu erhalten oder umzugestalten sei – handelte es sich bei diesem Streit also vereinfacht ausgedrückt um einen Konflikt zwischen Ideologen und Pragmatikern: Während es den Stadtplanern darauf ankam, zumindest die Hauptstraßen Kaliningrads mit geschlossenen Häuserfronten zu bebauen, um so dem Auftrag der politischen Führung zu entsprechen, ein repräsentatives Stadtzentrum zu schaffen, orientierten sich die Werksleitungen zuvorderst an ihren eigenen Interessen. „Die Industriebetriebe, die die wesentlichen Bauherren der Stadt darstellen“, konstatierte daher 1957 der damalige Chefarchitekt Chrustalev, „bemühen sich, die Wohnhäuser in der Nähe der Produktionsstätten zu errichten.“<sup>91</sup> Vier Jahre später beschwerte sich ein Vertreter des Stadtparteikomitees (*Gorkom*), daß von den 150 000 m<sup>2</sup> Wohnraum, die 1959/60 errichtet worden waren, nur 14 000 m<sup>2</sup> an den Magistralen im Stadtzentrum entstanden seien<sup>92</sup>. Angesichts des vernachlässigbaren Individualverkehrs und der schlechten Verbindungen des öffentlichen Nahverkehrs war dieses Vorgehen verständlich: Der Bau werkseigener Wohnhäuser im Kaliningrader Zentrum, weitab von den Betrieben, hätte den Beschäftigten unnötige Wege durch die Stadt aufgezwungen.

Weil ein freiwilliges Entgegenkommen der Industrie in dieser Frage also nicht zu erwarten war, versuchten die Behörden, die Betriebe zur Errichtung von Wohnhäusern im Zentrum zu verpflichten<sup>93</sup>. Seit 1951 veröffentlichte die *Kaliningradskaja Pravda* jährlich Erlasse des Gebietspartei-Komitees, in denen bis ins Detail festgelegt wurde, welcher Betrieb welches Grundstück an den Hauptstraßen im alten Zentrum zu bebauen hatte<sup>94</sup>. Der bis in die sechziger Jahre hinein nahezu unveränderte Zustand der ehemaligen Innenstadt belegt, wie erfolglos diese Erlasse blieben. Enttäuscht „von der realen Baupraxis in der Stadt“, durch die die einzelnen Neubauten „in der Masse der zerstörten Häuser untergehen“, plädierte ein Architekt schon im Jahr 1953 auf einer Versammlung der KOSA deshalb dafür, die „ressortmäßigen Interessen der einzelnen Investitionsträger zu bekämpfen“<sup>95</sup>. Doch gerade diese „ressortmäßigen Interessen“ schützten viele In-

<sup>91</sup> K. Chrustalev, Zastroim central'nye magistrali goroda, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 2. Oktober 1957.

<sup>92</sup> Vgl. V. Kirjaev [Stellvertretender Leiter der Abteilung für Industrie und Transport beim Stadtparteikomitee], Lico našego goroda, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 25. Mai 1961.

<sup>93</sup> Sie folgten damit der Anweisung, die der Chef der Verwaltung für Architektur beim Ministerrat der RSFSR, Škvarikov, in einem Befehl vom 14. September 1948 an den damaligen Chefarchitekten von Kaliningrad, Navalichin, erlassen hatte. Vgl. GAKO, f. 520, op. 1, d. 8, l. 2f.

<sup>94</sup> Vgl. zum Beispiel: Programma vosstanovlenija i blagoustrojstva Kaliningrada, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 24. Februar 1952, und O zastrojke i blagoustrojstve central'nich ulic i ploščadej goroda Kaliningrada, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 3. Februar 1954. In der Geschichtsschreibung des Gebietes wurde diesen Erlassen hingegen große Bedeutung und Wirksamkeit eingeräumt. Vgl. *Istorija Kaliningradskoj Oblasti. 1951 – 1965*, Kaliningrad 1986, S. 41f.

<sup>95</sup> GAKO, f. 135, op. 1, d. 11, l. 4f., Protokoll der Versammlung der KOSA vom 17. Februar 1953.

dustriebetriebe vor der Einflußnahme der lokalen Behörden: Die großen Betriebe Kaliningrads wie das Waggonbauwerk, das Zellstoffkombinat und die Werft unterstanden nicht der Gebietsverwaltung. Sie wurden von Ministerien auf Unionsebene verwaltet und waren somit außerhalb des Systems der dualen Subordination unter die regionalen Gremien von Staat und Partei angesiedelt<sup>96</sup>. Über einen großen Teil der Planung von Häusern entschieden deshalb nicht die Verwaltungen oder Parteigremien vor Ort, sondern Beamte in Moskauer Ministerien. Mit diesem Problem hatten alle sowjetischen Städte zu kämpfen; so äußerte sich der Stalingrader Chefarchitekt V. Simbircev 1953 verbittert über den Einfluß der Ministerien auf die Planung: „Dort werden Entwürfe lediglich unter dem Blickwinkel betrachtet, wieviel Flächen sie zur Verfügung stellen und wieviel sie kosten.“<sup>97</sup> Mit der Sicherheit, durch die Unterstützung der Industrieministerien am längeren Hebel zu sitzen, mißachteten die Unions-Unternehmen deshalb regelmäßig die Generalpläne, bauten ihre Gebäude ausschließlich nach den eigenen Bedürfnissen und stellten die Städte damit vor vollendete Tatsachen<sup>98</sup>. Die Erlasse der Partei, in denen den Betrieben vorgeschrieben wurde, wo sie zu bauen hatten, waren daher meist wertlos. Nicht einmal Stalin persönlich schaffte es, die Unternehmen in Moskau zu zwingen, an den Magistralen der sowjetischen Hauptstadt neue Wohnhäuser zu errichten. Trotz eines entsprechenden Befehls von 1949, der im Moskauer Generalplan von 1951 wiederholt wurde, errichteten die Bauträger zwischen 1950 und 1953 nur 22 Prozent der Wohnhäuser an den vom Plan vorgesehenen Orten, 64 Prozent wurden dagegen in den Randbezirken errichtet<sup>99</sup>.

Mitte der fünfziger Jahre wurden auf Bestreben Chruščevs Anstrengungen unternommen, diese Situation zu ändern. Seit 1957 waren die Stadtsovjets nominell allein verantwortlich für die Belange des Wohnungsbaus<sup>100</sup>. In Kaliningrad keimte daraufhin die Hoffnung auf, daß nun auch das Zentrum bebaut werden könne, da die Gebietsverwaltung für Architektur nicht mehr „an der Leine von einzelnen Wirtschaftsorganisationen“<sup>101</sup> liefe und somit der Primat der Politik über die Wirtschaft wiederhergestellt schien. An dem Grundproblem änderte sich jedoch bis in die sechziger Jahre hinein nichts<sup>102</sup>. Von den 380 000 m<sup>2</sup> Wohnraum, die 1961 – 1966 im Zentrum von Kaliningrad gebaut werden sollten<sup>103</sup>, wurde nur ein kleiner Teil realisiert.

<sup>96</sup> Vgl. Bater, *The Soviet City*, S. 42.

<sup>97</sup> V. Simbircev, *Ob odnom nerazrešennom voprose*, in: *Arhitektura SSSR* 8 (1953), S. 31, zitiert nach: Day, *Building Socialism*, S. 100. Zu diesem Problem siehe auch: Zéle, *Programs and problems of city planning*, S. 19–59.

<sup>98</sup> Vgl. DiMaio, *Soviet Urban Housing*, S. 66–68.

<sup>99</sup> Vgl. Day, *Building Socialism*, S. 98.

<sup>100</sup> Vgl. DiMaio, *Soviet Urban Housing*, S. 46.

<sup>101</sup> Šarin, *Čtoby gorod byl krasivyj*, in: *Kaliningradsckaja Pravda*, 25. Februar 1960.

<sup>102</sup> Noch auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU forderte der damalige Vorsitzende des Moskauer Stadtexekutivkomitees, V. Promyslov, die Rechte der lokalen Sowjets endlich wirk-

Diese Entwicklung wurde von den Behörden durch ihr widersprüchliches Verhalten begünstigt: Da weder die Stadt noch die Industrie in der Lage waren, die Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen, wurden die Kaliningrader auch in diesem Fall – wie schon bei der Frage der Reparatur von Häusern – dazu aufgerufen, die Sache in die eigenen Hände zu nehmen: So veröffentlichte die *Kaliningradskaja Pravda* am 2. Februar 1957 unter der Überschrift „Was diejenigen wissen müssen, die ihr Haus selber bauen“ einen Artikel mit Musterplänen für kleine Einfamilienhäuser. Schon wenige Wochen später, am 15. März, mahnte dagegen Navalichin am gleichen Ort unter der Überschrift „Brennende Fragen des Wiederaufbaus“, keine niedrigen Holzhäuser in der Stadt zu bauen, um die Bebauung der Magistralen nicht zu gefährden.

### *Typenbauweise*

Die Bebauung gerade des Kaliningrader Stadtzentrums scheiterte hingegen nicht nur an dem eben beschriebenen faktischen Primat der Wirtschaft über die Politik. Ein weiterer Hemmschuh war der Vorrang der Menge des errichteten Wohnraums vor der symbolisch-politischen Aussage der Stadtlandschaft. Bei der Frage, an welcher Stelle Wohnhäuser errichtet werden sollten, zeichnete sich insofern *innerhalb* von Architektur und Städtebau ein Übergewicht des wirtschaftlichen über den politischen Aspekt ab.

Für die Bebauung des Stadtzentrums bedeutete die Priorität der Quantität im Wohnungsbau aus zwei Gründen einen weiteren Stillstand: Zum einen wurden Ende der fünfziger Jahre und in der ersten Hälfte der sechziger Jahre keine öffentlichen Gebäude errichtet<sup>104</sup> und die ehrgeizigen Pläne für einen gesellschaftlichen Mittelpunkt der Stadt im Bereich der Schlossruine deshalb vorerst auf Eis gelegt. Folgeschwerer war aber, daß in der Sowjetunion in dem Bestreben, möglichst viel Wohnraum zu errichten, schon in der Spätphase der Stalin-Ära gefordert wurde, zur Bebauung mit typisierten Gebäuden überzugehen<sup>105</sup>. Nach Stalins Tod im März 1953

sam zu stärken, vgl. *Pravda*, 8. April 1966, zitiert nach: DiMaio, *Soviet Urban Housing*, S. 66. Über den immer noch starken Einfluß der Betriebe auf die Stadtplanung in den sechziger Jahren vgl. Reiner, *Planning and Decision-Making in the Soviet City*, S. 49–71, bes. S. 59f.

<sup>103</sup> V. Mateev, *Zavtra našego goroda*, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 20. April 1961.

<sup>104</sup> Vgl. GAKO, f. 522, op. 1, d. 106, l. 24–26, Bericht von Chefarchitekt Chodakovskij für den Parteichef Kaliningrads, G. Družinskij, vom 13. November 1961 über die Lage des Städtebaus im Kaliningrader Gebiet; und: GAKO, f. 297, op. 8, d. 1775, l. 9, Brief des Vorsitzenden des Stadtexekutivkomitees, Ja. Prušinskij, an das Kulturministerium der RSFSR vom 27. April 1965.

<sup>105</sup> Nach Meinung von Day, *Building Socialism*, S. 90–94, äußerte sich in dem Bemühen des Regimes, die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum zu verbessern, der Versuch, mit den Menschen einen „Big Deal“ abzuschließen. Er bezieht sich hierbei auf Vera Dunham, *In Stalin's time: Middle-class values in Soviet fiction*, Cambridge 1976, die den Versuch der

machte sich sein Nachfolger Nikita Chruščev daran, diese Richtung energischer weiterzuverfolgen. Auf dem Allunions-Baukongreß vom Dezember 1954 läutete er eine entschiedene Wende ein, die zu einer Industrialisierung des ganzen Wohnungsbaus führen sollte. Nach seinen Angaben arbeiteten im Jahr 1954 von den etwa 1100 sowjetischen Planungsbüros nur 152 mit typisierten Bauelementen<sup>106</sup>. Bereits im August desselben Jahres hatte er deshalb den Bau von 602 neuen Fabrikationsstätten für die Herstellung von Stahlbetonfertigteilen dekretiert<sup>107</sup>. Es dauerte einige Jahre, bis sich die Industrialisierung und Typisierung durchsetzte, da viele Bauarbeiter mit der neuen Technik nicht vertraut waren<sup>108</sup>, doch nachdem der Übergang Anfang der sechziger Jahre endgültig vollzogen war, ergab sich ein neues Problem für die Stadtplaner: Die Typenhäuser waren zu unflexibel, um sie in den Stadtzentren zu verwenden – sie wurden meist in den Vororten aufgebaut, wo sie nebeneinander auf ein freies Feld gesetzt werden konnten, ohne daß auf bestehende Strukturen zu achten war<sup>109</sup>.

In Kaliningrad kam verschärfend hinzu, daß dort Anfang der sechziger Jahre nur zwei Typen von Wohnhäusern zur Anwendung kamen<sup>110</sup>. Gestaltungsmöglichkeiten für Architekten waren somit kaum vorhanden. Um einen völligen Stillstand bei der Bebauung der Innenstadt zu vermeiden, deren politisch-symbolische Bedeutung weiterhin unbestritten blieb, gab es nur zwei Auswege: entweder die weitestgehende Abräumung der alten Bebauung im Zentrum, um sie tauglich für den Bau von Typenprojekten zu machen, oder die Rekonstruktion wiederaufbaufähiger Gebäude. Navalichin hatte sich in seiner Zeit als Chefarchitekt und danach als Chef der Gebietsverwaltung für Architektur bekanntlich für eine konsequente Abwendung von der deutschen Architektur ausgesprochen. Die teilweise Realisierung seiner Pläne für einen Umbau des Zentrums in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre verdankt sich deshalb wahrscheinlich gerade der Tatsache, daß sein radikaler Umgang mit der vorgefundenen Umgebung den

politischen Führung der Sowjetunion beschreibt, Ende der vierziger Jahre die eigene Legitimation zu erweitern, indem sie der Bevölkerung ein Recht auf Konsumgüter und Privatleben zugestand.

<sup>106</sup> Chruščevs Rede vom 7. Dezember 1954 ist in gekürzter Fassung von der *Stroitelnaja gazeta* am 29. Dezember 1954 veröffentlicht worden. Eine Übersetzung findet sich unter anderem in: Martiny, Bauen und Wohnen in der Sowjetunion, S. 167–182.

<sup>107</sup> Vgl. Martiny, Bauen und Wohnen in der Sowjetunion, S. 96.

<sup>108</sup> Vgl. Martiny, Bauen und Wohnen in der Sowjetunion, S. 41–48. In Navalichins Dissertation findet sich ein Foto, wie 1957 die Betongroßblöcke für die ersten Typenhäuser in Kaliningrad von Hand in Holzformen hergestellt werden.

<sup>109</sup> Bereits Anfang 1950 beschwerten sich Experten des Ministeriums für Städtebau, daß in Stalingrad trotz des großen Umfanges der Bautätigkeit der städtebauliche Erfolg sehr unbefriedigend sei, da keine Hauptstraße im Zentrum der Stadt vollständig bebaut sei. Vgl. Day, *Building Socialism*, S. 96.

<sup>110</sup> Vgl. GAKO, f. 522, op. 1, d. 106, l. 24–26, Bericht des Chefarchitekten Chodakovskij an den Parteichef der Stadt Kaliningrad, G. Družinskij, über die Lage des Städtebaus im Kaliningrader Gebiet.

Einsatz von Typenprojekten ermöglichte. Die Pläne von *Giprogor* nahmen sich daneben antiquiert aus, da sie im wesentlichen dem alten Straßenmuster folgten und deshalb individuelle Entwürfe für die Gebäude voraussetzten. Navalichin betonte 1958, im Planungsschema von *Giprogor* sei nicht beachtet worden, „daß die neue Bebauung der Blöcke, die im wesentlichen mit modernen Typenprojekten realisiert wird, sich faktisch nicht an dem früher bestehenden Netz von Straßen und unterirdischen Versorgungsleitungen orientieren kann“. Die neue Bebauung erfordere hingegen einen ganz neuen Maßstab<sup>111</sup>. Der großflächige Abriss der Ruinen in der nördlichen Innenstadt zwischen Schloßruine und ehemaliger Ostmesse seit Ende der fünfziger Jahre entsprach somit nicht nur der von Navalichin geforderten Abkehr von der deutschen Stadt, sondern war auch Vorbedingung für die Neubebauung mit Typenprojekten. Insofern griffen in Navalichins Projekt in einer paradoxen Weise modernisierende und konservative Bestrebungen ineinander, die bis in die sechziger Jahre hinein die Ablehnung der Vorkriegsarchitektur zementierten.

Das Scheitern des Neuaufbaus, ob mit oder ohne Typenprojekten, setzte aber seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre den bereits erwähnten Umwertungsprozeß in Gang, in dessen Verlauf versucht wurde, die „Gehäuse“ (*korobki*) der zerstörten Häuser verstärkt in den Aufbau miteinzubeziehen. Schon 1960 hatte der damalige Kaliningrader Chefarchitekt L. Iljuchin in der *Kaliningradskaja Pravda* die Meinung vertreten, manche Ruinen könne man „im ursprünglichen Zustand wiederaufbauen, rekonstruieren oder ihre Fundamente benutzen“, um so Geld und Baumaterial zu sparen<sup>112</sup>. Vier Jahre später hatte sich auch der Vorsitzende des Stadtexekutivkomitees, N. Loškarev, dieser Meinung angeschlossen und schrieb einen Brief an *Gosstroj RSFSR* mit der Bitte, in der Stadt 15 Prozent nichttypisierte Wohnhäuser errichten zu dürfen, um die Ruinen im Stadtzentrum, „die einen großen Wert darstellen“, wiederaufbauen zu können<sup>113</sup>. Auch beim Wiederaufbau von Ruinen tauchte allerdings das Problem der Industrialisierung des Bau-sektors auf, das ihn nach Ansicht von Iljuchins Nachfolger Chodakovskij entscheidend erschwerte: „Im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Übergang zu industriellen Baumethoden, bei denen vorgefertigte Elemente benutzt werden, ist beim Wiederaufbau von Ruinen mit nichttypisierten Abmessungen eine Anwendung der vorhandenen typisierten Elemente praktisch unmöglich. Beim Wiederaufbau dieser Ruinen wird im wesentlichen nichtmechanisierte Handarbeit angewendet.“ Aus diesem Grunde nahmen die Baubetriebe den Wiederaufbau von Ruinen nur ungern in An-

<sup>111</sup> Navalichin, K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada, S. 103.

<sup>112</sup> L. Iljuchin, Protiv besplanovosti v zastrojke Kaliningrada, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 2. Februar 1960.

<sup>113</sup> GAKO, f. 522, op. 1, d. 133, l. 1f., Brief des Vorsitzenden des Stadtexekutivkomitees, Loškarev, an Gosstroj RSFSR vom 1. Februar 1962.

griff, und selbst die Rekonstruktion von Gebäuden, für die es schon Pläne gab, verzögerte sich<sup>114</sup>. Hemmender als der Unwille lokaler Baubetriebe wirkte sich aber auch in diesem Fall der zentralisierte Entscheidungsprozeß auf den Wiederaufbau aus: Die Moskauer Behörde Gosstroj behielt sich vor, über den Wiederaufbau jeder Ruine einzeln zu entscheiden. Bevor in den sechziger Jahren ein zerstörtes Haus in Kaliningrad wiederhergerichtet werden konnte, mußte die Stadtverwaltung daher erst eine detaillierte Dokumentation des Projektes mit Grund- und Aufrissen, einem Gutachten über die vorhandene Bausubstanz, Fotos der Ruine und Unterlagen über die für den Wiederaufbau veranschlagten Mittel nach Moskau zur Prüfung schicken<sup>115</sup>.

#### 4. Zukunftssehnsucht

Auch wenn der Erwartungshorizont der sowjetischen Neusiedler an die neue Heimat schon bei ihrer Ankunft beträchtlich gesenkt wurde, so nahm doch die Entwicklung der Stadt in den folgenden Jahrzehnten einen unerwartet unerfreulichen Verlauf. Hatte die *Kaliningradskaja Pravda* noch 1948 siegesbewußt verkündet, daß die „junge sowjetische Stadt Kaliningrad“ in einem solchen Tempo wiederaufgebaut werde, „wie es die Städte in den kapitalistischen Ländern nicht kennen“<sup>116</sup>, so häuften sich spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre die oben beschriebenen kritischen Stellungnahmen über den nur mühsam fortschreitenden Wiederaufbau. Sorgfältig wurde bei dieser Kritik jedoch darauf geachtet, den Vergleich Kaliningrads mit Königsberg aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten – Überlegungen von Architekten und Parteigenossen in diese Richtung wurden deshalb vorwiegend intern angestellt und finden sich dementsprechend auch fast nur in Schriftstücken, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren<sup>117</sup>.

Um so aufmerksamer wurden von der Partei hingegen die Publikationen der Vertriebenenpresse über Kaliningrad studiert, die einen Vergleich des Vorkriegszustandes Königsbergs mit der aktuellen Situation der Stadt an-

<sup>114</sup> GAKO, f. 297, op. 8, d. 593, l. 125, Antwort vom 17. Juli 1962 des Chefarchitekten Chodakovskij auf einen Leserbrief in der *Kaliningradskaja Pravda* vom 15. Juli 1962.

<sup>115</sup> GAKO, f. 522, op. 1, d. 133, l. 2f., Brief von Gosstroj an das Stadtexekutivkomitee vom 14. Februar 1964 (Antwort auf dessen Schreiben vom 1. Februar 1964).

<sup>116</sup> *Kaliningradskaja Pravda*, 7. April 1948, zitiert nach Matthes, Als Russe in Ostpreußen, S. 176.

<sup>117</sup> Eine der wenigen Ausnahmen stellt die Bemerkung des damaligen Chefarchitekten K. Chrustalev in dem Artikel „Zastroim central'nye magistrali goroda“ dar, den die *Kaliningradskaja Pravda* am 2. Oktober 1957 publizierte. Darin schrieb Chrustalev, daß alle Städte ein historisch gewachsenes Zentrum mit hohen, schönen Häusern besäßen, von dem aus alle Teile der übrigen Stadt gut erreichbar seien. Königsberg habe „alle diese Merkmale“ gehabt, Kaliningrad aber besitze gegenwärtig überhaupt kein Zentrum.

stellten. Im ehemaligen Gebiets-Parteiarchiv der KPdSU haben sich einige russische Übersetzungen solcher Artikel erhalten, bei denen die roten Unterstreichungen zeigen, welche Aussagen die Leser im Kaliningrader Gebietspartei Komitee besonders auffielen. So hatte das *Ostpreußenblatt* unter der Überschrift „Heute im nördlichen Teil Ostpreußens“ im März 1963 unter Bezug auf eine sowjetische Veröffentlichung über Kaliningrad unter anderem geschrieben: „Aber wenn heute Königsberg von etwa 200000 Menschen bewohnt wird, dann heißt das bei den russischen Wohnverhältnissen, daß noch die Hälfte der Stadt in Trümmern liegt.“ Einen Absatz weiter wurde die Bemerkung unterstrichen: „... von einer Universität wird nichts gesagt.“<sup>118</sup> Ohne die Stadt mit eigenen Augen gesehen zu haben, hatten die Autoren mit diesem Artikel eine empfindliche Stelle des Selbstbewußtseins der Kaliningrader berührt. Wie sehr diese Berichte die Parteit Spitze treffen mußten, wird schon allein aus der Tatsache ersichtlich, daß das Kaliningrader Gebietspartei Komitee bereits während der Vorbereitung zur Feier des zehnjährigen Bestehens des Kaliningrader Gebietes das ZK der KPdSU gebeten hatte, das Kaliningrader Pädagogische Institut anlässlich dieses Jahrestages in eine Universität umzuwandeln – weil Königsberg eine Universitätsstadt gewesen war<sup>119</sup>.

Der Abgeordnete des Kaliningrader Gebietes im Obersten Sowjet und Gebietspartei chef, Nikolaj Konovalov, zeigte sich von solchen Artikeln derart empört, daß er sich zu einer Art Vorwärtsverteidigung entschloß. In einem Kommentar für die *Literaturnaja Gazeta*, der später von der *Kaliningradsckaja Pravda* übernommen wurde, schrieb er 1967: „Die Herren aus Westdeutschland wollen sich nicht darin schicken, daß auf der Erde des ehemaligen Ostpreußens ein neues sowjetisches Gebiet geschaffen wurde, sich entwickelt und festigt – ein Vorposten des Friedens im Westen unserer Heimat.“ Die Produktion der Kaliningrader Industrie sei mittlerweile sechsmal höher als vor dem Krieg, und die Kaliningrader Fischer fingen mehr Fische als alle Fischer Westdeutschlands zusammen. Die Autoren des *Ostpreußenblattes* hätten nicht bemerkt, daß anstelle der von ihnen beschriebenen Ruinen in Wahrheit Neubauten stünden<sup>120</sup>.

<sup>118</sup> CChIDNIKO, f. 3928, op. 9, d. 2, Übersetzung des Artikels „Heute im nördlichen Ostpreußen. I. Teil. Königsberg“, in: *Das Ostpreußenblatt* No. 10, 9. März 1963. In der Akte befinden sich noch weitere Übersetzungen, unter anderem von Artikeln aus der *Heimatbrücke*. Sämtliche Artikel erschienen in den sechziger Jahren.

<sup>119</sup> CChIDNIKO, f. 1, op. 18, d. 55, l. 59, Brief des Kaliningrader Partei chefs, Vasilij Černyšev, an das ZK der KPdSU vom 28. Dezember 1955 mit Vorschlägen im Zusammenhang des zehnjährigen Bestehens des Kaliningrader Gebietes.

<sup>120</sup> Konovalov, Molodoj kraj sovetskoi Rossii, in: *Kaliningradsckaja Pravda*, 11. Mai 1967 (zuerst abgedruckt in: *Literaturnaja Gazeta*, 9. Mai 1967). Die durch den schlechten Zustand Kaliningrads entstandene Angst vor einer Blamage könnte jedoch einer der Gründe gewesen sein, weshalb Kaliningrad so lange eine geschlossene Stadt war. Noch 1987 soll der damalige außenpolitische Berater Gorbačëvs, Georgi Arbatov, gesagt haben, daß Kaliningrad „einfach noch nicht vorzeigbar sei“. Vgl. Ihlau, Einmal Kaliningrad bitte!

Konovalovs Kommentar ist wahrscheinlich in erster Linie für das Ausland konzipiert gewesen, um auf die schon erwähnte „Aufmerksamkeit westlicher Führer“ für die Lage im ehemaligen Königsberg zu reagieren. Sehr viel beunruhigender als die Meinung von Vertriebenen waren für die örtlichen Parteivertreter allerdings die negativen Auswirkungen des Zustandes Kaliningrads auf die Stimmung in der Stadt. Diesen Auswirkungen versuchte man entgegenzuwirken, indem zum Beispiel die *Kaliningradskaja Pravda* schon frühzeitig demonstrativ die Erfolge des Wiederaufbaus feierte. So verkündete Navalichin 1950, zwei Jahre nachdem er sein Amt als Kaliningrader Chefarchitekt angetreten hatte: „In der ganzen Stadt gibt es keine Ecke, an der nicht gebaut wird. Vor kurzen wurden von den Wohnhäusern in der Pugačev-, Engels-, Offizierskaja und Kommunalnaja Straße die Gerüste abgenommen. Bald werden die Arbeiter von Kaliningradvodstroj die Montage des Daches des Wohnhauses am Stalingrader Prospekt vollendet haben. [...] Aber all das ist nur der Anfang des grandiosen Aufbaus des zukünftigen Kaliningrad. In den kommenden zwei Jahren wird das Bautempo erhöht.“<sup>121</sup> Im ersten Nachkriegsjahrzehnt wurde beinahe jedes fertiggestellte Wohnhaus abgelichtet und mit Bildunterschriften wie „Der Morgen Kaliningrads“ oder „Kaliningrad baut auf und wächst“ der Leserschaft präsentiert<sup>122</sup>. Sofern es kein Gebäude gab, dessen Fertigstellung zu feiern war, wurde in den fünfziger Jahren ersatzweise über die sogenannten „subbotniky“ oder „voskreseniky“ berichtet: mehr oder weniger freiwillige Arbeitseinsätze von angeblich bis zu 35 000 Kaliningrädern an Wochenenden, bei denen in der Regel Aufräum- oder Gartenarbeiten durchgeführt wurden. Wenn schon keine Ruinen wiederaufgebaut werden konnten, so sollten doch wenigstens schöne Blumenrabatten das Auge erfreuen<sup>123</sup>. Auch kleine Erfolge wurden als große Errungenschaft gepriesen, so zum Beispiel die Aufstellung der neuen Straßenlaternen am Stalingrader Prospekt anlässlich des zehnten Jahrestages der Erstürmung Königsbergs – der ersten Straßenbeleuchtung in der Stadt seit Kriegsende<sup>124</sup>.

In diesen Zusammenhang gehören auch die zahlreichen Veröffentlichungen in der lokalen Presse über einzelne Bauprojekte und die grandiosen Umgestaltungsvorhaben, die noch gar nicht in Angriff genommen worden waren. Ihre Präsentation täuschte eine Dynamik der Stadtentwicklung vor, die sich angesichts der Gigantomanie der Pläne Navalichins nie einlösen ließ. Kaliningrad befand sich dabei in der gleichen Lage wie viele andere kriegszerstörte Städte, für die nach 1945 neue Generalpläne geschaffen wurden: „Mit diesen Projekten“, so der Historiker Andrej Ikonnikov, „sollten

<sup>121</sup> Navalichin, Naš gorod zavtra, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 7. April 1950.

<sup>122</sup> So zum Beispiel am 1. Oktober 1950 und am 31. Oktober 1951.

<sup>123</sup> Entsprechende Berichte zum Teil mit Fotos wurden unter anderem am 22. April, am 10. Juli 1951 und am 15. Februar 1952 in der *Kaliningradskaja Pravda* veröffentlicht.

<sup>124</sup> Maljonikov, Kaliningrad segodnja, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 9. April 1955.

ausgedehnte zusammenhängende Systeme aus öffentlichen Ensembles geschaffen und entwickelt werden, hinter denen keine realen Investitionsquellen standen und für die es keine Funktionsprogramme gab [...] Die Utopie artete zur Phantasie aus, die ihren Wert in sich selbst hatte und von den realen Lebensbedingungen unabhängig war.“<sup>125</sup> Die Planung für die großen Ensembles hatte somit vor allem eine Aufgabe – mächtige Ideen sollten die Macht des Staates und der Partei verdeutlichen<sup>126</sup>.

Auch nach dem Ende der Stalin-Ära änderte sich nichts an der Tendenz, Potemkinsche Städte zu errichten: Noch Mitte der sechziger Jahre meinte der Vorsitzende der KOSA, Eremeev, man müsse gegenüber der *Kaliningradskaja Pravda* in Zukunft besser klarstellen, welche Projekte sich noch in der Planungsphase befänden und welche tatsächlich zur Realisierung anstünden<sup>127</sup>. Die virtuelle Rundfahrt durch die Stadt der Zukunft, bei der die Pläne so dargestellt werden konnten, als seien sie bereits realisiert, blieb aber ein beliebtes Stilmittel der lokalen Presse<sup>128</sup>. Diese Ausflüge spiegelten jedoch nicht nur das stete Bemühen der Behörden wider, den Einwohnern der Stadt das sichere Nahen besserer Zeiten zu verkünden – sie entsprachen auch der Zukunftssehnsucht der Kaliningrader, die mit der Gegenwart unzufrieden waren, eine Zukunftssehnsucht, die der Architekt S. Grin'kov in seinem bereits zitierten Stoßseufzer offen ansprach, als er schrieb: „Wie sehr wünschen wir Kaliningrader uns, daß [...] die Ruinen und Brachflächen vollständig verschwinden! Wir versuchen nicht selten in die Zukunft zu blicken, uns vorzustellen, was hier gebaut wird und wie dann die Stadt aussehen wird.“<sup>129</sup>

Gegen den für Kaliningrad unvorteilhaften Vergleich mit dem Königsberg der Vorkriegszeit setzte die Partei die Betonung der Kriegszerstörungen und der seitdem geleisteten Aufbauenerfolge. So wird im ehemaligen Kaliningrader Gebietsparteiarchiv ein Foliant aufbewahrt, der etwa 1958 entstand. Der Foliant ist in zwei Teile gegliedert; der erste Abschnitt ist mit „Die Folgen des Krieges“ überschrieben und zeigt das zerstörte Königs-

<sup>125</sup> Ikonnikov, Architektur und Utopie, hier: S. 35.

<sup>126</sup> Allerdings ist zu bemerken, daß zwar, von Stalingrad und Novgorod abgesehen, kaum ein sowjetisches Stadtzentrum nach den Plänen der vierziger und fünfziger Jahre vollendet wurde, viele Innenstädte jedoch trotzdem von den stalinistischen Bauten dieser Zeit beherrscht werden, wie zum Beispiel Moskau (Hochhäuser), Voronesh, Kiev, Sevastopol, Charkov u. a.

<sup>127</sup> GAKO, f. 135, op. 1, d. 70, l. 27–31, Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden der KOSA, Eremeev, vom 10. Dezember 1965.

<sup>128</sup> Als Beispiel kann der Artikel von V. Kormil'cev, Èto budet zavtra, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 1. Januar 1969, dienen, in dem sich der Autor gedanklich ins Jahr 1975 versetzt, mit dem Taxi durch die Innenstadt fährt und sich die neuen Gebäude ansieht. Die gleiche Vorgehensweise läßt sich in sowjetischen Städten schon seit Mitte der dreißiger Jahre beobachten, so zum Beispiel in Moskau, bevor der Generalplan von 1935 überhaupt offiziell verabschiedet war. Vgl. Intourist, Moscow. Past, present, future, Moskau 1934, S. 137–149.

<sup>129</sup> Grin'kov, Glazami zodčich, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 21. September 1965.

berg, der zweite Abschnitt trägt den Titel „Kaliningrad heute“ und enthält eine Reihe von Fotos von Neubauten und Denkmälern. Dieses Album entstand drei Jahre nachdem der westdeutsche Rautenberg-Verlag anlässlich des 700-jährigen Stadtjubiläums der Stadt Königsberg im Jahr 1955 den Bildband „Königsberg in 144 Bildern“ herausgegeben hatte, ein Buch mit alten Fotografien der Stadt vor ihrer Zerstörung<sup>130</sup>. Der prächtig ausgestattete und handgefertigte Kaliningrader Foliant war offensichtlich als Reaktion auf den westdeutschen Bildband gedacht: Er trägt auf dem aufwendig aquarellierten Deckblatt den Titel „700 Jahre Gebiets-, Industrie- und Kulturzentrum, bedeutender Hafen an der Ostsee, Stadt Kaliningrad. 144 Fotografien“<sup>131</sup>. Diese sonderbare Mischung von wahrscheinlich ironisch gemeinter Adaption der Stadtgeschichte und dem Verweis auf den sozialistischen Wiederaufbau sollte demonstrieren, wie wenig von der alten Stadt geblieben war und wie hoch folglich die Leistungen nach 1945 zu bewerten waren. Beim Betrachter stellt sich angesichts einiger Fotos des Wiederaufbaus allerdings ein gegenteiliger Eindruck ein: Es fällt auf, wie isoliert viele Neubauten inmitten der Trümmerwüste waren.

Anfang der sechziger Jahre wurde der Versuch unternommen, die Aufbaufolge in ein besseres Licht zu rücken, indem der Eindruck, die Stadtentwicklung mache keine Fortschritte, zu einem Wahrnehmungsproblem erklärt wurde. Im Winter 1960 und Frühjahr des folgenden Jahres erschien in der *Kaliningradskeja Pravda* eine Artikelserie mit dem etwas trotzigem Titel „Das haben wir selbst gemacht“. Auch hier wurde ausführlich die Ausgangslage in der kriegszerstörten Stadt erörtert, und Einwohner Kaliningrads berichteten, was sie zum Wiederaufbau beigetragen hatten. Das Ziel dieser Artikel war es, die Leserschaft zu überzeugen, daß der Anschein des Stillstandes beim Wiederaufbau im wesentlichen durch den zu nahen Blickwinkel der Kaliningrader Bevölkerung erzeugt werde. Sie mußte deshalb an die Hand genommen und durch die Stadt geführt werden, um ihr die Augen zu öffnen für Dinge, die sie selbst nicht wahrnahm. Ein bemerkenswertes Beispiel für diese Argumentation ist ein Artikel, in dem die Autorin beschreibt, wie sie mit einer Bekannten, die schon seit einigen Jahren nicht mehr in Kaliningrad gewesen sei, durch die Straßen der Stadt spazierte. Verwundert registrierte sie die Begeisterung ihrer Bekannten über Kaliningrad.

„Ja, das ist ja eine andere Stadt, eine völlig neue Stadt“, wiederholte sie jede Minute. Ich verstand anfangs diesen verzückten Zustand irgendwie nicht, doch dann versuchte ich, mir unsere Stadt so vorzustellen, wie sie früher war. Und dann verstand ich meine Bekannte. Uns Kaliningradern fällt es schwerer, den krassen Wandel im Anblick unserer Stadt zu bemerken, wir haben uns hier eingelebt, wir gehen jeden Tag durch ihre Straßen, und so wie die Mutter nicht das Größerwerden ihres Kindes bemerkt, so bemerken auch

<sup>130</sup> Kakies, Königsberg in 144 Bildern.

<sup>131</sup> CChIDNIKO, f. 3928, op. 12, d. 94.

wir mitunter nicht, wie hier und dort schöne und helle Häuser emporwachsen, wie ein dünnes Zweiglein, das liebevoll neben einen Weg gesetzt wurde, sich in einen fülligen, grünen Baum verwandelt, wie an der Stelle von Ruinen Parks und Grünanlagen erblühen.“

Das abschließende Eingeständnis der Autorin, daß „zu der Zeit, zu der sich andere Städte schon an ein friedliches Leben gewöhnten“, sich in Kaliningrad tatsächlich „noch bei jedem Schritt der durchzustandene Krieg fühlbar“ machte, nahm die negative Wahrnehmung der zerstörten Stadt durch die Kaliningrader auf, um sie sogleich umzuwerten, indem diese Zeit als abgeschlossene Vergangenheit erschien, die nun von einer erfolgreichereren Gegenwart abgelöst wurde<sup>132</sup>.

Um die Entwicklung Kaliningrads seit seiner Annexion durch die Sowjetunion zu beschreiben, benutzte auch der Architekt S. Grin'kov einige Jahre später, in einem Artikel vom April 1964, eine Wachstumsmetapher, indem er die neunzehn Jahre der sowjetischen Geschichte der Stadt mit den Lebensphasen eines Menschen verglich. Die von den Kaliningratern beklagte und von Grin'kov eingestandene Verzögerung im Aufbau der Stadt erklärte er somit zu einer natürlichen Entwicklungsstufe: Neunzehn Jahre im Leben eines Menschen – das sei „die Zeit der Jugend und des Erwachsenwerdens. Eben diese Zeit durchlebt nun unsere Heimatstadt Kaliningrad. Sie erhob sich aus dem Staub, gewann an Stärke, streckte die Schultern und schreitet sicheren Schrittes in die Zukunft.“<sup>133</sup> Diese Deutung weitergedacht, erscheint es ganz selbstverständlich, daß Kaliningrad bisher aufgrund seiner „Kindheit“ und „Jugend“ noch keine vollwertige Stadt war, nicht auf eigenen Füßen stehen konnte, sondern noch der fremden Hilfe bedurfte. Gleichzeitig wird auch hier wieder die nun endlich erfolgte Wende zum Besseren beschworen, visualisiert durch das Bild des „sicheren Schrittes“, mit dem die nun erwachsene Stadt in die Zukunft schreite.

Bildhafte Interpretationen der Stadtentwicklung blieben auch in den folgenden Jahren fester Bestandteil der Lokalberichterstattung über den Aufbau Kaliningrads. Besondere Begeisterung löste der Bau des „Mikrorayons No. 1“ aus, dessen Bau 1965 begonnen wurde. Dieses erste flächendeckende Neubaugebiet in Kaliningrad seit 1945 entstand im nördlichen Teil des alten Stadtzentrums zwischen Schloßruine, Lenin-Prospekt, Unterteich und ehemaliger Ostmesse. Unter der Überschrift „Veränderungen“ beschrieb ein Autor die Arbeiten im Sommer 1966 als einen „Angriff“, der dort von Bauunternehmen auf „breiter Front“ durchgeführt werde, und fuhr fort: „Ich habe mich nicht versprochen und übertreibe auch nicht, wenn ich die Be-

<sup>132</sup> Odná iz mnogich – ulica Narvskaja, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 3. Dezember 1960. Die weiteren Artikel der Serie erschienen am 1., 11. und 18. Dezember 1961, am 16. und 28. Februar und am 9. und 30. März 1962.

<sup>133</sup> Grin'kov, Molodet' rodnomu gorodu!, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 4. April 1964.

griffe ‚Front‘ und ‚Angriff‘ benutze. Betrachten Sie das Gelände zwischen den Straßen *Astronomičeskaja* und *Sergeeva*, und Ihrem Blick eröffnet sich das Panorama eines Sturmangriffes. Auf die Brachfläche brechen Wohnhäuser ein. Die einen sind schon bis zum Dach fertig, bei anderen werden die Mauern errichtet und dritte sind schon bezugsfertig. [...] Reihenweise fahren Lastwagen Betonblöcke und Platten heran. Das Gekrache der Dieselmotoren und menschliche Stimmen, das Knirschen von Bulldozern, die Trümmer beiseite schieben, alles verschmilzt zu einer einzigen Bausymphonie.“<sup>134</sup> Zwanzig Jahre nach Kriegsende war in Kaliningrad die Nachkriegszeit zu Ende.

<sup>134</sup> Ja. Zarachovič, *Peremeny*, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 12. Juli 1966.

### III. Symbole

#### 1. Definitionsmacht Denkmal

##### *Der Gründungsmythos*

Denkmäler spielten in Kaliningrad nach 1945 eine wichtige Rolle: Da lange Zeit selbst die bloß äußerliche Umgestaltung alter deutscher Gebäude wegen Geld- und Materialmangel häufig nicht durchzusetzen war und bevor es seit Mitte der sechziger Jahre gelang, mit den ersten nennenswerten Fortschritten im Wohnungsbau das Gesicht Kaliningrads dem anderer sowjetischer Städte bemerkbar anzupassen, hatten Denkmäler als Instrumente der Identitätsstiftung eine besondere Bedeutung – vor allem mit ihnen wurde die Stadt symbolisch in Besitz genommen. In einer Zeit, in der nur wenige Neubauten entstanden, war es entscheidend, die neue Zeit durch Denkmäler optisch präsent zu machen, mit kosmetischen Eingriffen den großen Stadtumbau zu ersetzen.

Obwohl Navalichin als Chefarchitekt Kaliningrads und danach als Leiter der Gebietsabteilung für Architektur noch bis 1958 hoffte, ganz Kaliningrad dereinst zu einem Denkmal für den Sieg der Sowjetunion im „Großen Vaterländischen Krieg“ umzugestalten, war er sich doch der zumindest mittelfristig begrenzten Mittel für eine solche Umgestaltung bewußt. Um die Stadt trotzdem „symbolisch und kompositorisch zu bereichern“ und sie „den sowjetischen Menschen nah und verständlich zu machen“, schlug er als Ausgleichsmaßnahme die Errichtung von Denkmälern vor. So sei mit „vergleichsweise kleinen und sparsamen Mitteln“ „ein neuer Klang“ der wichtigsten Ensembles Kaliningrads und dadurch der ganzen Stadtlandschaft realisierbar. Diese Aufgabe erschien Navalichin aufgrund der von ihm bekanntlich als besonders schwierig angesehenen „Bedingungen des Wiederaufbaus der ehemaligen deutschen Stadt Königsberg, die eine Bastion des Militarismus und Faschismus war“, als „doppelt prinzipiell“. Man dürfe sich deshalb nicht auf „Halbheiten oder lokal begrenzte Maßnahmen“ beschränken, sondern für die ganze Stadt eine „komplexe Herangehensweise an diese Aufgabe“ entwickeln, um ein „geschlossenes, voneinander abhängiges und sich gegenseitig durchdringendes System“ von Denkmälern zu schaffen. Wegen der bedeutenden „Wirkung der Mittel der monumentalen Propaganda auf den Charakter und das Aussehen der zukünftigen Stadt“ sei das Zentrum Kaliningrads deshalb mit Denkmälern zu

„sättigen“ [*nasytit'*], die „das neue russische, sozialistische Wesen der Stadt“ zum Ausdruck brächten<sup>1</sup>.

Die Denkmäler für die Gefallenen der Roten Armee bei der Erstürmung Königsbergs nahmen in diesem Zusammenhang einen besonderen Platz ein. Schon am 8. Mai 1945 regte der Kommandierende General der Königsberger Garnison und Vorsitzende des Militärrates, K. Galickij, an, auf einer Bastion der alten Stadtbefestigung in der Nähe des Nordbahnhofes ein Ehrenmal über dem Massengrab von 1200 bei den Kämpfen getöteten Soldaten der 11. Gardearmee zu errichten. Bereits wenige Monate später, am 30. September 1945, wurde die Anlage eingeweiht. Sie besteht aus einem halbkreisförmigen Platz, der auf der ehemaligen Bastion angelegt wurde, und gipfelt in einem 15 Meter hohen Obelisken aus Granit, der sich in der Mitte der Gedenkstätte erhebt. Auf den Podesten am Eingang des Platzes stehen die Skulpturengruppen „Sturm“ und „Sieg“, die je zwei vorwärtsstürmende Soldaten mit Kalaschnikow und Sowjetbanner darstellen. In den Begrenzungsmauern der Anlage sind Tafeln mit den Namen der getöteten Rotarmisten eingelassen<sup>2</sup>.

Im Stadtgebiet findet sich noch eine Reihe weiterer Ehrenmäler, die zum Teil über Massengräbern errichtet wurden, zum Teil aber auch an Höhepunkte bei der Eroberung Königsbergs erinnern. So wurde 1952 in der Nähe des Waggonbauwerkes nördlich des Hafens am Kino mit dem eindeutigen Namen „*Pobeda*“ (Sieg) eine Tafel angebracht, die an die Vereinigung der 16. und der 18. Division der 11. Gardearmee beim Sturm auf das Stadtzentrum erinnert, durch die die Einkreisung des Königsberger Stadtzentrums abschlossen wurde. Eine Gedenktafel findet sich ferner am Dohna-Turm, der gewissermaßen das Königsberger Gegenstück zum Berliner Reichstag darstellte: Dieser Teil der Stadtbefestigung aus dem 19. Jahrhundert konnte erst einen Tag vor der Gesamtkapitulation der deutschen Verteidiger der Stadt eingenommen werden, woraufhin auf seinem Dach das Siegesbanner gehißt wurde. Auf dem (nach Stalingrader Vorbild) in „Platz der Helden“ umbenannten ehemaligen Paradeplatz erinnert zudem ein Granitobelisk an die Unterzeichnung der Kapitulation durch General Lasch in dem dortigen Bunker. In diesem Bunker entstand dann 1968 ein „den Teilnehmern der Erstürmung Königsbergs gewidmetes“ Museum<sup>3</sup>; 1973 wurde zudem das ehemalige „Außenfort No. 5“, das die Wehrmacht ebenfalls bis zum Schluß verteidigte, zu einem „Ehrenmal des massenhaften Heroismus der sowjetischen Krieger“ umgestaltet<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Navalichin, K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada, Bd. 1, S. 174f.

<sup>2</sup> Vgl. Budrys, Pergales Monumentas Kaliningrade.

<sup>3</sup> Vgl. den Artikel über die Einweihung des Museums im Februar 1968: Šturmovavšim Kenigsberga posvjačetsja, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 23. Februar 1968.

<sup>4</sup> Vgl. Michailova, Kaliningrad, S. 239f., und Kolganova u. a., Stranicny pamjati, S. 111–114.

Zur Vertiefung der Propagandaarbeit war schon 1948 das Kreismuseum gegründet worden, in dem neben der Frühgeschichte des Gebietes die „Ostpreußische Operation“ der Roten Armee einen breiten Raum einnahm<sup>5</sup>. So wie im erst in den sechziger Jahren eröffneten Berliner „Museum der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Großen Vaterländischen Krieg 1941 – 1945“ ein Panorama der Erstürmung des Reichstages ausgestellt wurde, konnte man im Kaliningrader Museums schon 1959 ein Modell des Dohna-Turmes besichtigen<sup>6</sup>. Um die gewünschte Wirkung der Gedenkstätten sicherzustellen, bot das Museum Exkursionen zu den Orten der Kämpfe um Königsberg und den Gräbern der getöteten Sowjetsoldaten an<sup>7</sup>. Auch die Stadtführungen für die ersten Touristen, die seit Anfang der sechziger Jahre das Gebiet besuchten<sup>8</sup>, orientierten sich im wesentlichen an diesen Denkmälern, was sicherlich unter anderem daran lag, daß ein großer Teil dieser Touristen Veteranen waren, die an den Kämpfen um die Stadt teilgenommen hatten. Bei den Besuchen dieser Veteranen wurde jedoch darauf geachtet, daß diese nicht nur deren persönlichem Erinnerungsbedürfnis entgegenkamen, sondern auch einen identitätsstiftenden Mehrwert für die Stadt abwarfen. So zitierte die *Kaliningradskaja Pravda* im Juni 1967 eine angereiste Veteranin mit den Worten: „Von unseren Genossen sind hier viele umgekommen. Doch ihr Tod hat Ihrer wunderschönen Stadt das Leben gegeben. Dafür war es wert, zu kämpfen und zu siegen.“<sup>9</sup>

Die Ehrenmäler und Museen waren in den fünfziger und sechziger Jahren ein zentraler Bestandteil der Kaliningrader Festkultur. Jedesmal, wenn eine solche Anlage an die Öffentlichkeit übergeben wurde, zelebrierte die Partei große Feierlichkeiten, durch die der Stadtraum mit einer neuen Bedeutung aufgeladen, quasi neu formatiert wurde: Die äußerlich sichtbare Stadt blieb die gleiche, doch ihr symbolischer Gehalt sollte sich im Bewußtsein der Menschen fundamental ändern. Als Beispiel für eine solche Zeremonie mag die Enthüllung der erwähnten Gedenktafel am Kino „Pobeda“ und des Obeliskens auf dem „Platz der Helden“ dienen. Am 8. April 1952, dem Vorabend des siebten Jahrestages der Einnahme Königsbergs, wurde die Veranstaltung durch den Parteisekretär des Stalingrader Rayons um 18 Uhr eröffnet. Nach der anschließenden Enthüllung der Gedenktafel traten meh-

<sup>5</sup> Vgl. GAKO, f. 289, op. 8, d. 27, l. 17–21, Bericht der Stellvertretenden Leiterin der Gebietsverwaltung für kulturelle und aufklärende Arbeiten, A. Bondareva, vom November 1952.

<sup>6</sup> Vgl. Butovskaja, Kaliningrad, S. 30.

<sup>7</sup> Vgl. GAKO, f. 289, op. 8, d. 24, l. 1–10, Bericht der Oberinspektorin der Denkmalschutzbehörde beim Ministerrat der RSFSR, A. Kopylova, [ohne Datum, Ende 1951] über die noch zu geringe Arbeit mit den Kriegsdenkmalern in der Region; und ebenda, d. 27, l. 17–21, Bericht von A. Bondareva (l. 20f., über die vom Kaliningrader Museum 1952 durchgeführten Exkursionen, Führungen und Vorträge).

<sup>8</sup> Unter der Überschrift „Gorod vstrečae gostej“ veröffentlichte die *Kaliningradskaja Pravda* am 10. Juli 1963 einen Artikel über die erste größere Touristengruppe, die Kaliningrad besucht hat.

<sup>9</sup> Kaliningrad glazami gostej, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 21. Juni 1967.

rere Vorarbeiter des Waggonbauwerkes, der Werft und der Fischindustrie auf, um von ihren Erinnerungen an den Fall der ehemaligen Hauptstadt Ostpreußens zu berichten. Mit dem Abspielen der Hymne der Sowjetunion wurde die Zeremonie, an der etwa 3000 Menschen teilgenommen hatten, beendet. Einen Tag später, am eigentlichen Jahrestag der Erstürmung Königsbergs, gedachte eine ähnlich große Menschenmenge vor der Ruine der Universität der Kapitulation von General Lasch durch die Enthüllung des Granitobelisken<sup>10</sup>.

Besonders deutlich wird die Aufgabe der Gedenkstätten und Museen, die Anbindung Kaliningrads an die UdSSR zu bekräftigen, wenn man sich vor Augen führt, zu welchen Anlässen Kränze niedergelegt und Sonderausstellungen eingerichtet wurden. Solche Veranstaltungen konzentrierten sich keinesfalls auf den Jahrestag der militärischen Einnahme Königsbergs: Anlässlich der Feier des zehnten Jahrestages der *Gründung* des Kaliningrader Gebietes beschloß das Kaliningrader Gebietsparteikomitee, nicht nur Paraden der Garnison, Demonstrationen und andere übliche sowjetische Festtagsaktivitäten zu organisieren, sondern auch am Denkmal der 1200 Gardisten Kränze niederlegen zu lassen<sup>11</sup>. Am zwanzigsten Jahrestag der Gebietsgründung wurde im Gebietsmuseum eine Sonderausstellung über die an der Erstürmung Königsbergs beteiligten Truppenteile eröffnet<sup>12</sup>. Durch die so hergestellte Verbindung zwischen der Erstürmung der Stadt, an die die Ehrenmäler und Gedenkstätten erinnern, die über die ganze Stadt verteilt sind, und der Gründung des Kaliningrader Gebietes sollte ein Gründungsmythos erschaffen werden: Die Eroberung der alten Stadt wurde zur Geburtsstunde des neuen Kaliningrad stilisiert. Die ständige Erinnerung an die Erstürmung Königsbergs diente zudem dazu, die Vernichtung der letzten baulichen Überreste der Vorkriegszeit zu legitimieren, indem die Zerstörung Königsbergs am Ende des Zweiten Weltkrieges als eine Art gerechtes Fegefeuer gedeutet wurde. Ohne den Hinweis auf das sowohl physische wie auch moralische Ende der ehemaligen Hauptstadt Ostpreußens wäre der völlige Neuaufbau der Stadt schwer zu vermitteln gewesen.

Die Verbindung zwischen der Erstürmung Königsbergs und der Gründung des neuen russischen Gebietes herzustellen, war auch das erklärte Ziel der Denkmalspläne Navalichins, die er in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre entwickelt hatte. Er plante damals, das anstelle der Schloßruine zu er-

<sup>10</sup> GAKO, f. 289, op. 8, d. 27, l. 4f., Bericht des Leiters der Gebietsabteilung für kulturelle und aufklärerische Arbeit beim Kaliningrader Gebietsexekutivkomitee, M. Kazarin, vom 14. April 1952.

<sup>11</sup> Vgl. ČCHIDNIKO, f. 1, d. 18, d. 55, l. 59, Brief des Parteichefs des Kaliningrader Gebietes, Vasilij Černyšev, an das ZK der KPdSU vom 28. Dezember 1955.

<sup>12</sup> GAKO, f. 289, op. 8, d. 1913, l. 25, Brief des Stellvertretenden Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees, Bogdančikov, an die Politische Hauptverwaltung der Sowjetischen Armee vom 11. März 1966, mit der Bitte, dem Kaliningrader Museum Standarten der entsprechenden Einheiten leihweise für die Ausstellung zu überlassen.

richtende Haus der Sowjets durch eine „Allee der Helden“ mit dem bereits bestehenden Ehrenmal für die 1200 Gardisten zu verbinden. An dieser Allee sollte später einmal das „Panorama der Erstürmung Königsbergs“ entstehen<sup>13</sup>. Auf diese Weise wäre jedem Besucher und Einwohner der Stadt die kausale Verbindung zwischen dem sowjetischen Kaliningrad und seinem Hervorgehen aus der Erstürmung Königsbergs eindrücklich und unübersehbar vor Augen geführt worden.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurden Überlegungen angestellt, die die Bestrebungen, die Eroberung Königsbergs als zentrale Grundlage der Existenz Kaliningrads zu deuten, auf die Spitze getrieben hätten. Im Oktober 1967 beschloß das Gebietsexekutivkomitee, einen Vorschlag der Kaliningrader Sektion der Gesellschaft für Denkmalschutz von Ende 1966<sup>14</sup> aufzugreifen und einen großen Teil der im nördlichen Ostpreußen bestatteten Sowjetsoldaten auf einen zentralen Soldatenfriedhof umzubetten. Nachdem zunächst noch ein Abschnitt der alten Stadtbefestigung Königsbergs, der Litauer Wall, als neue Grabstätte im Gespräch war<sup>15</sup>, entschied das Gebietsexekutivkomitee, die Toten auf der Pregelinsel, dem ehemaligen Kneiphof, auf dem noch die Ruine des Domes stand, beerdigen zu lassen.

Durch diese enge räumliche Verbindung zwischen dem Haus der Sowjets, das weiterhin am gegenüberliegenden Hochufer anstelle des Schlosses entstehen sollte, und der zentralen Grabstätte für die getöteten Rotarmisten erfuhren Navalichins Pläne aus den fünfziger Jahren eine enorme Radikalisierung. Denn obwohl auch der erste Chefarchitekt Kaliningrads beabsichtigt hatte, das Zentrum der Stadt mit einem Netz von Denkmälern zu überziehen, die optisch mit dem Haus der Sowjets in Verbindung stehen sollten, hielt er diese Denkmäler dennoch vom Mittelpunkt des neuen Kaliningrad auf Distanz. Im neuen Projekt hingegen wäre das neue Leben, das aus den Ruinen Königsbergs wachsen sollte, überlagert worden vom Gedenken an die Opfer, die dafür gebracht worden waren: Die Pläne sahen vor, die Gefallenen dort zur letzten Ruhe zu betten, wo alle Planer bisher einen Park geplant hatten – anstatt auf Blumenbeete und Springbrunnen hätten die zukünftigen Nutzer des geplanten Hauses der Sowjets auf einen Friedhof für 20 000 Gefallene geblickt.

Ob sich ein solches Projekt jemals hätte verwirklichen lassen, selbst wenn Geld dafür vorhanden gewesen wäre, erscheint nach einem Vergleich mit den Wiederaufbauplänen für Stalingrad allerdings unwahrscheinlich. Wie bereits erwähnt, diente Stalingrad den Planern Kaliningrads vor allem aufgrund seiner Rolle als sowjetische Heldenstadt als Vorbild. Doch die

<sup>13</sup> Navalichin, K voprosu rekonstrukcii centra Kaliningrada, Bd. 1, S. 184 f.

<sup>14</sup> Vgl. GAKO, f. 615, op. 1, d. 4, l. 21–25, Bericht der Kaliningrader Abteilung der Gesellschaft für Denkmalschutz über die Situation der Denkmäler im Gebiet [ohne Datum, Ende 1966].

<sup>15</sup> Vgl. GAKO, f. 522, op. 1, d. 149, l. 18 f., Protokoll der Sitzung des Architektonisch-künstlerischen Rats beim Chefarchitekten Kaliningrads vom 4. Januar 1967.

Architekten, die sich beim Wiederaufbau Stalingrads auf dessen Rolle als Symbol für die Wende im Großen Vaterländischen Krieg konzentrierten, stießen bald auf heftigen Widerstand. In den ersten Konzeptionen für den Wiederaufbau der Stadt, die kurz nach ihrer Befreiung entwickelt wurden, stand die Erinnerung an die Kämpfe noch klar im Mittelpunkt. Der bekannte sowjetische Architekt Aleksej V. Ščusev, der das Leninmausoleum auf dem Roten Platz entworfen hatte, plante zum Beispiel, als Zentrum der neuen Stadt einen Gedenkkomplex für die gefallenen Soldaten der Roten Armee zu errichten; sein Konkurrent Boris Iofan, der Anfang der dreißiger Jahre den Wettbewerb für den Moskauer Palast der Sowjets gewonnen hatte und seitdem Stalins „Hofarchitekt“ war, schlug vor, alle Hauptstraßen auf eine monumentale Siegssäule zulaufen zu lassen. Schon 1944 erklärte das Präsidium der Akademie für Architektur jedoch, das Zentrum Stalingrads dürfe nicht „nur durch ein Denkmal beherrscht werden“. Nach Ansicht seiner Mitglieder sollten im gesellschaftlichen Mittelpunkt der Stadt öffentliche Gebäude und Denkmäler „organisch miteinander verbunden“ werden<sup>16</sup>. Einige Monate später verordnete das Komitee für architektonische Angelegenheiten, daß das Gedenken an den Krieg auf den Platz des Ruhmes beschränkt werden solle und der Platz der gefallenen Kämpfer dem öffentlichen Leben und der Verwaltung vorbehalten bleibe. Für die vorletzte Runde des städtebaulichen Wettbewerbes für die Zentrumsgestaltung im Oktober 1945 wurde den Teilnehmern schließlich vorgeschrieben, die Anzahl der Denkmäler zu beschränken: auf ein Siegesmonument und eine Stalinstatue<sup>17</sup>. Das Gedenken an den Krieg sollte die Stadt nicht durch eine zu starke Rückwärtsgewandtheit ersticken, statt dessen war eine Gestaltung erwünscht, die eine optimistische Zukunftserwartung weckt. Der Entwurf des Stalingrader Chefarchitekten Simbircev, der vorsah, eine vorhandene Grabanlage auf dem Platz der gefallenen Kämpfer zur zentralen Kriegsgedenkstätte zu erhöhen, wurde deshalb von der Jury des Wettbewerbes abgelehnt: Der zentrale Platz Stalingrads sei für Massendemonstrationen vorgesehen, und diese könne man nicht inmitten einer „Nekropolis“ abhalten<sup>18</sup>. Die Einbeziehung der bestehenden Gräber wurde später nur durchgesetzt, weil dort neben Gefallenen des Zweiten Weltkrieges auch solche des Bürgerkrieges lagen und die symbolische und geschichtliche Bedeutung dieser Anlage deshalb über die Schlacht um Stalingrad hinausreichte und somit Identifikationspunkte bot, die den gesamten Zeitraum der sowjetischen

<sup>16</sup> Vgl. Day, *Building Socialism*, S. 79.

<sup>17</sup> Vgl. Day, *Building Socialism*, S. 79f. Day erwähnt, daß einige Teilnehmer in ihrem Entwurf jedoch den dem Gedenken vorbehaltenen Platz des Ruhmes sehr viel größer planten als den eigentlichen Hauptplatz, den Platz der gefallenen Kämpfer.

<sup>18</sup> RGAE, f. 9432, op. 1, d. 46, l. 71, zitiert nach: Day, *Building Socialism*, S. 80. Vgl. dazu auch die in die gleiche Richtung zielende Kritik von: Gel'frejch, *O proektach centra Stalingrada*, S. 6.

Geschichte der Stadt umfaßten. Der geplante Soldatenfriedhof im Kaliningrader Zentrum konnte solche Variationsmöglichkeiten hingegen nicht bieten und hätte daher auf nichts weiter als auf den Sieg der Sowjetunion über die deutschen Truppen in Königsberg verwiesen.

Auf großes Interesse stößt immer wieder die Frage, welchen Erfolg die Bemühungen der sowjetischen Funktionäre mit ihrer Propaganda-Arbeit hatten, wie diese also in der Bevölkerung aufgenommen wurde. Angesichts der zentralen Bedeutung, die die Kaliningrader Autoritäten den Gedenkstätten für die getöteten Rotarmisten beimaßen, erscheint dieser Punkt von entscheidender Bedeutung zu sein – berührt er doch die Frage nach dem Erfolg oder Mißerfolg des Versuches, die Art der emotionalen Bindung an das neue Territorium zu bestimmen. Eine solche Antwort läßt sich aufgrund der Natur der Quellen nur ansatzweise geben und stellt möglicherweise eine unangemessene Überbewertung einzelner Beobachtungen dar. Doch im Fall der Ehrenmäler im ehemaligen Königsberg gibt es auffällige Hinweise darauf, daß diese in den sechziger Jahren offensichtlich schlecht gepflegt wurden. So schrieb zum Beispiel im April 1967 G. Markov, ein Teilnehmer der Erstürmung Königsbergs, einen empörten Leserbrief an die Armeezeitung *Krasnaja Zvezda*, in dem er von seinem Besuch in Kaliningrad berichtete. Er zeigte sich insbesondere über die Gleichgültigkeit vieler Ortsansässiger gegenüber den Kriegs-Denkmalern erschüttert: „An der Ecke der Komsomol'skaja ulica steht ein Denkmal im Hof, und ringsherum ein umgepflügeltes Feld. Auf meine Frage, ob so ein Denkmal nicht stört, antworteten die Bewohner ausweichend. Und solche Denkmäler und Grabstätten gibt es viele.“ Am zweiten Tag seines Besuches sei er im Stadtsowjet gewesen und habe nach der Ursache dieses Zustandes der Denkmäler gefragt. Als Antwort erhielt er die Auskunft, daß sich die Angelegenheit wohl „festgefressen“ habe [„*čto tekučka zaedaet*“]. In der Agitationsabteilung des Stadtpartei-Komitees habe man ihm zugestimmt, daß „die Lage der Denkmäler und der Grabstätten wirklich nicht normal ist und daß es wenig Besen gibt, daß man sie wahrscheinlich ‚stiehlt‘ und daß es nötig wäre, einen Posten aufzustellen – und das in Kaliningrad“<sup>19</sup>.

Wenige Monate zuvor hatte bereits die Gebietsabteilung der Gesellschaft für Denkmalschutz bemängelt, daß sich in Kaliningrad „sogar die Denkmäler, an denen die Exkursionen vorbeiführen, auf denen diese faktisch aufgebaut sind, in einem sehr vernachlässigten Zustand [*befinden*]: Die Grabanlage der 1200 Gardisten braucht eine Renovierung [...], der Bunker, in dem die Kapitulation der Hitleristen stattfand, ist ein Ort geworden, wo die Hauswarte ihren Müll hineinwerfen [...]. Kurz gesagt, ungeachtet aller Anstrengungen der Exkursionsleiter, die über den Wert der Denkmäler

<sup>19</sup> GAKO, f. 297, op. 8, d. 2039, l. 7–9, Brief von G. Markov von April 1967 an die Redaktion von *Krasnaja Zvezda*.

sprechen, fällt den Exkursanten in erster Linie die völlige Vernachlässigung der Geschichtsdenkmäler und das gleichgültige Verhalten zu ihnen ins Auge; dies gilt sogar für die dem sowjetischen Menschen allerheiligsten Denkmäler des Großen Vaterländischen Krieges. Auf diese Weise führen die Exkursionen am Ziel vorbei.“<sup>20</sup>

Es war dieser Zustand, der die Autoren des Berichtes zu dem oben besprochenen Vorschlag veranlaßte, alle sowjetischen Toten des Zweiten Weltkrieges in eine zentrale Grabstätte umzubetten. Einen konkreten Ort für eine solche Anlage brachte die Gesellschaft für Denkmalschutz hingegen nicht in die Diskussion. Die Motivation für ihr Projekt wurzelte daher wohl vorrangig in dem Versuch, die Pflege der bisher verstreuten Grabstätten zu erleichtern, nicht in dem Bestreben, den Stadtraum damit symbolisch zu besetzen. Die Gremien von Gebietsverwaltung und Partei jedoch verfolgten mit ihrer Ortswahl für die zentralen Soldatengräber genau diese Absicht. Sie begriffen allerdings nicht, daß ein Friedhof, der schon allein durch seine Größe das ganze Stadtzentrum beherrscht hätte, der Stimmungslage in der Bevölkerung diametral widersprach: Wie die im ersten Kapitel dieses Abschnittes zitierten Aussagen belegen, waren die Kaliningrader die Allgegenwart des Krieges zwanzig Jahre nach dessen Ende leid. Die Gedenkstätten für den Großen Vaterländischen Krieg waren ihnen deshalb gleichgültig, weil die ganze Stadt eine solche Gedenkstätte war – allerdings nicht in der grandiosen Form, wie sie Navalichin vorgeschwebt hatte, sondern eher in der Variante des „Freilichtmuseums“.

### *Auf der Suche nach Geschichte*

Die Grabmäler und Gedenkstätten, mit denen der Erstürmung Königsbergs im Zweiten Weltkrieg gedacht werden sollte, waren zwar die zentralen Bausteine im Bemühen, eine sowjetische Identität Kaliningrads zu stiften, doch bemühten sich die Vertreter von Partei und Gebietsexekutivkomitee, die Annexion Königsbergs durch die Sowjetunion zusätzlich zu legitimieren, indem sie durch Denkmäler Bezugspunkte zur Geschichte des Gebietes herstellten, die zeitlich weiter zurücklagen. Die vor- und frühgeschichtliche Vergangenheit stellte dabei bemerkenswerter Weise kein Thema für Denkmäler dar, sei es, weil sie zu schwierig zu visualisieren war, sei es, weil sie doch mit zu vielen historischen Unwägbarkeiten belastet war. Statt dessen wurden zwei Büsten russischer Feldherren aufgestellt, die mit der Geschichte Königsbergs vor 1945 verbunden waren. Schon im April 1949 wandte sich das Kaliningrader Gebietsexekutivkomitee an das Zentrale Kriegsarchiv in Leningrad mit der Bitte um Auskunft darüber, wo die Ge-

<sup>20</sup> GAKO, f. 615, op. 1, d. 4, l. 21–25, Bericht der Kaliningrader Abteilung der Gesellschaft für Denkmalschutz über die Situation der Denkmäler im Gebiet [ohne Datum, Ende 1966].

neräle Michail Illarionovič Kutuzov und Aleksandr Vasil'jevič Suvorov in Königsberg während ihres Aufenthaltes gewohnt hatten. Diese Informationen, so wurde in dem Brief betont, besäßen „für das junge, im Aufbau befindliche Kaliningrader Gebiet eine große Bedeutung“<sup>21</sup>.

Die Auswahl von zwei zaristischen Generälen als Identifikationsfiguren für das sowjetische Kaliningrad fügte sich in die großrussische Tendenz ein, die Stalin seit dem Angriff der Deutschen auf die Sowjetunion propagierte und mit der er die Unterstützung für seine Politik in der Bevölkerung verstärken wollte. Insbesondere die Bezeichnung des Kampfes gegen Nazideutschland als „Großer Vaterländischer Krieg“ als Verweis auf die Abwehr Napoleons im Jahr 1812 im „Vaterländischen Krieg“ verdeutlicht diese Bezugnahme auf vorsowjetische Helden. Eben diese Parallele wurde auch im Fall von Kaliningrad mit der Errichtung eines Denkmals für Kutuzov im Jahr 1952 hergestellt<sup>22</sup>: So wie Königsberg 1945 durch die Rote Armee von den faschistischen Besatzern befreit worden sei, habe schon General Kutuzov als Oberbefehlshaber des russischen Heeres im Vaterländischen Krieg die „Bevölkerung Ostpreußens vom napoleonischen Joch befreit“<sup>23</sup>. Als nächstes Denkmal wurde 1956 eine Büste des Generals Suvorov enthüllt<sup>24</sup>. Im Gegensatz zu Kutuzov, der in Königsberg nur auf der Durchreise Station machte, hatte Suvorov tatsächlich eine gewisse Verbindung mit der Stadt. Im Winter 1761/62 erholte er sich in Königsberg, das zu dieser Zeit zum russischen Imperium gehörte, von schweren Verletzungen, die er in einer Schlacht des Siebenjährigen Krieges erhalten hatte. Auch Suvorovs Anwesenheit wurde mit der Eroberung Ostpreußens durch die Rote Armee

<sup>21</sup> GAKO, f. 297, op. 7, d. 264, l. 1, Brief des Stellvertretenden Vorsitzenden des Kaliningrader Gebietsexekutivkomitees, Kraleviskij, an das Zentrale Kriegsarchiv in Leningrad vom 16. April 1949.

<sup>22</sup> Stalin hatte sich am 6. November 1941 zum ersten Mal auf den Bezwingen Napoleons bezogen, um positive Antriebe zur Verteidigung der Heimat zu geben. Zu Stalins Rückgriff auf die Geschichte nach dem deutschen Überfall vgl. Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, S. 658–663. Zur Enthüllung des Kutuzov-Denkmal in Kaliningrad siehe den Bildkasten in der *Kaliningradskaja Pravda* vom 28. März 1952.

<sup>23</sup> Michailova, Kaliningrad, S. 238.

<sup>24</sup> Vgl. Foto des Denkmals in der *Kaliningradskaja Pravda* vom 20. Mai 1956, wenige Tage nach seiner Enthüllung. In diesem Jahr kam es in Kaliningrad zu einem kleinen Denkmalboom. Neben dem Suvorovdenkmal wurde eine Büste von Ernst Thälmann enthüllt, die auf dem verwaisten Sockel des von Christian Daniel Rauch geschaffenen Kant-Denkmal aufgestellt wurde. Ein Foto des Denkmals erschien in der *Kaliningradskaja Pravda* vom 16. Juni 1956. Im Dezember des gleichen Jahres beantragten die Mitarbeiter des örtlichen Veterinärinstitutes beim Gebietsexekutivkomitee, an der Ruine des Zoologischen Museums von Königsberg eine Gedenktafel für K.I. Skrjabin anzubringen, der dort 1912/13 gearbeitet hatte und später ein verdienter sowjetischer Wissenschaftler wurde. Diese Tafel, die der einzige Hinweis auf die zivile Tätigkeit eines Russen in der Stadt vor 1945 blieb, wurde im Laufe des folgenden Jahres enthüllt. Was nach dem Abriss der Ruine mit der Tafel geschah, ist nicht bekannt. Vgl. dazu: GAKO, f. 297, op. 8, d. 602, l. 42, Brief des Direktors des Kaliningrader Veterinärinstitutes an den Stellvertretenden Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees, Marzev, vom 21. Dezember 1956.

in Verbindung gesetzt: So interpretierte die *Kaliningradskaja Pravda* im Mai 1950 die von 1758 bis 1762 dauernde Annexion Königsbergs durch Rußland als Vorlauf der Ereignisse nach 1945, als sie schrieb, über 180 Jahre nach Suworow (und der mit ihm verbundenen zeitweiligen Annexion der Region) sei nun die Rote Armee wieder nach Ostpreußen gekommen und habe „die urslawische Erde für ewig ihren rechtmäßigen Herren“ zurückgegeben<sup>25</sup>.

Suworow wohnte während seiner Zeit in Königsberg im Ostflügel des Königsberger Schlosses – zusammen mit seinem Vater, der damals Generalgouverneur Ostpreußens war. Die Büste Suworows wurde dementsprechend in der Nähe der Schloßruine aufgestellt, wozu sich der Sockel des ehemaligen Bismarck-Denkmal auf dem früheren Kaiser-Wilhelm-Platz anbot. Diese Lösung hatte allerdings nicht lange Bestand. Zwar war mit dem Austausch der Denkmäler eine nahezu perfekte Weiterführung des alten räumlichen Zusammenhanges mit einem neuen Inhalt gelungen, doch bald nach der Schleifung des Schlosses in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde auch die wilheminsche Platzanlage zu seinen Füßen zerstört, als an dieser Stelle ein Schnellstraßenkreuz errichtet wurde.

### *Die Triumphstraße*

Um die Anbindung Kaliningrads an die UdSSR zu verdeutlichen, durfte auch die obligatorische Stalinstatue nicht fehlen, die zur Standardausstattung jeder größeren sowjetischen Stadt gehörte. Die Kaliningrader Stalinstatue wurde nach mehrjähriger Planung wenige Wochen nach dem Tod des Diktators Ende April 1953 auf dem Platz des Sieges aufgestellt, der damit auch äußerlich sichtbar zum zentralen Platz der Stadt gemacht wurde. Ein Leitartikel der *Kaliningradskaja Pravda*, der durch Stalins Tod zum Nachruf geriet, lud das Denkmal mit einer noch weitergehenden Bedeutung auf, indem der Autor den Verstorbenen zum Gründervater von Gebiet und Stadt stilisierte: „Mit dem Namen Stalins ist auch die Entstehung unseres Kaliningrader Gebietes verbunden. Das ‚Stalin-Programm‘ haben die Kaliningrader das Programm des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus ihrer Region genannt. Bei jedem Schritt fühlten wir die väterliche Sorge von Josif Vissarionovič. Dank seiner beständigen Aufmerksamkeit erblühte auf der urslawischen Erde, die durch das Feuer des Krieges vernichtet worden war, frohes, glückliches Leben.“<sup>26</sup>

Ein weiteres wichtiges Monument ist das Denkmal für den Namenspatron der Stadt, Michail Ivanovič Kalinin. Auch sein Standbild hat eine mehrjährige Planungsgeschichte hinter sich. Der Grundstein wurde auf dem

<sup>25</sup> Suworow v Kenigsberge, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 17. Mai 1950.

<sup>26</sup> Otkrytie v Kaliningrade pamjatnika-monumenta I. V. Stalinu, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 10. April 1956.

Kalinin-Platz, dem Vorplatz des Südbahnhofes, am fünften Jahrestag der Gründung des Gebietes gelegt<sup>27</sup>, enthüllt wurde die Skulptur dagegen erst im Dezember 1959. Auch hier fällt auf, daß mit diesem Denkmal die Bindung des Kaliningrader Gebietes an die Sowjetunion gestärkt werden sollte: Der Stadtführer von 1983 betont, daß der Granit des Sockels aus der Ukraine stammt, und weist ferner auf die 15 eingemeißelten Flaggen hin, die den „Freundschaftsbund der Bruderrepubliken der UdSSR“ mit dem Kaliningrader Gebiet verkörpern<sup>28</sup>.

Auffällig ist die Verteilung der zuletzt beschriebenen Denkmäler in der Stadt: An den bis heute prominentesten Stellen der Stadt – dem Platz des Sieges, dem Lenin-Prospekt und dem Kalinin-Platz – befanden sich mit den Denkmälern für Stalin, Suworow und Kalinin Monumente, die auf eine mehr oder weniger direkte Weise die Verbundenheit der Sowjetunion mit Kaliningrad demonstrieren sollten. Besucher der Stadt, die mit dem Zug von Moskau aus ankamen, mußten diese Standbilder alle passieren, wenn sie zum neuen Zentrum der Stadt gelangen wollten. Führen diese Besucher hinter dem Platz des Sieges weiter über den Stalingrader Prospekt, so kamen sie auch an der Kutuzov-Büste vorbei. Der Lenin-Prospekt als Nord-Süd-Achse Kaliningrads und seine Verlängerung im Stalingrader Prospekt gerieten insofern zu einer bescheidenen Triumphstraße, auf der die Skulpturen den Passanten auch immer wieder den Sieg über die Deutschen im Zweiten Weltkrieg vor Augen führten.

Nach dem Beginn der Entstalinisierung in der Mitte der fünfziger Jahre kam es auf dieser Denkmalsmeile allerdings zu einigen bemerkenswerten Rochaden. Im Sommer 1958 beschloß das Kaliningrader Gebietspartei-komitee, das Stalindenkmal vom Platz des Sieges zu nehmen und gegen ein Lenindenkmal auszutauschen. Der Beschluß konnte relativ schnell umgesetzt werden, da nicht erst aufwendig ein neues Lenindenkmal gegossen werden mußte, sondern kurzerhand das eigentlich für eine Siedlung bei Svetlogorsk im Norden des Kaliningrader Gebietes bestimmte Lenindenkmal in die Gebietshauptstadt verbracht wurde. Das Stalindenkmal wurde auf Beschluß des Gebietspartei-komitees jedoch nicht entsorgt, sondern nur vom Platz des Sieges wenige hundert Meter weiter in das alte Zentrum hingerückt, auf eine neuangelegte Grünfläche am gerade entstehenden Lenin-Prospekt<sup>29</sup>. Eine feierliche Enthüllung fand nicht statt, man tat so, als habe es schon immer dort gestanden<sup>30</sup>. Von dieser immer noch prominenten

<sup>27</sup> Vgl. CChIDNIKO, f. 1, op. 9, d. 20, l. 108, Protokoll des Gebietspartei-komitees vom 2. April 1951 über die Grundsteinlegung des Kalinindenkmals; Zakladka pamjatnika M. I. Kalininu, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 8. April 1951.

<sup>28</sup> Michailova, Kaliningrad, *Spravočnik Putevoditel'*, S. 236.

<sup>29</sup> Vgl. den entsprechenden Beschluß des Gebietspartei-komitees in: CChIDNIKO, f. 1, op. 26, d. 17, l. 25, Protokoll No. 35 des Gebietspartei-komitees vom 16. August 1958.

<sup>30</sup> So der ehemalige Chef der Kommunalwirtschaft, V. Denisov, in seinem Artikel: Znaki Pamjati, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 26. Juli 1996.

Stelle aus blickte das Standbild für mindestens weitere drei Jahre auf die Schloßruine, auf die der neue Abschnitt des Lenin-Prospektes geradeaus zulief. Diese spannende Blickbeziehung, die ursprünglich dahingehend angelegt war, den „Organisator des Sieges über den Faschismus“ (Navalichin)<sup>31</sup> dereinst auf das neue Haus der Sowjets blicken zu lassen, endete irgendwann Anfang der sechziger Jahre, als das Stalindenkmäl heimlich abgebaut wurde und nur der Unterbau aus rotem Granit stehenblieb. Bis zu ihrem eigenen Verschwinden Ende der sechziger Jahre hatte die Schloßruine nur noch diesen leeren Sockel zum Gegenüber, den man im Volksmund bereits spöttisch das „vakante Postament“ nannte<sup>32</sup>. Viele Kaliningrader und Besucher der Stadt fanden diesen Zustand weniger amüsant: So beschwerte sich 1967 zum Beispiel der bereits zitierte Teilnehmer der Erstürmung Königsbergs, der den schlechten Zustand der Kriegsdenkmäler kritisiert hatte, in seinem Leserbrief darüber, daß die Gedenkstätten für den „Großen Vaterländischen Krieg“ zu weit abseits der zentralen Plätze lägen – dabei gäbe es in Kaliningrad „gute Plätze, auf denen sogar ein Postament steht, aber ohne Skulptur“<sup>33</sup>.

Für den verwaisten Sockel am Lenin-Prospekt wurde in der ersten Hälfte der sechziger Jahre hingegen ein Wettbewerb für ein Monument „Zu Ehren der kriegerischen und werktätigen Heldentat der Kaliningrader, die anstelle von Ruinen die neue sozialistische Stadt Kaliningrad gegründet haben“ ausgeschrieben. In der Aufgabenstellung hieß es, das Monument solle „den Triumph und den Stolz des Volkes auf seine sozialistische Heimat ausdrücken, das unter der Führung der Kommunistischen Partei historische Siege auf dem Wege der Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft anstrebt“<sup>34</sup>. Titel und Aufgabenstellung bezeugen, daß mit der Betonung der Aufbauleistung der Kaliningrader der Versuch gemacht wurde, einen positiven Grundton in die Denkmal-Landschaft einzubringen, der dem Gedenken an die getöteten Rotarmisten aufgrund der Natur der Sache fehlte. Dieser Versuch war somit Teil des bereits geschilderten Bemühens, die Kaliningrader auf die errungenen Erfolge des Wiederaufbaus aufmerksam zu machen.

Den ersten Preis des Wettbewerbes errangen Architekten des Kaliningrader Gebietsplanungsinstitutes Kaliningradgrazdanproekt mit einem abstrakten, turmartigen Entwurf, der nachts von unten angestrahlt werden sollte<sup>35</sup>. Dem Wettbewerb folgte jedoch keine Realisierungsphase. Erst 1974 wurde auf dem Postament ein Denkmal der nach Osten blickenden „Mutter

<sup>31</sup> Navalichin, K voprosu rekonstrukcii goroda Kaliningrada, Moskau 1955, S. 1968, Anm. II.

<sup>32</sup> Vgl. V. Denisov, Znaki Pamjati.

<sup>33</sup> GAKO, f. 297, op. 8, d. 2039, l. 9.

<sup>34</sup> GAKO, f. 522, op. 1, d. 134, l. 1–3, Aufgabenstellung für ein neues Denkmal auf dem Sockel des ehemaligen Stalindenkmals.

<sup>35</sup> Vgl. GAKO, f. 522, op. 1, d. 134, l. 13f., Protokoll der Jurysitzung am 14. September 1964; ebenda, f. 135, op. 1, d. 70, l. 31, Rechenschaftsbericht der Leitung der KOSA für 1964/65 (u. a. über den Erfolg von KOSA-Mitgliedern beim Wettbewerb).

Rußland“ aufgestellt, das allerdings eine differenzierte Aussage vermissen läßt. Diese Allegorie bekräftigte wiederum lediglich den Anspruch Rußlands auf das Kaliningrader Gebiet, ohne aber den Stolz auf die Leistung der Kaliningrader beim Wiederaufbau auszudrücken. Die Tafel auf dem Sockel liest sich wie ein dürrer Aktenvermerk: „Durch einen Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wurde am 7. April 1946 das Kaliningrader Gebiet als Teil der RSFSR gegründet.“<sup>36</sup>

So wie durch die Errichtung von Denkmälern der utopische Stadtbau ersetzt werden sollte, versuchte man auch, mittels Austausch von Bauplastiken nicht realisierbare Umgestaltungen von deutschen Gebäuden zu kompensieren. Beim Wiederaufbau des ehemaligen Südbahnhofes wurde Ende der vierziger Jahre beispielsweise großer Wert darauf gelegt, daß die Skulptur über dem Hauptportal ersetzt wurde. Die *Kaliningradskaja Pravda* meinte dazu im Mai 1949, daß diese Figur „unserer Vorstellung nach nicht den faschistischen, obskuren Chronos darstellen soll, der versucht, die Zeit aufzuhalten, sondern ein Symbol unserer Zeit, die vorwärts drängt zu Fortschritt und Glück“<sup>37</sup>. Daher wurde die Skulptur für einige Zeit mit einer Holzkiste verkleidet, bis sie durch das Wappen der Sowjetunion ausgetauscht wurde.

## 2. Tauwetter in Kaliningrad

### *Von der Ablehnung zur Akzeptanz*

Die Einstellung zu den deutschen Bau- und Kunstdenkmälern in Kaliningrad und dem umliegenden Gebiet unterlag von 1945 bis 1970 einer Wellenbewegung. Befand sich die Wertschätzung für die deutsche Hinterlassenschaft unmittelbar nach Kriegsende auf einem verständlichen Tiefpunkt, so stieg sie seit Mitte der fünfziger Jahre an und erreichte Mitte der sechziger Jahre einen Höhepunkt. Nach einem heftigen Konflikt um die Bewertung der deutschen Bauten zwischen der Parteileitung des Gebietes und der Öffentlichkeit, die in diesem Fall hauptsächlich durch die Architekten Kaliningrads vertreten wurde, galt die Ablehnung der deutschen Architektur schließlich aber zumindest offiziell wieder als maßgeblich.

Nach der Annexion entlud sich der Haß auf die deutschen Aggressoren in erster Linie auf die Denkmäler und Standbilder aus deutscher Zeit, verkörperten sie in den Augen der sowjetischen Propaganda doch am markantesten die expansionistischen Züge des Deutschen Reiches. Im August 1948

<sup>36</sup> Zitiert nach: Kaliningrad, Spravočnik, Putevoditel', Kaliningrad 1983, S. 235; über die Enthüllung des Denkmals vgl. Simvol Rossii rodnoj, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 6. November 1974.

<sup>37</sup> Vokzal – vorota goroda, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 20. Mai 1949.

beschrieb die *Kaliningradskaja Pravda* die Statuen Kaiser Wilhelms I. und Otto von Bismarcks auf dem ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Platz als skurrile Gruselfiguren: „Das unsinnige, aufgeblasene und mit der Zeit grün gewordene Denkmal Wilhelms mit dem gezückten Schwert – ein ‚eiserner Kanzler‘ mit einer von einem Geschöß entstellten Wange. Was für ein Hohn klingt aus den Worten der Aufschrift: ‚Wir Deutsche fürchten nur Gott, sonst niemanden in der Welt.‘“<sup>38</sup> Der Kopf des Bismarckdenkmals wurde wenig später in dem Film „Das Treffen an der Elbe“ für eine surrealistische Sequenz benutzt, in der aus dem Loch im Gesicht der Skulptur bedrohlicher Rauch herausdringt. Nur wenige Jahre später waren alle Denkmäler, die Mitglieder der Hohenzollernfamilie, deutsche Generäle oder Staatsmänner darstellten, verschwunden<sup>39</sup>.

Ein anderes Verhältnis wurde beim Umgang mit Denkmälern deutscher Vertreter der „Weltkultur“ angestrebt. So hatte angeblich ein sowjetischer Soldat bei der Erstürmung Königsbergs auf den Sockel des Schillerdenkmals mit Kreide geschrieben: „Nicht schießen! Denkmal der Weltkultur. Schiller!“<sup>40</sup> Die höchste Bedeutung wurde jedoch dem Kantmausoleum zugemessen, das Ende der zwanziger Jahre an der Nordostecke des Domes errichtet worden war. Schon in der ersten erhaltenen Liste von Kulturdenkmälern des Kaliningrader Gebietes vom November 1949 taucht das Mausoleum als einziges Kaliningrader Baudenkmal unter lauter sowjetischen Soldatengräbern auf<sup>41</sup>. Doch obwohl dem Mausoleum im folgenden Jahr sogar eine unionsweite Bedeutung zugemessen wurde, mußten die Behörden feststellen, daß die „Inscription unleserlich“ und der „Erhaltungszustand unbefriedigend“ sei<sup>42</sup>. An diesen Zustand erinnerte sich vor einigen Jahren eine Zeitzeugin: Der Deckel des Sarkophags sei verschoben und die Wände mit Inschriften russischer Soldaten bedeckt gewesen. „Man konnte zum Beispiel lesen: ‚Dachtest du etwa, daß sich der russische Ivan vor deiner Asche verbeugen wird?‘ oder: ‚Jetzt wirst du verstehen, daß die Welt materialistisch ist!‘ Alle Wände waren beschrieben, aber ich merkte mir nur diese zwei Sätze. Die übrigen waren, wie mir scheint, wesentlich profaner und ordinärer, ungefähr wie diese: ‚Wir sind gekommen!‘ – ‚Wir haben dich erobert.‘ – ‚Wir kamen bis an dein Grab.‘ usw.“<sup>43</sup> Nach einiger Zeit waren

<sup>38</sup> *Kaliningradskaja Pravda*, 18. August 1948, zitiert nach: Matthes, Als Russe in Ostpreußen, S. 271.

<sup>39</sup> Neben Wilhelm I. und Bismarck waren dies unter anderem die Standbilder Herzog Albrechts von Preußen und König Friedrichs I. von Preußen, die östlich des Schlosses standen.

<sup>40</sup> Zitiert nach: Michail Rostovcev, Im Lande des Bernsteins, S. 138.

<sup>41</sup> Vgl. GAKO, f. 297, op. 7, d. 263, l. 1–4, Liste von Kulturdenkmälern im Kaliningrader Gebiet vom November 1949. In der Liste ist ausdrücklich verzeichnet, daß das Mausoleum aus deutscher Zeit stammt.

<sup>42</sup> GAKO, f. 289, op. 8, d. 18, l. 3–6, Liste von Kulturdenkmälern von unions- und republikweiter Bedeutung im Kaliningrader Gebiet, die am 28. Februar 1950 vom Gebietsexekutivkomitee gebilligt wurde.

<sup>43</sup> Erinnerung von Polina Michailovna Kopylova, in: Matthes, Als Russe in Ostpreußen, S. 275.

diese Eintragungen jedoch verwittert und ihrerseits unleserlich geworden, und das Mausoleum, das – anders als der Dom – unzerstört geblieben war, wurde wieder hergerichtet.

Im Gegensatz zum Denkmal für Friedrich Schiller stellte das Mausoleum Immanuel Kants die sowjetischen Behörden vor ein Problem, da der Philosoph mit der tabuisierten deutschen Geschichte der Stadt verbunden war. Wie stark die Bemühungen waren, Kant aus diesem Grunde nicht als Bürger Königsbergs, sondern nur als Philosophen von Weltbedeutung, quasi als abstrakte Idee und losgelöst von seinem historischen Kontext, zu präsentieren, ist an der Darstellungsweise seines Mausoleums in sowjetischen Fotografien zu erkennen. Die Fotografen traten so nah an die Grabstätte heran, daß von dem Dom, der das alte Königsberg verkörperte, meist gar nichts zu sehen war. Die Verdrängung der noch in der Großen Sowjet-Enzyklopädie von 1936 erwähnten Tatsache, daß Kant die Stadt Königsberg sein ganzes Leben nicht verlassen hatte, fand ihr photographisches Pendant in der Ausblendung des Domes<sup>44</sup>.

Bei einer Analyse der Denkmallisten, die im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre erstellt wurden, fallen die starken Veränderungen auf, denen die Listen unterlagen. Galt ein Denkmal (*pamjatnik*) laut Definition der Großen Sowjet-Enzyklopädie von 1955 eigentlich als „skulpturales oder architektonisches Werk, das errichtet wurde, um Personen oder Ereignisse zu verewigen“, so läßt sich bei einem Vergleich der Listen feststellen, wie relativ diese „Ewigkeit“ aufgefaßt wurde: Kaum ein Denkmal konnte sich auf dieser Bedeutungshitliste für längere Zeit halten. Insofern sind die Listen ein ideales Barometer für den Wandel der politischen Einstellungen zur Geschichte des Gebietes. Zu den wenigen Konstanten gehörten bis Anfang der sechziger Jahre das Stalin- und danach das Lenindenkmal auf dem Platz des Sieges, das Grabmal der 1200 Gardisten und als deutsches Denkmal das Kantmausoleum. Bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre tauchten auf diesen Listen ansonsten nur Massengräber sowjetischer Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg und Gedenkstätten der Erstürmung Königsbergs auf, vereinzelt ergänzt durch frühgeschichtliche Fundstätten<sup>45</sup>.

Nach 1956 kommt es zu einem einschneidenden Umschwung: Auf der Liste der vom Gebietsexekutivkomitee am 2. Oktober 1957 anerkannten Denkmäler finden sich neben den neuen sowjetischen Denkmälern für Su-

<sup>44</sup> Erst nach Beginn von Glasnost' in den achtziger Jahren wurde diese Tatsache wieder thematisiert und damit auch die Frage des Umganges mit der deutschen Vergangenheit der Stadt: In dem Film „Žena kerosinčika“ („Die Frau des Brikettverkäufers“) von 1985 unterhalten sich zwei Kaliningrader am Kantmausoleum über den Philosophen. Der eine wundert sich, daß Kant doch seine Heimatstadt nie verlassen habe, er sei aber doch ein deutscher Philosoph gewesen, und nun liege er hier in einer russischen Stadt begraben.

<sup>45</sup> Vgl. die Listen in: GAKO, f. 297, op. 7, d. 263, l. 1–4 (November 1949) l. 6–31 (drei weitere Listen vom Herbst 1949, die offensichtlich zur Vorbereitung der Liste vom November 1949 erstellt worden sind); GAKO, f. 289, op. 8, d. 18, l. 3–6 (28. Februar 1950).

vorov und Kutuzov, dem Schillerstandbild und dem Kantmausoleum auch ein Denkmal für Franz Schubert im Kalinin-Park (ehemals Park Luisenwahl), das neue Thälmannendenkmal und die Gräber der Königsberger Gelehrten Neumann<sup>46</sup>, Caspary<sup>47</sup> und Bessel<sup>48</sup> auf dem sogenannten Professorenfriedhof in der Nähe des alten Botanischen Gartens. Ferner wurden die Ruine der ehemaligen Börse, mehrere Kirchen, die Stadttore aus dem 19. Jahrhundert und die noch erhaltenen Festungen um Kaliningrad in die Liste aufgenommen. (Letztere wurden schon seit einigen Jahre während der Stadtrundfahrten besichtigt und illustrieren so die paradoxe Haltung zur Vergangenheit der Region: Trotz des Bemühens in der Nachkriegszeit, die deutsche Geschichte der Stadt weitgehend vergessen zu machen, brauchte man die alten Befestigungen, um an die Erstürmung Königsbergs zu erinnern.) Bemerkenswert an dieser Liste aus dem Jahre 1957 ist insbesondere, daß das Denkmal für Franz Schubert und die Grabstätten auf dem Professorenfriedhof erst kurz zuvor neu entstanden waren<sup>49</sup>: Nach dem Krieg war der Professorenfriedhof, wie fast alle Friedhöfe im Kaliningrader Gebiet, eingeebnet, die Grabsteine waren abtransportiert worden. Überraschenderweise tauchen dafür aber die Ehrenmäler der getöteten Rotarmisten auf dieser offiziellen Liste kaum noch auf<sup>50</sup>. Wie auf einer unsichtbaren Waage scheint die Bedeutung dieser Gedenkstätten abgesunken zu sein, während auf der anderen Seite die Wertschätzung für die deutschen Denkmäler angestiegen war. Ende Oktober 1957 bewilligte das Gebietsexekutivkomitee sogar 100 000 Rubel für Restaurierungsarbeiten an der Ruine des Domes, von denen das Stadtextekutivkomitee allerdings nur knapp ein Drittel für die vorgesehene Aufgabe ausgab und den Rest der Mittel zweckentfremdete<sup>51</sup>. Zwei Jahre später veröffentlichte die *Kaliningradskaja Pravda* die aktuelle Liste der offiziell anerkannten Bau- und Kunstdenkmäler des Kaliningrader Gebietes und führte als unter staatlichem Schutz stehend neben den Standbildern von Stalin, Lenin, dem Laschbunker vor der Universität, dem Denkmal für die 1200 Gardisten, dem Schillerdenkmal und dem Kantgrab nun auch den Dom in Kaliningrad und die Burgen in Tapiau, Labiau, Balga, Insterburg, Ragnit, Pillau und weitere mittelalterliche Baudenkmäler der Region auf. Abgesehen vom Laschbunker und dem Denkmal für die 1200

<sup>46</sup> Franz Ernst Neumann, \*11. 9. 1798 in Joachimsthal, †23. 5. 1895 in Königsberg, Physiker.

<sup>47</sup> Robert Caspary, \*1818 in Königsberg, †1887 in Illow/Westpreußen, Botaniker, Professor und Direktor des Botanischen Gartens in Königsberg.

<sup>48</sup> Friedrich Wilhelm Bessel, \*22. 7. 1784 in Minden, †17. 3. 1846 in Königsberg, Professor und Direktor der Sternwarte.

<sup>49</sup> Vgl. GAKO, f. 615, op. 2, d. 4–8.

<sup>50</sup> GAKO, f. 68, op. 2, d. 6, l. 17–23, Liste der vom Gebietsexekutivkomitee anerkannten historischen und künstlerischen Denkmäler im Kaliningrader Gebiet.

<sup>51</sup> Vgl. GAKO, f. 68, op. 2, d. 6, l. 24f., Stellungnahme des Stellvertretenden Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees, V. Loginov, vom 7. Januar 1959 über die nicht zufriedenstellende Umsetzung des Beschlusses des Gebietsexekutivkomitees vom 20. Oktober 1957 über die Organisation des Erhaltes und der Restauration von Denkmälern im Kaliningrader Gebiet.

Gardisten erscheinen auch auf dieser Liste kaum sowjetische Ehrenmäler und Soldatenfriedhöfe. Statt dessen finden sich erstmals seit der Umbenennungskampagne nach der Annexion die historischen deutschen Namen der Städte und Siedlungen veröffentlicht, in denen die geschützten Gebäude stehen. Als wäre der Artikel eine zeitgleiche deutsche Veröffentlichung, stehen die neuen russischen Ortsbezeichnungen lediglich als Ergänzung in Klammern hinter den deutschen Namen<sup>52</sup>.

In dieser neuen Einstellung zu den deutschen Denkmälern spiegelt sich die schon im Teil II gestreifte Neubewertung der Vorkriegsgeschichte Königsbergs und die im ersten Kapitel dieses Teiles behandelte, zumindest partielle Gleichgültigkeit der Kaliningrader gegenüber den Kriegsdenkmälern wider. Der langsame Wiederaufbau von Stadt und Gebiet führte somit nicht nur zu einem Vergleich mit dem objektiven oder vermuteten Lebensstandard in der ehemaligen Hauptstadt Ostpreußens und zum Versuch, zusammen mit den Folgen des Krieges auch die Erinnerung an den Krieg an sich zu verdrängen – an der Zusammenstellung der Denkmallisten läßt sich auch erkennen, daß aufgrund der Kaliningrader Nachkriegsentwicklung die Vorkriegsgeschichte des Gebietes als Teil der Vergangenheit akzeptiert wurde.

### *Diskussion um das Schloß*

Eine parallele Entwicklung ist bei der Bewertung der deutschen Vorkriegsbebauung und den Wiederaufbauprojekten zu beobachten. Anfangs war nur die Rekonstruktion von Gebäuden vorgesehen, die im Stil der Neorenaissance errichtet waren, wie zum Beispiel der Börse, der Universität und des ehemaligen Palastes der Ostpreußischen Landesregierung. Die frühere Funktion dieser Bauten spielte bei dieser Auswahl offensichtlich keine Rolle, immerhin war die Börse das Symbol für den Kapitalismus schlechthin, und als letzter Chef hatte im Regierungsgebäude der berüchtigte Gauleiter Ostpreußens, Erich Koch, geherrscht. Ihre Wiederaufbaueignung bezogen diese Bauten lediglich aus der Tatsache, daß sie sich mit ihren vielen Säulen, Arkaden und ausladenden Gesimsen unauffällig in die geplante sozialistische Stadtlandschaft eingepaßt hätten. Seit Ende der fünfziger Jahre wurden jedoch auch Gebäude, die eindeutig als deutsche Architektur zu erkennen waren, als wiederaufbauwert eingestuft. Hatte Navalichin noch 1958 kritisiert, vor allem die Fassaden Königsbergs aus der Zeit der Jahrhundertwende seien „schwach und oberflächlich“<sup>53</sup>, so wurde schon im Jahr darauf von seiner Nachfolgerin N. Zelenkova angeregt, selbst das neu-

<sup>52</sup> Vgl. Sochranit' pamjatniki kultury!, in: *Kaliningradszkaja Pravda*, 28. Oktober 1959.

<sup>53</sup> Navalichin, K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada, S. 30.

gotische Telegraphenamnt wiederaufzubauen und dort das Hauptpostamt unterzubringen<sup>54</sup>.

Den Höhepunkt, gleichzeitig aber auch *Wendepunkt*, der Neubewertung der deutschen Bau- und Kunstdenkmäler der Stadt bildet die Diskussion um den Erhalt oder den Abriß der Ruine des ehemaligen Königlichen Schlosses in Kaliningrad. An dieser Auseinandersetzung ist besonders gut abzulesen, daß der Streit um die alten Mauern tatsächlich ein Konflikt um die Bewertung der deutschen Geschichte des Gebietes und somit des gesamten Selbstverständnisses der Region war. Eng mit dieser Frage verbunden offenbarten sich in dieser Situation zudem die Folgen des Tauwetters der Chruščev-Ära – die Unterhöhnung des politischen Avantgarde-Anspruches der Partei durch abweichende Interpretationen und der darauf reagierende und mit dem Sturz des Staats- und Parteichefs im Jahr 1964 einhergehende *rollback*. Die Bedeutung der Auseinandersetzung um das Schloß für Kaliningrad ist schon daran abzulesen, daß sie so gut wie kaum ein anderer Konflikt dokumentiert ist.

Bis zum Ende der fünfziger Jahre stand der Abriß der Schloßruine außer Frage: Wie schon die Stellungnahme der *Pravda* vom 11. April 1945 belegt, verkörperte dieses Gebäude in den Augen der sowjetischen Propaganda wie kein anderes den deutschen Militarismus. Bis zum Ende der Herrschaft der Hohenzollern war es von großer Bedeutung für das preußische Königshaus gewesen – als Kristallisationspunkt des Aufstieges der Hohenzollerndynastie im Windschatten des Dreißigjährigen Krieges vollzog sich in der Kirche des Schlosses die Krönung des ersten preußischen Königs Friedrich I. und des späteren ersten Kaisers des Deutschen Reiches, Wilhelms I. Vor allem aber war es als Sitz der Hochmeister des Deutschen Ordens zum Symbol des „ewigen Dranges der Deutschen nach Osten“ geworden, der mit den Kreuzzügen im 13. Jahrhundert begann und erst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gebannt schien. Da die Annexion des nördlichen Ostpreußen als endgültige Abwehr der Bedrohung durch die Deutschen interpretiert wurde, war es logisch gedacht, mit dem Abriß der Ruine die darin repräsentierte Geschichte Preußens von seinen Anfängen bis zu seinem Ende symbolisch auszulöschen. Während die Deutschen bis heute oft den Geist Königsbergs beschwören, ging es der KPdSU darum, eben diesen Geist durch die Sprengung des Schlosses aus der Stadt zu vertreiben. Wie wörtlich diese „Geisterbeschwörung“ zuweilen gemeint war, verdeutlicht ein Abschnitt aus dem Buch „Schwarze Gerste“ des Kaliningrader Schriftstellers Andrej Starcev, in dem er über die alte Ordensburg schreibt: „Die Schloßruine muß weg aus der Stadtmitte. An ihrer Stelle muß ein neues, liches und fröhliches

<sup>54</sup> Zelenkova, Kakim stanet naš oblastnoj centr, in: *Kaliningradsckaja Pravda*, 15. Mai 1959. Navalichin hatte eine Abbildung des Telegraphenamtes als Beispiel für Gebäude in „falscher Gotik“ (loznaja gotika) in seine Dissertation aufgenommen. Vgl. Navalichin, K voprosu rekonstrukcii centra Kaliningrada, Bd. 2, Abb. 49.

Gebäude errichtet werden, das die Zeit, den Geist der Epoche symbolisiert. Der Mensch, der die finstere Kraft der Festung verspürt hat, wird dagegen sagen: Wie gut ist es, daß sie nicht mehr existiert, daß ich an ihrer Stelle DAS sehe.“<sup>55</sup>

Interessant ist angesichts dieses nahezu klassischen Bedürfnisses, an der Stelle eines alten Symbolen ein neues zu errichten, wieder die Parallele zwischen Kaliningrad und Moskau. So wie in der russischen Hauptstadt die den Zarismus verkörpernde Christ-Erlöser-Kathedrale abgetragen worden war, um an ihrer Stelle den gigantischen Palast der Sowjets zu bauen<sup>56</sup>, sollte auch in Kaliningrad im Bestreben, die Stadt nach dem Moskauer Vorbild umzuformen, die ehemalige Ordensburg durch ein Haus der Sowjets ersetzt werden. Tatsächlich aber folgte Kaliningrad nur dem Scheitern, das sich in Moskau vollzog. Nachdem dort im Zuge der Entstalinisierung die Pläne für den Palast der Sowjets im Jahre 1957 zu den Akten gelegt worden waren, gab es auch für Navalichins Projekt keine Grundlage mehr: Zum einen wurde nun der Prunk der überladenen und überdimensionierten Bauten der Stalinzeit als Verschwendung wertvoller Ressourcen verurteilt. Weniger Stuck und mehr Bauvolumen lautete nun die Devise, und der Abriß der Moskauer Bauruine war ein deutliches Zeichen der Staatsspitze für eine Wende zu mehr architektonischer Bescheidenheit. Wesentlicher für die Entwicklung in Kaliningrad aber war, daß Navalichins Plänen für ein Haus der Sowjets nach dem Scheitern des Moskauer Projektes der zentrale Bezugspunkt abhanden kam. Die Kaliningrader Stadtkrone war in erster Linie als gebauter Hinweis auf die Hauptstadt gedacht. Die reale Funktion dieses Gebäudes sollte dagegen in den Hintergrund treten, was schon allein aus der Tatsache ersichtlich wird, daß Navalichin die Größe des Hauses nicht aus dem von der Verwaltung benötigten Raumprogramm berechnete, sondern aufgrund seiner Stellung im Kompositionsgefüge der Stadt festlegte. Ohne das Moskauer Vorbild und Pendant wäre dieses vorrangig als Zeichen konzipierte Kaliningrader Haus der Sowjets unverständlich und somit sinnlos gewesen.

Aufgrund der negativen symbolischen Belastung des Schlosses dauerte es in diesem Falle einige Jahre länger als bei anderen, weniger prominenten Gebäuden, bis eine Umwertung vorgenommen wurde. Erst Ende der fünfziger Jahre rückte die Ruine verstärkt ins Blickfeld, seitdem der Wohnungsbau am Lenin-Prospekt erste bescheidene Erfolge zeitigte und gleichzeitig durch die Revision der vorliegenden Pläne ein Veränderungsdruck auf den zentralen Bereich ausgeübt wurde. 1959 erwähnte N. A. Zelenkova, die damals für zwei Jahre die Nachfolgerin Navalichins auf dem Chefposten der Gebietsverwaltung für Architektur war, erstmals in einem Artikel für die

<sup>55</sup> Zitiert nach: Suchova, Die Partei befahl: Vernichten!

<sup>56</sup> Vgl. Schlögel, Moskau – offene Stadt, S. 116–131.

*Kaliningradskaja Pravda* Überlegungen, das Stadtschloß nicht zu schleifen, wie dies bisher vorgesehen war. Zelenkova referierte diese Überlegungen jedoch distanziert wie ein abstraktes Gedankenspiel, ohne sie sich offensiv zu eigen zu machen<sup>57</sup>. Den entscheidenden Anstoß für ein neues Verhältnis zur Ruine gab deshalb erst der seit 1961 amtierende neue Chefarchitekt Vladimir Chodakovskij. Bereits vor dem offiziellen Antritt seines neuen Amtes unternahm er erste Schritte, um die alten Planungen umzustoßen. Als Anlaß diente Chodakovskij eine Versammlung der KOSA im April 1960, auf der das Projekt des neuen Mikrorayons No. 1, eines Wohnviertels unmittelbar nördlich der Schloßruine, besprochen werden sollte. Den Teilnehmern der Sitzung schlug er vor, das „Alte Schloß“ zu erhalten, was nach seinen Angaben schon mit „geringen Mitteln bewerkstelligt“ werden könne. Nachdem Chodakovskij der Versammlung diesen Vorschlag gemacht hatte, drehte sich die folgende Diskussion nur noch um diese Frage, obwohl die Ruine außerhalb des an diesem Tage zur Frage stehenden Planungsgebietes lag. Ein Architekt wollte überrascht wissen, ob denn nach Chodakovskijs Plänen die Türme des Schlosses von der Hauptverkehrsachse, der Majakovskaja Straße, aus (heute südlicher Teil des Lenin-Prospektes) sichtbar seien, und erhielt vom zukünftigen Chefarchitekten die trockene Antwort: „Ja, das ist offensichtlich.“ Chodakovskij wollte die Ruine nicht mehr verstecken. Er vertrat an diesem Tag allerdings keine Einzelmeinung. Nach Meinung des Architekten Maksimov, eines früheren Mitarbeiters Navalichins, sollten die Prinzipien der alten Planung zwar erhalten bleiben, doch plädierte auch er dafür, die Ruine des Schlosses als Volkshaus oder „Haus des Friedens“ wieder aufzubauen. Die hier plötzlich aufkeimende Euphorie wurde jedoch sogleich von einer Teilnehmerin gedämpft: „Möglicherweise verschwenden wir heute umsonst unsere Zeit“, bemerkte sie und verwies auf den wahrscheinlichen Widerstand von seiten der Partei. So sei zum Beispiel auch die Empfehlung der letzten Versammlung der KOSA, keine Straße zum Südbahnhof durchzubrechen, auf Weisung „der Administration“ ignoriert worden, die statt dessen eisern an der überkommenen Planung aus den 50er Jahren festhielt. Trotzdem sprach sie sich indirekt dafür aus, für den Erhalt des Schlosses zu kämpfen: Die Architekten hätten der „Zerstörung der [Altstädtischen] Kirche nicht zustimmen dürfen und um so weniger der des ehemaligen Telegraphenhauptamtes“, das Anfang des Jahres abgerissen worden war. Beide Gebäude hatten sich in unmittelbarer Nähe zur Schloßruine am ehemaligen Gesekusplatz befunden und mit dieser ein städtebauliches Ensemble gebildet, von dem nun also nur noch die ehemalige Ordensburg übriggeblieben war.

Ein anderer Architekt plädierte dafür, lieber gleich die Pläne der Lenin-grader Sektion des *Giproptom* (*Gosudarstvennij institut proektirovanija*

<sup>57</sup> Vgl. Zelenkova, Kakim stanet naš oblastnoj centr, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 15. Mai 1959.

*promyšlenosti* – Staatliches Institut für Industrieplanung) für den Mikro-*rayon* No. 1 zu realisieren, denn diese seien das „Projekt des Gebietskomitees der Partei“. Die Haltung des Vertreters des Leningrader Institutes zum Schloß war eindeutig: Er hatte schon zu Anfang der Besprechung Chodakovskijs Pläne als „reine Fantasie“ abgetan und eine weitere Diskussion darüber abgelehnt<sup>58</sup>.

Diese interne Diskussion gibt schon einen ungefähren Eindruck von den Auseinandersetzungen, die in den folgenden Jahren zwischen den Architekten Kaliningrads und der örtlichen Parteileitung um den Erhalt der ehemaligen Ordensburg entbrannten. Der Konflikt trug anfangs die Züge eines Stellvertreterkrieges: Die örtliche Administration trat vorerst nicht offen in Erscheinung, sondern bediente sich der Mitarbeiter von *Giprogor*, um die eigenen Vorstellungen zu propagieren. Das Moskauer Institut arbeitete seit 1959 an einer Überarbeitung des alten Generalplanes und verfolgte weiterhin die Linie, die Ruine des Schlosses abzutragen und an seiner Stelle ein neues Verwaltungsgebäude zu errichten. Deshalb wandte sich die Kritik der örtlichen Architekten in erster Linie an *Giprogor* und nicht an das Gebiets-exekutivkomitee oder das Gebietspartei-komitee. Schon kurz nachdem 1959 der erste neue Entwurf der Moskauer Planer bekannt wurde, bezeichnete ihn ein Kaliningrader Architekt als „umstritten, da er die Existenz der Ruinen von historischen Baudenkmalern ignoriert“, ohne daß er aber die Verantwortlichen für diese Entscheidung benannte<sup>59</sup>.

Nachdem die Vorschläge für den Erhalt des Schlosses zunächst lediglich intern oder verschlüsselt geäußert worden waren, ging Chodakovskij damit an die Öffentlichkeit, kaum daß er offiziell zum Chefarchitekten ernannt worden war. Schon in seinem ersten Interview mit der *Kaliningradskaja Pravda* sprach er die Möglichkeit der Konservierung der Ruinen vorsichtig an<sup>60</sup>. Nachdem dieser erste Testballon anscheinend erfolgreich gewesen war, schrieb Chodakovskij im September 1961 einen Artikel, in dem er offensiv gegen den Abriß auftrat. Angesichts des Interesses, das die Kaliningrader am Schicksal des Schlosses hätten, fand es der Chefarchitekt zweckmäßig, dessen Ruinen zu erhalten und vor einer weiteren Zerstörung durch Witterungseinflüsse zu schützen: „Sinnvoll wäre es, mit einfachen Mitteln die Ruinen in ein Denkmal gegen die verheerenden Kriege umzuwandeln, in einen Aufruf zur Völkerfreundschaft. Zum Beispiel durch die erleuchteten Silhouetten einer Friedenstaube, einer durchgestrichenen Bombe, eines Menschen, der ein Schwert zu einer Pflugschar umschmiedet oder einer Mutter, die ihr Kind ans Herz drückt – diese gigantischen Silhouetten vor

<sup>58</sup> GAKO, f. 135, op. 1, d. 43, l. 3–5, Protokoll der Versammlung der KOSA vom 8. April 1960.

<sup>59</sup> Smirskij, Kakim my chotim vider' Kaliningrad, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 14. April 1959.

<sup>60</sup> Plany kaliningradskich zodčich, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 27. Juli 1961.

dem Hintergrund der Schloßruine könnten ein in seiner Eindrücklichkeit einmaliges architektonisches und künstlerisches Bild schaffen.“<sup>61</sup>

Ein anderer Vorschlag, der 1963 erarbeitet wurde und in den folgenden Jahren die Grundlage aller Projekte der KOSA bildete, sah vor, die erhaltenen Teile des Schlosses in ein zentrales Stadthaus zu integrieren. In dieses Gebäude sollten Veranstaltungsräume, Restaurants und – als Zugeständnis an diejenigen, die im Schloß das Symbol des besiegten Deutschland sahen – ein Museum über die Erstürmung Königsbergs untergebracht werden. Chodakovskij bemühte sich, daß der Erhalt des Schlosses als Vorbedingung in den Auftrag für *Giprogor* aufgenommen wurde, das Mitte 1963 seine Arbeit an einem neuen Projekt für die Bebauung des Zentrums begann<sup>62</sup>. Als dies vom Stadtexekutivkomitee abgelehnt wurde, ging der Chefarchitekt ein weiteres Mal an die Öffentlichkeit. Durch deren Mobilisierung versuchte er, seinen mangelnden institutionellen Einfluß zu kompensieren und so die Stadtspitze zu zwingen, das abgelehnte Ergänzungsprojekt für die Planungsaufgabe doch noch zu billigen: Im November 1963 stellte Chodakovskij in einem ganzseitigen Artikel in der *Kaliningradskaja Pravda* seine Idee eines Volkshauses vor, in das die Schloßruine eingebunden werden sollte. Seine Kritik an der Stadtregierung äußerte Chodakovskij nur indirekt, indem er scharf mit den früheren Planungen abrechnete: Der alte Generalplan habe keine Rücksicht auf die historischen Strukturen der Stadt genommen; seine Autoren hätten vorgeschlagen, „anstelle des ehemaligen Schlosses einige große, rein dekorative Verwaltungsgebäude zu errichten, wie ein Haus der Sowjets usw.“. Die allgegenwärtige „Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie, die weitere Entwicklung der demokratischen Grundlagen in den Verwaltungen, die Stärkung der Rolle der örtlichen öffentlichen Organisationen“ veränderten jedoch, so Chodakovskij weiter, den „Charakter und die Qualität der für die Stadt notwendigen Verwaltungsgebäude. Selbst annähernde Berechnungen zeigen, daß in den nächsten zehn Jahren die Stadt und das Gebiet nicht so einen großen Komplex von Verwaltungsgebäuden brauchen“, wie er im alten Generalplan vorgesehen sei<sup>63</sup>. Angesichts der Tatsache, daß der Vorsitzende des Stadtexekutivkomitees, N. Loškarev, weiterhin an der Errichtung eines Hauses der Sowjets festhielt, glich Chodakovskijs Artikel einer Ohrfeige. Bemerkenswerterweise erteilte der Chefarchitekt in seinem Beitrag nicht nur dem überzogenen Repräsentationsbedürfnis der Politikader eine Abfuhr, sondern entwarf auch eine neue politische Botschaft der Architektur.

<sup>61</sup> Chodakovskij, Centr Kaliningrada, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 20. September 1961.

<sup>62</sup> Vgl. GAKO, f. 135, op. 1, d. 64, l. 7–8, Projekt der KOSA „Grundlegende Situation für die Erarbeitung eines detaillierten Projektes des Zentrums der Stadt Kaliningrad“ als Ergänzung zu der am 17. Oktober 1963 vom Vorsitzenden des Stadtexekutivkomitees, N. Loškarev, gebilligten und Giprogor erteilten architektonisch-planerischen Aufgabe für diesen Bereich.

<sup>63</sup> Chodakovskij, Leninskij Prospekt, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 17. November 1963.

Die Bemerkungen über den neuen Charakter und die neue Qualität der Verwaltungsgebäude erscheinen vor dem Hintergrund seiner Forderung nach einer größeren Bescheidenheit wie das Plädoyer für eine offenere Gesellschaft: Anstelle des Schlosses sollte keine Bürofestung entstehen, sondern ein offenes Haus – offen auch für die Geschichte der Stadt.

Chodakovskij konnte sich mit seinem Vorschlag, das Schloß zu erhalten, offensichtlich auf einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung stützen; dies wird auch aus der Tatsache deutlich, daß dessen Ruine in dieser Zeit aus ihrer bildlichen Nichtexistenz auftauchte und zu einer anerkannten Sehenswürdigkeit wurde: Abschlußklassen der Kaliningrader Schulen ließen sich mit der Ruine im Hintergrund fotografieren, in einem Stadtprospekt fand sich ein Foto der Westtürme<sup>64</sup>, und selbst auf den Seiten der *Kaliningrads-kaja Pravda*, in der bis 1961 nie eine Abbildung der Ordensburg abgedruckt worden war, fand sich nach Chodakovskijs Vorstoß ihr Foto<sup>65</sup>.

Der Chefarchitekt wußte allerdings, daß es trotz dieses Rückhaltes schwierig sein würde, sich gegen die Administration durchzusetzen. Auf einer Versammlung der KOSA im Februar 1964 entwickelte er deshalb eine Kompromiß-Strategie zur Rettung des Schlosses: Man dürfe „die Geschichte der Stadt nicht auslöschen“, mahnte Chodakovskij, doch um den Abriß zu verhindern, müsse man *Giprogor* davon überzeugen, daß ein neues Gebäude als Kontrast neben die Ruine gesetzt werden könne. Als weiteres Argument gegen die Abriß sah der Chefarchitekt den damals geltenden Baustopp für Verwaltungsgebäude: Ein Ersatz für das Schloß sei auf Jahre hinaus nicht zu erwarten, und „damit werden wir das Schloß retten“. Den Hauptgegner erblickte der Chefarchitekt im Vorsitzenden des Stadtexekutivkomitees: „Loškarev sagt, daß das Schloß unbedingt abgerissen werden muß. Deswegen ist dieser Kampf sehr ernst, man muß diesen Schlag abwehren.“ Als Gegenmaßnahme schlug er vor, eine Reihe von Spezialisten nach Kaliningrad einzuladen, die über die Frage des Schlosses beraten sollten, „um auf diese Weise unsere Meinung durchzusetzen“<sup>66</sup>.

Parallel dazu wurden andere, einflußreiche Abteilungen der Union der Architekten über die Kaliningrader Vorgänge benachrichtigt – vor allem die traditionsbewußte Leningrader Abteilung. Deren Vorsitzender S. Speranskij schrieb bereits am 18. Januar 1962 einen besorgten Brief an die Moskauer Zentrale seines Verbandes und informierte diese davon, daß es in Kaliningrad „eine bestimmte Tendenz“ gebe, bei der Ausarbeitung des Projektes des Kaliningrader Stadtzentrums „nicht die im Zentrum der Stadt vor-

<sup>64</sup> Aus: Malkova, Kaliningrad, S. 6. Sogar auf der Titelseite war ein Foto des Lenin-Prospektes zu sehen, auf dem im Hintergrund die Schloßruine zu sehen war.

<sup>65</sup> *Kaliningrads-kaja Pravda*, 11. Juli 1964.

<sup>66</sup> GAKO, f. 135, op. 1, d. 62, l. 2, Protokoll der Versammlung der KOSA vom 20. Februar 1964.

handenen mittelalterlichen Gebäude des Schlosses und der Kathedrale zu berücksichtigen, die nach dem Projekt für den Abriss vorgesehen sind“<sup>67</sup>.

Die Mobilisierungskampagne der KOSA hatte somit schnell Erfolg: Knapp zwei Monate nach der Versammlung der KOSA fand am 26. und 27. März 1964 in Kaliningrad eine Konferenz von Architekten, Stadtplanern und Denkmalschützern statt, die als „Versammlung zur Besprechung der Frage der Bebauung des Zentrums der Stadt Kaliningrad“ angekündigt wurde. Auf dem Programm<sup>68</sup> stand zunächst eine Fahrt durch die Stadt und die Besichtigung der Ruinen von Schloß und Dom. Daran schloß sich ein Vortrag Chodakovskijs und eine überraschend offene Diskussion an, über die die *Kaliningradskaja Pravda* wenige Tage später ausführlich berichtete<sup>69</sup>.

Ziel des Chefarchitekten und der KOSA war in erster Linie, die Anwesenden von der Notwendigkeit des Erhaltes des Schlosses zu überzeugen: An die Teilnehmer wurde daher zu Beginn der Veranstaltung das vom Stadtexekutivkomitee abgelehnte Ergänzungsprojekt für die Planungsaufgabe verteilt. Die Auseinandersetzung mit den Plänen von *Giprogor* stand folglich neben eher technischen Problemen des Städtebaus im Mittelpunkt von Chodakovskijs Referat. Die Entschlossenheit der Moskauer Planer, auf der Errichtung eines Hauses der Sowjets zu bestehen, basiere auf dem veralteten Generalplan von 1952. „Dem alten Projekt liegt die Entscheidung zugrunde, die Ruinen des Schlosses samt der Fundamente, auf denen es steht, völlig zu liquidieren. Möglicherweise war diese Entscheidung in den Jahren der Ausarbeitung des ersten Projektes 1948 – 1950, die beinahe unmittelbar dem Krieg folgten, zu rechtfertigen. Jetzt, fast zwanzig Jahre nach Ende des Krieges, sollte man diese Dinge anders betrachten.“ Diese Bemerkung Chodakovskijs verweist auf die hier entscheidende Frage, an welchen Gebäuden sich die Identität der Kaliningrader festmachen sollte: an den Zeugnissen der 700jährigen Geschichte oder an Neubauten aus sowjetischer Zeit. Diese Frage war sicherlich auch ein Generationsproblem. Während sich die Übersiedler der ersten Stunde von der deutschen Geschichte Kaliningrads aufgrund ihrer Biographie distanzieren, setzten die Nachgeborenen die Zeugnisse der Vergangenheit nicht mehr in eine direkte Beziehung zum Krieg. Für sie waren sie Teil einer gewohnten Umgebung: „Unter gotischen Dächern“ geboren, taten sie ihre „ersten Schritte unter gotischen Gewölben“ und kletterten „als Kinder in den Kellern sämtlicher noch nicht zerstörter

<sup>67</sup> Vgl. GAKO, f. 135, op. 1, d. 61a, l. 1, Kopie des Briefes des Vorsitzenden der Leningrader Abteilung der SA SSSR, S. Speranskij, an den Sekretär der zentralen Leitung der SA SSSR, V. A. Butuzov, vom 18. Januar 1962. Als Anlage war eine Expertise über den Wert des Königsberger Schlosses als Baudenkmal beigefügt (l. 2–3).

<sup>68</sup> Vgl. GAKO, f. 135, op. 1, d. 64, l. 1–2, Programm für die Versammlung zur Besprechung der Frage der Bebauung des Kaliningrader Stadtzentrums am 26./27. März 1963.

<sup>69</sup> Vgl. Grin'kov, Molodet' rodnomu gorodu!, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 4. April 1964.

Forts und Schlösser der Umgebung“ herum, wie es Vadim Chrappa, ein Dissident aus Kaliningrad, noch 1988 in der Moskauer Samisdat-Zeitschrift *Referendum* formulierte<sup>70</sup>. Dieses sachlichere Verhältnis zur deutschen Geschichte ermöglichte unter der jüngeren Generation die Entwicklung von Ansätzen eines Lokalpatriotismus. Auf dieses Gefühl setzte Chodakovskij, als er davor warnte, daß das neue Kaliningrad nicht schlechter werden dürfe als das alte Königsberg, das zu den „größten und schönsten Städten des Baltikums“ gehört habe. Abschließend gab er zu bedenken, ob es denn obligatorisch sei, „im Zentrum jeder beliebigen Stadt“ ein Haus der Sowjets zu errichten<sup>71</sup>.

Der Chefarchitekt des alten und neuen Generalplanprojektes von *Giprogor*, M. Naumov, bestätigte das Festhalten an den Grundprinzipien der Zentrumskonzeption aus den fünfziger Jahren – diese seien schließlich auch in die aktuelle Planungsaufgabe übernommen worden. Seine Äußerungen zeigten, daß Chodakovskijs Versuch, das Schloß als unverwechselbares Merkmal der Stadtlandschaft zu bewerten, bei ihm nichts fruchtete: Das Kulturministerium der UdSSR habe die Ruinen nicht unter Schutz gestellt, betonte Naumov und lehnte deshalb deren Konservierung ab. Statt dessen bewegte er sich in der Tradition, die Innenstadt als tabula rasa zu betrachten. Der zentrale Bereich besitze „natürliche Bedingungen, die wir so in der Stadt nicht finden können. Welcher Art sind die Vorzüge dieser natürlichen Bedingungen? Die Vorzüge liegen darin, daß dieses freie Gelände so bebaut werden kann, wie wir es wollen.“ In bezug auf das Schloß sah sich der Moskauer Planer als Arzt, dessen Aufgabe darin bestand, den kranken Stadtkörper zu heilen: „Wir meinen, daß man die erhaltenen Reste des Schlosses unbedingt abreißen muß – sozusagen ‚den Zahnstummel herausziehen und etwas Neues in den Kiefer setzen‘.“<sup>72</sup>

In dieser Auffassung wurde Naumov von Navalichin unterstützt, der inzwischen am Moskauer Institut für Architektur als Dozent arbeitete. Die Vorschläge, das Schloß zu erhalten, lehnte er ab, für die Befürworter hatte er nur Spott übrig: Gegenwärtig stelle der zentrale Bereich eine „schrecklich zugerümpelte [*zachlamlennuju*] Zone dar, die von den Ruinen des Schlosses bekrönt wird, über die die Genossin Cygankova so schön gesprochen hat<sup>73</sup>. Ich muß sagen, daß Ruinen eines solchen Maßstabes, die sich in einem so schlechten Zustand befinden (3–4 Prozent erhaltene Substanz), für das Zentrum einer sowjetischen Stadt eine schlechte Verschönerung sind.“ Chodakovskij mußte sich von seinem Vorgänger belehren lassen, daß er als

<sup>70</sup> Chrappa, Wir, die Bevölkerung von Königsberg, S. 99–101.

<sup>71</sup> Materialy soveščanija po proektirovaniju centra, S. 3–9.

<sup>72</sup> Ebenda, S. 13 f.

<sup>73</sup> Die leitende Wissenschaftlerin des Kaliningrader Museums, A. E. Cygankova, hatte zuvor über den historischen Wert des Schlosses gesprochen. Vgl. Materialy soveščanija po proektirovaniju centra, S. 19 f.

Chefarchitekt dazu verpflichtet sei, „nach vorne zu schauen und über die Zukunft nachzudenken“. Auch Navalichin verwies darauf, daß die Ruine nach einer Überprüfung durch das Kulturministerium im Jahr 1956 nicht auf die Denkmalliste gesetzt worden sei, worauf aus dem Saal der Zwischenruf ertönte: „Aber zur Zerstörung haben sie es euch nicht gegeben!“<sup>74</sup>

Unterstützung erhielten die Befürworter des Erhaltes der Ruinen von Vertretern der Leningrader<sup>75</sup> und der Litauischen Sektion der Union der Architekten<sup>76</sup>, dem ehemaligen Direktor des Kaliningrader Museums, I. Kolganov<sup>77</sup>, und vor allem vom Chef der Abteilung für Städtebau beim Gosstroj RSFSR, A. Slobodjanik. Dieser plädierte für eine sachliche Herangehensweise an das Problem: Er verstehe die Vorbehalte gegen die Ruine, die vielen „finster und riesig“ erscheine, aber „das ist doch eine nur emotionale Wirkung dieses grauen Kolosses auf die Menschen“, man müsse darüber aber als Architekt nachdenken. Slobodjanik sah es als „unumgänglich“ an, die Ruine wie einen „organischen Teil“ des neuen Zentrums zu behandeln. Vorerst solle man dieses Geschichtsdenkmal nicht zerstören, sondern vielmehr „eine spezielle Entscheidung des Kulturministeriums“ abwarten<sup>78</sup>.

In der anschließend von der Mehrheit der Anwesenden angenommenen Entschließung wurde das Kaliningrader Stadtexekutivkomitee aufgefordert, sich erstens an das Kulturministerium der RSFSR zu wenden, um Maßnahmen auszuarbeiten, wie die „vom historischen Standpunkt aus wertvollsten Teile des Schlosses“ bewahrt werden können, und zweitens bei Gosstroj Mittel für einen städtebaulichen Wettbewerb für den zentralen Bereich zu beantragen. *Giprogor* wurde gebeten, im neuen Generalplan Änderungen vorzunehmen, die einen Erhalt der Ruine ermöglichen<sup>79</sup>.

Die Antwort des Kulturministeriums auf den Brief des Stadtexekutivkomitees zur Schloßfrage war eindeutig: Zwar stünden die Ruinen nicht auf der offiziellen Denkmalliste, doch sei zumindest der teilweise Erhalt gerechtfertigt, da das Gebäude nicht nur „mit der Geschichte des deutschen Volkes, sondern auch mit wichtigen Ereignissen im Leben des russischen Staates verbunden ist“. Im Schloß habe sich neben der Gesandtschaft des Großfürsten Vasilij III., nach denen der Moskovitersaal im Nordflügel benannt wurde, auch der junge Peter I., der Feldherr A. V. Suworov und der

<sup>74</sup> Materialy soveščanija po proektirovaniju centra, S. 23.

<sup>75</sup> N. G. Ėjsmont, Chefarchitekt von Lenprojekt, M. A. Štrimer, Vorsitzender der Abteilung für Städtebau der LOSA, vgl. Materialy soveščanija po proektirovaniju centra, S. 17f. und 37–39.

<sup>76</sup> V. P. Mikučanis, Stellvertretender Vorsitzender der Litauischen Sektion der Union der Architekten, und S. S. Abramauskas, Lehrstuhlleiter am Polytechnischen Institut in Kaunas, vgl. Materialy soveščanija po proektirovaniju centra, S. 28–31 und 40f.

<sup>77</sup> Vgl. Materialy soveščanija po proektirovaniju centra, S. 43.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 46–48, hier: S. 48.

<sup>79</sup> Vgl. Rekomendacii soveščanija, prinjatye v rezultate obsuždenija voprosov proektirovanija centra goroda Kaliningrada, in: Materialy soveščanija po proektirovaniju centra, S. 1 f.

spätere Führer des letzten großen Bauernaufstandes von 1773, Emeljan Pugatjev, aufgehallen. Das Schloß sei Schauplatz der Übergabe der Schlüssel der Stadt Königsberg nach ihrer Einnahme durch die russischen Truppen im Siebenjährigen Krieg gewesen, und hier habe der Prozeß gegen die deutschen Sozialdemokraten stattgefunden, die halfen, die Zeitung der russischen Sozialdemokraten *Iskra* (Der Funke) nach Rußland zu transportieren. Schließlich seien die Mauern der Festung ein eindruckliches Denkmal für die Erstürmung Königsbergs<sup>80</sup>.

Dieser Meinungsumschwung im Kulturministerium war das Ergebnis langfristiger Lobbyarbeit der Abrißgegner. Bereits 1962 hatten diese begonnen, die Abrißbefürworter mit deren eigenen Waffen zu schlagen, indem sie eine Interpretationswende vollzogen<sup>81</sup>. Da für die Partei das Schloß ein Symbol des deutschen Militarismus war, bemühten sie sich immer wieder, in Briefen an politisch Verantwortliche und in der Öffentlichkeit, dessen Bedeutung für die Geschichte Rußlands und des Sozialismus hervorzuheben. Diese Argumentation, bei der sie sich häufig auf längst bekannte Fakten stützen konnten, zeigte nun ihre Wirkung.

Ein ähnlicher Weg war bereits Mitte der fünfziger Jahre beschritten worden, um die Altstadt von Riga zu retten. Deren Baudenkmäler waren, wie bereits erwähnt, von der Lettischen Akademie der Wissenschaften 1954 als deutsche und somit feindliche Architektur gebrandmarkt worden. Der Moskauer Städteplaner L. Bogdanov versuchte dagegen durch einen Beitrag für die Zeitschrift *Problemy sovetskogo gradostroitel'stva* (Probleme des sowjetischen Städtebaus) diese Auseinandersetzung aus dem Konfliktfeld des Kalten Krieges zu befreien: Der Kampf gegen die Ehrfurcht vor dem Westen dürfe den deutschen Einfluß auf die Architektur Rigas nicht größer erscheinen lassen, als er wirklich sei. Wenn man die mittelalterlichen Bauten Rigas als Besatzungsrelikte betrachte, reduziere man zudem den „ganzen Reichtum des [lettischen Kultur-]Erbes auf die bäuerliche Volkskunst“. Bogdanov wies in einer zweiten Argumentationsebene ferner darauf hin, daß die sozialistische Rekonstruktion einer Stadt nicht bedeute, alles auszu-

<sup>80</sup> GAKO, f. 522, op. 1, l. 19f., Antwort des Stellvertretenden Leiters der Verwaltung für Museen und Denkmalschutz des Kulturministeriums der RSFSR, A. Seregin, vom 4. August 1964, auf den Brief des Stadtextekutivkomitees vom 11. Juni 1964. Eine ähnliche Argumentation verfolgte die Frau eines Veteranen der Erstürmung Königsbergs, die 1967 von der geplanten Sprengung des Schlosses in Königsberg las und daraufhin der *Izvestija* schrieb: „Wozu sollte man die Denkmäler dem Erdboden gleichmachen, vom Gedanken geleitet, daß sie in der Geschichte eine negative Rolle gespielt haben? [...] Wenn man die Überreste des alten Königsbergs vernichtet, dann wird diese Stadt als historisches Denkmal uninteressant.“ GAKO, f. 297, op. 8, d. 2039, l. 1–3, Leserbrief an die *Izvestija* von L. Šal'da vom 13. März 1967.

<sup>81</sup> Vgl. GAKO, f. 135, op. 1, d. 61a, l. 2–3, Expertise über den kunstgeschichtlichen und historischen Wert der Ruinen des Königsberger Schlosses vom Leiter der Sektion für Architekturgeschichte und Denkmalschutz der LOSA, A. L. Rotač, vom Januar 1962, für das Kulturministerium der RSFSR.

löschen, was den neuen Wertmaßstäben widerspräche. So stelle die russische Regierung auch Kirchen und Paläste aus der Zeit des Zarismus unter Schutz, und in Polen würden Städte wie Gdansk, die sich „lange in Händen fremder Besatzer befunden“ hätten, in alten Formen wiederaufgebaut<sup>82</sup>.

Über ein Jahr verstrich, nachdem sich das Kulturministerium auf die Seite der Schloßbefürworter geschlagen hatte, ohne daß eine endgültige Entscheidung über den Schloßabriß getroffen wurde. Dieses Problem wurde bei den Beratungen zum Generalplan ausgeklammert<sup>83</sup>, bis Anfang September 1965 eine zweite Versammlung von Städteplanern, Architekten und Vertretern von Partei-, Gebiets- und Stadtverwaltung stattfand, auf der verschiedene Varianten für die Bebauung des zentralen Bereiches besprochen werden sollten. Neben *Giprogor* legten das örtliche Planungsinstitut *Kaliningrad-graždanproekt* (*Kaliningradskij proektnyj institut graždanskogo stroitel'stva, planirovki i zastrojki gorodov i poselkov* – Kaliningrader Projektierungsinstitut für ziviles Bauen und die Planung und Errichtung von Städten und Siedlungen) und Diplomanden aus Kaunas und Kiev entsprechende Entwürfe vor<sup>84</sup>. Mit Ausnahme der Moskauer Planer sahen alle Architekten in ihren Projekten den Erhalt der Schloßruine vor. Auf der Versammlung am 5. und 6. September mußten sich die Vertreter von *Giprogor* deshalb den Vorwurf anhören, sie hätten in ihrem Entwurf, bei dem „das Gefühl für den Maßstab verlorengegangen sei“, die Empfehlungen der Märzversammlung von 1964 mißachtet. In den Plänen der Diplomanden, über die sich die Anwesenden „warm äußerten“, fand man hingegen „interessante Gedanken“, die *Giprogor* als „wertvolle Ratschläge“ empfohlen wurden, wie die *Kaliningradskaja Pravda* berichtete<sup>85</sup>.

Obwohl diese Beratung im Kulturhaus der Fischer keinen verbindlichen Charakter hatte und die Gegenüberstellung der verschiedenen Entwürfe

<sup>82</sup> Bogdanov, *Voprosy rekonstrukcii centrov gorodov Pribaltiki*, hier: S. 61, 70–75. Das Rathaus von Riga war bereits 1948 abgerissen worden, die Ruine des Schwarzhäupterhauses folgte 1954. Der Blick nach Polen hat möglicherweise auch die Kaliningrader Architekten in ihrer Haltung beeinflußt: Anfang der sechziger Jahre berichtete die *Kaliningradskaja Pravda* mehrmals über Besuche der KOSA und der Kaliningrader Sektion der Union der Künstler der UdSSR in Olsztyn und verband dies mit dem Hinweis, wie schön dort die Altstadt wiederaufgebaut werde, die von den faschistischen Besatzern zerstört worden sei. Vgl. Chudožniki i Architektura, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 4. Januar 1962. Eindeutige Hinweise auf einen solchen Einfluß ließen sich bisher aber nicht finden.

<sup>83</sup> Vgl. GAKO, f. 522, op. 1, d. 133, Protokoll der Versammlung zur Begutachtung des Generalplan-Projektes am 10. Oktober 1964.

<sup>84</sup> Vgl. Chodakovskij, Rasti, chorošet' našemu gorodu, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 30. April 1965.

<sup>85</sup> Grin'kov, Glazami zodčich, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 21. September 1965. Vgl. auch den Bericht über die September-Versammlung des Vertreters des Kulturministeriums der RSFSR an seinen Dienstherrn, A. Popov, vom 29. September 1965, in: GAKO, f. 297, op. 8, d. 1780, l. 5f., und die schriftliche Stellungnahme des Vorsitzenden der KOSA, V. Eremeev, zum Giprogorentwurf vom 26. September 1965 in: GAKO, f. 135, op. 1, d. 71, l. 17f.

nicht als städtebaulicher Wettbewerb gelten konnte<sup>86</sup>, hatte die Partei eine eindeutige Niederlage erlitten – die Abrißpläne waren zum zweitenmal öffentlich durch eine offiziell einberufene Versammlung abgelehnt worden.

Das Gebietsexekutivkomitee hatte eine solche Entwicklung anscheinend befürchtet: Nachdem die verschiedenen Zentrumsentwürfe im Sommer 1965 erstmals zu sehen waren, beschloß das Gremium, die Entscheidung der Stadtregierung aus der Hand zu nehmen und Fakten zu schaffen. Wenige Wochen vor der September-Versammlung ordnete der Vorsitzende Ja. Prušinskij am 18. August 1965 den schnellstmöglichen Abriß der Schloßruine an. Daß damit vorerst doch nicht begonnen wurde, lag möglicherweise an der Unsicherheit des Gebietsexekutivkomitees, wie das Kulturministerium auf die Sprengung reagieren würde<sup>87</sup>. Das öffentliche Votum für den Erhalt der Ruine vom September 1965 bestärkte hingegen die Entschlossenheit der Vertreter von Staat und Partei, das Schloß abreißen zu lassen. Ihnen blieb auch keine andere Wahl, da die Situation außer Kontrolle zu geraten drohte: Für alle sichtbar war ein Gegensatz zwischen der politischen Führung des Kaliningrader Gebietes, der Denkmalschützer eine „falsche Haltung“ vorwarfen<sup>88</sup>, und Vertretern einer sich herausbildenden Öffentlichkeit entstanden. Die Partei konnte in dieser Situation nicht nachgeben, da sie selbst die Entscheidung für den Abriß mit einer enormen politischen Bedeutung aufgeladen hatte. Ein Zurückweichen hätte somit ihren Führungsanspruch in Frage gestellt.

Aus diesem Grund wurde auch gegenüber dem Kulturministerium, das am 5. Oktober 1965 das Gebietsexekutivkomitee schriftlich aufgefordert hatte, die Ruine zu erhalten, ein unnachgiebiger Kurs eingeschlagen. Wenige Tage nach Erhalt des Schreibens aus Moskau antwortete der stellvertretende Vorsitzende des Gebietsexekutivkomitees, G. Chor'kov, dem Ministerrat der RSFSR, die Vorschläge des Kulturministeriums seien „aufmerksam erörtert“ worden. Ein Erhalt des Schlosses komme jedoch nicht in Frage, da dessen Überreste „keinen historischen Wert“ besäßen und „das zukünftige Zentrum der Gebietshauptstadt verunstalten“. Zudem habe die zweite Ver-

<sup>86</sup> Die Durchführung eines solchen Wettbewerbes sah Eremeev in seiner Stellungnahme vom 26. September 1965 immer noch als notwendig an. Vgl. GAKO, f. 135, op. 1, d. 71, l. 17.

<sup>87</sup> Dies ist aufgrund folgender Tatsache zu vermuten: Die Sekretärin der Leitung der SA SSSR, N. Filiposkaja, verfaßte gegen die Abrißanordnung ein Protestschreiben, das sie neben Prušinskij unter anderem auch dem Stellvertretenden Vorsitzenden der Ministerrates der RSFSR, V. I. Kočemasov, schickte. In Prušinskij's Exemplar wurde die Feststellung, daß die Entscheidung für die Sprengung des Schlosses „entgegen der Meinung des Kulturministeriums der RSFSR gefällt“ wurde, vom Leser rot unterstrichen. Siehe: GAKO, f. 297, op. 8, d. 1780, l. 2.

<sup>88</sup> So L. Petrov, „Architekt und Teilnehmer an der Erstürmung Königsbergs“, in seiner Expertise zum Königsberger Schloß vom 1. Oktober 1965, in: GAKO, f. 297, op. 8, d. 1780, l. 8–10, hier: l. 10.

sammlung im September 1965 keine Empfehlung zum Schicksal des Schlosses verabschiedet<sup>89</sup>.

Entsprechend dem bisherigen Muster des Konfliktes versuchten die Abrißgegner in dieser Situation noch einmal, die öffentliche Meinung zu mobilisieren. Am 30. Oktober publizierte die *Literaturnaja Gazeta* auf der zweiten Seite unter der Überschrift „Erhalten wir es für die Geschichte!“ einen offenen Brief, der die Unterschriften von V. Eremeev (dem Vorsitzenden der KOSA), L. Soskin (dem Chefarchitekten von *Kaliningradgraždanproekt*), V. Erašov (dem Vorsitzenden der Kaliningrader Sektion des sowjetischen Schriftstellerverbandes) sowie von zwei Teilnehmern der Erstürmung Königsbergs trug. Eindringlich wiesen die Unterzeichner auf die Resolution vom März 1964 hin und unterstrichen noch einmal den Wert des Schlosses für die russische Geschichte. Durch diese Art der Ausübung von Druck über die Öffentlichkeit trafen sie auf einen wunden Nerv der Parteileitung. Diese mußte nun nicht nur fürchten, daß ihr die politische Definitionshoheit abhanden kam. Schwerwiegender war, daß der offene Brief in einer prominenten Zeitung veröffentlicht wurde, was die Aufmerksamkeit westlicher Medien weckte. Nachdem Radio Liberty den Beitrag lobend erwähnt hatte, wurde V. Erašov am 4. November zu N. Konovalov zitiert, dem Parteichef des Kaliningrader Gebietes. Konovalov warf dem Schriftsteller vor, mit dem offenen Brief die Sowjetunion verleumdet zu haben, und wiederholte die Ansicht der Partei, daß es sich bei der Ruine um ein „faschistisches Schloß“ handle. Nach Meinung des Parteichefs ging von der ehemaligen Ordensburg eine reale Gefahr aus, wußte er doch, daß ihre Silhouette auf den Fahnen der Ostpreußischen Landsmannschaft abgebildet war, die den Anspruch auf das Gebiet längst noch nicht aufgegeben hatte<sup>90</sup>. Erneut zeigte sich in seinen Äußerungen die Furcht vor der Wiederkehr der Deutschen nach Kaliningrad. Alles, was den ehemaligen Bewohnern Königsbergs als Identifikationspunkte dienen konnte, mußte ausgelöscht werden.

Diese Auffassung läßt sich zwischen den Zeilen auch aus einem Brief herauslesen, den das Gebietsexekutivkomitee am 6. November an den Ministerrat der RSFSR schickte. Aufgrund der unerwünschten Publizität, die das Schloß-Problem durch den offenen Brief gewonnen hatte, sah man sich in Kaliningrad gezwungen, dem Ministerrat den Abrißbeschluß in einem zweiten Schreiben ausführlicher zu begründen und somit zu legitimieren.

<sup>89</sup> GAKO, f. 297, op. 8, d. 1780, l. 11, Brief des Stellvertretenden Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees, G. Chor'kov, an den Ministerrat der RSFSR vom 11. Oktober 1965. Tatsächlich machten die meisten Anwesenden der Versammlung vom September 1965 aber deutlich, daß sie weiterhin für den Erhalt der Ruinen plädierten, wie der Bericht des Kulturministeriums für den Ministerrat der RSFSR vom 29. September über die Versammlung verdeutlicht: Nur das Stadtexekutivkomitee, so Minister Popov in diesem Schreiben, habe diesen Vorschlag nicht unterstützt. Vgl. GAKO, f. 297, op. 8, d. 1780, l. 5f.

<sup>90</sup> V. Erašov fertigte nach dem Gespräch mit Konovalov ein Gedächtnisprotokoll an. Vgl. Suchova, *Po zamku – ogon'!*, S. 41–51.

Als Grundlage für den Brief diente die Stellungnahme des Chefarchitekten der Zentralen Restaurationswerkstätten des Kulturministeriums der UdSSR, B. L. Al'tschuller, der auf den Wert der Ruinen hingewiesen hatte. Teilweise wurden ganze Sätze in das Schreiben des Gebietsexekutivkomitees wörtlich übernommen, nur daß die Schlußfolgerungen auf das Gegenteil hinausliefen – ein bemerkenswertes Lehrstück interpretatorischer Biegsamkeit. So schrieb Al'tschuller zum Beispiel<sup>91</sup>: „Gegenwärtig stellt die Gegend des Schlosses den allerverwahrlosten Teil des Stadtzentrums dar. Bis heute wurde hier kein Schutt beseitigt, wurden keine Wege freigeschaufelt, statt dessen drohen einige Gemäuer zusammenzufallen. Die Aufmerksamkeit und die Unruhe, die dieser Bereich bei den städtischen Behörden Kaliningrads und der architektonischen Öffentlichkeit hervorruft, ist natürlich.“ Die ersten beiden Sätze hatte der Leser im Gebietsexekutivkomitee unterstrichen – sie tauchten in folgender Form im Brief an den Ministerrat wieder auf<sup>92</sup>: „Gegenwärtig stellt die ganze Gegend des Schlosses den unansehnlichsten Teil der Stadt dar. [...] In Verbindung damit, daß während einer langen Zeit das Kulturministerium der RSFSR und die Leitung des Verbandes der Architekten der UdSSR nachdrücklich die Frage der Konservierung und Restaurierung der Ruinen des Schlosses aufgeworfen haben, wurden viele Schutthaufen auf dem Gelände des Schlosses bis heute nicht entfernt, die Wege nicht freigeschaufelt, und einzelne Teile der Gebäude drohen zusammenzufallen und schaffen so eine Gefahr für die Bewohner der Stadt.“ Al'tschuller machte in seiner Expertise darauf aufmerksam, daß „die Frage des Erhaltes des ehemaligen Königlichen Schlosses in Kaliningrad auch im Ausland ein bestimmtes Interesse hervorruft. (Es ist angebracht, daran zu erinnern, daß die letzten monographischen Forschungen über das Schloß in der BRD im Jahre 1959 herausgegeben wurden)<sup>93</sup>.“ Prušinskij griff demgegenüber auf das Argument zurück, daß das Schloß einen schlechten Einfluß ausübe. Er warnte den Ministerrat: „Gegenwärtig schreiben die Revanchisten in Westdeutschland wissenschaftliche Traktate, die der Rolle des Schlosses in der Geschichte der Gründung Preußens gewidmet sind, und bedauern seine Zerstörung. Deshalb ist unserer Ansicht nach die Erhaltung der Ruinen des Schlosses schädlich für die Formierung der Weltanschauung der heranwachsenden Generation.“

Ein weiteres Eigentor erzielte der Chefarchitekt des Kulturministeriums, als er betonte, man solle es „nicht unterlassen, auf die städtebildende Rolle des Schlosses zu achten, das selbst in ruinösem Zustand die umgebende Örtlichkeit dominiert“. Gerade diese Dominanz wurde dem Schloß aber

<sup>91</sup> Alle folgenden Zitate aus: GAKO, f. 297, op. 8, d. 1780, l. 12–16 (ohne Datum, zirka Mitte 1965).

<sup>92</sup> Alle folgenden Zitate aus: GAKO, f. 297, op. 8, d. 1780, l. 19–21 (l. 17–18 ist ein Entwurf für den Brief).

<sup>93</sup> Möglicherweise: Friedrich Lahrs, Das Königsberger Schloß, Stuttgart 1956.

zum Verhängnis. Schon 1960 hatte Navalichin, der damals schon wieder in Moskau arbeitete, in einem Vortrag darauf hingewiesen, daß das Schloß und die Kirchenruinen in Kaliningrad seit dem Abtragen der umliegenden Schutthaufen und zerstörten Wohngebäude im Stadtzentrum bis zu dessen Umformung die „Elemente der seit langem verklungenen militaristischen und bourgeois-klerikalen Existenz des ehemaligen Königsberg“ verstärken<sup>94</sup>. Ähnlich äußerte sich der Chef der Gebietsverwaltung für Architektur, V. Charlamov. Am ersten Tag der September-Versammlung in Kaliningrad warb er in einem Artikel der *Kaliningradskaja Pravda* für den Abriß des Schlosses, indem auch er vor der Dominanz der alten Bauten warnte: Das Zentrum solle mit „modernen und vielgliedrigen Hochhäusern bebaut werden, um eine neue Silhouette zu schaffen und das gegenwärtig bestehende Übergewicht der halbzerstörten Türme zu liquidieren“<sup>95</sup>. Die Bemerkung Al'tschullers, daß „nach der Durchführung aller Arbeiten zur Konservierung der Gebäude und zur Herrichtung des Geländes das ehemalige Königliche Schloß eine Verschönerung der jungen sowjetischen Stadt Kaliningrad“ sein werde, versah der Leser aus dem Gebietsexekutivkomitee ganz auf dieser Linie liegend mit einem Fragezeichen. Im Brief an das Kulturministerium wurde statt dessen hervorgehoben, daß gemäß dem Plan von *Giprogor* anstelle des Schlosses ein Gebäude errichtet werde, „welches das sowjetische Kaliningrad tatsächlich verschönert“.

Entscheidend für das weitere Schicksal der Ruine dürften jedoch die Verbindungen des Kaliningrader Parteichefs nach Moskau gewesen sein. Die Auseinandersetzung um das Schloß, die auf lokaler Ebene als ein Konflikt der Kaliningrader Architekten mit dem Stadtexekutivkomitee begonnen hatte, erreichte nun die oberste Ebene des Staates. Konovalov, der seit 1961 Mitglied des ZK der KPdSU und zudem mehrmals Deputierter des Kaliningrader Gebietes für den Obersten Sowjet der UdSSR war, setzte sich nach der Veröffentlichung des offenen Briefes in der *Literaturnaja Gazeta* mit Staats- und Parteichef Leonid Brešnjev in Verbindung, um die Angelegenheit endgültig in seinem Sinne klären zu lassen. Mitte Dezember 1965 verkündete der Kaliningrader Parteichef auf einer örtlichen KP-Versammlung Brešnjev Unterstützung in der Frage der Schloßsprengung<sup>96</sup>. Das Telegramm, mit dem das Kulturministerium dem Gebietsexekutivkomitee kurz zuvor am 22. November mitgeteilt hatte, das Schloß sei nun doch in die Liste „der vom Staat erhaltenen Denkmäler“ aufgenommen worden, konnte Prušinskij deshalb schnell zu den Akten legen. Auf den Rand des Telegramms notierte er für seinen Stellvertreter: „An den Genossen Bogdančikov: Antwort vorbereiten, anlog zu der, die an M[inister-] R[at der] RSFSR

<sup>94</sup> KOM 1/26, 12092.34, Dimitrij Navalichin, Doklad po dissertacionnoj rabote „K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada“.

<sup>95</sup> Charlamov, Naš gorod. Kakim on budet?, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 5. September 1965.

<sup>96</sup> Vgl. Suchova, Doroga k chramu.

geschickt.“<sup>97</sup> Mit der Stellungnahme des Staats- und Parteichefs hatte die Führung des Gebietes sozusagen einen Joker ausgespielt, den keine andere staatliche oder gesellschaftliche Instanz ausstechen konnte. Offensichtlich genügte zudem schon diese inoffizielle Einmischung Brešnjevs, um den Konflikt zu entscheiden, denn eine entsprechende schriftliche Anweisung des ZK ließ sich bisher nicht auffinden. Bemerkenswert bleibt aber, daß der Widerstand gegen den Schloßabriß erst auf höchster Ebene gebrochen werden konnte.

Nachdem die Sprengung der Ruine beschlossen war, trat Chodakovskij vom seinem Amt als Chefarchitekt zurück. Als letzten verzweifelten Schritt wandte auch er sich in einem Brief an Brešnev und forderte ihn auf, „den sinnwidrigen und nicht wiedergutzumachenden Abbruch des Schlosses“ zu stoppen<sup>98</sup>. Er erhielt keine Antwort.

Entsprechend gedrückt war die Stimmung auf der Versammlung der KOSA am 12. Dezember. Eremeev betonte in seinem Rechenschaftsbericht, daß die „Scherereien“ mit der örtlichen Führung um den Erhalt des Schlosses „deren fehlendes Verständnis“ in Fragen der Architektur offenbart hätten. Ursprünglich sollte darauf der Satz folgen: „Aber trotzdem hat die Führung unserer Stadt bei diesem Beispiel verstanden, daß es falsch ist, nicht auf die Architekten und die Öffentlichkeit Rücksicht zu nehmen.“ Angesichts des Ausganges des Konfliktes strich er diese Bemerkung jedoch wieder aus seinem Manuskript – die Architekten gestanden sich ihre Niederlage ein<sup>99</sup>.

Obwohl die prinzipielle Entscheidung über das weitere Schicksal der Ruine gefallen war, gingen die Proteste gegen den Abriß weiter. Als Ende 1965 die ersten Sprengungen vorgenommen wurden, machte ein junger Architekt davon Filmaufnahmen und zeigte diese auf einer Sitzung des „Clubs der künstlerischen Intelligenz“. Auf dieser Versammlung hielt auch der Schriftsteller Sergej Snegov eine Rede, in der er darauf hinwies, daß es heiße: „Die Kunst gehört dem Volke“, und nicht: „Die Kunst gehört der Partei“. Diese Äußerung soll ihm ein mehrjähriges Publikationsverbot eingebracht haben. Anschließend wählten einige Anwesende ein zu dieser Zeit auch unter Moskauer und Leningrader Dissidenten übliches Verfahren, indem sie ein Protestschreiben an das ZK der KPdSU verlasen und dazu aufriefen, dies zu unterzeichnen<sup>100</sup>. Einige empfanden ein solches Schreiben als Provokation, doch dreiviertel der Anwesenden, etwa 90 Personen, sollen die

<sup>97</sup> GAKO, f. 297, op. 8, d. 1780, l. 2a. Die entsprechende Antwort war eine gekürzte Fassung des Briefes an den Ministerrat vom 6. November und wurde am 26. November abgeschickt. Vgl. GAKO, f. 297, op. 8, d. 1780, l. 23–25.

<sup>98</sup> Zitiert nach: Svetlana Suchova, Die Partei befahl: Vernichten!

<sup>99</sup> GAKO, f. 135, op. 1, d. 70, l. 30.

<sup>100</sup> 1964 war der Moskauer Dichter I. Brodskij und 1965 der Autor A. Sinjavskij durch Protestschreiben unterstützt worden.

Resolution trotzdem unterschrieben haben. Vermutlich ist das Schreiben aber gar nicht in Moskau angekommen: Gleich am nächsten Tag wurden die Unterzeichner zum Gebietsexekutivkomitee bestellt. Die Partei betrachtete die Aktion als politisch motiviert und warf den Unterzeichnern „politische Unreife“ vor<sup>101</sup>.

Die Kaliningrader Architekten gaben auch in den folgenden Jahren die Hoffnung nicht auf, wenigstens einen kleinen Teil des Schlosses als Exponat in das neue Zentrum zu integrieren. In ihren Entwürfen für das neue Zentrum, die sie im Laufe der folgenden Jahre entwickelten, findet sich ein immer kleiner werdender Rest der ehemaligen Ordensburg – entsprechend den noch nicht abgerissenen Teilen. War es 1965 noch der ganze Westflügel, der sogar den gesprengten Glockenturm wiedererhalten sollte, blieb im Entwurf von 1967 nur noch der südwestliche Turm übrig<sup>102</sup>, bis schließlich im letzten Stadium lediglich die Stützmauer des neuen „Zentralen Platzes“ an dieser Ecke die Rundung des Turmes aufnahm. Nicht einmal diese Reminiszenz wollte die politische Führung aber billigen. In der später realisierten Fassung erinnert nichts mehr an den früher an dieser Stelle bestehenden Bau: Selbst das Suvorov-Denkmal wurde, nachdem es dem Bau des Schnellstraßenkreuzes weichen mußte, für über ein Jahrzehnt eingemottet und danach in sicherer Entfernung vom Zentrum wiederaufgestellt. Eine weitere Präsentation am ursprünglichen Ort wäre eine ständige Erinnerung an das gesprengte Schloß gewesen – und genau das wollte die Partei verhindern.

Um das städtebauliche Vakuum zu füllen, das nun durch die Abtragung der großen Ruine entstand, mußte die Planung eines neuen Hauses der Sowjets in Angriff genommen werden. Der Bau des neuen Verwaltungsgebäudes wurde jedoch erst im Sommer 1966 beantragt<sup>103</sup>, parallel zur Organisation des Schloßabrisses<sup>104</sup>. Um der Bevölkerung möglichst schnell einen ebenbürtigen Ersatz für die mittelalterlichen Festungsmauern zu bieten, machte sich das Gebietsexekutivkomitee nicht die Mühe, erst einen speziell für diesen Ort zugeschnittenen Entwurf in Auftrag zu geben. Chodakovskijs Warnung vor dem Verlust der lokalen Identität bewahrheitete sich nun: Ende Dezember 1966 druckte die *Kaliningradskaja Pravda* ein Modellfoto des noch nicht realisierten Hauses der Sowjets der sibirischen Stadt Perm' ab und teilte der Leserschaft mit, daß der Ministerrat der

<sup>101</sup> Vgl. Suchova, Doroga k chramu. Auch Kaliningrader Studenten sammelten mehr als vierhundert Unterschriften ihrer Kommilitonen gegen den Abriß.

<sup>102</sup> Vgl. Soskin, Takim budet centr Kaliningrada, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 12. Juli 1967.

<sup>103</sup> Vgl. GAKO, f. 297, op. 8, d. 1912, l. 36–38, Brief des Stellvertretenden Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees, G. Družinin, an Gosstroj RSFSR vom 29. Juli 1966.

<sup>104</sup> Im August 1966 wurde eine Kommission für den Abriß gegründet, die die Zeitpläne und die Beteiligung der Betriebe, der Armee usw. erarbeitete. Vgl. GAKO, f. 297, op. 8, d. 1912, l. 42–44.

RSFSR gestattet habe, dieses Gebäude „anstelle der Reste der Ruinen des ehemaligen Schlosses“ zu errichten<sup>105</sup>.

Kaum war die Auseinandersetzung um Erhalt oder Sprengung des Schlosses zugunsten der Partei entschieden, wurde 1967 auch die Existenz des letzten bedeutenden Baudenkmales der Innenstadt, des Domes, in Frage gestellt: Die Grablege der preußischen Herzöge stand dem oben behandelten Projekt im Wege, auf der Pregelinsel ein zentrales Massengrab für 20000 sowjetische Gefallene der Erstürmung Königsbergs zu schaffen, das dem Zentrum Kaliningrads seinen Stempel aufdrücken sollte.

Die tiefere Ursache dieses Entschlusses, die Gedenkstätte zu Füßen des geplanten Hauses der Sowjets unterzubringen, wird vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um das Schloß deutlich. Diese für ihre Zeit anachronistische Standortentscheidung läßt sich nicht allein mit der Suche nach einem möglichst zentralen Platz für den geplanten Soldatenfriedhof begründen. Der Beschluß war in doppelter Weise eine Folgeentscheidung des Schloßabrisses: Die Partei bemühte sich erstens, die letzten Reste der Vergangenheit aus dem Blickfeld zu räumen – und zwar in erster Linie aus dem Blickfeld des zukünftigen Hauses der Sowjets. Zu diesen Resten gehörte vorrangig die Ruine des Domes. Die Führung des Kaliningrader Gebietes versuchte zweitens auf diese Weise, die Definitionshoheit über die Geschichte der Stadt zu festigen, nachdem ihr diese im Kampf um das Schloß beinahe abhanden gekommen war. Die neue Gedenkstätte sollte den Dom verdrängen und ihn vergessen machen, so wie das Haus der Sowjets das Schloß bereits verdrängt hatte und vergessen machen sollte.

Problematischerweise war der Dom aber, anders als das Schloß, schon einige Jahre als Baudenkmal anerkannt; im Falle seiner Beseitigung waren deshalb stärkere Proteste zu erwarten. Nur mit der Errichtung des zentralen Soldatenfriedhofes auf der Pregelinsel hätte sich die Schleifung des mittelalterlichen Bauwerkes begründen lassen, indem zwischen sowjetischer Gedenkstätte und gotischer Kirche ein Widerspruch konstruiert wurde: Um Platz auf der Insel zu schaffen und das Gedenken nicht zu stören, sollte der Dom fallen.

Nachdem die Pläne für den Abriß der Kirche bekannt wurden, machte der Rektor der jungen Kaliningrader Universität, N. Prikladov, dem neuen Chefarchitekten Jurij Pokrovskij im Januar 1968 den Gegenvorschlag, das Gebäude als Universitätsbibliothek wiederaufzubauen. Eine erste Machbarkeitsstudie hatte der Architekt Jurij Vaganov bereits erstellt<sup>106</sup>. Die Argumente, die Prikladov in seinem Brief benutzte, gleichen sehr den Argu-

<sup>105</sup> Vgl. Takim budet centr Kaliningrada, in: *Kaliningradskaja Pravda*, 28. Dezember 1966.

<sup>106</sup> Vgl. GAKO, f. 522, op. 1, d. 170, l. 2. Er sah vor, auf Höhe der Unterkante der Fenster eine Zwischendecke einzuziehen. Im Erdgeschoß sollten demnach Verwaltung und Servicebereiche untergebracht werden, im Schiff sollte der Lesesaal entstehen. Das Magazin für eine Million Bände wäre im Chor eingebaut worden.

menten, die für den Erhalt des Schlosses vorgebracht worden sind: Der Rektor war sich bewußt, daß nicht der Wert des Domes an sich zählte, sondern sein nachweisbarer Wert für die sowjetische Bevölkerung. Er schlug deshalb vor, das äußere Erscheinungsbild in seinem gegenwärtigen Zustand „als Denkmal für die sinnlosen Zerstörungen des Krieges“ zu bewahren: „Wenn noch etwas Zeit vergeht, verschwinden die letzten im Krieg zerstörten Gebäude. Die Kathedrale, die an einen umgestürzten, tödlich verwundenen Riesen erinnert, wird sichtbar an die Tragödie erinnern, die von den Völkern durchlebt wurde, und wird kontrastierend das Werk der schaffenden Arbeit der sowjetischen Menschen unterstreichen, die anstelle der Ruinen ihre Stadt Kaliningrad gegründet haben.“<sup>107</sup> Der Direktor des Kaliningrader Museums, A. Cygankov, interpretierte das Nebeneinander von Dom, Bibliothek und Gedenkstätte sogar als sinnfällige Synthese: „Das Vorhandensein einer Gedenkstätte zu Ehren der Helden der Erstürmung von Königsberg auf der Insel neben der Kathedrale und der darin untergebrachten Universitätsbibliothek widerspricht sich nicht nur nicht, sondern unterstreicht die historische Bedeutung der Heldentat der sowjetischen Kämpfer, die die Weltkultur vor ihrer Vernichtung durch den Faschismus gerettet haben.“<sup>108</sup>

Was den Befürwortern des Erhaltes jedoch als wirksamstes Argument gegen den Abriß erschien, war die Tatsache, daß in den zwanziger Jahren an der Nordseite des Domes das Kant-Mausoleum errichtet worden war. Wie im Fall des Schlosses versuchten die Abrißgegner auch beim Dom, den Partekadern goldene Brücken zu bauen, um sie von ihrem Vorhaben abzubringen. So wurde Kant zu „einem der Ecksteine der marxistisch-leninistischen Lehre“ erklärt<sup>109</sup>, und Cygankov schrieb in seiner Stellungnahme: „Bei der Bewertung der Kathedrale als Denkmal sollte man in erster Linie bedenken, daß die Kathedrale der Begräbnisort des größten Gelehrten des 18. Jahrhunderts ist, des Begründers der deutschen klassischen Philosophie. Die Kathedrale zu erhalten bedeutet, den Ort des Begräbnisses Immanuel Kants zu retten und zu erhalten. Die Kathedrale abzureißen bedeutet, das Grab des Gelehrten und das Grabmal darauf, die historisch und architektonisch mit der Kathedrale verbunden sind, abzureißen und zu vernichten.“ Cygankov warnte vor den internationalen Auswirkungen einer Sprengung der Kirche: Man solle bedenken, „daß 1974 der 250. Geburtstag von Immanuel Kant begangen wird, des Gelehrten, dessen Leistungen sowohl auf dem Gebiet der Kosmologie als auch auf dem Gebiet der Philosophie zu den Klassikern des

<sup>107</sup> GAKO, f. 522, op. 1, d. 170, l. 4f., Brief des Rektors der KGU, N. Prikladov, vom 6. Februar 1968 an den Chefarchitekten der Stadt Kaliningrad, Jurij Prokrovskij.

<sup>108</sup> GAKO, f. 522, op. 1, d. 170, l. 10.

<sup>109</sup> GAKO, f. 522, op. 1, d. 170, l. 8f., Brief des Sekretärs der Kaliningrader Sektion der Allrussischen Gesellschaft für Denkmalschutz, V. Salenkov, vom 19. Februar 1968 an das ZK der KPdSU.

Marxismus zählen [*letzteres vom Leser rot unterstrichen, B.H.*]. Im Zusammenhang mit dem Jubiläum des Gelehrten wird die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit so oder so auf Kaliningrad und das Grab von Kant, das heißt auf die Kathedrale, gerichtet sein.“<sup>110</sup>

Eine Zeit lang hatte eine Kommission unter dem Vorsitz des Chefarchitekten daher erwogen, die Kathedrale abzureißen und das Kant-Mausoleum an einen anderen Ort zu versetzen. In seinem Brief an das ZK der KPdSU vom 19. Februar 1968 wies der Sekretär der Kaliningrader Sektion der Allrussischen Gesellschaft für Denkmalschutz, V. Salenkov, deshalb darauf hin, daß gemäß einem Erlaß des Ministerrates der UdSSR<sup>111</sup> historische Denkmäler unantastbares allgemeines Eigentum seien und nicht versetzt werden dürften. „Folglich muß das Kant-Grabmal erhalten und restauriert werden. Die Restaurierung und Herrichtung des Grabmales muß unbedingt in Zusammenhang mit der der Kathedrale durchgeführt werden.“<sup>112</sup>

Daß der Dom letztlich nicht abgerissen wurde, verdankt sich aber vermutlich weniger dem Einsatz der Kaliningrader Öffentlichkeit, sondern vielmehr den schlechten Realisierungschancen der geplanten zentralen Gedenkstätte. Ihre Lektion hatte die Kaliningrader Parteileitung aus den Querelen jedoch gelernt. Die Sprengung der ehemaligen Johanniskirche in der südlichen Innenstadt, die jahrzehntelang als Lagerhaus für Zucker gedient hatte, verlief Anfang der siebziger Jahre ohne Proteste: Die Vorbereitungen waren heimlich abgelaufen, das Ereignis kam überraschend. J. Vaganov, der sich vorher für den Erhalt des Domes eingesetzt hatte, erinnert sich: „Wir hörten eines Tages einen großen Knall in der Stadt – und dann war die Kirche weg.“<sup>113</sup>

<sup>110</sup> GAKO, f. 522, op. 1, d. 170, l. 10.

<sup>111</sup> No. 3898 vom 14. Oktober 1948.

<sup>112</sup> Vgl. GAKO, f. 522, op. 1, d. 170, l. 8f.

<sup>113</sup> Gespräch mit Jurij Vaganov am 25. Oktober 1997.

## Zusammenfassung und Ausblick

Als die in Kaliningrad gebliebene Königsbergerin Lucy Falk im Juli 1947 zum ersten Mal seit langer Zeit wieder in das Stadtzentrum kam, bemerkte sie eine Veränderung im Straßenbild. Die „fremdartigen Wachttürme“, von denen aus die Soldaten der Roten Armee seit der Besetzung Königsbergs die Stadt kontrolliert hatten, so notierte sie in ihr Tagebuch, waren wieder verschwunden<sup>1</sup>. Dieser Wandel im Erscheinungsbild der Stadt bezeichnet die erste Stufe der Aneignung der ehemaligen Hauptstadt Ostpreußens durch die neuen Einwohner: Sie sahen die Stadt nicht mehr als Bedrohung an. Trotzdem erschien Kaliningrad vielen immer noch als eine fremde, wenn nicht gar feindliche Stadt: Die ‚inneren Wachttürme‘ blieben somit noch lange bestehen, die ehemals deutsche Umgebung wurde mißtrauisch analysiert.

Zwischen diesen beiden Polen – der Baugeschichte Kaliningrads und das dahinterstehende Verhältnis zu dieser Stadt – bewegt sich die vorliegende Arbeit. Ihr Ziel war es, die Stadtentwicklung von Kaliningrad in den Jahren 1946 – 1970 anhand der Strategien des Wiederaufbaus und der Wahrnehmung der Stadt durch ihre Bewohner nachzuvollziehen.

Im ersten Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, auf das sich der erste Abschnitt dieser Untersuchung konzentriert, war der Umgang mit Kaliningrad von dem Bemühen geprägt, die Vergangenheit der Stadt zu bewältigen, da diese den neuen Bewohnern als Inbegriff der deutschen Aggression vorgestellt wurde und ihnen wohl auch teilweise selbst so erschien. In der überkommenen Architektur Königsbergs sah man diese feindliche Geschichte fortbestehen. Als Lösung dieses Problems wurde dessen weitgehende architektonische Umgestaltung in eine russisch-sowjetische Stadt angestrebt. Der erste städtische Chefarchitekt, Dimitrij Navalichin, spitzte diese Konzeption der baulichen Vergangenheitsbewältigung noch weiter zu, indem er Kaliningrad in ein verkleinertes Abbild Moskaus umformen wollte. Diese utopischen Planungen waren allerdings eher Mittel der politischen Propaganda als Versuche, der sowjetischen Bevölkerung ein Heimatgefühl zu vermitteln. In den Projekten spielten (noch bis in die sechziger Jahre hinein) die politisch-symbolische Aussage der Stadtlandschaft und ihre Eignung, als Kulisse für Massenaufmärsche zu dienen, eine weit größere Rolle als die tatsächlichen Bedürfnisse des alltäglichen Lebens. Dementsprechend beunruhigte die Planer die pragmatische Tendenz,

<sup>1</sup> Falk, Ich blieb in Königsberg, S. 118.

kriegszerstörte Häuser in ihrem ursprünglichen Zustand wiederaufzubauen, ohne sie wesentlich umzugestalten – darin wurde eine Gefahr für die Weltanschauung der Kaliningrader gesehen.

Die Identität der Kaliningrader, ihr Verhältnis zur eigenen Stadt, bildete einen Schwerpunkt des zweiten Abschnittes. Spätestens Anfang der fünfziger Jahre werden die Verzögerungen des Wiederaufbaus der Stadt offensichtlich und auch in der lokalen Presse thematisiert. Wahrscheinlich verhinderte eher der ruinöse Zustand Kaliningrads als die noch verbliebene deutsche Architektur, daß sich viele der neuen Einwohner in der Stadt heimisch fühlen. Es stellte sich heraus, daß der so radikal erscheinende Vorschlag aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, das Zentrum bewußt einige Jahrzehnte brachliegen zu lassen, unfreiwillig tatsächlich fast zwanzig Jahre lang eingehalten wurde. Mitte der fünfziger Jahre stößt die Enttäuschung über die Mißerfolge beim Wiederaufbau eine Entwicklung an, an deren Ende die Neubewertung Königsbergs steht: Wurde die ehemalige Hauptstadt Ostpreußens anfangs nicht nur als Verkörperung des deutschen „Dranges nach Osten“, sondern auch als abschreckendes Beispiel einer unhygienischen, kapitalistischen Stadt gesehen, so wurde die untergegangene Metropole nun zur Meßlatte des sozialistischen Kaliningrad.

Einen weiteren Schwerpunkt dieses Abschnittes stellte der Versuch dar, die Ursache der Wiederaufbauprobleme zu analysieren. Zum einen sind hier Faktoren zu beobachten, die überall in der Sowjetunion die Bauarbeiten (vor allem in den Stadtzentren) erschwerten, wie die mangelnde Ausbildung von Bauarbeitern, der niedrige Stellenwert des Wohnungsbaus bis 1957 bzw. die Typenbauweise nach 1957 und die Eigenmächtigkeit von Unionsbetrieben. Daneben lassen sich Kaliningrad-spezifische Ursachen feststellen, wie der Architektenmangel und das Fehlen von Planungsunterlagen aus der Vorkriegszeit.

Die positivere Neubewertung Königsbergs wurde wahrscheinlich durch das Gefühl verstärkt, aus Moskau keine ausreichende Unterstützung zu erhalten, sondern im Gegenteil noch für den Wiederaufbau anderer kriegszerstörter Städte ausgebeutet zu werden. Die tatsächliche Unterstützung aus Moskau im Rahmen des gesamtsovjatischen Wiederaufbaus spielte für den subjektiven Eindruck vor Ort dabei keine entscheidende Rolle: Nicht das Niveau der anderen sowjetischen Städte wurde als Vergleichsmaßstab für Kaliningrad herangezogen, sondern die Bedingungen im Königsberg der Vorkriegszeit. War in den ersten Nachkriegsjahren unter den Bewohnern des Gebietes selbst noch die Einstellung zu beobachten, auf besetztem Gebiet zu leben, in dem nach Belieben geplündert werden konnte, so stellte sich im Laufe der Zeit eine zunehmende Identifikation mit der Stadt ein.

Um dem Eindruck einer langsamen Stadtentwicklung entgegenzuwirken, bemühte sich die Führung des Gebietes, vor allem die Wiederaufbauerfolge zu betonen und auf die großartigen Umbaupläne zu verweisen. Häufig

wurde dabei eine Dynamik suggeriert, die es nicht gab, und umgekehrt wurde die offensichtlich fehlende Dynamik zu einem Wahrnehmungsproblem erklärt. Um das mangelnde Tempo des Wiederaufbaus zu kompensieren und die Stadt symbolisch und gleichzeitig deutlich sichtbar in Besitz zu nehmen, wurden in Kaliningrad eine ganze Reihe von Denkmälern errichtet. Mit den Denkmälern für die Erstürmung Königsbergs im April 1945 wurde die Aufgabe der sowjetischen Ehrenmäler in diesem Fall um eine interessante Variante erweitert: Hier wurde nicht nur dem Sieg der Roten Armee (und also der Kommunistischen Partei unter der Führung Stalins) gehuldigt, sondern durch einen quasi-religiösen Akt ein Gründungsmythos Kaliningrads geschaffen: Die immer wieder anlässlich der zeitlich eng beieinanderliegenden Jahrestage der Erstürmung Königsbergs am 9. April 1945 und der Gründung des Kaliningrader (zunächst: Königsberger) Gebietes am 7. April 1946 veröffentlichten Erinnerungen von Veteranen zeichneten ein Bild der völligen Zerstörung der alten Stadt. Das „sich aus der Asche des zerstörten Königsberg erhebende Kaliningrad“ erfuhr somit in dem Augenblick der Kapitulation von General Lasch seine ‚Stunde Null‘, nachdem der „Hort des Militarismus“ im Sturmangriff der sowjetischen Soldaten – gleichsam wie in einem gerechten Fegefeuer – verglüht war.

Als Unterstützung dieser Inbesitznahme versuchte die politische Führung in der früheren Geschichte Anknüpfungspunkte zu finden. Mit dem Denkmal für den russischen Feldherrn A.V. Suworow verhedderte man sich jedoch einige Jahre nach dessen Aufstellung: Im Zusammenhang mit dem Konflikt um den Erhalt oder den Abriss des Königsberger Stadtschlusses war es an seinem ursprünglichen Aufstellungsort zu Füßen der Ruine nicht mehr tragbar. Es geriet somit in den Strudel der Auseinandersetzung um den neuen Blick auf die Geschichte des Gebietes, die von der nachgewachsenen Generation nicht mehr vorrangig vor dem Hintergrund der Kriegserlebnisse gesehen wurde. Diese Generation führte die Neubewertung des alten Königsberg weiter und begann sich auch mit der Vorkriegsgeschichte des Gebietes zu beschäftigen, wodurch die Interpretationen der Partei ins Wanken gerieten. Höhe- und Wendepunkt war der Streit um das Schloß. In ihm sahen die Befürworter seines Erhaltes ein Baudenkmal, das der Stadt ein individuelles Gepräge gab, während die Befürworter des Abrisses in der Ruine weiterhin nur ein Symbol des Militarismus erblickten. Mit dem Sturz von Nikita Chruščev war in Kaliningrad schließlich die Zeit vorbei, in der es Spielräume bei der Bewertung der Vergangenheit der Stadt gegeben hatte. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre kam es zu einem *rollback*, dessen sichtbarste Folge die Abtragung der Schloßruine war. Die Partei, die immer noch die Auffassung vertrat, daß die deutsche Architektur einen schlechten Einfluß auf die Weltanschauung der Bevölkerung habe, konnte die Sprengung des Schlosses gegen einen breiten Widerstand durchsetzen.

In den folgenden Jahren stand wieder die Bewältigung der deutschen Geschichte Kaliningrads im Vordergrund: Die teilrealisierte Tangente zum zentralen Bereich, die östlich des Schloßteiches durchgebrochen wurde, erhielt den Namen „Straße des 9. April“ – nach dem Tag der Kapitulation Königsbergs. Auch das Leitbild Moskau tauchte in den siebziger Jahren wieder auf. Entgegen der ursprünglichen Planung wurde beim Bau des Hauses der Sowjets vor dem Eingang des Gebäudes eine monumentale, mit rotem Granit verkleidete Tribüne für die Führung des Gebietes errichtet. Das Material und die stufenförmige Gestalt des Bauwerkes verweisen deutlich auf das Lenin-Mausoleum auf dem Roten Platz. Dieser Rückgriff auf die sowjetische Geschichte bedeutet aber nicht, daß der gesamte Städtebau in Kaliningrad seit der Wende im Jahr 1965 retrospektiv eingefärbt war. Selbst die Straße des 9. April, für deren Bau noch erhaltene Wohnhäuser der Spitzhacke zum Opfer fielen, war ein Widerhall der internationalen Moderne, die im neuen Chefarchitekten Jurij Pokrovskij einen vehementen Befürworter fand<sup>2</sup>. So paradox es klingt, doch mit der Zerstörung der bestehenden westlichen (deutschen) Architektur durch den Bau von Tangenten, kreuzungsfreien Schnellstraßen und Wohnhochhäusern in Plattenbautechnik wurde nun der Versuch unternommen, zum Westen aufzurücken.

Die prestigeträchtigste Aufgabe bei der Umgestaltung des Zentrums, die Implantierung eines neuen gesellschaftlichen Herzens, scheiterte jedoch. Die Arbeiten für ein Haus der Sowjets begannen 1970 und wurden im Jahr 1981 wegen Geldmangels eingefroren. Nachdem Ende der achtziger Jahre noch ein teilweiser Innenausbau erfolgt war, beschloß man 1991 nach dem Ende der Sowjetunion, die Arbeiten an dem „Monster“, wie das Hochhaus von vielen Kaliningradern nun genannt wird, endgültig einzustellen. Schon einige Jahre zuvor war die Erkenntnis gereift, daß das Gebäude für die vorgesehenen Nutzer viel zu groß war<sup>3</sup>. Die Errichtung der Philharmonie, eines Zirkus und eines Stadions wurden gar nicht erst in Angriff genommen. Statt als funktionaler Mittelpunkt der Stadt zu dienen, ist das Zentrum rund um den sogenannten „Zentralen Platz“ deshalb noch heute ein städtebauliches Blackout.

Nach dem Zerbrechen der Sowjetunion und der Öffnung des Kaliningrader Gebietes vollzog sich im Verhältnis zur Geschichte der Region eine neue Wende. Seit 1991 ist eine offene Diskussion über die deutsche Vergangenheit möglich. In der Debatte um die Identität der Stadt finden sich nun verklärende, zum Teil aber auch nachdenkliche Stimmen, wie zum Beispiel die von Jurij Ivanov, dem inzwischen verstorbenen Vorsitzenden des Kaliningrader Kulturfonds. Er schrieb im Jahr der Öffnung des Gebietes:

<sup>2</sup> Vgl. Steiner, Kaliningrad ist nicht Königsberg, hier: S. 138.

<sup>3</sup> Vgl. das Interview mit dem ehemaligen Bauleiter des Hauses der Sowjets, N. M. Bruskov, in der *Kaliningradskaja Pravda* vom 18. Juli 1997, der auf die Planungsänderungen während der Bauarbeiten hinweist.

„Welch eine seltsame Gegend ist das, in der wir, Russen, leben – eine Gegend, die heute das ‚Kaliningrader Gebiet‘ heißt, ein Teil Rußlands! [...] Alles ist so seltsam, so kompliziert, künstlich. Wie auf fremden Sockeln. Die fünfzigjährige sowjetische Periode auf dem siebenhundertjährigen, für Rußland fremden Fundament.“<sup>4</sup>

Der Phase der Euphorie, in der von der Sonderwirtschaftszone „Jantar“ (Bernstein) geträumt wurde und eine Welle der Ostpreußenbegeisterung über das Gebiet hinwegging, ist mittlerweile wieder einer zurückhaltenden Betrachtung gewichen. Zwar hat das Interesse an der Vorkriegsgeschichte der Stadt nicht nachgelassen: Vor allem der Erfolg der im Fernsehen ausgestrahlten, reißerischen Serie „Tajny Kenigsberga“ (Die Geheimnisse von Königsberg) belegt diese ungebrochene Popularität; zudem erscheinen in zunehmendem Maße Erinnerungen deutscher Vertriebener in russischer Übersetzung, und kürzlich veröffentlichte ein Kaliningrader Historiker ein Buch über die Geschichte Ostpreußens bis 1947. Doch mit den wirtschaftlichen Problemen entstanden auch Zweifel, ob der eingeschlagene Kurs in Richtung Westen der richtige ist. Wenn man heute Kaliningrad besucht, findet man die Bevölkerung in dieser Frage gespalten – und auch dies drückt sich in der Architektur aus. In der Stadt wird gegenwärtig an zwei Kathedralen gebaut: Während der mittelalterliche Dom auf der Pregelinsel 1998 ein neues Dach erhielt, wachsen wenige hundert Meter weiter entfernt, neben dem Nordbahnhof, an dem Navalichin einst einen Kremlturm errichten wollte, die Mauern einer neuerlichen Kopie eines Moskauer Bauwerkes in die Höhe, die Mauern der Christ-Erlöser-Kathedrale.

<sup>4</sup> Ivanov, Brücken von Kaliningrad nach Königsberg, hier: S. 5.

# Anhang

## Personenglossar\*

- Borisov, Vasilij Andreevič*, 1946/47 Leiter der Verwaltung für zivile Angelegenheiten, 1947–? Vorsitzender des Oblispolkom.
- Černyšev, Vasilij Efimovič*, 1954–1959 Parteichef des Kaliningrader Gebietes (Erster Sekretär des Kaliningrader Obkom).
- Charlamov, V.*, 1959–1967? Chef der Gebietsverwaltung für Architektur.
- Chodakovskij, Vladimir V.*, 1961–1965 Chefarchitekt der Stadt Kaliningrad.
- Chor'kov, G.*, 1965 Stellvertretender Vorsitzender des Oblispolkom.
- Chrustalev, K. Ja.*, 1957–1958 Chefarchitekt der Stadt Kaliningrad.
- Didenko, F. P.*, 1954–1964 Chefarchitekt von Oblproekt.
- Družinin, G.*, 1961–1966 Parteichef der Stadt Kaliningrad, 1966–? Stellvertretender Vorsitzender des Oblispolkom.
- Eremeev, V.*, 1957–1968? Vorsitzender der KOSA.
- Iljuchin, L. K.*, ?–1959 Chefarchitekt der Gebietskommunalverwaltung, 1959–1961 Chefarchitekt der Stadt Kaliningrad, ?–1964 Vorsitzender der KOSA.
- Ivanov, Jurij P.*, 1947–1948 Parteichef des Kaliningrader Gebietes.
- Kononov, Nikolaj S.*, 1949–1951 Parteichef der Stadt Kaliningrad, 1955–1961 Stellvertretender Parteichef des Kaliningrader Gebietes, 1961–1984 Parteichef des Kaliningrader Gebietes, 1950, 1962, 1966 Deputierter des Kaliningrader Gebietes im Obersten Sowjet der UdSSR.
- Korovkin, N.*, 1950 Sekretär des VKP-Komitees des Leningrader Rayons, 1961 Vorsitzender des Stadtsowjets.
- Kudikin, M. T.*, 1951 Stellvertretender Leiter der Abteilung für Propaganda und Agitation beim Obkom, 1959 Parteichef der Stadt Kaliningrad, 1965 Stellvertretender Vorsitzender des Oblispolkom.
- Loškarev, N.*, 1962–1965 Vorsitzender des Gorispolkom.
- Markov, F. V.*, 1959–1961 Parteichef des Kaliningrader Gebietes.
- Muraško, P. Ch.*, 1949–1950 Vorsitzender des Gorispolkom.
- Naumov, M. R.*, 1948–1953 und 1959–1965 Projektleiter im *Giprogor* für den Generalplanentwurf für Kaliningrad.
- Navalichin, Dimitrij Konstantinovič*, 1947–1955 Chefarchitekt der Stadt Kaliningrad, 1955–1957 Chef der Gebietsverwaltung für Architektur, 1957–1961 Leiter der Abteilung für Wohnungsbau an der Akademie für Architektur in Čeljabinsk, 1961–? Dozent am Moskauer Institut für Architektur.
- Pokrovskij, Jurij K.*, 1965–1980 Chefarchitekt der Stadt Kaliningrad.
- Prušinskij, Ja.*, 1965–1967 Vorsitzender des Oblispolkom.
- Romanin, R.*, 1966–? Vorsitzender des Gorispolkom.
- Ščerbakov, Vladimir Vasiljevič*, 1948–1954 Parteichef des Kaliningrader Gebietes.
- Škvarikov, V.*, Chef der Verwaltung für Architektur beim Ministerrat der RSFSR.
- Slajkovkij, Z.*, 1955 Vorsitzender des Oblispolkom.
- Soskin, L.*, 1965–1968 Chefarchitekt von Kaliningradgraždanproekt.
- Timochin, P. V.*, 1946–1949 ? Chefarchitekt der Gebietskommunalverwaltung.
- Tjan, Dimitrij*, 1946–195? Chef der Gebietsverwaltung für Architektur.
- Zelenkova, N.*, 1957–1959 Chefin der Gebietsverwaltung für Architektur.

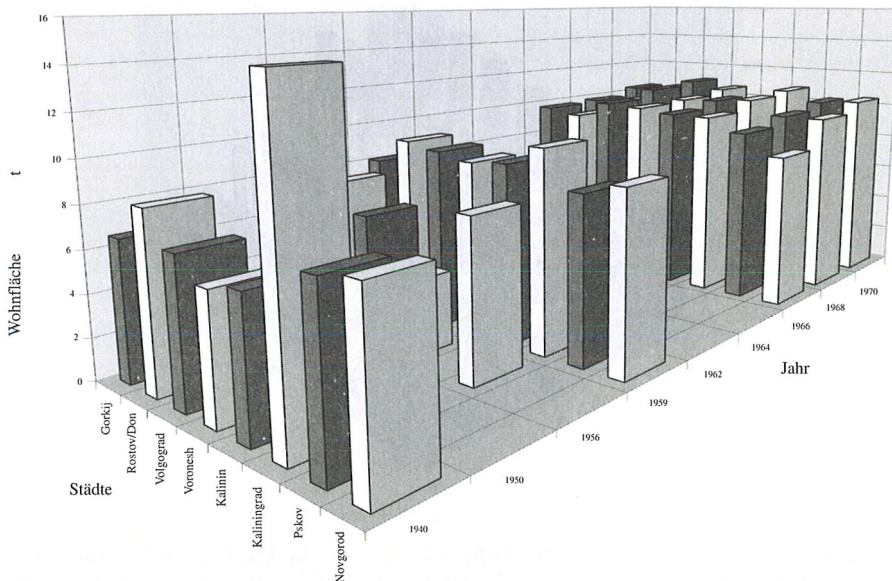
\* Die angegebenen Zeiträume sind nur Kerndaten, die meist aus den Quellen übernommen wurden. In vielen Fällen konnte nicht ermittelt werden, wie lange die einzelnen Personen in der entsprechenden Position gearbeitet haben. Dies betrifft vor allem die Architekten und Stellvertreter.

## Abkürzungsverzeichnis

CChIDNIKO	Centr chranenija i izučenija dokumentov novejšej istorii Kaliningradskoj Oblasti [Zentrum für die Aufbewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte des Kaliningrader Gebietes]
GAKO	Gosudarstvennyj Archiv Kaliningradskoj Oblasti [Staatliches Archiv des Kaliningrader Gebietes]
GARF	Gosudarstvennyj Archiv Rossiskoj Federacii [Staatliches Archiv der russischen Föderation]
Giprogor	Gosudarstvennij institut proektirovanija gorodov [Staatliches Institut für die Planung von Städten]
Giproprom	Gosudarstvennij institut proektirovanija promyšlenosti [Staatliches Institut für Industriepaltung]
Giproteatr	Gosudarstvennij institut proektirovanija teatrov [Staatliches Institut für die Planung von Theatern]
Gorispolkom	Ispol'nitel'nyj komitet gorodskogo sovjeta trudjaščichsja [Exekutivkomitee des Städtischen Sowjets der Arbeitenden; Stadtexekutivkomitee]
Gorkom	Gorodskoj komitet KPSS [Städtisches Komitee der KPdSU]
Gosplan	Gosudarstvennij planovyj komitet [Staatliches Plankomitee]
Gosstroj	Gosudarstvennij komitet po delam stroitel'stva [Staatliches Komitee für Bauangelegenheiten]
Kaliningrad-graždan-proekt	Kaliningradskij proektnyj institut graždanskogo stroitel'stva, planirovki i zastrojki gorodov i poselkov [Kaliningrader Projektierungsinstitut für ziviles Bauen und die Planung und Errichtung von Städten und Siedlungen]
KOSA	Kaliningradskaja otdelenie Sojuza Architektorov SSSR [Kaliningrader Sektion der Union der Architekten der UdSSR]
KOSP	Kaliningradskaja otdelenie Sojuza Pisatelej RSFSR [Kaliningrader Sektion der Union der Schriftsteller der RSFSR]
KPSS	Kommunističeskaja partija Sovetskogo Sojuza [KPdSU – Kommunistische Partei der Sowjetunion]
NKVD	Narodnyj Kommissariat Vnutrennich Del [Volkskommissariat für innere Angelegenheiten]
Obkom	Oblastnoj komitet KPSS [Gebietskomitee der KPdSU]
Oblispolkom	Ispolnitel'nyj komitet oblastnogo soveta deputatov trudjaščichsja [Exekutivkomitee des Gebietssowjets der Deputierten der Arbeitenden; Gebietsexekutivkomitee]
Oblproekt	Kaliningradskaja oblastnaja proektnaja kontora [Kaliningrader Gebietsplanungskontor]
RSFSR	Rossijskaja sovetskaja federativnaja socialističeskaja respublika [Rußländische sowjetische föderative Sowjetrepublik]
SSSR	Sojuz sovetskich socialističeskich respublik [Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken; UdSSR]
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VI	Voprosi Istorii [Fragen der Geschichte]
VIŽ	Voенno-Istoričeskij Žurnal [Militärhistorische Zeitschrift]
VKP(b)	Vsesojuznaja kommunističeskaja partija (bolševikov) [Kommunistische Allunionspartei (der Bolschevisten)]

## Wohnraumversorgung in Städten der RSFSR (m<sup>2</sup>/Kopf)<sup>1</sup>

	1940	1950	1956	1959	1962	1964	1966	1968	1970
Gorkij	6,6		6,7	8,1			9,7	9,8	10,3
Rostov/Don	8,3		7,9	9,4			9,4	9,9	10,4
Volgograd	6,8		6,6	9,1			10,3	10,8	11
Voronesh	5,8		3,7	8,8			10,2	10,3	10,6
Kalinin	6,2			9			10	10,4	10
Kaliningrad	14,5		7,7	10			10	10,6	10,8
Pskov	7,7			8,2			9,3	9,8	10,2
Novgorod	8			8,8			8,2	9,8	10,4
ges. RSFSR <sup>2</sup>	6			8	8,8	9,3	9,8	10,2	10,7

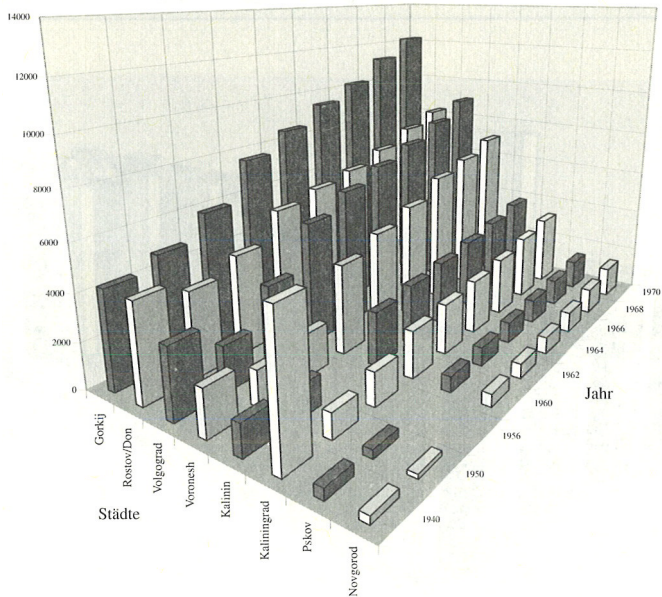


<sup>1</sup> Die Werte dieser Tabelle wurden aus den Angaben der folgenden beiden Tabellen errechnet.

<sup>2</sup> Nach Albrecht Kruse, Der sowjetische Wohnungsbau (Sonderheft No. 58 des DIW), Berlin 1961, S. 21, belief sich die Bruttowohnfläche je Einwohner (Jahr: m<sup>2</sup>/Kopf): 1950: 7,4; 1956: 7,6; 1959: 8,3; und die Netto- (Nutz-)wohnfläche je Einwohner (Jahr: m<sup>2</sup>/Kopf): 1950: 5,6; 1956: 5,7; 1959: 6,2; D. L. Broner, Sovremennye problemy žiliščnogo chozajstvo, Moskau 1961, S. 100, gibt als Nettowohnfläche je Einwohner (Jahr: m<sup>2</sup>/Kopf) an: 1959: 5,7; 1962: 7,0; 1964: 7,7.

## Wohnraumbestand in Städten der RSFSR (in tsd m<sup>2</sup>)<sup>1</sup>

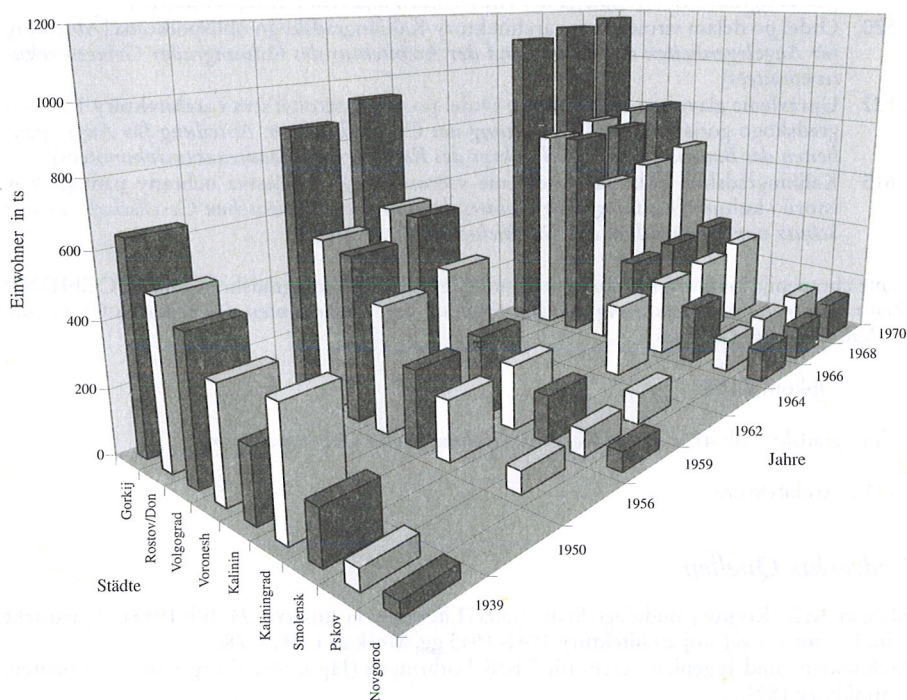
	1940	1950	1956	1960	1962	1964	1966	1968	1970
Gorkij	4275 <sup>2</sup>	4834	5900	7664	8565	9454	10191	11248	21166
Rostov/Don	4265	3723	4400	5682	6083	6433	6997	7692	8247
Volgograd	3033	1948 <sup>3</sup>	3500	5425	6242	6880	7482	8191	8995
Voronesh <sup>4</sup>	2014	1529	1850 <sup>5</sup>	3977 <sup>6</sup>	4624	5212	6039	6484	7064
Kalinin	1342	1291		2357	2639	2858	3117	3408	3762
Kaliningrad	6000 <sup>7</sup>	1075	1451	2049	2223	2397	2610	2926	3212
Pskov	462	350		668	805	916	1029	1147	1307
Novgorod	319	185		535	631	729	888	1115	1343



- <sup>1</sup> Quellen: Narodnoe Chozajstvo (NCh) RSFSR v 1956 godu, Moskau 1957, S. 359; NCh v 1961, M. 1962, S. 581 f.; NCh v 1964, M. 1965, S. 499 f.; NCh v 1969, M. 1970, S. 365 f.; NCh v 1970, M. 1971, S. 391 f.
- <sup>2</sup> Nach NCh gorkovskoj oblasti za 50 let, Gorkij 1967, S. 132, gab es 1940: 3920 tsd m<sup>2</sup> Wohnfläche und 1945: 4484 tsd m<sup>2</sup>.
- <sup>3</sup> Nach NCh volgogradskoj oblasti, Volgograd 1967, S. 171, gab es 1945: 975 tsd m<sup>2</sup> Wohnfläche und 1950: 2177 tsd m<sup>2</sup>.
- <sup>4</sup> Die städtische Planungsverwaltung gab abweichend von der der Moskauer Verwaltung für Statistik folgende Wohnungsbestände an (Jahr: tsd m<sup>2</sup>): 143: 104; 1945: 489; 1955: 1.553; 1962: 3.100 (GAVO, f. Gorplana, op. 1, d. 1, l. 1; zitiert nach: Belov, Podnjatie iz ruin, S. 201).
- <sup>5</sup> Nach N. V. Trojckij, Voronesh, Moskau 1959, S. 113.
- <sup>6</sup> Nach NCh voroneshskoj oblasti, Voronesh 1972, S. 203, gab es 1960: 4378 tsd m<sup>2</sup> Wohnfläche; 1965: 6039; 1970: 7634.
- <sup>7</sup> Schätzung der Kaliningrader Stadtverwaltung. Angaben aus zeitgenössischen deutschen Veröffentlichungen lassen sich dazu nicht finden: Das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches und das Jahrbuch deutscher Städte und Gemeinden zählten nur die Wohnungen unterteilt in Klein- und Großwohnungen.

## Einwohnerzahlen von Städten der RSFSR (in tsd)<sup>1</sup>

	1939	1950	1956	1959	1962	1964	1966	1968	1970
Gorkij			876	942			1 100	1 139	1 170
Rostov/Don <sup>2</sup>	510,2		552	599,5			737	773	788,8
Volgograd <sup>3</sup>	445,3		525,2 <sup>4</sup>	592,4			743,1	756	817,6
Voronesh	344		400	447,2			592	625	660,2
Kalinin	216		240	261			311	326	345
Kaliningrad <sup>5</sup>	380		188	204,2			261	275	297
Smolensk	156,9			147,2			196,4		
Pskov <sup>6</sup>	60		69	81	98		110	116	127
Novgorod <sup>7</sup>	39,8			60,7			107,4	113	128



- <sup>1</sup> Quellen: Narodnoe Chozajstvo RSFSR v 1957 godu, Moskau 1958, S. 48f.; NCh v 1961, M. 1962, S. 79–81; NCh v 1965, M. 1966, S. 16f.; NCh v 1970, M. 1971, S. 19f.
- <sup>2</sup> Angaben für 1939; 1959; 1970 aus: NCh rostovskoj oblasti, Rostov 1971, S. 11.
- <sup>3</sup> Angaben für 1939; 1959; 1966 aus: NCh volgogradskoj oblasti za 50 let, Volgograd 1967, S. 41.
- <sup>4</sup> Angabe aus: NCh stalingradskoj oblasti, Saratov 1957, S. 17.
- <sup>5</sup> Angaben für 1959; 1970 aus: Kaliningrad v vosmoj pjatletke, Kaliningrad 1972, S. 15.
- <sup>6</sup> Angaben für 1939; 1956; 1962; 1966; 1970 aus: NCh pskovskoj oblasti, Pskov 1972, S. 211.
- <sup>7</sup> Angaben für 1939; 1959, 1966 aus: Novgorodskaja oblast za 50 let, Novgorod 1967, S. 8.

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## Ungedruckte Quellen

Gosudarstvennyj Archiv Kaliningradskoj Oblasti (GAKO) [*Staatliches Archiv des Kaliningrader Gebietes*]

- f. 68 Upravlenie kulturey Kaliningradskogo oblispolkoma [*Kulturverwaltung des Kaliningrader Gebietsexekutivkomitees*]
- f. 135 Kaliningradskaja otdelenie Sojuza Architekturov SSSR (KOSA) [*Kaliningrader Sektion der Union der Architekten der UdSSR*]
- f. 237 Upravlenie po graždanskim delam Kaliningrada (Kenigsberga) [*Verwaltung für zivile Angelegenheiten Kaliningrads/Königsbergs*]
- f. 289 Kaliningradskij (Kenigsbergskij) oblastnoj otdel kulturno-prosvetitel'noj raboty [*Kaliningrader (Königsberger) Gebietsabteilung für kulturell-aufklärerische Arbeit*]
- f. 297 Kaliningradskij oblastnoj Sovet deputatov trudjaščichsja i ego ispolnitel'nyj komitet [*Kaliningrader Gebietsowjet der Arbeitenden und sein Exekutivkomitee*]
- f. 520 Otdel po delam stroitel'stva i architektury Kaliningradskogo oblispolkoma [*Abteilung für Angelegenheiten des Bauens und der Architektur des Kaliningrader Gebietsexekutivkomitees*]
- f. 522 Upravlenie glavnogo architekatora; Otdel po delam stroitel'stva i architektury Kaliningradskogo gorispolkoma [*Verwaltung des Chefarchitekten; Abteilung für Angelegenheiten des Bauens und der Architektur des Kaliningrader Stadtextekutivkomitees*]
- f. 615 Kaliningradskoe oblastnoe otdelenie vserossijskogo obščestva ochrany pamjatnikov istorii i kulturey [*Kaliningrader Gebietsabteilung der Allrussischen Gesellschaft für den Schutz von Denkmälern der Geschichte und der Kultur*]

Centr chranenija i izučenija dokumentov novejšej istorii Kaliningradskoj Oblasti (CChIDNI) [*Zentrum für die Aufbewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte des Kaliningrader Gebietes*]

f. 1 Obkom KPSS

Kaliningradskij oblastnoj muzej (KgOM) [*Kaliningrader Gebietsmuseum*]

f. 1/26 Architektura

## Gedruckte Quellen

Alabjan, K. S., Kontury budešego Stalingrada (Literatura i iskusstvo, 24. Juli 1943), abgedruckt in: *Iz istorii sovetskoj architektury 1941–1945 gg*, Moskau 1978, S. 78.

Architekten- und Ingenieurverein für Elsaß-Lothringen (Hg.), *Strassburg und seine Bauten*, Straßburg 1894.

Aufzeichnung über die vierte Sitzung der Regierungschefs, Teheran, 1. Dezember 1943, II. Sitzung am runden Tisch, in: *Teheran, Jalta, Potsdam. Konferenzdokumente der Sowjetunion*, Köln 1986, Bd 1. Die Konferenz von Teheran.

Bittel, Karl (Hg.), *Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges*, Berlin 1949.

BMfV [Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte] (Hg.), *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa*, bearbeitet von Theodor Schieder, München 1984, Teil I, Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, Bd. I.

Bogdanov, L. S., *K voprosu rekonstrukcii centrov gorodov pribaltiki*, in: *Problemy sovetskogo gradostroitel'stva* 5 (1955), S. 61–80.

- Butovskaja, S., Kaliningrad. Illustrirovannyj očerk, Kaliningrad 1959.
- Čenyšev, S. E., General'nyj plan rekonstrukcii Moskvy, Moskau 1937.
- Chrappa, Vladimir, Wir, die Bevölkerung von Königsberg. Offener Brief an die Metropole, in: Kontinent. Ost-West-Forum, No. 3, 1989, S. 99–101.
- Deichelmann, Hans, Ich sah Königsberg sterben, Minden 1995.
- Gel'frejch, V. G., O proektach centra Staligrada, in: Architektura i stroitel'stvo 15 (1946), S. 6.
- Gracianskij, N. P., Kenigsberg. Stenogramm publičnoj lekcii [...] pročitannoj 19. Sentjabrja 1945, Moskau 1945.
- Grackij, N. P., Fašistskaja fal'sifikacija istorii nemeckoj agressii za Ėl'bu, in: Učėnye zapiski Moskovskogo Gosudarstvennogo Universiteta imeni Lomonosova, Heft 81, 1945, S. 134–145.
- Falk, Lucy, Ich blieb in Königsberg. Tagebuchblätter aus dunklen Nachkriegsjahren, München 1965.
- Henke, Josef, Exodus aus Ostpreußen und Schlesien. Vier Erlebnisberichte, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Aktualisierte Neuauflage, Frankfurt/Main 1995.
- Isupov, V. S. (Hg.), Samaja zapadnaja. Sbornik dokumentov i materialov o stanovlenii i razvitii Kaliningradskoj oblasti. Bd. I (1946–1952), Kaliningrad 1980.
- Ivanov, Jurij, Brücken von Kaliningrad nach Königsberg, in: Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde, 1991, S. 1–11.
- Kakies, Martin, Königsberg in 144 Bildern, Leer 1955.
- Kalusche, Elfriede, Unter dem Sowjetstern. Erlebnisse einer Königsbergerin in Nord-Ostpreußen 1945–1947, München 1981.
- Kolganova, Ėnergia M., Putešestvujte po Kaliningradskoj oblasti, Kaliningrad 1961.
- dies., Putešestvujte po Kaliningrad, Kaliningrad 1967.
- Lahrs, Friedrich, Das Königsberger Schloß, Stuttgart 1956.
- Lasch, Otto, So fiel Königsberg. Kampf und Untergang von Ostpreußens Hauptstadt, München 1958.
- Linck, Hans, Königsberg 1945–1948, Leer 1987.
- Lehndorff, Hans von, Ostpreußisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945–1947, München 1973.
- Malkova, I. (Hg.), Kaliningrad, Kaliningrad 1964.
- Materialy soveščanija po proektirovaniju centra goroda Kaliningrada. Soveščanija sostojalos' 26.–27. Marta 1964 v g. Kaliningrade, Kaliningrad 1964.
- Matthes, Eckard (Hg.), Als Russe in Ostpreußen. Sowjetische Umsiedler über ihren Neubeginn in Königsberg/Kaliningrad, Ostfildern 1999.
- Michailova, A. P. (Hg.), Kaliningrad. Spravočnik. Putevoditel', Kaliningrad 1983.
- Narodnoe Chozajstvo RSFSR v 19.. godu, Moskau 19..
- Navalichin, D. K., K voprosu rekonstrukcii goroda Kaliningrada, 2 Bde., [*unveröffentlichte Dissertation*] Moskau 1955.
- dies.; K voprosu rekonstrukcii centra goroda Kaliningrada, 2 Bde. [*zweite Fassung der unveröffentlichten Dissertation*] Moskau 1958.
- Na zapade – net bolše vostočnoj Prussii, in: Kaliningrad. Literaturno – chudožestvennij i obščestvenno-političeskij sbornik, Kaliningrad 1951, S. 3–14.
- Oltarševskij, V. K., Stroitel'stvo vysoctich zdanii v Moskve, Moskau 1953.
- Percev, V., Prussija do eě zavoevanija nemcam, in: Istoričeskij žurnal, No. 4, 1944, S. 47–51.
- Rier, G. Ja., Kenigsberg XII – načala XVI. Vekov. Oplot agressii nemeckogo gosudarstva v pribaltike, (Dissertation, Manuskript) Leningrad 1956.
- Rostovcev, Michail, Im Lande des Bernsteins. Reiseberichte aus Estland, Lettland, Litauen und der Oblast Kaliningrad, Leipzig 1981 (erste Auflage: Moskau 1965 unter dem Titel „V kraju Jantarja i slanca“).
- Rudnev, Lev, Dom Sovetov v Staligrade, in: Architektura i stroitel'stvo 3 (1947), S. 9–14.
- Ščerbakov, V. V., Stalinskaja Programma hozajstvennaja i kulturnogo stroitel'stva Kaliningradskoj oblasti, Kaliningrad 1947.
- Ščusev, Aleksej V., Generalnyj plan Novgoroda, in: Architektura i stroitel'stvo, 1946, Heft 5, S. 3–10.

- Sovetskij Sojuz na meždunarodnich konferencijach Velikoj Otečestvennoj Vojny. 1941–1945 gg, Moskau 1980.
- State Department (Hg.), The Conferences of Malta and Yalta, Washington 1955.
- Steiner, Dieter, Kaliningrad ist nicht Königsberg, in: Der Stern, 1969, Heft 29, S. 26–36, 138 f. ders., Poezdka v Kaliningrad, in: Za rubežom, No. 16/1970.
- Süßkind-Schwendi, Hugo Freiherr von, Kurze Rückschau auf die militärischen Ereignisse in Königsberg, in: Elfriede Kalusche, Unter dem Sowjetstern. Erlebnisse einer Königsbergerin in Nord-Ostpreußen 1945–1947, München 31981, S. 221–227.
- Trojcky, N. V., Voroneš, Moskau 1959.
- Vasil'ev, M. V., Vyborg, Leningrad 1958.

### *Periodika*

Kaliningradskaja Pravda  
Pravda  
Literaturnaja Gazeta

### *Sekundärliteratur*

- Aedes, Dawn (Hg.), Kunst und Macht im Europa der Diktatoren. 1930–1945, Berlin 1996.
- Astaŭ'eva-Dulgač, Magarita, O proektach vosstanovlenija gorodov, razrušennich vo vremija Velikoj Otečestvennoj Vojny, in: Architekturnoe Tvorčestvo SSSR 6 (1979), S. 139–148.
- Bachtin, Anatolij Pavlovič, Zur Situation der Baudenkmäler im Königsberger Gebiet am Beispiel der Sakralbauten, in: Friedemann Kluge (Hg.), Ein schicklicher Ort? Königsberg/Kaliningrad in der Sicht von Bewohnern und Nachbarn, Husum 1994, S. 103–130.
- Bagramjam, I. Ch., Šturm Kenigsberga, in: VIŽ No. 4, 1976, S. 56–64, und No. 9, 1976, S. 47–57.
- Bater, James H., The Soviet City. Ideal and Reality, London 1980.
- Beckherrn, Eberhard (u. a.), Die Königsberg-Papiere. Schicksal einer deutschen Stadt – Neue Dokumente aus russischen Archiven, München 1994.
- Beier, Rosemarie (Hg.), Aufbau Ost, Aufbau West. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit, Ostfildern 1997.
- Belov, I., Podnjatye iz ruin. Istoričeskie očerki vosstanovlenija i razvitija starejšich gorodov Rossii, Moskau 1966.
- Birkovskij, Vasilij G. (u. a.), Istorija Kaliningradskoj Oblasti. 1951–1965. Učebnoe posobie dlja studentov-istorikov Kaliningradskogo universiteta, Kaliningrad 1986.
- Bown, Matthew C., Kunst unter Stalin. 1924–1956, München 1991.
- Brodersen, Per, Das Werk 820. Die Sowjetisierung des Kaliningrader Gebietes am Beispiel eines Industriebetriebes, [unveröffentlichte Magisterarbeit] Berlin 1999.
- Broner, D. L., Sovremennye problemy žiliščnogo chozajstvo, Moskau 1961.
- Budrys, S., Pergales Monumentas Kaliningrade, Vilnius 1965 [mit russischer Zusammenfassung].
- Cornelissen, Christoph (u. a.), Grenzstadt Straßburg. Stadtplanung, kommunale Wohnungspolitik und Öffentlichkeit. 1870–1940, St. Ingbert 1997.
- Dar'jalov, Anatolij P., Kenigsberg. Četyre dnja šturma, Kaliningrad 1995.
- Day, Andrew, Building Socialism. The Politics of Soviet Cityscape in the Stalin-era, (Dissertation, Manuskript) New York 1997.
- Diefendorf, Jeffrey M., New Perspectives on a Rebuilt Europe, in: ders. (Hg.), Rebuilding Europe's Bombed Cities, Basingstoke 1990, S. 1–15.
- DiMaio, Alfred Jr., Soviet Urban Housing. Problems and Policies, New York 1974.
- Filitov, Aleksej M., Die sowjetische Deutschlandplanung zwischen Parteiräson, Staatsinteresse und taktischem Kalkül, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 117–139.
- Fisch, Bernhard, Nemmersdorf, Oktober 1944. Was in Ostpreußen tatsächlich geschah, Berlin 1997.
- French, Antony R., Plans, pragmatism and people, Pittsburgh 1995.
- Galcova, Svetlana, Die Geschichte des Kaliningrader Gebietes in der sowjetischen Forschung, in: Nord-Ost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte, NF Bd. 3 (1994), S. 495–506.

- Gallagher, Matthew, *The Soviet history of World War II. Myth, memories, and realities*, New York 1963.
- Gause, Fritz, *Geschichte der Stadt Königsberg*, Köln 1971, Bd. III.
- Gubin, Aleksej (u. a.), *Očerki istorii Kónigsberga*, Kaliningrad 1991.
- Hackmann, Jörg, *Königsberg in der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, in: Nord-Ost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte, NF Bd. 3 (1994), S. 469–493.
- Halbwachs, Maurice, *La mémoire collective*, Paris 21968.
- Hildermeier, Manfred, *Geschichte der Sowjetunion. 1917–1991*, München 1998.
- Hillgruber, Andreas, *Der Zweite Weltkrieg. 1939–1945*, in: Geyer, Dietrich (Hg.), *Sowjetunion. Außenpolitik I. 1917–1955 [Band 3 des Osteuropa-Handbuches]*, Köln 1972, S. 270–342.
- Hudson, Hugh, *Blueprints and blood. The Stalinization of Soviet architecture*, Princeton 1994.
- Ihla, Olaf, *Einmal Kaliningrad bitte! Neun Stunden in einer verbotenen Stadt*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 24./25. Oktober 1987.
- ders., „Bald ist uns Berlin näher“, in: *Der Spiegel*, No. 37, 1999, S. 206–213.
- Ikonnikov, Andrej, *Architektur und Utopie*, in: Noever, Peter (Hg.), *Tyrannie des Schönen. Architektur der Stalin-Zeit*, München 1994, S. 28–36.
- Isupov, V. S. (Hg.), *Vostočnaja Prussija. S drevnejšich vremen do konca vtoroj mirovoj vojny. Istoričeskie očerki. Dokumenty. Materialy*, Kaliningrad 1996.
- Ivanov, Jurij N., *Brücken von Kaliningrad nach Königsberg*, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde*, Bd. 34 (1991), S. 1–20.
- Kasus, Igor A., *Die Große Illusion. Der Generalplan zur Umgestaltung Moskaus von 1935*, in: Aedes, Dawn (Hg.), *Kunst und Macht im Europa der Diktatoren. 1930–1945*, Berlin 1996.
- ders., *Der Wiederaufbau Moskaus und der Sowjetunion*, in: Antonova, Irina und Merkert, Jörg (Hg.), *Berlin – Moskau. 1900–1950*, München 1995.
- Klemeševa, Marina, *Zum Schicksal der Deutschen in Königsberg 1945–1948*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung* 44 (1995), S. 391–400.
- Koch, Hanna, *Gestärktes „Breslauertum“*. Wrocław erwacht aus seinem Dornröschenschlaf, in: *Süddeutsche Zeitung (Beilage „Polen“)*, 10. April 1997.
- Kolganova, Ėnergia M., *Obrazovanie i stanovlenie Kaliningradskoj oblasti i nacional'nyj podvig sovetškogo naroda*, in: *Kaliningradskiy Gosudarstvennij Universite (Hg.)*, *Leninskaja nacional'naja politika v dejstvii*, Kaliningrad 1974, S. 37–64.
- dies., *Stranicy pamjati. 40-letiju Kaliningradskoj oblasti posvjašaetsja*, Kaliningrad 1986.
- Kostjašov, Jurij V., *Vyselenie nemcev Kaliningradskoj oblasti v poslevoennye gody*, in: VI 1994, Heft 6, S. 186–188.
- ders., *Zaselenie Kaliningradskoj oblasti posle vtoroj mirovoj vojny*, in: *Gumanitarnaja nauka v Rossii. Sorosovskie laureaty. Istorija, archeologija, kul'turnaja antropologija i étnografija* 2 (1996), S. 82–88.
- Krivoruckaja, I. E., *Ispolzovanie dokumentov oblastnogo gosudarstvennogo Archiva v izučennii istorii kraja*, in: Ščegolova, Galina I. (Hg.), *Kaliningradskie Archivy*.
- dies., *Kampanija pereimenovanij 1946–1947 godov*, in: Ščegolova, Galina I. (Hg.), *Kaliningradskie Archivy. Materialy i issledovanija. Naučnyj sbornik*, Kaliningrad 1998, S. 90–107.
- Kruse, Albrecht, *Der sowjetische Wohnungsbau (Sonderheft No. 58 des DIW)*, Berlin 1961.
- Landin, Per, *Unter dem Pflaster die Stadt. Spurensuche in dunklem Land. Besuch in Königsberg*, in: *Kulturpolitische Korrespondenz*, 1995, No. 950, S. 5–8.
- Ljušin, S. P., *Trudovoj podvig volgogradcev. Vosstanovlenie 1943–1962*, Volgograd 1963.
- Luschnat, Gerhold, *Die Lage der Deutschen im Königsberger Gebiet. 1945–1948*, Frankfurt/Main u. a. 1996.
- Martiny, Albrecht, *Bauen und Wohnen in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. Bauarbeiterschaft, Architektur und Wohnverhältnisse im sozialen Wandel*, Berlin 1983.
- Materialy i issledovanija. Naučnyj sbornik*, Kaliningrad 1998, S. 23–27.
- Minsk. *Poslevoennij opyt razvitija i rekonstrukcii*, Minsk 1966.
- Motorin, D. K., *Vozraždenij Sevastopol. Očerki o vosstanovlenie goroda 1944–1953*, Moskau 1984.
- Neuschäffer, Hubertus, *Das „Königsberger Gebiet“. Die Entwicklung des Königsberger Gebietes nach 1945 im Rahmen der baltischen Region im Vergleich mit Nord-Ostpreußen der Nachkriegszeit*, Plön 1991.
- Neuvonen, Petri, *Viipurin Historiallinen Kestkusta. Rakennuserinnön nykytila [Das histori-*

- sche Zentrum von Viipuri. Das architektonische Erbe. (Mit englischer Zusammenfassung)*, Helsinki 1994.
- Noever, Peter (Hg.), Tyrannie des Schönen. Architektur der Stalin-Zeit, München 1994.
- Ovsjanov, A. P., Kenigsberg – Kaliningrad v dokumentach zakrytych fondov archiva, in: Ščegolova, Galina I. (Hg.), Kaliningradskie Archivy. Materialy i issledovanija. Naučnyj sbornik, Kaliningrad 1998, S. 34–36.
- Pavlovskij, Oleg, Semlja maja, kaliningradskaja, Kaliningrad 1996.
- Predečenskij, M. V., Vosstanovlenie starich gorodskich centrov, razrušennich vo vremja Vtoroj Mirovoj Vojny, in: Prucyn, O. I. (Hg.), Architekturno-istoričeskaja sreda, Moskau 1990.
- Prošina, T. A., Problemy zaselenija Kaliningradskoj oblasti v dokumentach Centra chranenija i izučenija dokumentov novejšej istorii, in: Ščegolova, Galina I. (Hg.), Kaliningradskie Archivy. Materialy i issledovanija. Naučnyj sbornik, Kaliningrad 1998, S. 14–18.
- Reiner, Thomas A., Planning and Decision-Making in the Soviet City. Rent, Land, and Urban Form, in: French, Richard A. (Hg.), The Socialist City, Chichester 1979, S. 49–71.
- Rjabušin, Aleksandr, Landmarks of Soviet Architecture, Berlin 1992.
- Romanin, D. V., Gordoe slovo – stroitel', in: Ščekin, K. F., Prodolženie podviga, Kaliningrad 1967, S. 21–27.
- Ruble, Blair R., From krushecheby to korobki, in: Brumfield, William C. (Hg.), Russian Housing in the Modern Age, Design and Social History, Cambridge 1993.
- Rürup, Reinhard (Hg.), Berlin 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1995.
- Ščekin, K. F., Kaliningradskaja oblast', Očerki stanovlenija i razvitija, Kaliningrad 1988.
- Scharloff, Willi, Königsberg – damals und heute. Bilder aus einer verbotenen Stadt, Leer 1992.
- Schlögel, Karl, Königsberg – Hannah Arendts Stadt, in: ders., Go East oder Die zweite Entdeckung des Ostens, Berlin 1995, S. 69–81.
- ders., Moskau – offene Stadt. Eine europäische Metropole, (erste Auflage: Berlin 1984) Reinbeck 1992.
- Smirnov, M. B. (Hg.), Sistema ispravitel'no-trudovych lagerej v SSSR. 1923–1960. Spravočnik, Moskau 1998.
- Spens, Michael, Viipuri Library. Alvar Aalto, Helsinki 1995.
- Spieker, Helmut (Hg.), Totalitäre Architektur. Feststellungen und Bekenntnisse. Programme und Ergebnisse. Bauten und Entwürfe, Stuttgart 1981.
- Stanovlenie i razvitije Kaliningradskoj oblastnoj organizacij KPSS, Bd. 1 und 2, Kaliningrad 1977 und 1978.
- Sutes, Richard, Russian Popular Culture. Entertainment and Society since 1900, Cambridge 1992.
- Suchova, Svetlana, Die Partei befahl: Vernichten! Das Ende des Königsberger Schlosses, in: Moskau News (deutsche Ausgabe), Nr. 12, 1990.
- dies., Po zamku – ogon!, in: Kafedral'nyj sobor, No. 3, 1990, S. 41–51.
- dies., Doroga k chramu, in: Kaliningradskij Komsomolec, 14. April 1990.
- Tarkhanov, Aleksej, Stalinist Architecture, London 1992.
- Tilli, Kalle, Takaisin Viipurin Kohtalonruodet 1941–1944 [*Zur Geschichte der Stadt Viipuri 1941–1944*], Porvo u. a. 1987.
- Wörster, Peter, Das nördliche Ostpreußen nach 1945 – Verwaltung, Bevölkerung, Wirtschaft, in: Dokumentation Ostmitteleuropa. Wissenschaftlicher Dienst für Ostmitteleuropa 4 (1978), Heft 1.
- ders., Königsberg (Kaliningrad) nach 1945. Fragen der Denkmalpflege und der Gestaltung des historischen Stadtbildes, in: Dokumentation Ostmitteleuropa. Wissenschaftlicher Dienst für Ostmitteleuropa 20 (1994), Heft 6.
- ders., Die Stadtentwicklung von Königsberg/Preußen nach 1945, in: Arnold, Udo (Hg.), Die Stadt in Preußen. Beiträge zur Entwicklung vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart, Lüneburg 1983, S. 115–141.
- Zeidler, Manfred, Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996.
- Zéle, Z., Programs and problems of city planning in the Soviet Union, in: Washington University Journal Quarterly, Februar 1963, S. 19–59.
- Zubkova, Elena, Die sowjetische Gesellschaft nach dem Krieg. Lage und Stimmung der Bevölkerung 1945/46, in: VfZ 47 (1999), S. 363–384.
- dies., Russia after the war. Hopes, illusions, and disappointments. 1945–1957, New York 1998.

# Personenregister

- Alabjan, Karo 71  
Al'tschuller, B.L. 141 f.
- Bachtin, Anatolij P. 15  
Bersarin, Nikolaj E. 22  
Bessel, Friedrich W. 126  
Bismarck, Otto von 124  
Bogdanov, L. 137  
Bogdančikov 142  
Borisov, Vasilij A. 32, 54, 83  
Brešnjev, Leonid 142 f.  
Burlakov, N. Ja 55
- Caspary, Robert 126  
Černjachovskij, Ivan D. 20  
Černyšev, Vasilij E. 88, 90, 95  
Charlamov, V. 80, 96, 142  
Chodakovskij, Vladimir V. 79, 94, 102,  
130–135, 143 f.  
Chor'kov, G. 139  
Chrappa, Vadim 134  
Chruščev, Nikita 16, 85 f., 99, 101, 127, 151  
Chrustalev, K. Ja. 81, 98  
Cygankova, A. E. 135 f.  
Cygankov, A. 146
- Day, Andrew 15  
Deichelmann Hans, 23, 31  
Didenko, F. P. 95  
Donecko, A.N. 61  
Družinskij, G. 94
- Eisenstein, Sergej 44  
Eremeev, V. 106, 140, 143  
Erašov, V. 140
- Falk, Lucy 149  
Friedrich I. 128
- Galickij, K. 112  
Gol'c, G.P. 42  
Golcova, Svetlana 14  
Golli, V.D. 61  
Grin'kov, C. 79 f., 106, 108  
Guzii, V.G. 26
- Hitler, Adolf 21 f., 24, 44
- Ikonnikov, Andrej 105  
Iljuchin, L. K. 102  
Iofan, Boris 116  
Ivanov, Jurij P. (Parteichef) 28, 83–87  
Ivanov, Jurij (Schriftsteller) 152
- Kalinin, Michail I. 27, 57, 120 f.  
Kant, Imanuel 45, 124 f., 146  
Kaufmann, Oskar 72  
Knutson, Torgil 47  
Koch, Erich 21, 127  
Konovalov, Nikolaj 104 f., 140, 142  
Kolganov, I. 136  
Koločov, P. 56  
Kornfel'd, Ja. A. 62 f., 69  
Kornouchov, A.N. 61 f.  
Korovkin, N. 84 f., 94  
Kostjašov, Jurij V. 16  
Kosygin, 41  
Kudinkin, M. T. 89  
Kutuzov, Michail I. 119, 125
- Lasch, Otto 21 f., 30, 80, 112, 114, 151  
Lehndorff, Hans Graf von 19  
Lenin, Vladimir I. 126  
Linck, Hugo 29  
Loškarev, N. 80, 102, 132 f.
- Maksimov 130  
Malenkov, 33  
Markov, F. V. 79, 86, 90  
Markov, G. 117  
Matthes, Eckard 16  
Michajlov, A. 52  
Molotov, Vjačeslav 32  
Mordvinov, Arkadij 52  
Muraško, P. Ch. 84, 92
- Napoleon 119  
Naumov, M. R. 57, 61, 135  
Navalichin, Dimitrij K. 16, 48–53, 57, 59–72,  
81, 93, 100–102, 105, 111, 114 f., 118, 122,  
127, 129, 135, 140 f., 149  
Neumann, Franz E. 126

- Nevskij, Aleksandr 44
- Peter I. 136
- Pokrovskij, Jurij K. 145, 152
- Prikladov, N. 145
- Pronin, Michail A. 25
- Puzanov 88
- Prušinskij, Ja. 78, 88, 139, 141 f.
- Pugančev, Emeljan 136
- Romanin, R. 14
- Rudnev, Lev 70 f.
- Salenkov, V. 147
- Ščusev, Aleksej V. 56, 116
- Ščerbakov, Vladimir V. 28, 33, 45 f.
- Schiller, Friedrich 125
- Schubert, Franz 126
- Selle, Götz von 44
- Šimbircev, V. 99, 116
- Škvarikov, V. 55 f., 60
- Slajkovskij, Z. 90
- Slobodjanik, A. 136
- Smirnov, Michail V. 25
- Snegov, Sergej 143
- Soskin, L. 140
- Speranskij, S. 133
- Stalin, Josif V. 19, 24 f., 28 f., 32, 37, 44–46, 83, 85 f., 99 f., 116, 119–121, 126, 151
- Starcev, Andrej 128
- Steiner, Dieter 86
- Suvorov, Aleksandr V. 119–121, 125, 136, 151
- Timochin, P.V. 54 f., 60, 83, 93
- Tjan, Dimitrij 45, 48, 50, 57 f., 69, 93, 97
- Vaganov, Jurij 145
- Vasilij III. 136
- Vasilevskij, Aleksandr M. 22
- Vyka, K. 55
- Wagner, Richard 44
- Wilhelm I. 123 f., 128
- Wörster, Peter 13
- Zeidler, Manfred 20
- Zelenkova, N. A. 127, 129
- Zubkova, Elena 39

## Ortsregister

- Auschwitz 50
- Balga 126
- Berlin 9, 22, 43, 45, 72, 96
- Bonn 9
- Duisburg 9
- Elbing 10
- Gdansk 138
- Gumbinnen 37
- Heiligenbeil 21 f.
- Insterburg 126
- Kaunas 138
- Kiev 77, 138
- Labiau 126
- Leningrad 77, 84, 95, 118, 130 f., 133, 136, 143
- Memel 24
- Minsk 78
- Moskau 13, 16, 19, 28, 34, 42, 58, 60, 63–73, 77 f., 81–84, 86–88, 91–93, 95 f., 99, 103, 116, 129, 134 f., 138–143, 149 f., 152 f.
- Nemmersdorf 20, 23
- Novgorod 56
- Perm' 144
- Pillau/Baltijsk 21, 32, 126
- Ragnit 126
- Riga 13, 49, 67, 137
- Stalingrad 13, 56, 68 f., 71, 99, 112, 115 f.
- Tapiau 29, 126
- Teheran 24
- Torgau 49
- Vilnius 94
- Voronež 71
- Vyborg 13, 47
- Warschau 55

# Oldenbourg

**Schriftenreihe der Vierteljahrshefte  
für Zeitgeschichte im Abonnement:**

**Nur DM 58,- statt 2 x DM 40,-**

Band 79: Susanna Schrafstetter

## **Die dritte Atommacht**

**Britische Nichtverbreitungspolitik im  
Dienst von Statussicherung und  
Deutschlandpolitik 1952-1968**

zum Inhalt Der Besitz von Kernwaffen hatte für Großbritannien nicht nur militärische Bedeutung, sondern diente darüber hinaus der Erhaltung des Großmachtstatus. Dieses Interesse war auch die treibende Kraft der Nichtverbreitungspolitik, die zu einem zentralen Aspekt der britischen Außenpolitik überhaupt wurde.

Band 78: Katja Klee

## **Im »Luftschuttkeller des Reiches«**

**Evakuierte in Bayern 1939-1953:  
Politik, soziale Lage, Erfahrungen**

zum Inhalt Bis 1943 gab es in Deutschland keine Pläne für die Evakuierung der Zivilbevölkerung. Erst als das ganze Reichsgebiet Luftkriegsgebiet war, wurde die NS-Regierung aktiv. Katja Klee untersucht in ihrer Studie politische Entscheidungsprozesse und wertet die Erfahrungen der Betroffenen, Einheimischer wie Evakuierte, am Beispiel Bayerns aus.

Herausgegeben vom Institut  
für Zeitgeschichte

1999.  
254 Seiten, DM 40,-  
ISBN 3-486-64579-X

1999.  
310 Seiten, DM 40,-  
ISBN 3-486-64578-1

Ihre Bestellung richten Sie bitte an Ihren Fachbuchhändler  
oder direkt an: [verkauf.f@verlag.oldenbourg.de](mailto:verkauf.f@verlag.oldenbourg.de)